SOPO

39

SOZIALISTISCHE POLITIK
APRIL 1977
9. JAHRG. HEFT 1 DM 6,–

WISSENSCHAFT IM STREIT

Produktivität der Wissenschaft im Kapitalismus/J. Sandkühler Seite 5

Wissenschaft und gesellschaftl. Reproduktion/ E. Stölting Seite 44

Neue Studentenbewegung? Protokoll einer Diskussion/Seite 66

Philosophie und Politik bei Althusser 2/ B. Heidtmann, P. Franzen, F. Tomberg Seite 107

Ideen-Politik/ M. Blankenburg Seite 144

AUTORENVERZEICHNIS

Hans-Joachim Beyer
Jg. '51, Studium an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin(West)

Martin Blankenburg
Jg. '49, M.A. (Phil), Wiss.Assistent am religionswiss.Arbeitsprojekt „Weltanschauungsformation in der bürgerlichen Gesellschaft" im FB 11 der FU Berlin(West)

Manuel Bohn
Jg. '50, Soziologie- und Jurastudium an der FU Berlin(West)

Pierre Franzen
Jg. '46, Doktorand am Institut für Philosophie der FU Berlin(West)

Bernhard Heidtmann
Jg. '38, Dr.phil., habil., Ass.Prof. am Institut für Philosophie der FU Berlin(West)

Hans-Jürgen Helbig
Jg. '55, Jurastudium an der FU Berlin(West)

Renate Kellner
Jg. '53, Studium an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin(West)

Christoph Kievenheim
Jg. '46, Wiss.Assistent am Institut für Soziologie der FU Berlin(West)

Christoph Ohm
Jg. '42, Wiss.Assistent am Psychologischen Institut der FU Berlin(West)

Hans Jörg Sandkühler
Jg. '40, Prof. für Dialektik, Logik und Erkenntnistheorie an der Universität Bremen

Michael Sommer
Jg. '50, Studium der Politologie an der FU Berlin(West)

Eberhard Stölting
Jg. '42, Dr.phil., Wiss.Assistent am Institut für Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg

Friedrich Tomberg
Jg. '32, Prof.für Philosophie an der PH Berlin(West)

Hans-Jürgen Weißbach
Jg. '50, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Soziologie der FU Berlin(West)

Umschlaggestaltung: Jochen Mücke
Layout: Ralph Christians

ISSN 0340-9198

© das europäische buch Literatur Vertrieb GmbH, Westberlin, 1977
Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten
Die Mitarbeit und Autorenschaft bei der SOPO erfolgen honorarfrei
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden

Herausgeber: Die Redaktion (verantwortlich Hella Stern)
Verantwortlich für Werbung: Tell Schwandt 030/832 81 86

Anschrift für Redaktion, Verlag und Werbung:
SOPO c/o das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Satz und Druck: Verlag + Druck Informdienst GmbH, Westberlin
SOPO erscheint 4 mal jährlich
Einzelpreis: DM 6,--
Abonnement (4 Hefte): DM 20,– incl. Porto auf Voraus-Rechnung
Anzeigenpreisliste Nr. 5 ist gültig
Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Prospekte der Deutschen Volkszeitung, der Demokratischen Verlagskooperative sowie des Verlages deb bei

SOPO 39
SOZIALISTISCHE POLITIK
APRIL 1977
9. JAHRGANG
HEFT 1

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL 3

Hans Jörg Sandkühler
Über die ‚logische Basis des Kommunismus' oder
Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus 5

Erhard Stölting
Das soziale Bild der Wissenschaft und die gesamtgesellschaftliche Reproduktion 44

Neue Studentenbewegung?
Protokoll einer Diskussion zwischen: Hans-Joachim Beyer (JUSO-HSG); Manuel Bohn (UStA, Streikrat); Renate Kellner (ADS); Christoph Kievenheim; Christoph Ohm (ADS); Michael Sommer (SEW-HSG); Hans-Jürgen Weißbach; Hans-Jürgen Helbig (LHV) 66

DISKUSSION & KRITIK

Philosophie und Politik bei Althusser — Kritische Beiträge (2)
Vorbemerkung 107

Bernhard Heidtmann
Materialistische Dialektik oder Theorie der Dialektik 108

Pierre Franzen
Die Aktualität Spinozas in der marxistischen Theorie Althussers
Bemerkungen zum Verhältnis von Materialismus und Dialektik 125

Friedrich Tomberg
Louis Althussers antihumanistische Kapital-Lektüre 138

Martin Blankenburg
Konturen einer „Ideen-Politik" 144

EDITORIAL

Zur Bestimmung gesellschaftlichen Charakters von Wissenschaft beizutragen, ist zentraler Bestandteil dieses Heftes. Die Redaktion der SOPO hält eine der Komplexität dieses Themas entsprechend detaillierte Erörterung schon deshalb für erforderlich, weil so politische Frontstellungen auch in Begründungsfragen der Wissenschaft darstellbar und Gegenstand kritischer Auseinandersetzung werden können. Für Theoriebildungsprozesse im Bereich der bürgerlichen Wissenschaften ist es nämlich charakteristisch, diese Bezogenheit wissenschaftlicher Erkenntnis zu leugnen. Wir gehen davon aus, daß angesichts der Vielfalt konstruktiver Ansätze zur Entwicklung des materialistischen Begriffs von Wissenschaft und ihrer fundamentalen sozialen Bedeutung kontinuierlich Beiträge zum Verhältnis von Wissenschaft, Technik und Produktion; von Philosophie und Politik; zu Problemen der Dialektik in den Natur- und Gesellschaftswissenschaften etc. veröffentlicht werden sollten. Das nicht zuletzt deshalb, weil die gegenwärtigen Perspektiven sozialistischer Politik einer ständigen Begründung und Überprüfung ihrer theoretischen Grundlagen im Hinblick auf die Analyse der konkreten Bedingungen politischer Praxis erfordert.

Hans-Jörg Sandkühler versucht in seinem Beitrag in Auseinandersetzung mit Positionen materialistischer Wissenschaftstheorie eine theoretische und politische Funktionsbestimmung des Wissenschaftsbegriffes im Systemvergleich von Sozialismus und Kapitalismus. Seine Argumentation kreist um die Bestimmung von Wissenschaft als Produktivkraft, wobei er gegen eine „monokausale" Auslegung des Verhältnisses von materieller und geistiger Arbeit eintritt. Er deckt den latenten Idealismus bestimmter ökonomistischer Tendenzen innerhalb der materialistischen Wissenschaftstheorie auf und konkretisiert zugleich seine Kritik gegen ihre methodologisch schwammige Basis in dem Votum für ein „Analogieverbot" gegenüber der Bestimmung des Wissenschaftsbegriffs durch politökonomische Kategorien. Mit dieser Diagnose der Kinderkrankheiten materialistischer Wissenschaftstheorie schafft er kategoriale Vorklärungen für eine historisch konkrete materialistische Analyse der Marxschen Definition von Wissenschaft als allgemeiner Arbeit (vgl. dazu Peter Rubens Artikel „Wissenschaft als allgemeine Arbeit" in SOPO 36). In ihrem Ergebnis gewinnt er die eigene Position in der Charakterisierung von Wissenschaft „als Einheit von Widerspiegelung und Schöpfertum, von historisch-logischer und sozial-ökonomischer Determination" des gesellschaftlichen Erkenntnisprozesses. Von ihr schließt er auf die Möglichkeit der positiven Rolle, die die materialistische Wissenschaft in der Vorbereitung der „logische(n) Basis des Kommunismus" auch in der kapitalistischen Gesellschaft spielen kann.

Gelangt Sandkühler in der Auseinandersetzung mit verschiedenen Ansätzen einer materialistischen Fassung des Wissenschaftsbegriffes zur Einschätzung der polit-ökonomischen Funktion der Wissenschaft unter gegebenen kapitalistischen Verhältnissen, so wählt Erhard Stölting den Weg zum selben Ziel über die Rekonstruktion der Geschichte bürgerlicher Wissenschaftskonzeptionen. Das Schwergewicht liegt dabei in der Darstellung der formalistischen Entleerung des ehemals revolutionären bürgerlichen Liberalismus, der im 20. Jahrhundert als Wissenschaftsfreiheitspostulat ausgehend von den Neutralitätsforderungen der Neopositivisten über Poppers Pluralismuskonzept bis hin zu Feyerabends Wissenschaftsanarchismus seine zweite Jugend — mit Marx zu sprechen — als Farce erlebt. Dem idealisierten Selbstverständnis der Wissenschaft und Wissenschaftler hält Stölting ihr „soziales Bild" entgegen. Dieses repräsentiert den Erfah-

rungsreflex der herrschenden sozial-ökonomischen Determinierung von Wissenschaft und Wissenschaftler in der öffentlichen Meinung der jeweiligen Gesellschaftsepoche. In dieser Konfrontation von Ideal und Erfahrungsbild entwikkelt er die bestimmten Widersprüche zwischen Wissenschaftsfreiheit und Kapitaldiktat.

Gibt es eine neue Studentenbewegung? Im Wintersemester erreichte die Protestbewegung an den westdeutschen und Westberliner Hoch- und Fachschulen einen hohen Grad der Politisierung. Die Redaktion veröffentlicht eine von ihr veranstaltete Diskussion zwischen Vertretern verschiedener hochschulpolitischer Organisationen (Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten, Jusos, Liberaler Hochschulverband, Hochschulgruppe der SEW), Unorganisierten (USTA-Vertreter, Streikrat) und „Veteranen" der alten Studentenbewegung, die über Anlaß und Ursachen, über Bedingungen und Perspektiven der Bewegung geführt wurde. Die unterschiedlichen Bewertungen dieser Probleme führen zu verschiedenen Aussagen über die Perspektive des hochschulpolitischen Kampfes. In dem Abdruck der Redebeiträge werden die unterschiedlichen Positionen deutlich,und die Herausarbeitung der Differenzen stellt die Frage nach den Chancen gemeinsamer Aktionen zur Diskussion.

Die in der Rubrik Diskussion und Kritik veröffentlichten Beiträge setzen die in SOPO 37/38 begonnene Auseinandersetzung mit Louis Althussers Arbeiten fort, deren Grundtheoreme er in „Ist es einfach in der Philosophie Marxist zu sein" (SOPO 34/35) zusammenfassend vorgestellt hat. — Zum Verständnis des Kontextes, in dem wir diese Auseinandersetzung für geboten halten, sei auf die Vorbemerkung zur Diskussion über Althusser in diesem Heft verwiesen. — Bernhard Heidtmann erörtert die tendenziell idealistische Grundlegung der Dialektik durch Althusser, welche auf dessen Konzept politischer Praxis als Dezisionismus entscheidenden Einfluß hat.— Mit Althussers Aktualisierung der Philosophie Spinozas und des durch sie in die Wege geleiteten rationalistischen Konzepts für die marxistische Theoriebildung setzt sich Pierre Franzen auseinander. — Friedrich Tomberg geht in seinem Beitrag von der Humanismuskritik Althussers aus, und er zeigt durch Analyse dieser Kritik, daß über Althussers Rezeption des Marxschen „Kapital" weitreichende Fehldeutungen methodologischer und politischer Art zur marxistischen Philosophie überhaupt möglich wurden.

In der „ideen-politischen" Skizze von Martin Blankenburg wird, zum Teil in kritischer Auseinandersetzung mit einem Beitrag von H. Arnaszus (SOPO 34/35), versucht, vor dem Hintergrund der Zeichnung einiger ideologischen Grundlinien der Nachkriegsentwicklung in der BRD allgemeine Folgerungen zu Struktur und Dynamik bürgerlicher Ideologieform zu ziehen. Das dabei gewonnene, zunächst noch arbeitshypothetische, typologische Schema Polarität/Zyklizität könnte sich als fruchtbar für eine Diskussion der Formen des ideologischen Klassenkampfes erweisen.

Unsere Dokumentation zur Frage der Diktatur des Proletariats (vgl. Heft 36 und 37/38) ergänzen wir in den folgenden Heften durch eine Diskussion. Dazu liegen uns für Heft 40 bereits Thesen von Christoph Kievenheim vor, die seinem im Rahmen des BdWi gehaltenen Beitrag zu Fragen sozialistischer Politik entstammen. Weitere Zusagen haben wir u.a. von Elmar Altvater, Werner Goldschmidt, Bernhard Heidtmann, Urs Jaeggi und Robert Katzenstein.

ÜBER DIE ‚LOGISCHE BASIS DES KOMMUNISMUS' ODER — WIE PRODUKTIV IST DIE WISSENSCHAFT IM KAPITALISMUS

Manfred Buhr zum 50. Geburtstag

1. Für einen konkret-allgemeinen Begriff der Wissenschaft

Die Frage nach der Wissenschaftlichkeit der Wissenschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus scheint mit dem Hinweis auf die ‚Bürgerlichkeit der Wissenschaft' in der bürgerlichen Gesellschaft abschließend beantwortet zu sein. Der Slogan „bekämpft die bürgerliche Wissenschaft" kommt mit dieser Antwort aus, sobald sie mit einigen theoretischen Konstrukten angereichert wird: etwa mit den mechanistischen Gleichungen „Bewußtsein im Kapitalismus = kapitalistisches Bewußtsein", „Ideologie im Kapitalismus = falsches Bewußtsein" oder — mit höherer theoretischer Weihe — „Warenform = Denkform" (1). Die Erkenntnisformen wissenschaftlicher Tätigkeit im Kapitalismus entsprechen folglich per definitionem der ‚Warenform'. Wer sich dennoch das Fragen nicht abgewöhnt, sich etwa die Frage stellt, wovon der Kapitalismus angesichts der Akkumulation falschen Bewußtseins seine Reproduktionsfähigkeit bezieht, wird auf das schale Wort „umso schlimmer für die Tatsachen" eingeschworen. A. Sohn-Rethel, für einige Zeit Cheftheoretiker zum Problem der Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit, ist so frei, „am empirischen Sosein der Verhältnisse in ihrem heutigen Zustand nicht interessiert" zu sein (2). Die heilige Familie im Haus der ‚Sektion linker Maximalismus' der bürgerlichen Ideologie — Vater ‚Mechanismus', Mutter ‚Vulgärökonomie', Kinder in den Altersgruppen der ‚kritischen Theorie' — gibt denn auch die Antworten auf die falschen Fragen. Die Wissenschaftstheorie wird hier nichts lernen. Für sie gilt die Marxsche Anweisung: de te fabula narratur, d.h. ihr muß es um einen konkret-allgemeinen Begriff der Wissenschaft gehen, der die Struktur, die Funktion und die Veränderungstendenzen *wissenschaftlicher Tätigkeit im Kapitalismus von heute* angemessen abbildet. Offensichtlich ist, daß eine solche Wissenschaftstheorie nur in Ansätzen vorliegt (3). Unbestreitbar ist, daß die materialistische, marxistisch-leninistische Wissenschaftstheorie in den sozialistischen Ländern einen erheblichen Vorsprung hat (4), *weil* die Theorie dort qualitativ andere, neue Ausgangsbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten der Wissenschaft vorfindet. Deutlich

1 Zur Kritik derartiger Theoreme vgl. Brand/Kotzias/Sandkühler/Schindler/Schumacher/van Haren/Wilmes, Der autonome Intellekt. Alfred Sohn-Rethels ‚kritische' Liquidierung der materialistischen Dialektik und Erkenntnistheorie. Frankfurt/M. 1976 (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hg.v.M. Buhr, Nr. 66).

2 A. Sohn-Rethel, Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit. Zwei Aufsätze. Bln(West) 1971, S. 42.

3 Den umfassendsten Entwurf hat in der BRD R. Rilling vorgelegt: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR. Vgl. Bibliographie, S. 279-291.

4 Vgl. vor allem: G. Kröber/H. Laitko (Hg.), Wissenschaft. Stellung, Funktion und Organisation in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Berlin 1975.
Vgl. H.J. Sandkühler (Hg.), Marxistische Wissenschaftstheorie. Studien zur Einführung in ihren Forschungsbereich. Frankfurt/M. 1975 (Bibliographie: S. 271-276).

ist aber auch, daß es trotz aller Lerneffekte nicht ausreicht, Ergebnisse der Wissenschaftsforschung im Sozialismus auf den Wissenschaftsprozeß im Kapitalismus zu übertragen. Es gibt keine noch so gelungene *Analogie*, mit deren Hilfe die sozialökonomische und politisch-organisatorische Spezifik wissenschaftlicher Tätigkeit im Kapitalismus ‚abgeleitet' werden könnte. *‚Die Produktion greift über'* — diese Erkenntnis der Marxschen politischen Ökonomie des Kapitalismus trifft ebenso auf das Wissenschaftsprodukt zu wie auf die wissenschaftliche Tätigkeit der Individuen die andere Einsicht: „Die Produktion produziert daher nicht nur einen Gegenstand für das Subjekt, sondern auch ein Subjekt für den Gegenstand" (5). Subjekt der Wissenschaft im Kapitalismus ist — sowohl nach der Seite der kognitiven Prozesse wie nach der Seite der sozialökonomischen Funktion betrachtet — die bürgerliche Gesellschaft *in ihrem Klassenantagonismus*. Dieses ‚Subjekt' der Theorie leugnet nicht die Rolle der gesellschaftlich Wissenschaft produzierenden Individuen, sondern ist die legitime, verständige Abstraktion aus der sozialhistorisch ausgebildeten *Bestimmtheit* der Produktion. Die gesellschaftswissenschaftliche Konkretisierung dieses ‚Subjekts' wird dann nicht bei der maoistischen Schwundstufendialektik ‚mal Bourgeoisie/mal Proletariat (einer überwiegt immer)' ankommen, sondern die Arbeiterklasse und die Lohn- und (teilweise) Gehaltsabhängigen insgesamt als bestimmendes Element des ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse ‚in seiner Wirklichkeit' (6. These ad Feuerbach) zum Gegenstand der Analyse machen. Der für den Kapitalismus zu erarbeitenden Wissenschaftstheorie darf nicht drohen, was Marx in den ‚Grundrissen' als schlechte Allgemeinheit der bürgerlichen Nationalökonomie kritisierte: „Es gibt allen Produktionsstufen gemeinsame Bestimmungen, die vom Denken als allgemeine fixiert werden; aber die sogenannten *allgemeinen Bedingungen* aller Produktion sind nichts als diese abstrakten Momente, mit denen keine wirkliche geschichtliche Produktionsstufe begriffen ist" (6). Um es deutlich zu sagen: die rezepthafte Anwendung der Kategorien der sozialistischen Wissenschaftstheorie in der Analyse des kapitalistischen Wissenschaftsprozesses wäre nicht mehr und nicht weniger als eine pseudomarxistische Variante der Konvergenztheorie. So wie es ‚die' Industriegesellschaft, ‚die' WTR-Gesellschaft usw. nur in der Fiktion derer gibt, die die Krisen gern ‚weltweit' hätten, gibt es auch nicht ‚die' Wissenschaft in ‚der' Industriegesellschaft. Wissenschaft gehört in den Geltungsbereich der *spezifischen Gesetze der Produktionsweise.*

Es geht mir bei diesem Veto gegen meist mit bester Absicht, aber unbewußt vollzogene theoretische ‚Ableitungs'-Formeln, nicht um einen billigen antidogmatischen Effekt. Positiv gewendet ist es nur ein Plädoyer für historisch-materialistische Orthodoxie: das Ernstnehmen der *Kategorie der ökonomischen Gesellschaftsformation.* Zweitens ist eine Einschränkung deshalb notwendig, weil es eine absolute Isolation der beiden Gesellschaftsformationen Kapitalismus und Sozialismus gegeneinander in der Phase der friedlichen Koexistenz, des Warenverkehrs und des Austauschs von wissenschaftlich-technischem Know-how nicht gibt. Wissenschaft im Kapitalismus reagiert — wie zunehmend auch Wissenschaft im Sozialismus (und die nicht immer mit der gebotenen Vorsicht, wie Positivismus-Tendenzen in naturwissenschaftlichen Teilbereichen, in der Psychologie und andernorts zeigen) — über den internen sozialökonomischen Antagonismus hinaus auch auf den Systemkonflikt und verwertet zugunsten langfristiger Profitsicherung Ergebnisse etwa der Arbeits- und Organisationswissen-

5 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1953, S. 14.
6 Ebenda, S. 10.

schaft, Rationalisierungs- und Automatisierungspraktiken aus dem Sozialismus. Notwendig ist drittens eine weit wichtigere Einschränkung: die Beachtung der Spezifik der Gesetze der Produktionsweise bedeutet, daß nicht philosophische *Verallgemeinerungen* von Gesetzeserkenntnissen über den Wissenschaftsprozeß im Sozialismus zur Grundlage von abstrakten Deduktionen für die Analyse der *Besonderheit* des Wissenschaftsprozesses im Kapitalismus genommen werden; die Beachtung der Spezifik bedeutet *nicht*, auf Erfahrungen des Übergangs zum Sozialismus zu verzichten; sie bedeutet *nicht*, auf das wissenschaftstheoretische Minimum an Komplexität der Wissenschaftsforschung zu verzichten, das sich aus der theoretischen Gültigkeit der drei Grundelemente des wissenschaftlichen Sozialismus (materialistische Dialektik, politische Ökonomie, politische Theorie von Klasse, Staat und Revolution) ergibt; sie bedeutet *nicht*, den theoretischen Vorlauf der sozialistischen Wissenschaftstheorie ungenutzt zu lassen, und *nicht*, die theoretische und politische Leitfunktion bzw. den wissenschaftlich-weltanschaulichen Orientierungscharakter des in der Systematik des wissenschaftlichen Sozialismus ‚gesellschaftlich akkumulierten Wissens' zu dementieren. Das Ergebnis eines solchen Mißverständnisses wäre, mit den besten realistischen Absichten kurzschlüssigen Empirismus zu betreiben. Der von der marxistischen Erkenntnistheorie beschriebene Weg der Erkenntnis zur objektiv-wahren Aussage, „von der lebendigen Anschauung zum abstrakten Denken *und von diesem zur Praxis*", ist auch der wissenschaftstheoretische Weg „der Erkenntnis der objektiven Realität" (7). Das heißt: Wissenschaftstheorie, die die Abstraktionen der materialistischen Dialektik und der politischen Ökonomie des Kapitalismus ungenutzt läßt, verliert ihre kritische Kompetenz und damit ihre Fähigkeit, zur Veränderung der materiellen Verhältnisse beizutragen.

2. Zur Lage der Wissenschaft im Kapitalismus

Materialistisch verfährt die Wissenschaftstheorie, indem sie mithilfe wesentlicher Vorkenntnisse (Kategorien, Gesetze, methodische Prinzipien- und Regelanweisungen) eine Bestandsaufnahme vornimmt, nicht von den bürgerliche-ideologischen Reflexen wissens- und wissenschaftssoziologischer Art ausgeht, sondern Wissenschaft als Faktor der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion zur Kenntnis nimmt.

In diesem Zusammenhang spielt heute die Frage eine wichtige Rolle, *ob Wissenschaft und Technik im Kapitalismus zur Herstellung der materiell-technischen Basis des Sozialismus bzw. des Übergangs zum Sozialismus beitragen.* Wie produktiv ist Wissenschaft? In wessen Interesse wird Wissenschaft produziert? Verschärft die Entwicklung wissenschaftlicher Produktivkräfte den Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen? Oder entwickelt der Kapitalismus die Produktivkraft Wissenschaft prinzipiell nur soweit, wie sie der Reproduktion des bestehenden Kapitalverhältnisses, d.h. der langfristigen Systemstabilität dient? Konkret: stellen etwa im ideologischen Bereich die grassierenden technologischen Endzeitutopien, die ‚anti-science'-Bewegung, Technophobie und Nullwachstumspropaganda derartige Bremsen dar, den systemfunktionalen wissenschaftlich-technischen Fortschritt unter Kontrolle zu behalten und mögliche systemdysfunktionale Wirkungen rechtzeitig auszuschalten? Im politisch-institutionellen Bereich übernehmen Berufsverbote, längst auf die private

7 W.I. Lenin, Werke (LW), Bd. 38, S. 160.

Wirtschaft übertragen, jedenfalls diese Funktion; keinesfalls geht es nur darum, ‚Verderber der Jugend' und ‚Feinde des Staates' wegen ihrer ideologischen Überzeugungsarbeit kaltzustellen. Mit der Frage nach der produktiven Funktion der Wissenschaft im Kapitalismus verbunden sind weitere Probleme: 1. das Problem, inwieweit der staatsmonopolistische Kapitalismus den Übergang von extensiven Formen der Erweiterung der volkswirtschaftlichen Reproduktion zur intensiv erweiterten Reproduktion bewerkstelligt; 2. das Problem der Erkennbarkeit und Prognostizierbarkeit der Wissenschaftsentwicklung, der Bestimmung von dem Wesen der Entwicklung adäquater Parameter etc.; 3. das Problem des Charakters der wissenschaftlich-technischen Revolution unter kapitalistischen Bedingungen: entfaltet sie sich überhaupt und, wenn ja, mit den Auswirkungen in Richtung einer *sozialen* Revolution? Werden diese Probleme erkannt und gelöst, ergeben sich 4. zwangsläufig Schlußfolgerungen theoretischer Art: ergibt sich aus dem Produktivkraftcharakter der Wissenschaft (die, zumindest unter dem Gesichtspunkt ihrer kognitiven Funktion, ideelle Produktion ist) eine veränderte historisch-materialistische Bestimmung des Verhältnisses von Basis und Überbau? Ergibt sich aus der Produktivkraftfunktion der Wissenschaft ein neuer Schwerpunktbereich, ein wesentlich neues Objektfeld der politischen Ökonomie? Ergibt sich aus der materiellen Wirkung dieser besonderen Erkenntnistätigkeit für die Erkenntnistheorie der Zwang, die Unterscheidung von Idealismus und Materialismus zu modifizieren? Weist die Wissenschaftsentwicklung mit der Tendenz zur Einschränkung körperlicher Arbeit und der Tendenz zu schöpferisch-geistiger Arbeit auf eine naturgeschichtliche Revolution hin, auf eine ‚Logifizierung' des menschlichen Wesens (und das heißt: der Struktur des ensembles der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse)? Sind dies spekulative Fragen oder Gegenstände philosophischer Verallgemeinerung wissenschaftstheoretischer Erkenntnisse?

Eines zumindest scheint mir klar: Marx' und Engels' Formulierung von der ‚*logischen Basis des Kommunismus*' ist ungemein aktuell. Zunächst aber zurück zur Frage „Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus?" Bei der Antwort auf diese Frage scheint eine optimistische Überschätzung der Funktion der Wissenschaft nahezuliegen, sobald die unbezweifelbaren Fortschritte im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz zum aktiven Bündnispartner der Arbeiterklasse im antimonopolistischen Kampf verabsolutiert und zumindest zum Teil insuläre Reformpositionen in den Hochschulen der BRD und West-Berlins als repräsentativ überschätzt werden. Sieht man ‚realistisch' auf die Lage der Wissenschaft z.B. in der BRD, dann drängt sich die pessimistische Alternative auf. Beide sind kurzsichtig. Eine vorsichtigere, wohl aber noch zu pauschale Antwort versuchen G. Kröber und H. Laitko zu formulieren. Ich zitiere ausführlich, weil der Text in seiner Ambivalenz das Problem kennzeichnet: „Die Begriffe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der wissenschaftlich-technischen Revolution sind auch auf die Realität des gegenwärtigen Kapitalismus anwendbar, sofern man berücksichtigt, daß sie dort einen qualitativ anderen, durch die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise bedingten sozialen Inhalt haben als im Sozialismus und daß zudem die wissenschaftlich-technische Revolution unter kapitalistischen Verhältnissen wohl begonnen, aber mutmaßlich nicht vollendet werden kann, weil die mit ihrer Vollendung verbundene qualitative Umgestaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte das historische Maß überschreitet, innerhalb dessen das Kapitalverhältnis noch existenzfähig ist. (Wir bedienen uns dieser vorsichtigen Ausdrucksweise, da angesichts der nunmehr permanenten Tendenz der Wissenschaft, in der Sphäre der

Produktivkräfte mehr oder minder weitreichende qualitative Wandlungen auszulösen, noch keine endgültige Klarheit darüber besteht, welcher konkrete Zustand der gesellschaftlichen Produktivkräfte als der Abschluß der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution anzusehen ist.) Als eine sozialökonomisch-produktive Potenz hingegen kann man die Wissenschaft im gegenwärtigen Entwicklungsstadium des Kapitalismus überhaupt nicht betrachten" (8).

So differenziert diese Antwort auf die Frage nach der produktiven Funktion der Wissenschaft im Kapitalismus argumentiert, scheint sie mir doch nicht unbedenklich zu sein. Die Autoren räumen ein, daß die Wissenschaft auch hier sozial günstige Wirkungen hervorzubringen vermag, darunter auch für den materiellen Lebensstandard der Arbeiterklasse. Solange aber das Kriterium der Produktivität der Arbeit, auch der wissenschaftlichen, noch isoliert-ökonomischer, nicht aber sozial-ökonomischer Natur sei, könne sich die Wissenschaft nicht zur *sozial*-ökonomisch produktiven Potenz entfalten. Diese unter dem Aspekt der dominierenden Profit-Kriterien kapitalistischer Wirtschaft sicher richtige Einschätzung scheint mir freilich verabsolutiert zu sein („auch nicht in abgeschwächter Form"). Meine Bedenken richten sich auf drei Punkte: *erstens* wird der Begriff der kapitalistischen Produktionsweise hier — trotz der Verwendung der Kategorie ‚Kapital*verhältnis*' — so eingesetzt, daß der gesetzmäßige Charakter des ‚Übergreifens' der materiellen Produktion auf alle Lebensbeziehungen sich in einer Stabilität des Systems ausdrückt, nicht aber in dessen *Dialektik*; das kapitalistische Gesetz der Produktion und Reproduktion der Arbeiterklasse spielt hier keine wesentliche Rolle; *zweitens* erscheint die sozialökonomisch produktive Funktion der Wissenschaft nicht als Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus, sondern als dessen Resultat; dementsprechend fällt die Wissenschaft aus dem Klassenkampf heraus, dessen Errungenschaften sie bestenfalls zu sichern in der Lage scheint, dessen Instrument und Ergebnis sie aber hier nicht ist; und *drittens:* die Vollendung der wissenschaftlich-technischen Revolution *ist* der Sozialismus; insofern ist diese Vollendung im Kapitalismus als dessen bestimmte Negation nicht nur möglich, sondern auch notwendig; die Wissenschaft ist eine *Funktion des Gesamtsystems* der Antagonismen des Kapitalverhältnisses, des Klassenkampfs und der politisch-rechtlichen Strukturen der Gesellschaft und bildet dieses System — hier ihre ideologische Funktion — notwendig adäquat ab; adäquat ist nicht gleichbedeutend mit ‚wahr' bzw. ‚richtig' (logisch), sondern meint: Wissenschaft ist Widerspiegelung der Widersprüche des Kapitalismus *in der Form eines widersprüchlichen Wissenschaftssystems*. Diese Widersprüchlichkeit schlägt sich nieder in den Gesellschaftswissenschaften in der bürgerlichen Gesellschaft, in deren Ambivalenz von notwendiger Realitätshaltigkeit und irrationalistischer Ideologieproduktion; sie schlägt sich nieder in ideologischen Kampfbegriffen wie ‚Wissenschaftspluralismus', deren institutionelle Seite der Kampf um Marxismus und Marxisten an Universitäten ist (wo es sie schließlich gibt); sie schlägt sich nieder in wissenschaftlichen Institutionen der Arbeiterklasse (CERM/Paris, Istituto Gramsci/Rom, IMSF/Frankfurt usw.) inmitten bürgerlicher Herrschaft; sie zeigt sich in der Mitwirkung sozialistischer Wissenschaftler in Bürgerinitiativen (Whyl/Atomkraftwerke) und im Mitbestimmungskampf von Wissenschaftlern und Technikern in Betrieben und staatlichen Großforschungseinrichtungen. Es ist zweifellos richtig, diese Seite des Widerspruchsverhältnisses nicht überzubewerten. Worauf es ankommt, ist, den dialektischen Begriff der Wissenschaft der realen Dialektik des Wissenschaftsprozesses und der Dialektik der Klassenauseinandersetzung abzugewinnen und keinen ho-

8 G. Kröber/H. Laitko, Wissenschaft als soziale Kraft. Berlin 1976, S. 86.

mogenen, statischen Zustand von ‚Kapitalismus' zu unterstellen. In diesem Zusammenhang scheint mir die von H. May und R. Nemitz formulierte Position zum Problem der Dialektik von Fortschritt und Regression im Kapitalismus richtig zu sein. Im Referat der Diskussion um J. Kuczynskis negative Antwort auf die Frage „Kann die wissenschaftlich-technische Revolution unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus durchgeführt werden?" heißt es: „Zu den wichtigsten Einsichten des wissenschaftlichen Sozialismus gehört die Analyse der Produktivkraftentwicklung: Das Kapital ist gezwungen, die Entwicklung von Arbeitskräften, Wissenschaft und Technik so weit voranzutreiben, daß schließlich die sozialistische Form der Produktion zur rationellsten wird. Dies macht die vorwärtstreibende Seite des Kapitals aus, es arbeitet durch wissenschaftlichen und technischen Fortschritt dem Sozialismus in die Hände" (9). Die hier notwendige Schlußfolgerung für die Analyse der Wissenschaft im Kapitalismus muß zunächst lauten: wesentliche Problemstellung der Wissenschaftsforschung muß die *Entwicklung eines nicht-kapitalistischen Wissenschaftssektors im Kapitalismus sein*; mit Phasenverschiebungen entfalten sich nicht-kapitalistische Formen der Wissenschaftsproduktion und -organisation im Rahmen der Arbeiterklasse in vielen technologisch hochentwickelten Ländern des kapitalistischen Systems. Erst in dieser strategisch wichtigen Sichtweise können einseitige Fixierungen auf den Aspekt der Kapitalreproduktion vermieden werden; erst so wird aus der Existenz widersprüchlicher Klassenbewegung die Folgerung gezogen, welche die mechanistische, in der Kritik bürgerlicher Ideologie immer wieder auftretende Gleichung ‚Wissenschaft im Kapitalismus = kapitalistische Wissenschaft' verhindert.

2.1. Fakten

Die Realität scheint dieser Einschätzung zu widersprechen. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung wirkt sich in ihren sozialen Folgen gerade in der BRD so aus, daß geistige Arbeit ein Klassenprivileg der Produktionsmittelbesitzer geblieben ist. Tritt keine qualitative gesellschaftliche Veränderung ein, verkleinert sich in der BRD der Rekrutierungsbereich für wissenschaftlich-technische Tätigkeiten zunehmend. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist an der wissenschaftlichen Produktion nahezu unbeteiligt. Dies nicht, weil in den höchstentwickelten Industrieländern der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulbildung — bei einer Zuwachsrate von jährlich 8-10 % — nur ca. 8 % beträgt, sondern weil die etwa 70 % der in der BRD zur Klasse der Werktätigen zählenden Erwerbstätigen an dieser Qualifikationsform kaum beteiligt sind. Die Kinder der ca. 55 % ungelernten und gelernten Arbeiter stoßen gegen die schwer überwindbare Barriere der Chancenungleichheit — vom Kindergarten bis zu den Universitäten. Benachteiligt in der vorschulischen und Grund- und Hauptschulbildung, gelangen an die Realschulen ca. 35 %, an die Gymnasien ca. 17 %, an die Universitäten ca. 11 %; unter den Doktoranden finden sich 8 % dieses 55prozentigen Bevölkerungsanteils wieder (10). J. Kuczynskis Berechnung, daß im Jahre 2000 etwa 20 % der Werktätigen im wissenschaftlich-technischen Sektor arbeiten werden, wirft ein Schlaglicht auf dieses Dilemma. Die gegenwärtige ökonomische Krise macht deutlich, daß der Kapitalismus sein Arbeitsproduktivitätsniveau halten und erhöhen kann, weil er auf anachronistische Mittel der *Extensivierung* zurückgreift. Der kurzfristige Umschwung vom Wachstumsschwund um minus 3 % im Jahr 1975 auf ein Bruttosozialproduktwachstum von 5-6 % 1976 wird erzielt durch Überstunden, Sonderschichten, verstärkte Arbeitshetze, Angst vor Krankmeldung etc. Die Zahl der arbeitslosen Naturwissenschaftler und Techniker ist zwischen 1971 und 1975 von 2.500 auf 15.200 gewachsen (11).

9 H. May/R. Nemitz, Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte noch weiterentwickeln? In: Marxistische Blätter 14 (1976), H. 3, S. 108.

10 Vgl. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.), Arbeiterkinder im Bildungssystem. Bonn 1976, S. 11 ff.

Die politische Bildungs- und Wissenschaftsideologie der Bundesregierung zeichnet ein anderes Bild. Als Resümee des ‚Bundesberichts Forschung IV' (März 1972) schreibt die Regierung: „Er dokumentiert eine Neuorientierung der Forschungspolitik: Forschungspolitische Planung wird künftig mit Vorrang an gesellschaftlichen Aufgaben ausgerichtet werden... Das bedeutet: bevorzugte Förderung von Vorhaben, die dazu beitragen, die menschlichen Lebensbedingungen zu verbessern, gesellschaftliche Engpässe, Störungen und Gefahren zu beseitigen. Nicht das technisch Machbare, sondern das gesellschaftlich Verantwortbare gibt den Ausschlag" (12). Ein Thema mit vielen Variationen, ganz in Dur gestimmt: „Staatliche Forschungs- und Technologiepolitik orientiert sich in der BRD an den konkreten Problemen und Bedürfnissen der Bevölkerung und des Gemeinwesens. Ziel ist es, Forschung schwerpunktmäßig dort einzusetzen, wo sie für das Leben der Menschen unmittelbar von Bedeutung ist" (13). Die Regierung wird sich eine andere Gesellschaft für diese Zielsetzung suchen müssen. Wirklichkeit ist: den größten Nutzen zieht die kleinste Bevölkerungsgruppe, die 25.000, die zur *monopolistischen Bourgeoisie* gerechnet werden können. Die Mehrheit steht mit diesem Nutzen durch die Lohnsteuer in Verbindung.

Wer nach der Wissenschaft im Kapitalismus fragt, muß sich von den Illusionen freier einsamer Wissenschaftlerindividuen und der Universitäten als Ort von Wissenschaft und Forschung lösen. In der BRD waren 1971 in Forschung und Entwicklung ca. 280.000 Personen beschäftigt, darunter über 70 % im privaten Unternehmenssektor. 1973 wurden von der Wirtschaft mit etwa 12,8 Mrd. DM aber nur 42 % der gesamten Wissenschaftsaufgaben aufgewendet. Zwischen 1969 und 1974 hat sich das Volumen der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung bei einer Zunahme des Bruttosozialprodukts ungefähr verdoppelt. Hier ist nun die Umschichtung festzustellen, die ein *Symptom für den staatsmonopolistischen Charakter des Kapitalismus in der BRD* darstellt: die Aufwendungen im Wirtschaftsbereich erhöhten sich von 6,6 Mrd. DM auf 12,4 Mrd. DM, die der öffentlichen Haushalte aber überproportional von 9,3 Mrd. DM auf 21,8 Mrd. DM. Nach verbrauchenden Stellen aufgeschlüsselt finanzieren sich Forschung und Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft zunehmend aus Mitteln der öffentlichen Hand: 1969 flossen der Wirtschaft bei einer Eigenleistung von 6,2 Mrd. DM 1 Mrd. DM an Staatsbeitrag zu, während sich 1973 die Proportionen wesentlich verschoben hatten: der staatliche Subventionsanteil erhöhte sich von unter 15 % auf über 20 % (10,4 Mrd. DM : 2,3 Mrd. DM). Die Staatsfunktion in Forschung und Entwicklung schlägt sich in einem Prioritätenkatalog nieder, in dem Projekte der Industrieförderung an der Spitze stehen, „die dazu beitragen, das Leistungsangebot der Wirtschaft an an-

11 Vgl. F. Rische, Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise. In: Marxistische Blätter 14 (1976), H. 3, S. 28.

12 Die Bundesregierung informiert: Arbeitsbericht '74. Hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1974, S. 82.

13 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bonner Almanach 1975, S. 45.

spruchsvollen Technologien weiterzuentwickeln". Unter ‚ferner liefen' erst Projekte, „die darauf gerichtet sind, die Erfüllung öffentlicher Aufgaben und die Infrastruktur zu verbessern, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Arbeitswelt, Ernährung, Versorgung, Kommunikation und Verkehr". Der Staat bietet die Bedingung der Realisierung monopolistischer Extraprofite, denn gefördert wird, „wenn das wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Risiko hoch eingeschätzt werden muß, der finanzielle Einsatz groß ist" (14). Der Staat konzentriert seine Förderung zu 84 % auf nur fünf, von marktbeherrschenden Monopolen regierte Branchen: Chemie, Elektrotechnik, Straßenfahrzeugbau, Luftfahrzeugbau und Maschinenbau. Konzentration und Zentralisation der Kapitalien werden so entgegen den Beteuerungen, die mittelständische Wirtschaft fördern zu wollen, durch die Wissenschaftspolitik der BRD beschleunigt. Die Industrien, die nur 34 % der Arbeiter beschäftigen, verausgaben heute über 80 % der Mittel für Forschung und Entwicklung und vergrößern ihren technologischen Abstand durch staatlich finanzierte eigene wissenschaftliche Forschung und Überführung der Ergebnisse in Rationalisierung und Automatisierung. Industrieförderung schlägt in der BRD mit 41 % zu Buche, von denen offiziell lediglich 16,5 % als Rüstungsausgaben ausgewiesen werden. Der Bereich ‚Soziale Fragen und Gesundheitswesen' verschwindet mit 2,2 % unter der drückenden Last der Monopolinteressen. Kein Wunder, daß die öffentliche Meinung vom Extrem eines überzogenen Wissenschaftsoptimismus ins Extrem der Wissenschaftsverteufelung umzukippen droht. „Der Zusammenhang der jedesmaligen Verteilung mit den jedesmaligen materiellen Existenzbedingungen einer Gesellschaft liegt sosehr in der Natur der Sache, daß er sich im Volksinstinkt regelmäßig widerspiegelt", schrieb Friedrich Engels (15). Daß die Ursachen dieser inhumanen Wirkung der Wissenschaften nicht in diesen selbst begründet sind, sondern im chaotischen Mangel an gesellschafts- und wissenschaftspolitischer Gesamtplanung, versuchen die Ideologen der ‚weltweiten' Wachstumskrise mit einigem Erfolg zu vertuschen. Die staatliche Wissenschaftspolitik wird zunehmend abhängig vom partikularen Profit-Interesse, weil sich Extraprofite aus Innovationen nur solange ziehen lassen, wie die Konkurrenz technologisch nicht gleichgezogen hat. Aus Konkurrenzgründen wird mit dem Patentschutz durch Patentanmeldung ohne Überführung in die Produktion ein Mißbrauch betrieben, der der bewußten Vergeudung von Produktivkraft gleichkommt; aus Konkurrenzgründen investiert die Industrie im Kapitalismus in immer kurzfristigere und immer unsicherere technologische Ziele. Das Tempo des Fortschritts bindet in höherem Maße Kapitalien für Investitionen, die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt, die Profitrate sinkt, nicht nur tendenziell. Staatliche Ressourcen stellen die einzig noch mögliche Profitsicherung dar (16). Hier zeigt sich die *Widersprüchlichkeit der produktiven Potenz der Wissenschaft im Kapitalismus:* der technologische Fortschritt bietet für eine sozialistische Veränderung Bedingungen, wie sie in keinem der heute sozialistischen Länder im Anfangsstadium vorhanden waren. Der technologische Fortschritt erzwingt aber in der Phase vor dem Übergang zum Sozialismus, vor der möglichen Phase einer nicht-monopolistischen Demokratie, die durch staatliche Herrschaft gesicherte Verschärfung der Ausbeutung und relativen Verelendung der Massen. Diese Verschär-

14 Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hg.), Bundesbericht Forschung V. Bonn 1975 (im folgenden im Text als BF mit Seitenangabe zitiert), S. 13.

15 MEW 20, S. 138.

16 Vgl. P. Chaussepied, Probleme der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung in Westeuropa. In: Wissenschaftliche Welt (London/Organ der Weltföderation der Wissenschaftler), Jg. 1973, H. 3/4, S. 19 ff.

fung wird zur Grenze des Kapitalismus. Sowenig den einzelnen Unternehmer der tendenzielle Fall der Profitrate interessieren mag, solange sein partikularer Profit gesichert ist, zwingt doch die Monopolisierung dazu, den Staat als Funktion der Ökonomie zu erhalten und seinen Bankerott zu verhindern. Zur Vertiefung dieses wesentlich neuen Elements der Dialektik des Kapitalverhältnisses trägt die Wissenschaft erheblich bei.

Auf der anderen Seite führt die Integration der Wissenschaft in die staatsmonopolistische Form der volkswirtschaftlichen Reproduktion zu erheblichen Rückschlägen. Die noch so reformistischen, von der demokratischen Bewegung aber oft politisch erfolgreich genutzten Versuche einer Demokratisierung des Wissenschaftsbetriebs (durch Mitbestimmung, Drittmittelkontrolle etc.) passen nicht mehr in die veränderte Landschaft. HRG und Landeshochschulgesetze liquidieren diese Reformen in der BRD. In Frankreich geschieht Vergleichbares durch die als ‚Reform' verkaufte und auch durch Massenproteste noch nicht verhinderte ‚Öffnung der Wissenschaft' gegenüber den ‚relevanten gesellschaftlichen Kräften': die Studiengänge und Curricula werden durch Vertreter der Wirtschaft und Wirtschaftsverbände auf ihre Effektivität hin überprüft und in deren Interesse den (aktien)gesellschaftlichen Bedürfnissen angepaßt. In der BRD werden die Universitäten zunehmend unter denselben Druck geraten. Die staatliche Finanzierung — und damit Kontrollmöglichkeit gewählter Organe — wird immer mittelbarer: die Industrie bezieht Forschungsmittel vom Staat und finanziert universitäre Drittmittel-Forschung; bereits heute bilden Drittmittel — etwa in mit Pharma-Forschung befaßten Instituten, in rüstungsforschungsorientierten Instituten Technischer Hochschulen — oft den überwiegenden Teil der Forschungsetats.

In wissenschafts- und forschungspolitischen Zielprojektionen des Staats kommt diese Widersprüchlichkeit zum Ausdruck gerade in der Ausblendung des sozial-ökonomischen Antagonismus und im epidemischen Ausufern von Neo-Harmonismen wie ‚die Gesellschaft', ‚das Gemeinwesen', ‚unsere Wirtschaft', in denen eine Interessenidentität der gesellschaftlichen Kräfte propagiert wird. So liest man: „Forschung und neue Technologien gestalten die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend mit; sie helfen, gesellschaftliche Probleme zu lösen (BF 10). Man liest weiter, wie das Interesse ‚unserer Wirtschaft' allem vorangestellt wird, gehe es doch darum, „die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und auszubauen" (BF 10). Die Verbesserung der ‚Lebensqualität' hängt schlicht vom Wohlergehen der Wirtschaft ab (BF 13; 24).

Zwei Beispiele können verdeutlichen, daß Kriterien der gesellschaftlichen Gesamtplanung, der Hebung des materiellen Lebensstandards und des Bedürfnisniveaus der werktätigen Mehrheit der Bevölkerung in der staatsmonopolistischen Wissenschaftspolitik keine Rolle spielen — ohne daß dies zugleich auch schon den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ernsthaft blockieren würde! Beispiel Nr. 1 ist die universitäre Wissenschaftsförderung des Bundes: Ohne ein Konzept gesellschaftlicher Prioritäten gießt die Bundesregierung das Füllhorn der Wissenschaftsfinanzierung aus: über die sogenannten Geisteswissenschaften entsprechend dem ideologisch herrschenden Kultur-Idealismus; über die Natur-, Technik- und Ingenieurwissenschaften entsprechend dem herrschenden Pragmatismus; über die Gesellschaftswissenschaften entsprechend der herrschenden Ideologie von deren Ineffizienz (und der Angst vor deren möglicher Effizienz). Mit 1,8 Mrd. DM wurden zwischen 1969 und 1972 die ‚Geisteswissenschaften' bedacht. Die Naturwissenschaften erhielten 8,4 Mrd. DM, die Ingenieurwissenschaften 2,8 Mrd. DM, die Agrarwissenschaften 1,3 Mrd. DM. Der Bundesbe-

richt Forschung V weist für die ‚Wirtschafts- und Sozialwissenschaften' ganze 697,41 Mill. DM aus.

Das Beispiel Nr. 2 stammt aus dem Forschungsförderungsbereich ‚Soziales' und betrifft das Projekt ‚Humanisierung der Arbeitswelt'. Leitsatz 80 des BF führt dazu aus: „Ein besonderes Problem ... liegt in dem Verhältnis von Humanisierung und Produktionssteigerung. Hier gibt es keine allgemeinen Lösungen. Der mögliche Zielkonflikt muß vielmehr in jedem Einzelfall gelöst werden. Die extreme Arbeitsteilung am Fließband hat hohe Produktivitätssteigerungen erbracht, ihre Monotonie hat dann über extreme Fluktuationsraten, hohen Krankheitsstand und Qualitätsrückgang zur Gefahr eines Produktionsrückgangs geführt" (BF 34). Keine allgemeinen Lösungen, d.h. keine Arbeitsplatzgarantie durch ein Verfassungsrecht auf Arbeit, keine Sozialgesetzgebung gegen Ausbeutung usw. Die Fiktion eines einheitlichen gesellschaftlichen Interesses an ‚Humanisierung', sprich: Effektivierung, denn wo ist vom Verkrüppeln schöpferischer Fähigkeiten, vom Zusammenhang von Gesundheit und Glück die Rede?, geht bis zur Unterstellung philanthropischer Zwecke auf der Kapitalseite: „Eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu erreichen, liegt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft" (BF 33). Der Weg zum Ziel der „Erweiterung der Möglichkeiten des einzelnen, seine Fähigkeit zu entfalten" deckt die Widersprüchlichkeit der Wissenschafts- als Sozialpolitik auf. „Die fachliche Mitwirkung der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter verbreitert die Entscheidungsbasis". So weit so gut, ginge es um die demokratische Kontrolle beim Einsatz der von den Werktätigen erarbeiteten Mittel. Es geht um etwas ganz anderes, denn diese ‚Mitwirkung' „führt zu einer stärkeren Identifikation mit den getroffenen Entscheidungen und erhöht die Effizienz" (BF 19).

Der Kommentar des DGB zum Forschungsbericht V beweist, daß von der Harmonie der Interessen an ‚Humanisierung' keine Rede sein kann: „Zunächst werden durch Modernisierung der Wirtschaft inhumane Arbeitsbedingungen geschaffen, danach werden diese inhumanen Arbeitsbedingungen durch ein Forschungsprogramm zur Humanisierung der Arbeitswelt untersucht" (17). Die CDU-Bundestagsfraktion hatte, kaum war in Mannheim beim CDU-Parteitag die konservative, das 19. Jh. bewegende gegenrevolutionäre alte in Form einer ‚Neuen Sozialen Frage' entstaubt, demagogisch bei der Bundesregierung angefragt: „Welches Förderungskonzept für das Forschungsprogramm ‚Humanisierung des Arbeitslebens' hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Mittel an eine von Großunternehmen geprägte Arbeitsgemeinschaft fließen?". Die Antwort macht klar, daß die Bundesregierung die Erfolgskontrolle über ein Forschungsprojekt von bisher 50 Mill. DM und weitere bis 1979 geplante 250 Mill. DM an eben jene Großindustrie vergeben hatte, die als Verursacher inhumaner Arbeitsbedingungen selbst Gegenstand der Untersuchung sein sollte. Wissenschaftspolitik zugunsten der Werktätigen? Auf Anfrage der CDU stellt die Bundesregierung fest: „Die Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen wird dadurch erreicht, daß betriebliche Projekte im Rahmen des Programms mit den zuständigen Betriebsräten abzustimmen sind und daß die Betriebsräte nach Möglichkeit auch an der Begleitung der Forschungsprojekte beteiligt werden" (18). Nach wessen Möglichkeiten? Im Rahmen der nahezu zur Wirkungslosigkeit abgemagerten Mitbestimmung? Die Quadratur des wissenschaftspolitischen Kreises ergibt dieses Bild: die von den Arbeitern erarbeiteten Mittel der Forschungsförderung werden verausgabt zur Effektivierung des Arbeitslebens und eingesetzt unter Kontrolle derer, die zu kontrollieren und zur Humanisierung zu veranlassen die schöne Absicht war. Entsprechend stellt der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft für die Hochschulen fest: „Meines Wissens gibt es noch keine verbindliche, durch Beschlüsse festgelegte Bestimmung der Arbeitnehmerinteressen in der Hochschulpolitik" (19).

17 Aus: Erziehung und Wissenschaft (GEW), Nr. 11/1975, S. 13.
18 Deutscher Bundestag. 7. Wahlperiode. Drucksache 7/4767, 19.2.1976.

2.2. Schlußfolgerungen

Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus? Die Bedeutung von Wissenschaft und Technik nimmt unbestreitbar zu. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts wird gegenwärtig z.B. in den USA zu ca. 75 % durch wissenschaftlich-technische Faktoren der Intensivierung erzeugt. In der BRD beweist die Zahl der Nicht-Zulassungen vom Hochschulstudium (numerus clausus), daß Forschungspotentiale durch die durch innere Widersprüche des Produktions- und Reproduktionssystems erzwungene Konzeptionslosigkeit der Gesellschaftspolitik ungenutzt bleiben, wie die Zahl der ausländischen Arbeiter in der BRD — weitgehend zu schwerer körperlicher Arbeit eingesetzt — den hieraus erwachsenden Zwang zur Extensivierung belegt. Selbst die einfache Reproduktion der Volkswirtschaft bereitet in der allgemeinen ökonomischen Krise des Kapitalismus ungeheure Probleme. Dabei bleiben allerdings nationale Unterschiede zu beachten: die Zusammensetzung der Fonds für Forschung und Entwicklung in den USA war bereits Mitte der 60er Jahre derart, daß einem Anteil der Bundesmittel von 66,3 % nur noch ein privatindustrieller Anteil von 31,0 % gegenüberstand. Die von V.V. Bykov aus diesen und anderen Daten gezogenen Schlußfolgerungen lassen sich auf die BRD nur in einer Trendanalyse übertragen: „Der Staat schafft ein System von Forschungsinstituten und Laboratorien, deren Organisation gekennzeichnet ist durch: 1. einen gesellschaftlich-kombinierten Erkenntnisprozeß in jedem Forschungsinstitut und Laboratorium; 2. netzwerkartige Verbindungen zwischen den einzelnen Forschungsinstituten und Laboratorien, die in der Regulierung ihrer Funktionsweise durch den Staatsapparat zum Ausdruck kommt (hier gibt es noch kein Netz, das im gesamtgesellschaftlichen Maßstab für die Lösung von Systemen von Erkenntnisaufgaben organisiert wird); 8. die Herauslösung dieses Netzes aus der kapitalistischen Produktion" (20). In der BRD verhindern neben dem Kulturföderalismus vor allem die unmittelbaren Formen industrieller Beteiligung an Staatsorganisationen der Forschung und Wissenschaft eine derartige Konzentration in Staatshand. Beispiele sind die DFG (21), die Max-Planck-Gesellschaft, das West-Berliner Wissenschaftszentrum, die Gründung nicht-staatlicher Hochschulen (z.B. Hartmann-Bund auf dem medizinischen Sektor) und die erstaunliche Tatsache, daß der Staat im Bereich der von ihm immer weitergehend finanzierten Industrieförderung nicht einmal zur amtlichen Datenerhebung zugelassen ist („Die Daten über Wissenschaft, Forschung und Entwicklung werden seit 1948 mangels einer amtlichen Statistik auf gesetzlicher Grundlage von Archivdienst für Wissenschaftsstatistik

19 Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.), Bildungspolitische Bestandsaufnahme. Bonn 1975, S. 22.
20 V.V. Bykov, Der konkret-historische Charakter der Verbindung der Wissenschaft mit der Produktion. In: Wissenschaft als Produktivkraft. Der Prozeß der Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft. Bln(DDR) 1974, S. 106.
21 Vgl. dazu die umfassende Studie von P.M. Kaiser, Aktuelle Tendenzen in der Wissenschaftspolitik am Beispiel der Deutschen Forschungsgemeinschaft. In: SOPO 8. Jg., H. 34/35 1976, S. 95-117.

beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in zweijährigem Rhythmus erhoben" BF 68). Die Anarchie im sozial-ökonomischen Bereich ist politisch nicht zu meistern, solange die Trennung von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und, als Ausdruck dieses Grundwiderspruchs, privater Aneignung und staatlicher Alimentierung nicht aufgehoben ist. Gleichwohl ist die ‚naturwüchsige' Subsumtion der Wissenschaft unter die kapitalistische große Industrie des 19. Jh. auch in der BRD neuen Organisationsformen der Unterwerfung der Wissenschaft gewichen. Thyssen-Stiftung, VW-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und vergleichbare Organisationen zeigen diesen neuen Charakter der Subsumtion an, der den Konzentrations- und Monopolisierungsformen des Kapitals entspricht. Mit H. Seickert kann man feststellen: „Die *allgemeinen* gesetzmäßigen Erscheinungen der Wissenschaftsentwicklung, die in verschiedenen Produktionsweisen (Kapitalismus und Sozialismus) in der Zunahme wissenschaftlicher Tätigkeiten, im Wachstum wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie im Wachstum des Wissenschaftspotentials zum Ausdruck kommen, und die *spezifischen* gesetzmäßigen Erscheinungen der Wissenschaftsentwicklung, die in den *qualitativ* unterschiedlichen Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung und der Vergesellschaftung der Wissenschaft im Kapitalismus und Sozialismus sichtbar werden, stellen ein System von Gesetzmäßigkeiten dar" (22). Dieses System von Gesetzen der Integration der Wissenschaft in die Produktionsweise findet im Kapitalismus seine Regulierung durch *die Dialektik des Grundwiderspruchs*, des Kapitalverhältnisses.

Friedrich Engels' Satz „Wir können nur unter den Bedingungen unserer Epoche erkennen und *soweit diese reichen*" (23) zieht nicht nur das Fazit aus der Gesellschaftlichkeit der materiellen und ideellen Produktion, aus dem gesellschaftlichen Charakter auch des Erkenntnisprozesses, sondern fordert die Wissenschaftstheorie auf, genau zu beschreiben, *wieweit* diese ‚Bedingungen der Epoche' tatsächlich reichen. Es wäre falsch, aus dem Faktum der *spontanen* Wirkung der objektiven Gesetze der Produktion und Reproduktion im Kapitalismus den Schluß auf die *prinzipielle Bewußtlosigkeit* des Wissenschaftsprozesses in der bürgerlichen Gesellschaft zu ziehen. Die Bedingungen der Epoche des Übergangs zum Sozialismus reichen nicht nur *geschichtlich zurück* in die Abfolge von „Generationen, von denen Jede die ihr von allen vorhergegangenen übermachten Materiale, Kapitalien, Produktivkräfte exploitiert, daher also einerseits unter ganz veränderten Umständen die überkommene Tätigkeit fortsetzt und andrerseits mit einer ganz veränderten Tätigkeit die alten Umstände modifiziert" (24); die Bedingungen unserer Epoche reichen nicht nur soweit, wie es die Fortvegetation überlebter Produktionsweisen zuläßt. So findet beispielsweise die wissenschaftliche Tätigkeit in der BRD ihre Bedingungen und Beschränkungen institutioneller und rechtlicher Art in Art. 3 Abs. 5 GG, dessen Ziele widersprüchlich begründet sind: in ihn ist die überlebte liberalistische Konzeption der Konkurrenz-Freiheit der Privatkapitalisten eingegangen, zugleich aber enthält er die Tradition des demokratischen Naturrechts und der bürgerlichen Revolutionen. Die Reichweite der Bedingungen unserer Epoche erstreckt sich weit darüber hinaus in *objektive Möglichkeiten einer Zukunft*, deren Garant die objektive historische Funktion der Arbeiterklasse im staatsmonopolisti-

22 H. Seickert, Der gesellschaftliche Arbeitsprozeß – Grundlage der wissenschaftstheoretischen Systembetrachtung. In: Wissenschaft und Forschung im Sozialismus. Probleme ihrer Entwicklung, Gestaltung und Analyse. Materialien des RGW-Symposiums zu Fragen der marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie, September 1972 in Berlin. Hg.v. G. Kröber/H. Laitko/H. Steiner. Bln(DDR) 1974, S. 312.

23 MEW 20, S. 508.

24 MEW 3, S. 45.

schen Kapitalismus ist. Diese Arbeiterklasse hat, um beim verfassungsrechtlichen Beispiel zu bleiben, bereits im Grundgesetz die Offenhaltung der sozial-ökonomischen Entwicklung der BRD als Kompromiß-Resultat ihres Kampfes um die Demokratie durchgesetzt. Darüber hinaus: wer die Bedingungen wissenschaftlicher Tätigkeit im Kapitalismus allseitig untersucht, wird den Internationalismus der Arbeiterklasse, den Systemkonflikt — in der BRD überdeutlich spürbar — und die Auswirkungen des antiimperialistischen Kampfs um nationale Befreiung auf diese Bedingungen nicht übersehen können; (als Beispiel wäre hier die Rolle der Solidarität mit Chile, die Auswirkung der Tätigkeit antifaschistischer chilenischer Wissenschaftler in der BRD zu nennen).

Die spontane Wirkung der Gesetze des kapitalistischen Systems drückt sich in erster Linie darin aus, daß es eine bewußte *proportionale* Entwicklung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren nicht gibt. Disproportionalitäten treten im Verhältnis der Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung auf, in der innerwissenschaftlichen Forschungsplanung und im wissenschaftlichen Bereich der Lehre und Ausbildung. Offensichtlich wird dies durch die Einführung des numerus clausus, dem nicht etwa gesellschaftliche Bedarfsberechnungen zugrunde gelegen haben, sondern mehr oder minder durch subjektive Studienwünsche bewirkte Zufälligkeiten; die gegenwärtige dezisionistische Aufhebung des NC ohne gleichzeitige Schaffung der materiellen Voraussetzungen (Laborplätze etc., Arbeitsplatzerwartungs-Berechnungen etc.) wird zur Überfüllung der Universitäten, zum Abbau demokratischer Studienreform-Positionen, zur Verhinderung lernintensiver Kleingruppenarbeit und im Endergebnis zur Ineffizienz universitärer Wissenschaft führen. Auch hier freilich verfügen die großen Monopole durch ihr System innerbetrieblicher Ausbildung — wie bei IBM, AEG, Siemens — über Möglichkeiten, den Effektivitätsverlust aufzufangen. Über die geradezu lebensgefährliche Disproportion zwischen Rüstungs- und Wissenschaftsaufwendungen braucht man kaum mehr ein Wort zu verlieren. Eine der wesentlichen Folgelasten der spontanen Wirkung objektiver Gesetze im Kapitalismus ist, daß es keine Garantie einer auch nur annähernd zureichenden *Intensivierung* gibt. Dies betrifft die Intensivierung des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses durch zweckmäßige Planung, Organisation, Leitung und Kontrolle und Erhöhung der finanziellen Fonds wie vor allem die vom wissenschaftlich-technischen Arbeitsprozeß unmittelbar abhängige Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion, der gesellschaftlichen Reproduktion und damit schließlich die *qualitative* Verbesserung der materiell-technischen Basis. Soweit durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt Intensivierung stattfindet — und sie findet zweifellos statt —, handelt es sich weitgehend um eine *quantitative* Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft. Der *ökonomische Fortschritt* bleibt im Kapitalismus vom *sozialen Forschritt* getrennt, sofern nicht antikapitalistische Gegensteuerung durch Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Kräfte und Organisationen der Arbeiterklasse das Profitstreben als Maxime der kapitalistischen Ökonomie eindämmt. In diesem Zusammenhang spielen die Kooperationsverträge des DGB oder von Arbeiterkammern (so in Bremen) mit Reformhochschulen eine nicht zu überschätzende Rolle für den Wissenschaftsprozeß. Auch diese neuen Formen der Bindung der Wissenschaft an die Interessen der Werktätigen zeigen, wie falsch die mechanische Gleichung von Kapitalismus und Wissenschaft in der bürgerlichen antagonistischen Gesellschaft ist. Ihrer Tendenz nach beweisen die ersten Ergebnisse wissenschaftlicher Tätigkeit im Rahmen dieser Verträge — etwa Studien zur Lage von Hafenarbeitern, die die Gewerkschaft in die Lage versetzen, gezielt Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsplätze etc.

zu formulieren, Studien zur Schadstoffbelastung in industriellen Ballungsräumen mit dem Ziel, industriellen Profitinteressen begegnen zu können, gutachterliche Tätigkeiten von Arbeitsrechtlern für Betriebsräte —, welche Möglichkeiten der wissenschaftliche Fortschritt in einer nichtmonopolistischen Demokratie eröffnet.

Ein Fazit:

Eine materialistische Wissenschaftstheorie, welche die Lage von Wissenschaft und Forschung im Kapitalismus richtig widerspiegelt, muß von der alle gesellschaftlichen Lebensverhältnisse prägenden Dialektik, vom Grundwiderspruch von Kapital und Lohnarbeit, von Bourgeoisie und Arbeiterklasse ausgehen. Nicht hinreichend ist es, die Verschiedenheit der Systeme ‚Wissenschaft — Technik — Produktion' in Kapitalismus und Sozialismus theoretisch zu formulieren, wenn nicht als wichtigstes Element der Produktion die Hauptproduktivkraft, der Mensch, berücksichtigt wird. ‚Der Mensch' — dies ist keine anthropologische Abstraktion. Es geht darum, die Menschen in ihren Klassen- und Schichtenverhältnissen vor Augen zu haben. Der wesentliche Unterschied zwischen den Systemen 'W — T — P' in Kapitalismus und Sozialismus ist die *Stellung der Arbeiterklasse.* Ohne Demokratie, ohne die ökonomische Verfügung der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung über die Produktionsmittel und ohne die politische Macht zur Sicherung der Mehrheitsinteressen gegenüber den Machtansprüchen der monopolistischen Bourgeoisie bleibt die Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft letztlich selbst Ausdruck des Widerspruchs, bildet den Widerspruch *in sich* ab und wird an der vollen Entfaltung ihrer fortschrittlichen sozialen Wirkung gehindert. Gleichwohl bleibt zu berücksichtigen: Ergebnisse der Wissenschaft nutzen sich nicht ab und bleiben verwendbar. Die Produktivkraftentwicklung durch bürgerliche Wissenschaft dient nicht ausschließlich dem Kapital, sondern verbessert langfristig die Ausgangsbedingungen der Arbeiterklasse auch dann, wenn zunächst ihre negativen Folgen wirksam werden. Diesen Effekt, für den die geschichtsphilosophische Metapher der ‚List der Geschichte' (Fr. Engels) nicht unzutreffend wäre, beschränkt sich nicht allein auf die ‚Produktionswissenschaften'. Trotz der gegenwärtigen Disproportionen zwischen Natur- und Technikwissenschaften einerseits und Gesellschaftswissenschaften andererseits weist J. Hirsch sicher zu recht darauf hin, daß er die Gesellschaftswissenschaften nicht unberührt läßt: „Der von der Bewegung des Kapitals vorangetriebene Fortschritt der ‚Produktionswissenschaften' zieht eine wesentlich vom Staatsapparat initiierte Entwicklung von Organisations-, Planungs- und Sozialwissenschaften nach sich, die sich zentral auf die Sicherung der Funktionsfähigkeit einer unter wachsendem ‚Aufgabendruck' stehenden staatlichen Administration und auf Strategien zur Aufrechterhaltung der bestehenden politischen Herrschaftsverhältnisse als Bedingung der Gewährleistung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses richtet" (25). Diese Entwicklung wird von der These nicht erfaßt, die den bürgerlichen Naturwissenschaften einen ideologisch neutralen Status von *Verwertungswissen* zumißt, die Gesellschaftswissenschaften aber als prinzipielle *Ideologieproduzenten* mißversteht. Die Fra-

25 J. Hirsch, Ökonomische Verwertungsinteressen und Lenkung der Forschung. In: P. Weingart (Hg.), Wissenschaftsforschung. Frankfurt/New York 1975, S. 211.

ge „Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus?" ist gleichbedeutend mit der Frage „Wie wissenschaftlich ist die Wissenschaft im Kapitalismus?". Auf diese Frage werde ich zurückkommen.

3. Wissenschaft als Produktivkraft

Aus der — hier nur andeutungsweise — empirischen Bestandsaufnahme der Wissenschaft und ihrer ökonomischen Funktion sowie der staatsmonopolistischen Wissenschaftspolitik ergibt sich: Wissenschaft ist auch im Kapitalismus Produktivkraft. Nicht nur, daß erst der Kapitalismus in der industriellen Revolution eine enorme Beschleunigung der Wissenschaftsentwicklung und der Vergesellschaftung der Wissenschaft mit sich gebracht hat. Von Anfang an ist die Wissenschaft sowohl Bedingung wie Resultat kapitalistischer Produktion. Das Kapital produziert mit der Wissenschaft seine Reproduktion; in der Wissenschaft produziert es seine Grenze: „Die Universalität, nach der es unaufhaltsam hintreibt, findet Schranken an seiner eignen Natur, die auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung es selbst als die größte Schranke dieser Tendenz werden erkennen lassen und daher zu seiner Auflösung durch es selbst hintreiben" (26). Eine entscheidende Voraussetzung seiner Aufhebung produziert das Kapital in der „*Trennung der Wissenschaft von der Arbeit*", die zu einer Bedingung des Klassenantagonismus wird, gleichwohl aber die Grundbedingung der „Anwendung der Wissenschaft als solcher auf die materielle Produktion" darstellt (27).

Marx beschreibt die Auswirkungen dieses Funktionswandels der Wissenschaft für die Arbeiterklasse in der Phase der industriellen Revolution: „das Detailgeschick des individuellen, entleerten Maschinenarbeiters verschwindet als ein winzig Nebending vor der Wissenschaft ..., die im Maschinensystem verkörpert" ist (28). Den Arbeitern treten „die *gesellschaftlichen* Charaktere ihrer Arbeit" vergegenständlicht, „*kapitalisiert*" gegenüber (29). Auch die Wissenschaft erscheint dem Lohnarbeiter „als *Exploitationsmittel* der Arbeit, als Mittel, Surplusarbeit anzueignen, daher als dem Kapital angehörige" Kraft „der Arbeit"; die Integration der Wissenschaft in die Produktion wird als „*Tat des Kapitals*" verstanden (30). Interessant ist, daß Marx diese Fetischisierung wissenschaftlicher Tätigkeit aber nicht allein in ihrer Auswirkung auf den Lohnarbeiter untersucht. Er fragt nach dem Funktionswandel der Wissenschaft selbst — und darüber hinaus nach dem neuen Typus wissenschaftlicher Tätigkeit und des Wissenschaftlers. „Die Akkumulation des Wissens und des Geschicks, der allgemeinen Produktivkräfte des gesellschaftlichen Hirns, ist so der Arbeit gegenüber absorbiert in dem Kapital und erscheint daher als Eigenschaft des Kapitals" (31). Für die Wissenschaftstheorie im Kapitalismus bedeutsam ist, daß Marx nicht nur feststellt: „die Wissenschaft ... existiert nicht im Bewußtsein des Arbeiters, sondern wirkt durch die Maschine als fremde Macht auf ihn, als Macht der Maschine selbst" (32). Wichtig ist, daß Marx nicht nur von ‚*Erscheinungsweisen*' der Wissenschaft im *Bewußtsein* der Betroffenen — wovon dann die ‚eigentliche Wissenschaft' getrennt wäre — spricht, sondern vom Wesen wis-

26 K. Marx, Grundrisse ..., a.a.O., S. 313/314.
27 MEW 26/3, S. 436.
28 MEW 23, S. 446.
29 MEW 26/1, S. 367.
30 MEW 26/1, S. 367/368.
31 K. Marx, Grundrisse ..., a.a.O., S. 586.
32 Ebenda, S. 584.

senschaftlicher Tätigkeit. Er schreibt: „In diesem Prozeß, worin die *gesellschaftlichen* Charaktere ihrer Arbeit ihnen gewissermaßen *kapitalisiert* gegenübertreten, ... findet natürlich dasselbe statt für die Naturkräfte und die Wissenschaft, das Produkt der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung in ihrer abstrakten Quintessenz" (33). Die Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapitalverhältnis führt notwendig dazu, daß die Tätigkeit der Wissenschaft Produzierenden sich zunächst tendenziell, heute offensichtlich der Grundform der gesellschaftlichen Arbeit annähert. Der Wissenschaftler verfügt nicht über das Produkt seiner Arbeit. Das Erschrecken des Atomphysikers nach Hiroshima ist nur der Endpunkt dieser Entwicklung im Kapitalismus. Dies ist die eine Seite. Deren Kehrseite aber ist, daß mit der *Verselbständigung der Wissenschaft* in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sich eine historisch neuartige und ungemein *fortschrittliche* Form der Arbeit herausbildet. Marx hat diesen Sachverhalt in der Kategorie „allgemeine Arbeit" formuliert. Es kommt mir darauf an, in der Diskussion über die Funktion dieser Kategorie für die Wissenschaftstheorie einen Aspekt von ‚allgemeine Arbeit' hervorzuheben, der bisher ungenügend beachtet wurde.

3.1. ‚Allgemeine Arbeit' als Kennzeichen des produktiven Charakters wissenschaftlicher Tätigkeit

Ginge es darum, den produktiven Charakter wissenschaftler Tätigkeit durch ein theoretisches Konstrukt abstrakt zu beweisen, könnte man mit Marx antworten: „Wie sich die Herrschaft des Kapitals entwickelte und in der Tat auch die nicht direkt auf Schöpfung des materiellen Reichtums bezüglichen Produktionssphären immer mehr von ihm abhängig wurden — namentlich die positiven Wissenschaften (Naturwissenschaften) als Mittel der materiellen Produktion dienstbar gemacht wurden, glaubten sykophantische underlings der politischen Ökonomie jede Wirkungssphäre dadurch verherrlichen zu müssen und rechtfertigen, daß sie selbe ‚im Zusammenhang' mit der Produktion des materiellen Reichtums darstellten — als Mittel für denselben — und jeden damit beehrten, daß sie ihn zum ‚produktiven Arbeiter' im ‚ersten' Sinn machten, nämlich zu einem labourer, der im Dienst des Kapitals arbeite" (34). Mit diesem ironischen Veto wäre die Sache erledigt.

Wissenschaft — dies die These — ist nicht zuletzt deshalb produktiv, weil sie nicht auf ihre Funktion ‚im Dienst des Kapitals' reduziert werden kann — auch nicht im Kapitalismus. Wissenschaft ist produktiv nicht zuletzt deshalb, weil sie im Ergebnis der Arbeitsteilung ‚befreit' wird von der *Unmittelbarkeit der Erkenntnis* gegenüber den Erscheinungen, freigestellt wird von der *unmittelbaren Kooperation* der Produzenten. „Alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen" (35). Dieser Marxsche Satz ist keine apriorische Begründung der Notwendigkeit der Wissenschaft, sonder ein Fazit aus der Praxis. Wissenschaftliche Tätigkeit ist nicht nur das „Produkt der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung in ihrer abstrakten Quintessenz", sondern stellt selbst die — je nach sozialökonomischer Verwertungsbedingung — mehr oder minder bewußte Anwendung und Vermehrung dieses Produkts dar. Insofern ist sie ‚Logik' der Entwicklung der Arbeit im Sinne des Leninschen Begriffs von Logik, nämlich „Fazit, Summe, Schlußfolgerung aus der *Geschichte* der Erkenntnis der Welt" (36).

33 MEW 26/1, S. 367.
34 MEW 26/1, S. 146. Marx kritisiert hier die Verteidigung des parasitären, aus dem Feudalismus überkommenen Teils an Beamten etc. durch die Vulgarisatoren der politischen Ökonomie.
35 MEW 25, S. 825.

Marx hat die produktive Funktion wissenschaftlicher Tätigkeit in der Kategorie ‚allgemeine Arbeit' gefaßt. Der Satz „Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung" ist keine abstrakte Definition und kein Einfall am Rande. Man muß ihn im Kontext lesen! Er steht in einem Abschnitt des ‚Kapital' unter dem Titel „Ökonomie durch Erfindungen" im Rahmen von Überlegungen zu „Ersparungen in Anwendung des fixen Kapitals", eingeleitet durch ein „Nebenbei bemerkt". Der *Hauptakzent* dieses Textes ist anders gesetzt: „Endlich aber entdeckt und zeigt *erst die Erfahrung* des kombinierten Arbeiters, wo und wie zu ökonomisieren, wie die bereits gemachten Entdeckungen am einfachsten auszuführen, welche praktischen Friktionen bei Ausführung der Theorie — ihrer Anwendung auf den Produktionsprozeß — zu überwinden usw." Dann folgt: „Nebenbei bemerkt, ist zu unterscheiden zwischen allgemeiner Arbeit und gemeinschaftlicher Arbeit. Beide spielen im Produktionsprozeß ihre Rolle, beide gehn ineinander über, aber beide unterscheiden sich auch. Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdekkung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit Lebenden, teils durch Benutzung der Arbeiten Früherer. Gemeinschaftliche Arbeit unterstellt die unmittelbare Kooperation der Individuen" (37).

Erst aus diesem Kontext schlüsselt sich die wissenschaftstheoretische Bedeutung dieses Marxschen definitorischen Ansatzes auf. Am Beispiel der hohen Kosten beim Bau einer Maschine und der erheblich geringeren Aufwendungen für ihre spätere Reproduktion veranschaulicht Marx die produktive Rolle der Erfahrung, der Wissenschaft, d.h. „der allgemeinen Arbeit des menschlichen Geistes und ihrer gesellschaftlichen Anwendung durch kombinierte Arbeit" (38). In der Widersprüchlichkeit, einerseits durch Lösung aus der unmittelbaren individuellen Kooperation über das gesellschaftlich akkumulierte Wissen zu verfügen und damit potentiell auch auf kritische Distanz zu den Erscheinungen der unmittelbaren Empirie zu gehen, andererseits aber gerade in dieser ‚Freiheit' den Reproduktionsprozeß des Kapitals zu effektivieren, liegt ihr *Doppelcharakter.*

Daß die gesellschaftliche Arbeitsteilung eine Voraussetzung der Produktivität der Wissenschaft ist, haben Marx und Engels bereits in einer frühen Stufe der Herausbildung des historischen Materialismus angedeutet, in der ‚Deutschen Ideologie'. In einem Passus zur Entwicklung des Bewußtseins über dessen Schranken, zunächst „bloß Bewußtsein über die *nächste* sinnliche Umgebung und Bewußtsein des bornierten Zusammenhanges mit anderen Personen und Dingen" zu sein, verweisen sie *nicht* nur auf die möglichen und wirklichen sozialen Folgen der Arbeitsteilung, die darin bestehen, „daß die geistige und materielle Tätigkeit — daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumption, verschiedenen Individuen zufallen". Zwar klammert die ‚Deutsche Ideologie' im Unterschied zum ‚Kapital' die Wissenschaften noch aus dem Bereich ‚Produktivkräfte' aus; wichtiger ist aber, daß hier auch der *Fortschrittsaspekt der Arbeitsteilung* herausgearbeitet ist: „Die Teilung der Arbeit wird erst wirklich Teilung von dem Augenblicke an, wo eine Teilung der materiellen und geistigen Arbeit eintritt. Von diesem Augenblicke an *kann* sich das Bewußtsein

36 LW 38, S. 84/85.
37 MEW 25, S. 113/114 (Hervorhebung: H.J.S.).
38 Ebenda.

wirklich einbilden, etwas Andres als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein" (39). Marx und Engels kritisieren zwar daraufhin die ideologische Abstraktheit der „‚reinen' Theorie", die sich von der Welt ‚emanzipiert' habe, legen aber den Grundstein eines wichtigen Teils der Produktivkrafttheorie. Daß von hier Wirkungen für die materialistische Erkenntnistheorie ausgehen (Nicht-Identität von Realität und Begriff, gegen die Hegelsche Identitätslehre gewendet) wie auch für die Wissenschaftstheorie (Betonung des kognitiven Aspekts, Bedeutung der Widerspiegelungstheorie, Hervorhebung des aktiv-schöpferischen Charakters der Widerspiegelung), wird man stärker berücksichtigen müssen. Zu den Schlußfolgerungen, die zu ziehen sind, gehört: die von der materialistischen Erkenntnistheorie, vor allem durch Lenin im Unterschied zum Idealismus herausgestellte Nicht-Identität von Sein und Bewußtsein, Realität und Begriff drückt sich aus a) in einem erkenntnis- und wissenschaftslogischen *Primat theoretischer Abstraktionen* vor der Empirie und vor der Praxis; es ist nicht sinnvoll, dieses Kind materialistischer Erkenntnis mit dem Bade der Kritik am logischen Positivismus auszuschütten; es handelt sich bei der These von der Kraft der Abstraktion, die historisch-logisch akkumuliert und eine Erkenntnisbedingung darstellt, nicht um einen Rückfall in Idealismus; und b) drückt sie sich aus in einem in der wissenschaftlich-technischen Revolution qualitativ veränderten Verhältnis von Theorie und Praxis.

Dieser zweite Punkt ist besonders wichtig, weil er sich auswirkt bis hin in Entscheidungen der Wissenschaftsorganisation und der Wissenschaftspolitik. Inhalt dieses zweiten Punkts ist *der Vorlauf der Wissenschaft vor der materiellen Produktion*. Marx hat in Überlegungen zu den Bedingungen des Abbaus von Disproportionen zwischen Industrie und Agrikultur darauf verwiesen, daß nicht allein die Ersetzung des Grundbesitzers durch den „farming-capitalist" und die „Verwandlung der Ackerbauer in reine Lohnarbeiter" derartige Bedingungen schufen und nicht allein „die eigentlich wissenschaftliche Grundlage der großen Industrie, die Mechanik, die im 18. Jahrhundert gewissermaßen vollendet war". Er verweist auf die Bedeutung des Vorlaufs der Wissenschaften: „Erst im 19., speziell in den späteren Jahrzehnten, entwickeln sich die Wissenschaften, die *direkt* in höherm Grade spezifische Grundlagen für die Agrikultur als für die Industrie sind — Chemie, Geologie und Physiologie" (40). Von hier aus läßt sich eine materialistische, mit der idealistischen Konzeption der ‚Selbstbewegung des Geistes' unverwechselbare Kategorie ‚Antizipation' entwickeln: Antizipation ist nicht voraussetzungslos, hat ihre Ursache in Entwicklungsnotwendigkeiten der materiellen Produktion, läßt sich aber auch nicht auf einen mechanischen Reflex des status quo reduzieren; Antizipation modelliert eine neue Realität und wirkt sich bei Vorliegen gesellschaftlicher Realisationsbedingungen in der Überführung der ‚Idee' in Produktion und Praxis schöpferisch aus. Im Vorlauf der Wissenschaft liegt ein Grund für die Berechtigung des materialistischen Leninschen Satzes: „Das Bewußtsein des Menschen widerspiegelt nicht nur die objektive Welt, sondern schafft sie auch" (41). Entsprechend ist für Marx die *„Entwicklung der Wissenschaft*, dieses ideellen und zugleich praktischen Reichtums, ... nur eine Seite, eine andere Form, worin die *Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte ... erscheint*" (42).

39 MEW 3, S. 31/32. Auf diese bisher übersehene Bedeutung der Textstelle in der ‚Deutschen Ideologie' hat zuerst Manfred Buhr hingewiesen, dem ich meine Interpretation verdanke: M. Buhr, Die Kraft der materialistischen Dialektik. In: Hegel-Jahrbuch 1974. Köln 1975, S. 37/38.

40 MEW 26/2, S. 103/104.

41 LW 38, S. 203.

42 K. Marx, Grundrisse ..., a.a.O., S. 439.

Die Wissenschaftsentwicklung verändert die Beziehung von Erkenntnis und Praxis, ist die Summe der zunehmend praktisch bedeutsamen ideellen Fähigkeiten der Menschen und verlangt von der Wissenschaftstheorie, das ohnehin vulgärmaterialistische Schema „Erkenntnis = Reflex" zu verabschieden. Damit trägt die Wissenschaftstheorie bei zur angemesseneren Einschätzung des ‚subjektiven Faktors' in der Gestaltung der Realität: Existenz und Wirkungsweise objektiver Gesetze der Entfaltung materieller gesellschaftlicher Verhältnisse stehen in einem jeweils auch durch die Wissenschaftsentwicklung indizierten Zusammenhang. Das bewußte Handeln des gesellschaftlichen Subjekts — worin eben nicht das Individuum gesehen werden kann — hängt vom Stand dieser Form der Produktivkraftentwicklung ab. Dem hier möglichen Idealismus schiebt die Wirklichkeit einen Riegel vor: ohne eine entsprechende Entwicklung der Produktionsverhältnisse und des Bezuges zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften bleibt auch der Wissenschaft nur die Blamage. Der qualitative Funktionswandel unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, vor allem Eigentumsverhältnissen, und unter den Bedingungen der politischen Macht derer, deren gesellschaftliche Interessen auf höchste Effektivität der Wissenschaft abzielen (müssen), ist der historische Beleg gegen den Idealismus ‚Wissenschaftsautonomie'.

Für die Wissenschaftspolitik der demokratischen antikapitalistischen Bewegung ergibt sich aus der wissenschaftstheoretischen Einsicht in die Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Zielprojektion und möglichem Erkenntnisvorlauf der Wissenschaft die große Chance, sozusagen auf Vorrat zu arbeiten, wo die Überführung von Ergebnissen noch nicht möglich ist. Der von G. Kröber klar formulierte „nichtantagonistische Widerspruch" zwischen notwendigem Erkenntnisvorlauf und dem Gebot, den Sektor der nur potentiellen Produktivkräfte so klein wie möglich zu halten, kann im Kapitalismus gegenwärtig z.B. für die marxistische Wissenschaft nicht prinzipiell zuungunsten der wissenschaftlichen ‚Vorratswirtschaft' gelöst werden (43). Auf der andern Seite sind im Kapitalismus aber auch nicht die Bedingungen gegeben, unter denen das von B.M. Kedrov formulierte „Gesetz der vorauseilenden Entwicklung der Wissenschaft" ungehindert wirken könnte, nicht allein der Innovationssektor wird aufgrund inhumaner Prioritäten der Wissenschaftspolitik gebremst, sondern auch die Entwicklung von Wissen (z.B. Krebsforschung). Im System ‚Wissenschaft — Technik — Produktion' sei, so Kedrov, jedes Element „für sich einer progressiven Entwicklung fähig": „Jedoch ist das Entwicklungstempo jedes von ihnen verschieden. Am schnellsten entwickelt sich die Wissenschaft" (44), wogegen die Technik wegen der komplizierten Entwicklungsvoraussetzungen (Versuchsmodelle etc.) langsamer und die Produktion wegen der „kolossalen materiellen Aufwendungen" am langsamsten vorankomme. Als Extrapolation aus der Wissenschafts-, Technik- und Produktionsgeschichte ist dieses Gesetz zweifellos richtig formuliert. Dennoch bietet es eines der Beispiele, die zur Vorsicht bei der Übertragung ‚allgemeiner Bestimmungen' der Wissenschaftstheorie auf konkrete gesellschaftliche Verhältnisse mahnen. Es ist bekannt, in welchem Maße im Kapitalismus die Wissenschaftsentwicklung trotz Vorliegens zukunftsweisender wissenschaftlicher Ergebnisse gebremst wird, sobald das monopolistische Interesse an der — wenn auch an den objektiven Bedürfnissen der Massen vor-

43 G. Kröber, Die Wissenschaft und ihre Erforschung im Sozialismus: Prozesse, Probleme, Prinzipien. In: Autorenkollektiv, Wissenschaft im Sozialismus. Probleme und Untersuchungen. Bln(DDR) 1973, S. 26/27.

44 B.M. Kedrov, Drei Entwicklungsgesetze der Wissenschaft. In: Wissenschaft und Forschung im Sozialismus ..., a.a.O., S. 33.

beigeplanten — billigen Reproduktion veralteter Güter Vorrang hat. Die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für einen bedarfsdeckenden öffentlichen Verkehr z.B. liegen längst vor. Realisiert werden sie wegen der Interessen der Automobilindustrie nicht. Auf einzelne, beschränkte Systeme W — T — P trifft das Gesetz zu; die Anarchie im gesellschaftlichen Gesamtsystem W - T - P verhindert jedoch häufig den Vorlauf der Wissenschaft.

3.2. Wissenschaft als potentielle oder reale Produktivkraft, als unmittelbare oder mittelbare Produktivkraft

Der Satz „auch im Kapitalismus ist die Wissenschaft Produktivkraft" ist richtig, muß aber präzisiert werden. In der gegenwärtigen Diskussion werden dabei mehrere begriffliche Hilfen angeboten. Die Antwort auf die Frage nach der Produktivität der Wissenschaft muß für den staatsmonopolistischen Kapitalismus umso vorsichtiger ausfallen, als die „Verwissenschaftlichung der Produktivkräfte" dazu beigetragen hat, daß „nur das monopolistische Kapital letztlich in der Lage ist, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ‚anzuwenden' und über ein System der gesellschaftlichen Ausbeutung die Finanzierung von Forschung und Entwicklung auf die Arbeiterklasse abzuwälzen" (45). Fällt aber diese von A. Leisewitz am Beispiel der chemischen Industrie im Detail nachgewiesene Beschränkung der ‚Anwendung' auf Monopole zusammen mit dem, was ‚Produktivkraft Wissenschaft' aussagt? Feststeht zunächst einmal, daß von Produktivität der wissenschaftlichen Tätigkeit nicht formations-unspezifisch, unhistorisch gesprochen werden kann: „Wird die materielle Produktion nicht in ihrer spezifischen historischen Form gefaßt, so ist es unmöglich, das Bestimmte an der ihr entsprechenden geistigen Produktion und die Wechselwirkung beider aufzufassen" (46). Es geht also um die *Spezifik* der materiellen Produktion. Fraglich ist aber, ob sie ausschließlich in der Ökonomie als Verwertungsbereich gesehen werden kann oder — anders gefragt — ob die Bereiche ‚gesellschaftliche Bedingungen' wissenschaftlicher Tätigkeit und ‚ökonomische Verwertung' von deren Ergebnissen deckungsgleich sind. R. Rilling hat diese Frage m.E. mit der These, Wissenschaft finde als „abgeleitete Produktion ... ihre Antriebe, ihr Material und Mittel, ihr Ziel in der materiellen Produktion und durch die materielle Produktion" (47), auch dann noch zu eng beantwortet, wenn über einige Vermittlungsschritte unter ‚materielle Produktion' auch die Arbeiterklasse subsumiert werden könnte. Der prinzipiell historische Charakter der Wissenschaft als ‚allgemeiner Arbeit' schließt auch die relative Selbständigkeit der Wissenschafts- als Erkenntnisentwicklung ein, und die Relativität dieser Entwicklung kann nicht auf die Relation ‚Erkenntnis/materielle Produktion' reduziert werden.

In der gegenwärtigen Debatte lassen sich einige grundsätzliche Positionen als Argumentationstypen ausmachen. Der Bereich der kontrovers diskutierten Annahmen ist, seit über die Frage, ob die Wissenschaft *entweder* gesellschaftliches Bewußtsein sei *oder* unmittelbare Produktivkraft (48), kaum mehr ge-

45 A. Leisewitz, Die Auswirkungen der Verwissenschaftlichung der Produktion auf die Monopolbildung und auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, am Beispiel der chemischen Industrie. In: Das Argument 14 (1972), H. 5/6, S. 444.

46 MEW 26/1, S. 257.

47 R. Rilling, Theorie und Soziologie der Wissenschaft, a.a.O., S. 11.

48 Vgl. zu dieser Diskussion H. Parthey, Wissenschaft als Form des gesellschaftlichen Bewußtseins und ihre Funktion als Produktivkraft. In: Wiss.Zschr.d.Universität Rostock. Ges.-und sprachwiss.Reihe 14 (1965), H. 5/6, S. 557-560.

stritten wird, eingeschränkt. Im wesentlichen lassen sich zwei Positionen unterscheiden, von denen aus höchst unterschiedliche Antworten zum Problem der produktiven Funktion der Wissenschaft im Kapitalismus gegeben werden:

Position Nr. 1 — Vorrang bei der Problemlösung hat der *ökonomische und technische Aspekt* der Funktionsweise der Wissenschaft in Produktion und Reproduktion. Die Wissenschaft wird zu einem dritten Element der Produktivkräfte und tritt *neben* die Produktivkraft Mensch und die technischen Mittel der Einwirkung auf den Arbeitsgegenstand. Die Autoren des sowjetischen Werks „Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution" stellen fest: „Sinn und Inhalt der Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft ist nicht die Einheit von Wissenschaft und Arbeit und auch nicht die verstärkte Anwendung der Wissenschaft im Prozeß der lebendigen Arbeit, sondern gerade ein diametral entgegengesetzter Prozeß, nämlich die völlige Trennung der Wissenschaft von der unmittelbaren lebendigen Arbeit" (49). Mit den Worten A. A. Kuzins: „Der Inhalt des Prozesses der Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft besteht ... in der Trennung der Wissenschaft von der lebendigen Arbeit, in ihrer Umwandlung in den Hauptagenten des unmittelbaren Produktionsprozesses, in einen selbständigen Faktor des Produktionsprozesses, in die einzige geistige Produktivkraft des unmittelbaren Produktionsprozesses" (50).

Der Augenschein scheint diese Auffassungen zu bestätigen. Sind nicht im Kapitalismus Wissenschaft und Arbeiterklasse in der materiellen Produktion getrennt? Wird nicht Wissenschaft unterdrückt, sobald sie andere Bedürfnisse realisiert als die der monopolistischen Bourgeoisie — die der Masse der Werktätigen? Scheitert nicht die bürgerliche Wissenschaft vor dem Problem, wissenschaftlich nicht nur vorhandene Bedürfnisse zu befriedigen, sondern — was objektiv möglich ist — das Bedürfnisniveau der Menschen selbst zu erhöhen? Unter diesem gewiß nicht unrichtigen Eindruck kommen G. Kröber und H. Laitko in „Sozialismus und Wissenschaft" zu der eindeutigen Aussage, „über die Ziele der gesellschaftlichen Produktion und damit auch über die Kriterien für die Produktivität einer bestimmten Arbeitstätigkeit" entschieden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse: „Im heutigen Kapitalismus ... ist eine Arbeit dann produktiv, wenn sie der Sicherung und Erhöhung des Profits und der Aufrechterhaltung der überlebten imperialistischen Gesellschaftsordnung dient; viele konkrete Tätigkeiten, die in diesem System als produktiv fungieren, sind vom höheren Standpunkt des Sozialismus eine unproduktive Verschwendung gesellschaftlicher Arbeitszeit" (51).

49 Zit. nach: H. Fetzer, Zum Erkenntnisstand von Gesetzmäßigkeiten der Wissenschaftsentwicklung im Sozialismus (Auswertung sowjetischer Literatur). H. 6 der Studien und Forschungsberichte der Akademie d.Wiss.d.DDR, Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation. Bln(DDR) 1975, S. 37.
Zur Diskussion über ‚Produktivkraft Wissenschaft' vgl.: H. Seickert, Produktivkraft Wissenschaft im Sozialismus. Bln(DDR) 1974, S. 161 ff.
H. Seickert, Die Wissenschaft als Produktivkraft und ihre Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. In: G.M. Dobrov/D. Wahl (Hg.), Leitung der Forschung. Probleme und Ergebnisse. Bln(DDR) 1976, S. 89-113.
G.N. Wolkow, Soziologie der Wissenschaft. Bln(DDR) 1970, S. 215.
S.V. Suchardin (Hg.), Wissenschaft als Produktivkraft. Der Prozeß der Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft. Bln(DDR) 1974.
G. Bohring/R. Mocek, Arbeiterklasse und Produktivkraft Wissenschaft. In: Dt.Zschr. f.Philosophie 20 (1972), S. 697-717.

50 Zit. nach: H. Fetzer, a.a.O., S. 37.

51 G. Kröber/H. Laitko, Wissenschaft im Sozialismus, a.a.O., S. 25.

Wichtig und richtig scheint mir hier die konsequente Perspektive des Primats der Ökonomie wie auch die klare implizite Zurückweisung einer moralisierenden Bestimmung von ‚produktiv/ unproduktiv'. Aus der These, „in der Realisierung ihrer Produktivkraftfunktion" äußere sich „der Klassengegensatz zwischen sozialistischer und kapitalistischer Wissenschaft besonders deutlich" (52), ziehen die Autoren hier aber nicht die sich aufdrängenden Schlußfolgerungen: der Klassengegensatz *innerhalb* des Kapitalismus dringt in die Produktivkraftentwicklung ein und durchsetzt auch das System wissenschaftlicher Tätigkeit; vorwärtstreibend wirkt die bürgerliche Wissenschaft *nicht zuletzt auch* durch ihre nur *dialektisch* zu begreifende Funktion, *die Reproduktion des Kapitalismus mit der notwendigen Tendenz seiner Negation zu vermitteln.* Darüber hinaus wird nicht genügend berücksichtigt, daß die staatsmonopolistische Herrschaft ihre Repressionsinstrumente nicht zufällig gegen alle antikapitalistischen, ja bereits alle nicht-bourgeoisen Fortschritte im Wissenschaftsprozeß einsetzt. Von der m. E. zu einseitigen ökonomisch-technischen Dimension des Problems her ließe sich die *Parteinahme vieler Wissenschaftler im Kapitalismus* für die Interessen der Arbeiterklasse, ließen sich demokratische Organisationen der Wissenschaftler (wie der Bund Demokratischer Wissenschaftler), ließe sich der organisierte antimonopolistische Kampf mit den Mitteln der Wissenschaft nicht erklären, — es sei denn als ‚Zufall" oder als Akt voluntaristischer Renegaten. Und weiter: bleibt die Anwendung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung — unterstellen wir: der Forschung eines Reaktionärs — unabhängig davon, wessen lebendige Arbeit die Anwendung realisiert, prinzipiell dem imperialistischen Interesse ausgeliefert? Hat das ideologische Qualifikationsniveau der Werktätigen, hat das Niveau proletarischen Klassenbewußtseins, hat der erkennbare Fortschritt in der Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus (etwa der politischen Ökonomie des Kapitalismus durch Betriebsräte, vermittelt z. B. durch die MAB) keine Auswirkungen auf die Produktivität der Wissenschaft? Die Verhinderung von Rüstungsforschung auf Drittmittelbasis, wie es sie z. B. an der TH Darmstadt durch die Aufdeckung geheimgehaltener Forschung durch Studenten gegeben hat, oder die Verhinderung bzw. Veränderung der Anwendung organisationswissenschaftlicher Ergebnisse (z. B. REFA) zuungunsten der Arbeiter durch Streikmaßnahmen der Betroffenen (z. B. in der Elektroindustrie) sind Beispiele, die vermehrt werden könnten. Sie sind *symptomatisch* dafür, daß die Frage der Produktivität im Kapitalismus nicht allein unter Berücksichtigung der zweifellos *dominanten* monopolistischen Strukturen zu klären ist, sondern nur unter Einbeziehung der Widersprüche, die ja nicht außerhalb dieser Dominanz wirken. Sowohl unter kognitiven wie sozialökonomischen Aspekten gilt hier für die Wissenschaftstheorie: im Kapital*verhältnis* stehen sich keine Robinsone auf getrennten Inseln gegenüber. Nicht allein unter ideologischen Gesichtspunkten ist Wissenschaft im Kapitalismus eines der Elemente, in denen sich der Klassenantagonismus widerspiegelt. Der Realität näher scheint deshalb die

Position Nr. 2 — Wissenschaft realisiert ihre Produktivkraftfunktion nicht als selbständiges Element, sondern als eine Eigenschaft der subjektiven Elemente der Produktivkräfte, und kann nur als Wesenskraft menschlicher Aktivität angemessen definiert werden. Diese Position scheint mir deshalb weiterführend zu sein, weil sie alle wesentlichen Erkenntnisse des *historischen Materialismus* fruchtbar macht. Sie unterscheidet sich von Position Nr. 1 nicht etwa dadurch, daß sie in leere Allgemeinheiten wie ‚der Mensch', die ‚moderne

52 Ebenda.

Wissenschaft' ausweicht, sondern dadurch, daß sie das Charakteristische der Epoche in der Veränderung der Klassen*beziehungen* und der Hauptproduktivkraft, der — wie Marx sagt — „revolutionären Klasse selbst" (53) sieht.

Auf die Schlüsselrolle der Hauptproduktivkraft Mensch und auf die die Beziehung der Wissenschaft zum Arbeitsmittel und zum Arbeitsgegenstand determinierende Beziehung ‚Wissenschaft — Arbeiterklasse' hat für die sozialistische Gesellschaft G. H. Wolkow bereits 1970 hingewiesen: „Produktiv wird heute folglich nicht nur die Arbeit, die auf die Vermehrung des gegenständlichen, des wertmäßigen Reichtums der Gesellschaft gerichtet ist, sondern auch die Arbeit, die auf die Entwicklung und Vermehrung des grundlegenden Kapitals der Gesellschaft, ihres entscheidenden Reichtums, der Menschen gerichtet ist, also die Arbeit, die die Fähigkeiten des Menschen zur schöpferischen Tätigkeit entwickelt und vervollkommnet" (53a). Sicherlich ist diese These von Wolkow völlig zu recht auf die qualitativen Veränderungen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im Sozialismus bezogen worden. Der historischen Tendenz nach gilt sie auch für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus; berücksichtigt man etwa, daß schon heute die ‚Thesen des DGB' zur Hochschulreform nicht nur Postulate und ungedeckte Schecks auf die Zukunft sind, sondern partiell in staatlichen Institutionen der BRD oder in DGB-eigenen Schulungsinstitutionen verwirklicht werden können, dann gilt sie bereits für die Phase im Kampf um eine fortgeschrittene, antimonopolistische Demokratie. Man muß dabei sehen, daß im Kapitalismus die auf Profit gerichtete Warenproduktion nicht ausschließlich zur Stabilisierung des Systems dient, sondern z. B. Gewerkschaften, auch durch den Einsatz wissenschaftlich-technischer Mittel, Profite erwirtschaften, die systemdysfunktionalen Zielen zugute kommen (können).

Deshalb ist die Kritik V. G. Macharovs an Position Nr. 1 berechtigt: „Die Gleichsetzung der Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft mit der Realisierung ihrer Entdeckungen in materiellen Faktoren der Produktion ist ihrem Wesen nach gleichbedeutend mit der alten Vorstellung, die die Produktivkräfte auf die materiellen Faktoren der Produktion reduziert. Die gesellschaftliche Produktion stellt eine Einheit von objektiven und subjektiven, von materiellen und geistigen Faktoren der Produktion dar ... Wissenschaft — das ist die Erscheinungsform des ‚kollektiven Verstandes' der Menschen. Es ist nicht richtig, sie zu einem selbständigen Element der Produktivkräfte zu machen ... Wenn wir von der Wissenschaft als von einer Produktivkraft sprechen, dann trennen wir sie nicht vom Menschen, dem Träger der wissenschaftlichen Kenntnisse ... Die Wissenschaft tritt sowohl als unmittelbare Produktivkraft als auch als Form des gesellschaftlichen Bewußtseins als eine relativ selbständige gesellschaftliche Erscheinung auf" (54).

Ausgehend von den Fakten, daß a) die Wissenschaft nicht ‚an-sich' zur Produktivkraft wird, sondern nur im Prozeß der produktiven gesellschaftlichen Gesamtarbeit; daß b) die „Produktivkraft Wissenschaft als System wissenschaftlicher Arbeitsprozesse selbst aus einem Komplex von Faktoren besteht, deren

53 MEW 4, S. 181. Vgl. Lenin: „Die erste Produktivkraft der ganzen Menschheit ist der Arbeiter, der Werktätige". LW 29, S. 352.

53a G.N. Wolkow, Soziologie der Wissenschaft. Bln(DDR) 1970, S. 21.

54 V.G. Macharov, Wissenschaft als Faktor zur Regulierung und Steuerung der Produktion. In: Wissenschaft als Produktivkraft. Der Prozeß der Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft. Bln(DDR) 1974, S. 132/133.
Vgl. auch: W. Eichhorn I/A. Bauer/G. Koch, Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Bln(DDR) 1975, S. 134/135.

Zusammenwirken in gesellschaftlichen Arbeitsprozessen mit den Faktoren im Anwendungsbereich der materiellen Produktion erst die produktionswirksamen Effekte ... hervorrufen"; und daß c) sich die Beziehung zwischen Wissenschaft und Produktion in Produktionsverhältnissen realisiert, kommt H. Seickert zu einer für die Wissenschaftstheorie im Kapitalismus folgenreichen Unterscheidung zwischen *mittelbarer und unmittelbarer Produktivkraft*, zwischen *produktiver und nicht-produktiver Arbeit des Wissenschaftlers* und zu einer umfassenden *Definition der Produktivkraft Wissenschaft.* Als unmittelbare Produktivkraft kann Wissenschaft angesprochen werden, soweit der produktive wissenschaftliche Arbeitsprozeß direkt mit der materiellen Produktion und der produktiven gesellschaftlichen Gesamtarbeit verbunden ist. Als mittelbare Produktivkraft wirkt die Wissenschaft in ihrer indirekten Beeinflussung des Arbeitsprozesses „zum Beispiel über die Bildung und wissenschaftliche Qualifizierung des subjektiven Faktors der materiellen Produktion" (55). ‚Produktive Arbeit' und ‚nicht-produktive Arbeit' stellen *beide* Formen gesellschaftlich *nützlicher* Arbeit dar. ‚Produktiv' ist wissenschaftliche Tätigkeit mittelbar bzw. unmittelbar in der Produktionsvorbereitung, Planung, Leitung und Organisation, Forschung, Entwicklung, Projektierung und Konstruktion bzw. im wissenschaftlichen Arbeitsprozeß in der unmittelbaren Fertigung. ‚Nicht-produktiv' ist wissenschaftliche Tätigkeit in der nicht-produktiven Sphäre, etwa Kultur, Sport, Gesundheitswesen, oder (im materiellen Bereich) in der Verwaltung (56). Seickerts Definition lautet:

„*Die Produktivkraft Wissenschaft ist eingebettet in den Prozeß der produktiven gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Sie umfaßt die Gesamtheit der wissenschaftlichen Erkenntnisse und alle objektiv notwendigen Faktoren des produktiven wissenschaftlichen Arbeitsprozesses (Arbeitskräfte und Produktionsmittel), soweit sie unter konkreten natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen im Prozeß der produktiven gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch Gewinnung, Reproduktion, Vermittlung und Anwendung von Wissen über die lebendige produktive Arbeit und die Faktoren der materiellen Produktion zum Wachstum und zur Stabilisierung der Produktion, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit zur Erhöhung des Wirkungsgrades der produktiven, konkret nützlichen Arbeit beitragen*" (57).

Es wird deutlich, daß nach dieser Definition nicht jegliche wissenschaftliche Arbeit im Kapitalismus in Form einer Produktivkraft wirkt. Deutlich aber auch, daß der Begriff der ‚mittelbaren' Produktivkraft für die Wissenschaftstheorie fruchtbar ist, die nicht nur blinder Reflex ‚der' Wissenschaft in ‚dem' Kapitalismus sein will, parteilich zur Effektivierung wissenschaftlicher Arbeit zugunsten der Verbesserung des materiellen Lebensstandards der Masse der Werktätigen und zugunsten der ideologischen Qualifikation der Arbeiter beitragen will und deshalb auch die nicht in der materiellen Produktion unmittelbar anwendbaren wissenschaftlichen Tätigkeiten (z. B. des Gesellschaftswissenschaftlers) als produktive Kraft der Arbeiterklasse zu berücksichtigen hat. Aus der Sicht des Kampfes der Arbeiterklasse ist die mittelbare Wirkung der Produktivkraft Wissenschaft unter staatsmonopolistischen Bedingungen heute ein wesentlicher produktiver Faktor der Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft. *Deshalb* ist es falsch, Wissenschaft im Kapitalismus mit ihrer unmittelbaren Wirkung in der materiellen Produktion, mit ihrer Wirkung in der Reproduktion des monopolistischen Systems zu *identifizieren.*

55 H. Seickert, Die Wissenschaft als Produktivkraft und ihre Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, a.a.O., S. 105.
56 H. Seickert, Produktivkraft Wissenschaft im Sozialismus, a.a.O., S. 189/190.
57 Ebenda, S. 173.

Innerhalb des Kapitalverhältnisses entwickelt also nicht nur die Wissenschaft in ihrer unmittelbaren Produktivkraftfunktion Faktoren der Negation, der Auflösung des Kapitals, sondern auch in ihrer mittelbaren Funktion. Nimmt man die Arbeiterklasse einmal (theoretisch) isoliert, dann überwiegt gegenwärtig diese mittelbare Wirkung der Wissenschaft — des wissenschaftlichen Sozialismus und einzelwissenschaftlicher Disziplinen —, deren Ergebnisse noch nicht praktisch-materiell im *eigenen* Verwertungsinteresse eingesetzt werden können. Darüber hinaus bietet es sich an, zwischen *reellen und potentiellen Faktoren der Produktivkraftentwicklung* zu unterscheiden. In der Wissenschaftspolitik der Organisationen der Arbeiterklasse und ihrer Alliierten muß deutlicher als bisher die Bedeutung potentieller Produktivkräfte berücksichtigt werden. Die Zumutung unmittelbarer Umsetzung in die Praxis und die Erwartung unmittelbar einsetzender Wirkungen und Erfolge sind kurzsichtig und führen häufig genug zum Aktionismus.

3.3. Wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus

Für das Verständnis der fortschrittlichen Funktion der Wissenschaft im Kapitalismus gibt es eine wesentliche Voraussetzung: das richtige Verständnis der wissenschaftlich-technischen Revolution. Der Kern des Problems liegt darin, diesen Prozeß nicht von einer isoliert aufgefaßten Entwicklung von Wissenschaft und Technik her zu bestimmen, sondern ihn unter dem Aspekt der prinzipiellen Gesellschaftlichkeit von Wissenschaft und Technik und deren sozialhistorischer und sozialökonomischer Bedingtheit und Wirkungsweise zu begreifen. Die WTR vollzieht sich — entsprechend den Phasenverschiebungen der Industrialisierung — heute in allen technologisch hochentwickelten Ländern, — *aber* mit erheblichen sozialökonomischen Unterschieden. Einheitliches Kennzeichen der WTR in den beiden Systemen ist die „Herausbildung des einheitlichen Komplexes Wissenschaft-Technik-Produktion" (57a), ist die Verringerung der Aufwendung an lebendiger Arbeitskraft, die Ersetzung von Naturbedingungen der Produktion durch wissenschaftlich-technisch erzeugte Produktionsmittel, die Ersetzung geistiger Arbeit durch Automaten — und zwar mit der Tendenz, durch Kybernetisierung die menschliche Programmierungstätigkeit maschinell abzulösen und die Anpassung der Automaten an ein verändertes Funktionieren der Produktionsanlagen durch Selbstregulierung zu ermöglichen (58). Wichtig ist: „die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution ist ... weder ein Prozeß, der sich allein im Bereich der Wissenschaft abspielt, noch ist sie auf technische Umwälzungen im Gefolge wissenschaftlicher Entdeckungen reduzierbar. Sie ist ihrem Wesen nach ein zutiefst gesellschaftlicher Prozeß; sie ist, obgleich nicht identisch mit ihm, so doch ein untrennbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie steht in engstem Zusammenhang mit Fortschritten in der Entwicklung sowohl der Produktivkräfte wie auch der Produktionsverhältnisse der Gesellschaft. Sie widerspiegelt einerseits den Grad der Beherrschung der Naturgesetze durch den Menschen und

57a G. Kröber, Wissenschaft, Gesellschaft und wissenschaftlich-technische Revolution. In: H.J. Sandkühler (Hg.), Marxistische Wissenschaftstheorie, a.a.O., S. 154.
58 Vgl. S. Smirnow, Die wissenschaftlich-technische Revolution und die materielle Produktion. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge H. 5/1975, S. 517-527.

hängt andererseits wesentlich vom Grad der Beherrschung der gesellschaftlichen – insbesondere der ökonomischen – Gesetze der jeweiligen Gesellschaftsordnung ab" (59). Die wissenschaftstheoretische Berücksichtigung des jeweiligen formationsspezifischen Charakters der WTR bei der Konzeption des Wissenschaftsbegriffs ist unabdingbar. Erst wenn diese Konkretion erreicht ist, ist es möglich, die WTR allgemein nach ihren Wesensmerkmalen im Unterschied zu der wissenschaftlichen Revolution des 15. Jh. und zu der industriellen Revolution am Ausgang des 18. Jh. zu bestimmen. Während die erste eine Revolution *in der Wissenschaft* ohne gleichzeitige Revolutionierung von Technik und Produktion war, während die zweite eine Revolution *durch die Wissenschaft* ohne gleichzeitige revolutionäre Umwälzung im Wissenssystem darstellte, ist die heutige WTR eine Einheit von wissenschaftlicher, technischer und auf die Produktion bezogener Veränderung: „die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution ist ein Prozeß, in dem revolutionäre Veränderungen in Wissenschaft, Technik und Produktion gleichzeitig, Hand in Hand, in enger Wechselwirkung vor sich gehen: sie ist eine Revolution *in der* Wissenschaft, eine technische Revolution *durch* die Wissenschaft und wächst in den sozialistischen Ländern in eine Revolution des Produktionsprozesses hinüber" (60). Dieser qualitative Sprung in der Produktivkraftentwicklung *kann* bei Vorliegen nichtantagonistischer Produktions- und Aneignungsbedingungen schließlich eine revolutionäre Veränderung „des persönlichen und wichtigsten Faktors der Produktivkräfte – des Menschen selbst, seiner Rolle und seines Platzes in der gesellschaftlichen Produktion" auslösen. Die Voraussetzung dafür, daß die wissenschaftlich-technische Revolution eine Qualität als *soziale* Revolution erreicht, ist unumgänglich: die kombinierte politische und soziale Umwälzung des Kapitalismus muß diese Bedingung erst schaffen. Insofern muß der Geltungsbereich der Kategorien ‚wissenschaftlich-technischer Fortschritt', im Sozialismus Oberbegriff, und ‚wissenschaftlich-technische Revolution', im Sozialismus unter diesem Oberbegriff gefaßt, im Kapitalismus heute noch anders gedacht werden: der wissenschaftlich-technische Fortschritt ist mangels einer revolutionären politischen und sozialen Einbindung noch zu unterentwickelt, um eine völlige Wirkung der WTR zu erlauben. Mit dem französischen Marxisten J. Metzger kann man sagen: die WTR macht „nicht nur nicht die gesellschaftliche und politische Revolution überflüssig, wie eine verbreitete Literatur behauptet, sondern verstärkt deren Notwendigkeit. Und das für sich selbst, für ihre eigene Entwicklung. Aber auch für ihre Verwendung im Dienste der gesamten Gesellschaft" (61).

Eben dieses Junktim von WTR und sozialer und politischer Revolution zu bestreiten, ist Aufgabe der von Metzger angesprochen Ideologien; in ihnen setzt sich durch, daß die WTR gerade auch den gesamten Bereich der Ideologie durchdringt und im Kapitalismus dazu führt, die systemimmanenten Bremswirkungen durch die Produktionsverhältnisse und den politisch-institutionellen und rechtlichen Sektor zu verschleiern. Industrielle Systemneutralität wird sowohl von den kultur- und technikpessimistischen Konzeptionen propagiert wie von den technokratisch-hoffnungsvollen wie ‚Postindustrielle Gesellschaft', ‚WTR-Gesellschaft' etc. Das Ideologem der ‚zweiten industriellen Revolution' widerspiegelt wie kein anderes, daß die WTR unter staatsmonopolistisch-kapitalistischen Bedingungen in der Tat vergleichbare Auswirkungen zeigt: Monopo-

59 G. Kröber, a.a.O., S. 158.
60 Ebenda, S. 154.
61 J. Metzger, Für die Wissenschaft. Bln(DDR) 1976, S. 52/53.

lisierung der sozialen und ökonomischen Errungenschaften der WTR durch die Bourgeoisie, zumindest kurzfristig.

Keine dieser bürgerlich-ideologischen Gegenstrategien kommt dem Charakter der WTR auch nur nahe. Übersehen wird: daß diese – soweit überhaupt prognostizierbar – die ganze Epoche umfassende Revolution der Produktivkräfte nicht durch produktionstechnologische Übergänge, sondern durch die Umwälzung der gesellschaftlichen Produktivkräfte untereinander definiert ist; daß mit dieser Umgewichtung sich die Rolle der gesellschaftlichen Arbeit und der Arbeiterklasse verändert; daß die Dynamik der Produktivkräfte den Kapitalismus historisch überholt; daß die notwendige rationalere Leitung und Organisation der Gesellschaft den Sozialismus und die Demokratie voraussetzt: „Zwischen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Entwicklung des Sozialismus besteht ein analoger, gesetzmäßiger und innerer Zusammenhang, wie er im 18. und 19. Jahrhundert zwischen den durch die industrielle Revolution hervorgerufene Umgestaltung der feudalen Produktionsweise und der Entwicklung des Kapitalismus bestanden hat" (62).

Diese Analyse der Entwicklungsgesetze unserer Epoche ist keineswegs Ausdruck eines blinden geschichtsspekulativen Optimismus, weil sie keinen Selbstlauf der WTR unterstellt, keine ‚historischen Gesetze' fetischisiert und eindeutig die Rolle des Subjekts der Epoche, der Arbeiterklasse, in ihr Kalkül einbezieht. Sie ist realistisch, indem ihre Prämisse lautet: wir stehen am Anfang der Entwicklung. Dieser Realismus ist geboten, weil die Übertragung menschlicher Arbeitsfunktionen auf die Arbeitsmittel heute noch sehr langsam vor sich geht; so beträgt der Automatisierungsgrad der Arbeit in der Industrie sozialistischer Länder erst zwischen 8% und 10%. Es hieße aber die Automatisierung als Kriterium verabsolutieren, wollte man in der absehbaren weiteren Differenzierung der menschlichen Arbeitsfunktionen einen anderen Faktor übersehen: „die zunehmende Anreicherung der Arbeit mit geistig-schöpferischer Substanz, die Zurückdrängung nicht nur körperlich schwerer Arbeit, sondern auch geistiger Routinetätigkeiten" (63). Im Unterschied zu rein quantitativen und kumulativen Theorien der Wissenschaftsentwicklung muß die marxistische Wissenschaftstheorie die sozialen Faktoren der WTR vorrangig berücksichtigen. Dies schließt ein, daß die WTR in ihrer Wechselwirkung mit der Klassen- und Persönlichkeitsentwicklung analysiert wird, nicht aber als alleiniger Faktor des Fortschritts. Sonst – so warnt J. Kuczynski nachdrücklich – würde man „die Wissenschaftler und Techniker zum revolutionären Träger der Bewegung in die Zukunft" ernennen (64).

Wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus? D. Klein hat die wichtigste Schranke für deren Wirkung genannt: „Die *erste und entscheidende*

62 J. Filipec/B.P. Löwe/R. Richta, Sozialismus – Imperialismus – wissenschaftlich-technische Revolution. Die wissenschaftlich-technische Revolution in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus. Frankfurt/M. 1974, S. 64/65. Vgl. insgesamt S. 50-71. Zur Auseinandersetzung mit bürgerlich-ideologischen Gegenstrategien vgl. S. 97 ff.
63 Institut f.Gesellschaftswiss.b.ZK d.SED (Hg.), Wissenschaft und Produktion im Sozialismus. Zur organischen Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus. Bln(DDR) 1976, S. 66/67.
64 J. Kuczynski, Wissenschaft. Heute und Morgen. Köln 1973, S. 11.
Zur Kritik an Überschätzung und Unterschätzung der WTR vgl. G. Kröber, Sozialistische Integration und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. In: Wissenschaft und Forschung im Sozialismus, a.a.O., S. 87 ff.

Grenze des Imperialismus ... besteht darin, daß die Kapitalverwertung die *Reproduktion der Arbeitskraft als Ware* beinhaltet ... Um die Arbeitskraft der Verwertung des Kapitals, also dem Mehrwert als Ziel des Kapitalismus unterzuordnen, werden das kapitalistische Eigentum und die Macht des Monopolkapitals verteidigt, übt der imperialistische Staat seine Herrschaft gegen die Werktätigen aus und hält sie damit von einer entscheidenden Sphäre der Entfaltung der Persönlichkeit fern: von der praktischen Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge durch die Ausübung der politischen Macht, ja selbst von jeglicher realen Mitbestimmung in der Wirtschaft" (65). Dies ist die *eine* Seite, deren andere nicht nur das Interesse der Werktätigen an Veränderung, z. B. an Mitbestimmung, ist, sondern der aktive Kampf, der Streik, die organisierte Gegenmacht. Nur wer dies übersieht, kann ins Extrem des Skeptizismus verfallen. In ‚Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik' skizziert U. Jaeggi die eine Seite in düsteren Farben, die andere blendet er aus. Die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft in der WTR bedeute: Proletarisierung der Arbeitsbedingungen der technischen Angestellten, Einschränkung der Kommandobefugnisse der wissenschaftlich-technischen lohnabhängigen Intelligenz, die ihre Arbeitskraft verkauft, Teilung und Hierarchisierung der Arbeitsbeziehungen, Fachidiotentum, Dequalifikation der Arbeit (66). Es fehlt in der Analyse: die Annäherung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz an die Arbeiterklasse, die zunehmend bewußte Mitwirkung eines Teils dieser Schicht in Organisationen der Arbeiterklasse ... Hier kommt es in der Tat nicht darauf an, was dieser oder jener Techniker oder Wissenschaftler seiner Selbsteinschätzung nach ist, sondern was zu tun diese Schicht gezwungen ist. Deshalb scheint mir auch die Auffassung falsch, „am Vorabend des Sozialismus" stellten „die entwickelte industrielle und landwirtschaftliche Produktion, das Verkehrs-, Nachrichten- und Bankwesen mit ihrer hohen Konzentration und Zentralisation und die Einführung der staatlichen Wirtschaftsprogrammierung und -regulierung mit der entsprechenden organisatorischen Struktur lediglich die materiellen und organisatorischen Voraussetzungen des Sozialismus dar". Auch hier fehlt die andere Seite des Kräfteverhältnisses. Die These der sowjetischen Autoren: „Unter den Bedingungen des Kapitalismus kann keine materiell-technische Basis des Sozialismus geschaffen werden. Sie entsteht erst im Verlauf der sozialistischen Revolution" leugnet, daß der Kapitalismus nicht vom ‚Vorabend' über Nacht den ‚Sprung' in den Sozialismus springt, sondern — nach G. Dimitroffs Einschätzung auf dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale — *Übergänge* möglich sind, deren Bedingungen noch *im* Kapitalismus zu erarbeiten sind (67).

3.4. ‚Bürgerliche' und ‚sozialistische' Wissenschaft im Kapitalismus

Wissenschaft und Technik tragen heute mehr denn je zur Veränderung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei; ungeachtet der sozialen Wirkungen ihrer Ergebnisse bleibt das System nicht auf dem status quo. Es ändert sich gleichzeitig in Richtung der weiteren Monopolisierung *und* deren revolutionärer Abschaffung. Insofern ist es sinnvoll, von ‚der Wissenschaft' zu sprechen, sobald

65 D. Klein, Die Grenzen des Kapitalismus in der wissenschaftlich-technischen Revolution. In: Einheit 30 (1975), H 1, S. 94/95.
66 U. Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse. Frankfurt/M. 1974, S. 276 ff.
67 Redaktioneller Artikel, Aktuelle Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus. In: Sowjetwissenschaft H. 7/1976, S. 682/683.

man mit diesem allgemeinen Begriff nicht die soziale Verschiedenheit widersprüchlicher Faktoren im gesellschaftlichen System ‚Wissenschaft' ausklammert. Der Widerspruch im Wissenschaftssystem — von einem *System* kann hier wegen der wechselseitigen Einwirkungsweise die Rede sein — bildet den sozialökonomischen Widerspruch ab. Zur Bezeichnung der beiden Seiten dienen oft die Begriffe ‚bürgerliche Wissenschaft' und ‚sozialistische Wissenschaft'. Einheitliches Subjekt dieser so charakterisierten Tätigkeiten ist im Kapitalismus die *bürgerliche Gesellschaft* in ihrem Antagonismus. Einheitlichkeit des gesellschaftlichen ‚Subjekts' schließt ein, daß der Grundwiderspruch sowohl das Verhältnis von *objektivem* und *subjektivem Faktor* der Gesellschaft zueinander prägt wie auch innere Widersprüche *innerhalb* dieser Faktoren. Die Begriffe ‚bürgerliche' und ‚sozialistische' Wissenschaft bilden diese Widersprüchlichkeit m. E. nicht adäquat ab. Denn ‚bürgerliche' Wissenschaft bezeichnet — sieht man von der häufig nur denunziatorischen Bedeutung des Begriffs ab — in erster Linie die *ökonomische Funktion* wissenschaftlicher Tätigkeit im Reproduktionsinteresse der Bourgeoisie als Klasse; ‚sozialistische' Wissenschaft kann demgegenüber nur auf einer anderen begrifflichen Ebene verwendet werden, weil sie unter dem Zwang der dominant monopolbürgerlichen Ökonomie im Kapitalismus in erster Linie eine *ideologische* Wirkung entfaltet. ‚Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft' ist mit ‚bürgerlicher Wissenschaft' nicht identisch, sondern gehorcht der objektiven Logik der Klassenbeziehungen und läßt es zu, die Verschiebungen zwischen bürgerlicher und anti-kapitalistischer Wissenschaft auf dem Weg zur theoretischen Realisierung der Interessen der Arbeiterklasse ohne grobschlächtige Etikettierungen kenntlich zu machen. Die darüber hinausgehende Anerkennung eines widerspruchsfreien Begriffs ‚Wissenschaft' ist kaum sinnvoll. Die im Marxismus noch vertretene These, es gebe „keine bürgerliche und proletarische Wissenschaft an sich. Aber es gibt Auffassungen von der Wissenschaft ..., die sich unterscheiden und entgegengesetzt sind" (68) reduziert das Problem auf eine wissenschaftstheoretische Frage und tendiert zur Trennung von Wissenschaft und Ideologie.

Friedrich Tomberg hat einen Vorschlag zur Terminologie unterbreitet, der den besonderen Charakter des Widerspruchs im Wissenschaftssystem sehr genau trifft: „Der wahre Kontrahent der bürgerlichen Wissenschaft ist in der gegenwärtigen Auseinandersetzung ... nicht bloß eine Wissenschaft, die sich im Interesse des Sozialismus bestimmen läßt und insofern sozialistische Wissenschaft heißen könnte, sondern grundlegend eine sozialistische Praxis, die sich bewußt als empirische Verifikation wissenschaftlicher Theorie vollzieht und daher *wissenschaftlicher Sozialismus* ... heißen darf" (69). Dies ist keine Frage der Nomenklatur, sondern der Erfassung der unterschiedlichen *Qualitäten* zweier Gestalten des gesellschaftlichen Bewußtseins und der Praxis. „Um aus dem Sozialismus eine Wissenschaft zu machen", — so Engels (70) — „mußte er erst auf einen realen Boden gestellt werden". ‚Wissenschaftlicher Sozialismus' bezeichnet die Einheit von revolutionärer Theorie und revolutionärer Klasse und das Ende der Utopie. Von Lassalle — „Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfall ...: die *Wissenschaft* und das *Volk*, die *Wissenschaft* und die *Arbeiter*!" (71) — bis Dietzgen — „Der moderne Sozia-

68 J. Metzger, Für die Wissenschaft, a.a.O., S. 30.
69 F. Tomberg, Bürgerliche Wissenschaft. Frankfurt/M. 1973, S. 150.
70 MEW 19, S. 201.
71 F. Lassalle, Die Wissenschaft und die Arbeiter. Neue Ausg.m. einer Vorbemerkung v.E.Bernstein. Berlin 1919, S. 30.

lismus ist *wissenschaftlich*" (72) — einte die Fraktionen der Arbeiterbewegung die Erkenntnis, daß erst die Wissenschaftlichkeit der Geschichtsauffassung der materialistischen Dialektik die Praxis der Arbeiterklasse anzuleiten legitimiere. Engels zog das Fazit: „Der zur Aktion berufnen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eignen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus" (73). Die hierin enthaltenen Folgerungen für die Verbindung von Wissenschaft und Klassenkampf und zum Verhältnis von Spontaneität und Klassenbewußtsein sind es, die den qualitativen Unterschied zur bürgerlichen Wissenschaft ausmachen. Es wäre verfehlt, die bürgerliche Wissenschaft nicht als Widerspiegelung und als sozialen Klassenprozeß anzusehen und sie auf die Produktion von ‚falschem Bewußtsein' zu reduzieren.

Charakteristisch für die bürgerliche Wissenschaft in ihren unterscheidbaren Formen ist, daß sie unfähig ist, ihre wissenschaftstheoretische und allgemein ideologische Selbstreflexion mit den Fakten, mit ihrer kognitiven und sozialökonomischen Funktion zur Deckung zu bringen. Dies trifft für das mit seiner Anti-Autonomie-These realistische Finalisierungskonzept der Wissenschaft zu, welches objektive Wahrheitskriterien wissenschaftlicher Widerspiegelung leugnet und konsensualistisch nur von der „Berechtigung, gewisse Aussagen für wahr zu *halten*" (74), spricht. Dies gilt für wissenschaftsinternalistische Positionen, die aus der Dynamik des Forschungsprozesses externe gesellschaftliche Beweggründe ausschalten (75). Dies gilt für alle neopositivistischen, vor allem kritisch-rationalistischen Konzeptionen, welche den Gesellschaftswissenschaften die Erkenntnis von Entwicklungsgesetzen absprechen, ihre Exaktheit leugnen und stückwerktechnologische politische Konsequenzen ziehen (Popper, Albert) bzw. die Wissenschaftsmethodologie im Gegensatz zur Wissenschaftssoziologie „zur beherrschenden Disziplin der modernen Wissenschaftstheorie" erklären (76). Irrational reagieren H. Marcuses kulturrevolutionäre Technik- und Wissenschaftskritik (77) und der staatsmonopolistische Pragmatismus H. Schmidts, für den „Prognose nicht nur eine Kunst, sondern auch eine Glückssache" der Wissenschaftspolitik ist (78). Ob Feyerabend das „Märchen Wissenschaft" ironisiert (79) oder H. Kimmerle die „Wissenschaftskrise als Vollendung des universellen Krisenzusammenhanges" unhistorisch, generalisierend überhöht (80), — es handelt sich um Symptome des Prozesses, in dem die bürgerliche Wissenschaft abstrakt wird, um ihre Klassenfunktion bewußtlos erfüllen zu können.

72 Josef Dietzgens kleinere philosophische Schriften. Eine Auswahl. Stuttgart 1903, S. 2.
73 MEW 19, S. 228.
74 G. Böhme, Die soziale Bedeutung kognitiver Strukturen. Ein handlungstheoretisches Konzept der scientific community. In: Soziale Welt 25 (1974), S. 194.
75 Vgl. G. Radnitzky, Das Programm der systemorientierten Forschungstheorie. In: P. Weingart (Hg.), Wissenschaftsforschung, a.a.O., S. 14 ff.
76 H. Spinner, Pluralismus als Erkenntnismodell. Frankfurt/M. 1974, S. 177.
77 Vgl. H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuwied-Berlin 1967, S. 159 ff.
78 H. Schmidt, Hochschule und Gesellschaft. In: Dt.Universitätszeitung Nr. 21/1975, S. 790.
79 P.K. Feyerabend, Die Wissenschaft in der freien Gesellschaft. In: W. Zimmerli (Hg.), Wissenschaftskrise und Wissenschaftskritik. Basel-Stuttgart 1974, S. 107.
80 H. Kimmerle, Paradigmawechsel zwischen Natur- und Geisteswissenschaften. In: W. Zimmerli, a.a.O., S. 51.

Aber es geht nicht nur darum, daß die bürgerliche Wissenschaft nicht weiß, was sie tut. Sie ist, dies betrifft vor allem die Gesellschaftswissenschaften, in ihrer Funktionsfähigkeit als Produktivkraft eingeschränkt, weil sie ein für die kognitive Funktion wissenschaftlicher Tätigkeit wesentliches Element ihres Begründungszusammenhangs weitgehend verloren hat: die bürgerliche Wissenschaft erfüllt zwar ihre Funktion, allgemeine Arbeit zu sein, trotz des Verlusts ihres Bewußtseins von der Geschichtlichkeit und Kumulativität des Wissens objektiv teilweise noch immer; als *ideologisches* Gesamtsystem speist sie sich aber immer mehr aus dem Vertilgen ihrer historischen Spuren, aus ihrem unhistorischen Charakter. Geht man davon aus, daß die Allgemeinheit dieser Tätigkeit in der *bewußten* Verfügung über gesellschaftliches akkumuliertes Wissen besteht, dann kann man ‚allgemeine Arbeit' erweitert so bestimmen: allgemeine Arbeit ist die Einheit von gewußter geschichtlicher Erfahrung und Prognosefähigkeit des Bewußtseins, die in der wissenschaftlichen Tätigkeit aktualisiert wird und materiell-praktische Wirkungen auslöst. Allgemeine Arbeit ist der Einsatz sowohl gattungsmäßiger, biologisch gespeicherter Erfahrung wie sozial-historischer Klassenerfahrung. Sie wird gesellschaftlich realisiert in Kooperationszusammenhängen, in denen die Individuen ihr Leben organisiert haben und in denen die gesellschaftlichen Charaktere der Persönlichkeiten neben anderen besonderen Faktoren die Spezifik der Arbeit maßgeblich prägen. Eine historische Identität kennt die bürgerliche Wissenschaft nicht; wo sie ihre Genesis thematisiert, wird Geschichte historistisch relativiert oder als Vergangenheit zur Folie permanenten ‚Fortschritts' genommen.

Im Gegensatz zu dieser amputierten Allgemeinheit wissenschaftlicher Erkenntnis und Tätigkeit stellt der wissenschaftliche Sozialismus *die* Form historischen Bewußtseins dar. Als Materialismus begreift er sich als Fazit aus der Geschichte der Klassenkämpfe, der Produktivkräfte und der ökonomischen Gesellschaftsformation insgesamt. Als Dialektik verfügt er über Gesetzeserkenntnis, die aus der Entwicklung gewonnen wird und die Entwicklung bewußt beherrschbar macht. Die Verfügung des wissenschaftlichen Sozialismus über die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft wird auch dort nicht liqudiert, wo er — wie im Kapitalismus — Wissenschaft ohne die Macht ist, die materielle Produktion unmittelbar zu beeinflussen.

4. Wissenschaftstheoretische Schlußfolgerungen

Aus der Existenzweise der Wissenschaft im Kapitalismus zieht die materialistische Wissenschaftstheorie einige Schlußfolgerungen, welche die Struktur des Wissenschaftsbegriffs und die Struktur und Funktion der Wissenschaftstheorie prägen. Dies betrifft die *Besonderheit* des Wissenschaftsbegriffs als Widerspiegelung der Spezifik wissenschaftlicher Tätigkeit im Kapitalismus; dies betrifft auch die theoretische Struktur der Wissenschaftstheorie und die Rolle philosophischer und einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse bei der Bildung der Wissenschaftstheorie zu einer integrierten Disziplin. Die Definition des allgemeinen Wissenschaftsbegriffs wie auch die Bestimmung des Gegenstandsbereichs der Wissenschaftstheorie, wie sie G. Kröber und H. Laitko formuliert haben, berücksichtigen die Formationsspezifik der Wissenschaft und sind die Grundlage meiner — hier nur kurz erläuterten — Thesen. Wissenschaft ist auch im Kapitalismus „ein im Gesamtzusammenhang der jeweiligen Gesellschaftsformation bestimmtes System gesellschaftlicher Tätigkeiten, die auf die Gewinnung, Ver-

mittlung, Reproduktion und Anwendung von Erkenntnissen gerichtet sind" (81). Die erste Besonderheit der Wissenschaft im Kapitalismus liegt darin, daß das ‚System gesellschaftlicher Tätigkeiten' das System der Widersprüche kapitalistischer Produktion und Reproduktion ist, unter deren Wirkung die Beziehung *zwischen* den Elementen ‚Gewinnung — Vermittlung — Reproduktion — Anwendung von Erkenntnissen' qualitativ anders geregelt ist als im Sozialismus. Die Beziehung dieser Elemente der wissenschaftlichen Tätigkeit ist sowohl innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft wie innerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus unterschiedlich reguliert, wie sie auch qualitative Unterschiede beim Vergleich dieser beiden antagonistischen Systeme zeigt. Für den wissenschaftlichen Sozialismus erweitert sich der Bereich der Erkenntnis*gewinnung* im Vergleich zur bürgerlichen Wissenschaft um zwei wesentliche Dimensionen, die seine Allgemeinheit charakterisieren: die Genesis der Wissenschaft der Arbeiterklasse in der Geschichte der Arbeiterbewegung und die Realität des Sozialismus. Auf der andern Seite sind die Bedingungen der Reproduktion und Anwendung von Erkenntnissen aufgrund ihrer Stellung im unmittelbaren Produktions- und Reproduktionsprozeß für die bürgerliche Wissenschaft qualitativ andersartig und werden durch den bürgerlichen Staat gesichert.

Gegenstandsbereich der Wissenschaftstheorie sind auch im Kapitalismus die „Gesetze des Zusammenhangs zwischen dem gesellschaftlichen Bedarf an Erkenntnissen, den Erkenntnisinhalten und Strukturen der wissenschaftlichen Tätigkeiten, den sozialen und organisatorischen Formen und Bedingungen dieser Tätigkeiten und ihren gesellschaftlichen Wirkungen und Folgen" (82). Gegenstandsspezifisch ist dabei der *Zusammenhang* der Elemente. Im Unterschied zur Wissenschaftstheorie im Sozialismus und deren empirischem Gegenstand findet die Wissenschaftstheorie im Kapitalismus diesen Zusammenhang in einer höchst gestörten, widersprüchlichen Form vor. Der objektive gesellschaftliche Bedarf an Erkenntnissen und die Strukturen der wissenschaftlichen Tätigkeiten sind nicht in Übereinstimmung, wobei die herrschenden kapitalistischen Organisationsformen und Bedingungen dieses Auseinanderfallen garantieren. Erkenntnis und Praxis, Theorie und Praxis, Wissenschaft und materielle Produktion stehen im kapitalistischen und im nicht-kapitalistischen Wissenschaftssektor in einem jeweils qualitativ verschiedenen Verhältnis zueinander. Sowohl für die bürgerliche Wissenschaft wie für ihren Widerpart läßt sich die These vom ausschließlich determinierenden Charakter der materiellen Produktion nicht uneingeschränkt aufrechterhalten. Zwar arbeitet die Mehrheit der Wissenschaftler in der BRD in der Industrie; sie finden ihre Erkenntnisbedingungen sogar in vielfach reduzierter Form in der materiellen Produktion (Ausblendung der Produktionsinteressen etc.). Aber angesichts der rigiden Trennung von Forschung und Produktion gilt die These selbst für sie nur ‚in letzter Instanz'. Darüber hinaus findet gerade die naturwissenschaftliche Forschung in von der Produktion isolierten Institutionen des Staats und der Wirtschaft immer mehr ihren Ort. Und weiter: einer ‚Ableitung' des kognitiven Aspekts der Wissenschaft aus deren Produktionsfunktion widerspricht der relative Selbstlauf der Wissenschaftsentwicklung, die Entwicklung von Erkenntnissen aus Erkenntnissen. Anders gesagt: bei der Konzipierung des Wissenschaftsbegriffs muß der kognitive Aspekt gegenüber dem Tätigkeitsaspekt gewahrt bleiben; *trotz ihrer Entwicklung zur unmittelbaren Produktivkraft verliert die Wissenschaft ihren besonderen Charakter als Erkenntnissystem nicht und wird nicht in die Form*

81 G. Kröber/H. Laitko, Wissenschaft im Sozialismus, a.a.O., S. 61.
82 G. Kröber/H. Laitko (Hg.), Wissenschaft, a.a.O., S. 168.

materieller Arbeit überführt. Neben den soziologischen und ökonomischen einzelwissenschaftlichen Voraussetzungen gehören die philosophischen, vor allem erkenntnistheoretischen, und wissenschaftsgeschichtlichen Theorien und Methoden, Kategorien und Gesetzesaussagen zum unverzichtbaren Minimum der Wissenschaftstheorie.

4.1. Für ein Analogieverbot in der Wissenschaftstheorie

In der marxistischen Wissenschaftstheorie spielt heute die *Analogie* eine wichtige Rolle. Analogien werden vor allem behauptet zur Kennzeichnung des Verhältnisses von Erkenntnis und Arbeit und des Verhältnisses von ideeller und materieller Produktion. In den wenigsten Fällen aber wird ausdrücklich geklärt, in welcher Bedeutung ‚Analogie' verwendet wird, ob als ‚Entsprechung', ‚Ähnlichkeit', ‚Gleichwertigkeit' oder im Grenzfall sogar als ‚Identität' von Strukturen und Funktionen. An der *heuristischen* Rolle von Analogien ist nicht zu zweifeln. Nicht strittig ist darüber hinaus, daß die materialistische Dialektik Analogien zur Beschreibung des Verhältnisses von Materie und Bewußtsein erfolgreich eingesetzt hat, um sowohl die mechanisch-materialistische Widerspiegelungsvorstellung wie auch die idealistische, identitätsphilosophische Auffassung der Erkenntnis zu kritisieren. In Aussagen zur materiellen Gewalt der Ideen wird die Bedeutung der Analogie besonders sinnfällig. Auch in der erkenntnistheoretischen Bestimmung der Erkenntnis als Widerspiegelung und sozialer Prozeß war die Analogie teilweise erfolgreich. Beschränkt man die Analogie von ideeller und materieller Tätigkeit auf die allgemeine Aussage, beide seien Formen zielgerichteter, zweckmäßiger Praxis, kann es kaum Einwände geben.

Mein Einwand, mit der Forderung nach einem *Analogieverbot* bewußt überzogen, richtet sich gegen vereinseitigende, die qualitative Differenz zwischen geistiger und materieller Arbeit auch im Bereich der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie leugnende Analogie-Thesen. Häufig geht es diesen Konzeptionen darum, durch Analogien zu begründen, daß Wissenschaft und materielle Produktion gleicherweise *produktiv* sind. Es wird auf Marx' Aussage verwiesen, „um produktiv zu arbeiten", sei es nicht „mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen" (83). Die Analogie dient in diesem Zusammenhang als *apriorischer Beweis* und eben dies macht sie überflüssig; denn die Produktivkraftfunktion der Wissenschaft *ist* eine empirische Tatsache und bedarf keiner theoretischen Konstruktionen, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Meine Kritik geht mit N. V. Markov davon aus: „Die Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft bedeutet nicht, daß die Wissenschaft aufhört, eine Form des gesellschaftlichen Bewußtseins zu sein und daß sich das Wesen der Wissenschaft ändert" (84).

Die Grundtatsache der *Gesellschaftlichkeit* von Bewußtsein, Erkenntnis und Praxis kann nicht die Legitimität wissenschaftstheoretischer Analogien begründen. Ideelle und materielle Tätigkeit und Arbeit unterscheiden sich qualitativ hinsichtlich der *Spezifik* ihrer Gesellschaftlichkeit. Theoretisch ist die zur Behauptung der Gleichwertigkeit oder Identität dieser beiden Elemente der objektiven Realität tendierende Analogie-Konzeption ständig in

83 MEW 23, S. 531.
84 N.V. Markov, Die Rolle der Wissenschaft im System der Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft. In: Wissenschaft als Produktivkraft, a.a.O., S. 76.

Gefahr, den Materialismus zu hegelianisieren, d. h. Logik und Dialektik zu identifizieren. Es kommt aber darauf an, die zunächst *in ihrer ideellen Qualität* bestehende neuartige Wirkungsweise der ‚Wissenschaft als Produktivkraft' als Ausdruck einer geschichtlichen Entwicklung zu begreifen, die mit der Steinaxt beginnt und durch die schrittweise Ersetzung körperlicher Arbeitsmittel durch geistige zu einer qualitativ gewandelten, größeren Bedeutung der Ideen der Menschen führt. Qualitativ neu ist dabei nicht, daß nun die Ideen anfingen, selbst Geschichte zu machen. Die neue Qualität gründet vielmehr darin, daß das gesellschaftliche Bewußtsein der Menschen die objektive Realität in einem asymptotischen Annäherungsprozeß an die Wahrheit (Lenin) immer exakter widerspiegelt. Es ist die genauere Erkenntnis der Entwicklungsgesetze und der einzelnen Gesetze der Natur, der Gesellschaft *und* des Erkenntnisprozesses, welche die Mittel zur Beherrschung von Natur *und* Gesellschaft *und* Erkenntnis revolutioniert. (In diesem Zusammenhang wäre es von größter philosophiehistorischer Bedeutung, den Idealismus der klassischen Philosophie neu zu begreifen. Wenn z. B. Schelling davon spricht, daß die *Natur*philosophie die „*physikalische Erklärung des Idealismus*" biete und beweise, „daß er an den Grenzen der Natur gerade so ausbrechen *muß*, wie wir ihn in der Person des Menschen ausbrechen sehen" (85), dann unterstellt dieser ‚Real-Idealismus' spekulativ eine Logifizierung des historischen Subjekts, ist aber von der naturwissenschaftlichen realen Produktivkraftentwicklung — auf die Schelling sich beruft — gar nicht so weit entfernt.) Die Analogie-Konzeption versucht, mit den Mitteln einer noch nicht auf den Wissenschaftsprozeß eingestellten politischen Ökonomie den Erkenntnisprozeß wegen dessen zunehmend materieller Wirkung *nach dem Muster* der materiellen Arbeit zu erklären. In dieser Funktion halte ich die Analogie-Konzeption für unhistorisch und, entgegen dem Eindruck eines besonders konsequenten Materialismus, für tendenziell idealistisch.

In seinem Ansatz einer Systemanalyse der wissenschaftlichen Tätigkeit hat z. B. K.-D. Wüstneck den „Vergleich" als wichtigen Weg des Herangehens zu begründen versucht: die Systemanalyse des *materiellen* Arbeitsprozesses sei von großer „methodologischer Bedeutung für die Wissenschaftstheorie". Dieser Vergleich führt zur Behauptung der *Nicht*-Identität von materieller, gebrauchswertschaffender Arbeit und ideeller, erkenntnisproduzierender Tätigkeit. Interessanterweise wirkt sich Wüstnecks „analoges Vorgehen" *trotz* des im Resultat festgestellten „wesentlichen Unterschieds von materieller Produktion und Forschungstätigkeit" deshalb für die Wissenschaftstheorie nachteilig aus, weil auch dieser Vergleich vom Modell des materiellen Arbeitsprozesses in seinen einfachen und allgemeinen Momenten *ausgeht*, gleichwohl aber die Analogie auf der Ebene der historisch-konkreten, politisch-ökonomisch bestimmten Arbeit ansiedelt. Die Folgelasten betreffen die Widerspiegelungstheorie als wichtiges Element der Wissenschaftstheorie: die konkret-historische Form der gebrauchswertschaffenden Arbeit wird zum Kriterium der Erkenntnistätigkeit, und zwar mit dem Ergebnis, dem Arbeitsgegenstand der materiellen Arbeit eine andere, höhere Objektivitäts-Qualität als dem der Erkenntnistätigkeit zuzuschreiben. Um einer subjektivistischen Konzeption des ‚Erkenntnisobjekts' (wie im Neukantianismus, wie in der Praxis-Philosophie) zu entgehen, wird freilich die Widerspiegelung*saktivität* des Subjekts sensualistisch an das

85 Vgl. zu diesem Problem: H.J. Sandkühler, Materialismus und Idealismus. Zur Dialektik der Theorieentwicklung in der klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie. In: M. Buhr u.a., Theoretische Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus. Frankfurt/M. 1975, S. 162.

Realobjekt überantwortet. Wüstneck zieht aus dem nicht-gebrauchswertschaffenden Charakter der Produktion von Wissen einen Schluß, der nicht zureichend begründet ist: „So wenig es gerechtfertigt ist, *von vornherein* die Erkenntnistätigkeit als *Arbeitsprozeß*... aufzufassen, so wenig ist es selbstverständlich, daß das Objekt in gleichem Sinne ‚Arbeitsgegenstand' des Forschers ist, wie im analogen Fall des materiellen Arbeitsprozesses. Die Situation ist hier anders: Weil das Ziel und Produkt der Forschung (ganz abgesehen vom Inhalt des Prozesses) nicht das gegebene oder ein daraus entstehendes neues *materielles* Objekt ist, sondern das Wissen als ideelle Widerspiegelung, deshalb ist es von vornherein naheliegend, als das eigentliche Objekt der ‚Bearbeitung', als den im richtigen Sinne analogen Arbeitsgegenstand der Erkenntnistätigkeit ausschließlich die vom gegebenen Objekt ausgehenden oder zu gewinnenden *Signale und mit ihnen verbundenen Informationen* anzusehen". Folgt aber tatsächlich aus der Ablehnung der mechanistischen Vorstellung von der physischen Reproduktion der Realität im Gehirn die Auflösung des Begriffs der objektiven Realität in ‚Signal' und ‚Information' (86)? Natürlich ist in vielen Fällen, etwa in der Literaturwissenschaft, der Arbeitsgegenstand ein ideelles Objekt, ist wissenschaftliche Tätigkeit als ‚allgemeine Arbeit' Bearbeitung tradierten Wissens, ist Wissenschaft auch Widerspiegelung von Widerspiegelungen. An der Materialität, d. h. der objektiven Existenzweise der Objekte ändert dies aber nicht. Mein Eindruck ist, daß die hier sich andeutende sensualistische Umformung der materialistischen Erkenntnistheorie ihre Ursache in der ‚Analogie' hat: in der Konzeption eines *monokausalen* Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Erkenntnis und Arbeit, wobei die politisch-ökonomische Bestimmung des Arbeitsbegriffs den Raster zur Bestimmung wissenschaftlicher Tätigkeit abgibt. Dieses Ergebnis der wissenschaftstheoretischen Analogie-Konzeption scheint mir die Kehrseite jener anderen zu sein, die durch Analogisierung zur These vom materiellen Charakter der Erkenntnis gelangt. Gegen die Analogie-Konzeptionen dürfte der Begriff der *‚allgemeinen Arbeit' als Einheit von Widerspiegelung und Schöpfertum, von historisch-logischer und sozialökonomischer Determination des Wissenschaftsprozesses* deshalb konkurrierend antreten und sich durchsetzen, weil er die *Einheit* von materieller und geistiger Produktion *und* die konkrethistorische Besonderheit beider Formen der Praxis ausdrückt. P. Rubens Argumente zum Thema ‚Allgemeine Arbeit und Widerspiegelung' haben dies plausibel nachgewiesen (87). Die Entwicklung der ideellen Tätigkeit der Menschen in Form der gesellschaftlichen Praxis der Wissenschaft zwingt dazu, nicht zu analogisieren, sondern die historischen Etappen der Umgewichtung im Verhältnis von ideeller und materieller Arbeit und die daraus folgende Spezifik gesellschaftlicher Arbeitsformen und Arbeitsmittel zu analysieren. Charakteristisch für die Vergesellschaftung der Wissenschaft ist es, daß sie die Wissenschaft — soweit unmittelbare Produktivkraft *in* die materielle Produktion integriert und daß gleichwohl *innerhalb* dieser Sphäre die wissenschaftliche Erkenntnistätigkeit *neben* die materielle Arbeit tritt — und zwar auch da, wo die Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit keine sozialen Klassenschranken und Erkenntnisprivilegien mehr bedingt und die geistige Qualifikation der Arbeit steigt. Die Materialisierung von Ideen der Wissenschaft in der Produktion geschieht nicht dadurch, daß der manuelle Arbeiter ‚im Kopf' ein höheres Bewußtsein seiner

86 K.-D. Wüstneck, Die Systemanalyse des Arbeitsprozesses als ein Ausgangspunkt für die Systemanalyse der wissenschaftlichen Tätigkeit. In: Wissenschaft und Forschung im Sozialismus, a.a.O., S. 290, 306, 298.

87 P. Ruben, Wissenschaft als allgemeine Arbeit. In: SOPO 8 (1976), H. 36, S. 23-29.

Tätigkeit entwickelt, ansonsten aber weiterhin schwere körperliche Arbeit verrichtet; sie geschieht dadurch, daß die Beziehung von ideeller Tätigkeit und materiellen Arbeitsgegenständen enger wird. Die *Materialisierung* von Ideen ist und bleibt Materialisierung von *Ideen*, Erkenntnisse transformieren nicht *in* Arbeit, sondern treten *an die Stelle* von Arbeit. Was die Analogie nicht auszudrükken vermag, ist, daß die Wissenschaft — so Marx (88) — zur *Funktion der Produktion* wird. Dies drückt sich in der Einsparung gesellschaftlicher Arbeit je Einheit Produktion aus. Ein Beispiel: In der DDR wurde der Zuwachs an Nationaleinkommen von 108 Mrd. M. (1970) auf ca. 150 Mrd. M. (1975) zu 95 % durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erwirtschaftet. Im gleichen Zeitraum *sank* die Verausgabung an lebendiger gesellschaftlicher Arbeit um 22 %. Statt 59 (1970) produzieren heute nur noch ca. 45 Werktätige in den produzierenden Bereichen der Volkswirtschaft 1 Mill. M. Nationaleinkommen. Dies ist Realität.

Mein Versuch, gegen die Analogie-Konzeption zu argumentieren, könnte zu einer Schlußfolgerung führen, die ich nachdrücklich ablehne: zu einer Ressorttrennung von Philosophie, die für den kognitiven Aspekt zuständig wäre, und Soziologie/Ökonomie, die für die institutionellen, organisatorischen, finanziellen etc. Aspekte der Wissenschaft verantwortlich zeichneten. Daß für Lenin „die Philosophie und die politische Ökonomie zu einer *in sich geschlossenen* materialistischen Weltanschauung verbunden sind" (89), hat seinen Grund nicht in einer klassifikatorischen, theoretischen Entscheidung. Der Grund liegt darin, daß erstmalig die Arbeiterklasse als Erkenntnissubjekt und als Subjekt der Praxis eine Weltanschauung hervorgebracht hat, die Wissenschaft ist, auch in ihrer philosophischen Form. Diese wissenschaftlich-weltanschauliche Einheit drückt sich philosophisch in der Einheit ‚historischer/dialektischer Materialismus' aus und in der Einheit der drei Bestandteile des wissenschaftlichen Sozialismus. Worauf es ankommt ist, aus dem Status der Wissenschaft als gesellschaftlichem Bewußtsein heraus die Funktion der Philosophie für die Wissenschaftstheorie zu begründen. Sie liegt nicht darin, daß die Philosophie als Lordsiegelbewahrer über die ‚allgemeinsten Gesetze der Dialektik der Natur, der Gesellschaft und des Bewußtseins' wacht, denn diese Gesetze sind aus der Entwicklung abgeleitet und werden heute auch aus der Vergesellschaftung der Wissenschaft abgeleitet. Sie liegt darin, daß die Philosophie durch die Erkenntnistheorie wesentliche Aspekte der Wissenschaft zu analysieren fähig ist: die ideelle Form von Begriffen, Aussagen, methodischen Regeln, Theorien, Problemen *kann* nur im Rahmen der Widerspiegelungstheorie untersucht werden (90). Insofern war es kein Zufall und sollte es nicht als Kompetenzüberschreitung dementiert werden, daß bei der Entwicklung der Wissenschaftstheorie in der DDR die Philosophie Pate gestanden hat; (dies auch selbstkritisch zu meiner Kritik z. B. an A. Kosing in: ‚Marxistische Wissenschaftstheorie').

Die politische Ökonomie verbindet sich nicht willkürlich im wissenschaftstheoretischen Integrationsverband mit der Philosophie: ohne die politische Ökonomie der Produktionsbeziehungen der Klassen wäre die für die Erkenntnistheorie entscheidende Formulierung von K. Holzkamp, das ausgezeichnete Er-

88 Zit. nach G.M. Dobrov, Wissenschaftsorganisation und Effektivität. Bln(DDR) 1971, S. 4.
89 LW 20, S. 188.
90 Vgl. G. Kröber/H. Laitko (Hg.), Wissenschaft, a.a.O., S. 176.

kenntnissubjekt der Epoche sei der Lohnarbeiter in seiner Klasse (91), nur eine apologetische Behauptung. Die Philosophie hat also keine bevorzugte Stellung in der Begründung der Wissenschaftstheorie zu beanspruchen. Im Weltanschauungssystem des wissenschaftlichen Sozialismus ist sie nach Fr. Engels eine „Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren hat" (92). Die „philosophische Verallgemeinerung der Wissenschaft ist ein Mittel, die *Stellung der Wissenschaft im System der gesellschaftlichen Aneignungsweisen der Realität* erforschen zu können", schreibt H. Laitko zum Thema ‚Wissenschaftsforschung und Philosophie'. Er nennt zugleich aber auch die Beschränkungen, denen die Philosophie unterliegt, wenn sie sich nicht für die Erkenntnisse z. B. der Wissenschaftstheorie als gesellschaftswissenschaftlicher Disziplin öffnet: „damit die philosophische Untersuchung der Wissenschaft zu Ergebnissen mit Erkenntniswert gelangen kann, muß die Philosophie ein *unmittelbares* Verhältnis zu den Fakten besitzen und bewahren, die die Wissenschaft determinieren. Das in der materialistischen Dialektik gespeicherte Wissen über die Wirklichkeit bereichert sich mit dem Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis über die philosophische Verallgemeinerung ihrer Resultate und Erfahrungen, aber diese Vermittlung verschwindet im philosophischen Ergebnis, und in der Bearbeitung philosophischer Aspekte der Wissenschaften stehen immer wieder *unmittelbares* und *fachwissenschaftlich vermitteltes* Wissen über die objektive Realität einander gegenüber" (93). Gespeichertes Wissen über die Wirklichkeit — der wissenschaftliche Sozialismus realisiert es in den Kategorien der Dialektik. Die Dialektik ist historischer Prozeß: als Wirklichkeit und als deren theoretische Abbildung. Die Kategorien der Dialektik reflektieren ihre eigene Genesis und den Prozeß ihres Fortschritts in der immer exakteren Erkenntnis der objektiven Realität. Im System dieser Kategorien und Gesetzesaussagen liegt die historische Funktion der Philosophie für die Wissenschaftstheorie. Lenin forderte, die konsequente Verarbeitung des Hegelschen Werks müsse „in der *dialektischen* Bearbeitung der Geschichte des menschlichen Denkens, der Wissenschaft und der Technik bestehen" (94). Die dialektische Wendung liegt nicht in einer innertheoretischen Umkehrung der Vorzeichen ‚Idealismus/Materialismus', sondern in der theoretischen Praxis und in der materiellen Aktion des aus dem Kapitalwiderspruch entstandenen Klassensubjekts der Negation. Es ist keine Überschätzung der Rolle der Theorie für die Arbeiterbewegung, wenn Lenin die Dialektik aus der „Geschichte der Philosophie" und der „einzelnen Wissenschaften" aufzubauen für notwendig hielt (95). Mit andern Worten: *die Dialektik wird zum Paradigma der Wissenschaft, zu deren Gegenstandsbereich und zu deren Erkenntnismethode und zum Garanten der Objektivität wissenschaftlicher Erkenntnis.*

91 Vgl. K. Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt/M. 1973, S. 239 ff.
92 MEW 20, S. 129.
93 H. Laitko, Wissenschaftsforschung und Philosophie (Bemerkungen zum Stand des Problems). In: G. Kröber/H. Steiner, Wissenschaft und Gesellschaft. Studien und Forschungsberichte der Akademie d.Wiss.d.DDR. Institut f.Wissenschaftstheorie und -organisation. H. 4/1974, S. 57, 55.
Vgl. F. Fiedler, ‚Einheitswissenschaft' oder Einheit der Wissenschaft. Bln(DDR) 1971, S. 35 ff.
94 LW 38, S. 137.
95 LW 38, S. 335.

4.2. Über die ‚logische Basis des Kommunismus'

Die Entwicklung der Wissenschaft zur Produktivkraft und die Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution stellen wesentliche Voraussetzungen des Übergangs zum Sozialismus dar. Sie sind Bedingungen der Möglichkeit des Sozialismus und Bedingungen der Notwendigkeit des Sozialismus. Dabei — dies möchte ich hervorheben — bestehen diese Bedingungen nicht allein in der Produktivkraftfunktion der Wissenschaft, soweit diese auf den Prozeß der materiellen Produktion und Reproduktion bezogen sind. Die historische Entwicklung der Basis des Sozialismus und Kommunismus schließt die Entwicklung dessen ein, was Marx und Engels ‚logische Basis' nennen. Lenin hat dieses Logische als die Summe milliardenfacher menschlicher Praxis bezeichnet und gezeigt, daß diese Summe in Form logischer Kalküle in jede weitere Praxis eingeht (96). Insofern stellt die Logik nicht etwa eine spekulative, sondern eine tatsächliche Basis des Fortschritts dar, indem sie — in Form von Kategorien, Axiomen und Kalkülen — das Grundelement der ‚Allgemeinheit' wissenschaftlicher Arbeit darstellt. Die logische läßt sich von der materiellen Basis der Entwicklung ebensowenig trennen wie die geistige und die materielle Arbeit nicht voneinander isoliert gesehen werden können.

Marx und Engels haben in der ‚Heiligen Familie' im Abschnitt über die „Kritische Schlacht gegen den französischen Materialismus" eine der bedeutendsten theoretischen Analysen zur historischen Funktion von Ideen und Theorien niedergelegt. Sie kennzeichnen die Verlaufslinien des englischen und des französischen Materialismus bis zu deren Vereinigung: der englische „mündet direkt in den *Sozialismus*", der französische verwirklicht sich in der „*Naturwissenschaft*". Nach einer typisierenden Charakterisierung der unterschiedlichen Systeme bringen Marx und Engels den Fortschritt in der Theorie auf den Nenner: „Es bedarf keines großen Scharfsinnes, um aus den Lehren des Materialismus von der ursprünglichen Güte und gleichen intelligenten Begabung der Menschen, der Allmacht der Erfahrung, Gewohnheit, Erziehung, dem Einflusse der äußern Umstände auf den Menschen, der hohen Bedeutung der Industrie, der Berechtigung des Genusses etc. seinen notwendigen Zusammenhang mit dem Kommunismus und Sozialismus einzusehen. Wenn der Mensch aus der Sinnenwelt und der Erfahrung in der Sinnenwelt alle Kenntnis, Empfindung etc. sich bildet, so kommt es also darauf an, die empirische Welt so einzurichten, daß er das wahrhaft Menschliche in ihr erfährt, sich angewöhnt, daß er sich als Mensch erfährt. Wenn das wohlverstandene Interesse das Prinzip aller Moral ist, so kommt es darauf an, daß das Privatinteresse des Menschen mit dem menschlichen Interesse zusammenfällt". Der theoretische Fortschritt hat materielle Wurzeln und führt zur praktischen Konsequenz: „Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich bilden".

Den Beitrag der Theorie zu der Veränderung der Verhältnisse messen Marx und Engels in ihrer Kritik an der flachen Popularisierung des Materialismus und des Kommunismus durch Cabet an eben dem Kriterium, welches zum Kriterium des wissenschaftlichen Sozialismus wird: der Wissenschaftlichkeit. „Die wissenschaftlicheren französischen Kommunisten ... entwickeln, wie Owen, die Lehre des *Materialismus* als die Lehre des *realen Humanismus*

96 LW 38, S. 181.

und als die *logische* Basis des *Kommunismus*" (97). Materialismus und Wissenschaftlichkeit verbinden sich zur Voraussetzung des Sozialismus, zum Erbe der Arbeiterbewegung. In der Form des Materialismus der Dialektik, des praktischen, revolutionären Materialismus, entsteht ein neues *Paradigma* des menschlichen Erkenntnisprozesses, des Wissenschaftsfortschritts. Dieses Paradigma gilt nicht aufgrund von Konsens in scientific communities (98),sondern aufgrund der Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse in ihrem Widerspruch gegen die Ausbeutung. Der Materialismus der Wissenschaftstheorie im Kapitalismus trägt zur Verbreiterung der logischen Basis des Sozialismus bei, indem er die antagonistischen Bedingungen, Strukturen, Funktionen und Anwendungsformen wissenschaftlicher Tätigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft erklärt, die Entwicklung materialistischer Perspektiven der Wissenschaften fördert, die kurzschlüssige Gleichung von Kapitalismus und Wissenschaft als Instrument der Desorientierung der demokratischen Bewegung kritisiert und begründet, worin die Notwendigkeit, nicht nur die Möglichkeit und das bloße Postulat, einer Wissenschaft im Dienst der werktätigen Bevölkerung gründet. „Die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse wird zum zentralen Faktor des Fortschritts von Wissenschaft, Technik und Ökonomie" (99). Diese Entwicklung findet nicht erst in einem Utopis-Sozialismus statt, sondern bereits heute im Kapitalismus. Diese Entwicklung zeigt sich auch in jenem nichtkapitalistischen Sektor der Wissenschaftsentwicklung im Kapitalismus, den aus der materialistischen Analyse auszublenden dem Schein der Allmacht des Kapitals aufzusitzen hieße.

97 MEW 2, S. 132-139. Lenin kommentiert in seinem Konspekt zur ‚Heiligen Familie': „Nichts ist leichter, als aus den Voraussetzungen des Materialismus den Sozialismus zu folgern", LW 38, S. 30.

98 Vgl. Th.S. Kuhn, Postskript – 1969 zur Analyse der Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. In: P. Weingart (Hg.), Wissenschaftssoziologie 1. Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß. Frankfurt/M. 1972, S. 288: „Ein Paradigma ist, was den Mitgliedern einer wissenschaftlichen Gemeinschaft gemein ist".
Ich verwende den Begriff ‚Paradigma' hiervon abweichend im Sinne der Formulierung von H. Laitko: „Die Paradigmenschicht ist ... jener Bereich, über den philosophisch-weltanschauliche Einstellungen und darüber hinaus das ganze ‚geistige Klima' der jeweiligen Gesellschaft auf die wissenschaftliche Tätigkeit wirken". H. Laitko, Zyklische Prozesse in der Wissenschaft. In: Autorenkollektiv, Wissenschaft im Sozialismus. Probleme und Untersuchungen. Bln(DDR) 1973, S. 162.

99 G.N. Wolkow, Soziologie der Wissenschaft. Bln(DDR) 1970.

Erhard Stölting

DAS SOZIALE BILD DER WISSENSCHAFT UND DIE GESAMTGESELLSCHAFTLICHE REPRODUKTION

Das „soziale Bild" der Wissenschaft meint etwas anderes als den „Begriff" der Wissenschaft, der in der wissenschaftstheoretischen Literatur diskutiert wird. Dieser soll normativ festlegen, was legitimerweise als „Wissenschaft" bezeichnet werden darf und was nicht, trifft also in der Regel eine Selektion unter den existierenden Wissenschaften und wissenschaftlichen Vorgehensweisen. Die wissenschaftstheoretische Bestimmung enthält also möglichst exakte präskiptive Aussagen — oder Aussagen, aus denen sich solche Präskriptionen widerspruchsfrei ableiten lassen — darüber, wie ein Wissenschaftler verfahren muß, wenn er seine Arbeit bzw. deren Resultat als „wissenschaftlich" bezeichnen will.

Demgegenüber ist der gesellschaftliche Sprachgebrauch sehr diffus, und inhaltlich ein eindeutiges Abgrenzungskriterium zu finden, erscheint prima vista schwierig. Sobald man sich jedoch auf die relevanten Sprechergruppen beschränkt, werden Konturen im alltäglichen Sprachgebrauch deutlich. Als relevante Sprechergruppen erscheinen diejenigen, die über die Existenz oder Nichtexistenz von Wissenschaftlern und Wissenschaften entscheiden können, d.h. diejenigen, die die Wissenschaften finanzieren und kraft institutioneller Macht diesen Terminus mithin anerkanntermaßen verleihen können. Als „Wissenschaft" wird in unserer Gesellschaft primär das bezeichnet, was in staatlichen und privatwirtschaftlichen Einrichtungen unter diesem Haushaltstitel erscheint: Die Spannweite erstreckt sich von dem F & E-Bereich der Betriebe bis zu geisteswissenschaftlichen Instituten.

Damit wird die Wissenschaft bestimmbar von ihrer Funktion innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion. Diese umfaßt nicht nur die materielle Produktion, sonder auch die Reproduktion und Veränderung der Produktionsverhältnisse, der gesamten ökonomischen und sozialen Struktur der Gesellschaft. Daher ist die Kennzeichnung einer Arbeit als „wissenschaftliche" nicht nur eine technische oder begriffliche Festlegung, sondern im weiteren Sinne eine politische.

Die Unterschiedlichkeit von „Begriff" und „sozialem Bild" der Wissenschaft bedeutet jedoch nicht, daß beide gänzlich voneinander unabhängig seien. Die wissenschaftstheoretische Festlegung des Begriffs enthält stets schon das wissenschaftspolitische Postulat, jene Wissenschaften, die sich nicht legitimerweise so bezeichnen dürfen, aus dem Etat zu streichen. Die Wissenschaftstheorie wird damit auch zu einer Waffe von Interessengruppen bei wissenschaftspolitischen Grabenkämpfen. Hauptwaffe in diesen Kämpfen sind aber die sozialen Bilder, mit Hilfe derer die Wissenschaften sich nach außen darstellen und ihre gesellschaftliche oder kulturelle Relevanz vorzeigen.

Die Legitimation

Die Genesis des modernen Wissenschaftsbildes kann mit der Entstehung der

Naturwissenschaften in der Renaissance angesetzt werden (1). Kennzeichnend für sie war ein neues Verhältnis zur natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt und eine neue Weise der Wahrheitsbegründung. Wahre Aussagen sollten nicht mehr jene sein, die, letztlich in göttlicher Offenbarung wurzelnd, durch Mittler den Menschen dargeboten wurden; wahr sollten Aussagen über Beobachtungen sein, die der unvoreingenommene Blick erfuhr und durch Vernunft und mathematische Verknüpfungen zu allgemeinen Sätzen erweiterte. Vorannahme war, daß die Natur selbst vernünftig, ordentlich bzw. mathematisch sich verhalte (2).

In diesem Sinne waren die Naturwissenschaften weitgehend philosophisch. Sie hatten den Anspruch, die Welt zu erklären, und standen damit im Konflikt zur älteren Form der Wahrheitsbegründung durch die göttliche Offenbarung. Lösungsversuche für diesen Konflikt durchziehen die ganze Philisophiegeschichte. Religiös sich begründender Macht sprach die neue Weise der Wahrheitsbegründung auch politisch zunehmend die Legitimation ab. Sie konnte daher auch als geistige Waffe im Kampf des Bürgertums gegen die Kirche und den Feudaladel verwendet werden. Die Wissenschaft war in diesem Sinne Moment einer sozialen Entwicklung.

Die Universalität des Wahrheitsbegriffes — es gibt nur eine Wahrheit — und seine Beziehung zur Wissenschaft konnte aber auch als exklusive gedeutet werden: Alle Aussagen, die mit dem Anspruch auf Wahrheit auftraten, mußten sich dann als wissenschaftlich begründete ausgeben. „Wahre Erkenntnis" und „wissenschaftliche Erkenntnis", Erkenntnistheorie und Wissenschaftstheorie, wurden damit Synonyma.

Im 19. Jahrhundert werden die Naturwissenschaften einer stärkeren institutionellen Kontrolle unterzogen. Während zuvor die für ihre wissenschaftliche Tätigkeit bezahlten Personen in der Minderheit waren, verschwindet nun der wissenschaftliche Amateur, der von seinem Vermögen lebt, aus der Diskussion der Fachleute. Die Besetzung einer Position innerhalb der wissenschaftlichen Institutionen wird notwendige Vorbedingung der Teilnahme am wissenschaftlichen Leben. Zugleich findet in diesem Jahrhundert mit der Etablierung der naturwissenschaftlichen Forschung innerhalb der Universitäten die „Verwissenschaftlichung" der Universitäten ihren Abschluß. Die Universitäten sind damit endgültig „wissenschaftliche" Einrichtungen. Damit werden viele Universitätsfächer unter den Zwang gesetzt, sich als Wissenschaften zu legitimieren.

Zwei Begründungsweisen für die gesellschaftliche Notwendigkeit, Wissenschaft zu betreiben, haben historisch bestehen können. Die eine, daß die wissenschaftliche Arbeit zu wahren Erkenntnissen über die Welt führt und diese Erkenntnisse eine persönliche Orientierung gestatten bzw. die Verwirklichung menschlicher Wesenskräfte darstellen (Erkenntnisstreben); die andere, daß wissenschaftliche Arbeit zu praktisch umsetzbaren Erkenntnissen führt, also die technische Beherrschung der Natur erweitert und damit dem wirtschaftlichen, materiellen Fortschritt dient. Beide Ansprüche konnten zusammengefaßt werden insofern, als wahre Erkenntnis *auch* größere Naturbeherrschung ermöglichen.

1 Zu den Zusammenhängen zwischen Wissenschaften und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft siehe Friedrich Tomberg: Bürgerliche Wissenschaft – Begriff, Geschichte, Kritik, Frankfurt/M. 1973.

2 Zur Rolle des mathematischen Denkens siehe Morris Kline: Mathematics in Western Culture, Harmondsworth 1972, S. 121 ff.

Den ersten Anspruch begannen die Naturwissenschaften seit dem neunzehnten Jahrhundert effektiv einzulösen. Zunehmend wurden sie unmittelbar in der materiellen Produktion angewendet. Dies führte zu der bekannten, gewaltigen Expansion der Naturwissenschaften, die noch kein Ende gefunden hat (3). Sie wurden zu einer unmittelbaren Produktivkraft. Ihre volkswirtschaftliche Bedeutung macht sie zunehmend zum Gegenstand staatlicher Finanzierung. In dieser Expansion hatten die sogenannten „angewandten" Wissenschaften natürlich das Übergewicht. Die Grundlagenforschung wurde nach Maßgabe ihrer eingeschätzten Relevanz für den angewandten Bereich finanziert. Die gesellschaftliche Legitimation war mithin unproblematisch und konzentrierte sich direkt oder indierekt zunehmend auf praktische Probleme.

Die Expansion der Naturwissenschaften, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, warf jedoch Planungsprobleme auf, da überproportional auch die finanziellen Aufwendungen stiegen und entsprechend die Gefahr von Fehlinvestitionen gravierender wurde. Es mußten einerseits Kriterien für die Planung des wissenschaftlich-technischen Bereichs, andererseits Techniken zur Rationalisierung der wissenschaftlichen Arbeit, analog der industriellen Arbeit entwickelt werden. Dies komplexe Problem wurde Gegenstand einer wissenschaftlichen Disziplin, der Wissenschaftsforschung, die sich von Anfang an praktisch verstand (4).

Während im naturwissenschaftlichen Bereich die praktische Relevanz dominierte und zur Legitimierung finanzieller Ansprüche diente, war dies im Bereich der übrigen akademischen Disziplinen nicht in gleicher Weise der Fall. Ihre Arbeitsweise, die primär in der Interpretation bzw. der Vermittlung interpretatorischer Fertigkeiten bestand, konnte sich nicht durch ihre unmittelbare Relevanz für die gesellschaftliche Produktion rechtfertigen und mußte zu anderen Argumenten greifen. Wo sie sich als Sozialtechnik verstehen konnte, war die Situation relativ einfach; Schwierigkeiten entstanden jenen Wissenschaften, die sich nicht als Sozialtechniken verstehen wollten oder konnten, wie ein großer Teil der Geistes- und Sozialwissenschaften. Und es ist kein Zufall, daß der entstehende Legitimationsdruck gerade in diesen Fächern mit einer Springflut wissenschaftstheoretischer Reflexionen beantwortet wurde.

Gleichzeitig wurde aber auch die Relevanz der Interpretation in den Naturwissenschaften deutlicher. Grundlegend hierfür wurde ein Erkenntnismodell, das anhand der Historiographie der Naturwissenschaften entwickelt worden war, und die Auseinandersetzung mit dem Neopositivismus. Dieses Erkenntnismodell wurde bedeutsam, weil es in der Interpretation experimentell gewonnener Sachverhalte die Relevanz gesellschaftlicher Ideologien sichtbar machen konnte. Seine anarchistische Radikalisierung durch Paul

3 Derek J. de Solla Price: Little Science, Big Science. Von der Studierstube zur Großforschung, Frankfurt/M. 1975, S. 13 ff.

4 Stevan Dedijer: The Science of Science: A Programme and a Plea, Minerva, Jg. IV, 1966, S. 490 ff; S.R. Mikulinskij: „Einige Probleme der Organisation der wissenschaftlichen Tätigkeit und ihrer Erforschung", in: Wissenschaft. Studien zu ihrer Geschichte, Theorie und Organisation (Hrsg. G. Körber und H. Steiner), Berlin (DDR) 1972, S. 11 ff.; J.S. Spiegel-Rösing: Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftssteuerung. Einführung und Material zur Wissenschaftsforschung, Frankfurt/M. 1973.

Feyerabend zeigte zudem, daß methodologische Fragen sinnvoll nur von der gesellschaftlichen Reproduktion her gestellt werden können, nicht jedoch aus inhärenten Eigenschaften von „Wissenschaft" allein.

Naturwissenschaften und Interpretation

Ausgangspunkt dieser Richtung war Poppers methodologischer Falsifikationismus. Die wissenschaftstheoretische Kritik an ihm, vor allem durch Thomas S. Kuhn, Stephen Toulmin, Paul Feyerabend und Imre Lakatos und andere hat die möglichen Dimensionen, die in Poppers Ansatz angelegt waren, herausgearbeitet. Die einzelnen Positionen sollen hier nicht nochmals umfassend dargestellt werden,, da hierzu bereits eine umfassende Literatur vorliegt (5). Nur die im Kontext der Diskussion relevanten Aspekte sollen genannt werden.

Der Denktypus

In seiner „Logik der Forschung" hatte Popper nachgewiesen, daß Allaussagen sich durch kein mögliches Verfahren aus empirischen Einzelaussagen induzieren lassen (6). Ein Zusammenhang zwischen empirischen Erfahrungen und Theorien über sie konnte daher nur durch den Versuch der Falsifikation von Aussagen intersubjektiv überprüfbar hergestellt werden. Vermittlungsstück sollten Hypothesen sein, die aus den Theorien abgeleitet und empirisch überprüft werden sollten. An die Theorien stellte dies die Anforderung, so konstruiert zu sein, daß erstens keine kontradiktorischen Hypothesen aus ihnen ableitbar sein durften, daß zweitens die Hypothesen selbst falsifizierbar sein mußten, daß drittens die Hypothesen tatsächlich aus den Theorien abgeleitet wurden, ihre Widerlegung also zugleich eine Widerlegung der Theorien bedeutete(7). Diese formellen Kriterien begründeten die „Wissenschaftlichkeit" von Theorien.

Damit sollte sich erstens die Möglichkeit einer genauen Abgrenzung wissenschaftlicher Aussagen von nichtwissenschaftlichen ergeben, zweitens die eines Erkenntnisfortschritts durch die Ausscheidung unwahrer Aussagen bzw. Theorien, drittens die potentielle Unendlichkeit des Erkenntnisfortschritts, da keine wissenschaftliche Theorie vor ihrer Falsifikation gefeit sein konnte. Es sollten nur bewährte (corroborated) Theorien geben, die vielen Falsifikationsversuchen standgehalten hatten. Dieser Ansatz war eminent praktisch. Denn das zugrunde gelegte Wahrheitskriterium band die Theorien so an ihren Gegenstand, daß sie zu einem Vehikel technischer Rekonstruktionen von Naturverhalten wurden. Bestätigte Theorien ließen Planungen von Apparaten zu, deren Versagen als Widerlegung, deren Funktionieren als Bewäh-

5 Vgl. u.a. I. Lakatos und A. Musgrave (Hrsg.): Kritik und Erkenntnisfortschritt, Braunschweig 1974, hierin die Diskussion Popper, Kuhn, Lakatos, Feyerabend; dazu Diederich (Hrsg.): Theorien der Wissenschaftsgeschichte. Beiträge zur diachronischen Wissenschaftstheorie, Frankfurt a. M. 1974; P. Weingart: „Wissenschaftsforschung und wissenschaftssoziologische Analyse", in: ders. (Hrsg.): Wissenschaftssoziologie I. Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß, Frankfurt/M. 1972, S. 12 ff.

6 Karl A. Popper: Logik der Forschung, Tübingen 1973 (5. Aufl.) S. 3 ff.

7 Ebenda, S. 14 ff, S. 47 ff, S. 198 ff.

rung der zugrunde liegenden Theorien gelten konnte.

Poppers Widerlegung der Möglichkeit, Allaussagen aus Einzelaussagen abzuleiten, stellte zugleich einen Zusammenhang zur Wissenschaftsgeschichtsschreibung her. Es ermöglichte ihm den Zusammenhang von geistesgeschichtlicher Entwicklung und Wissenschaftsentwicklung deutlicher zu machen. Wenn eine Theorie nicht stringent aus empirischen Einzelaussagen abgeleitet werden konnte, mußte nach Popper ihr Ursprung metaphysisch, irrrational, außerwissenschaftlich sein. Die metaphysischen, religiösen usw. Quellen wissenschaftlicher Begriffe und Theorien hat Popper selbst vielfach demonstriert. Er konnte damit zeigen, daß auch die Naturerkenntnis theoriegeleitet ist und sich nur nach Maßgabe der bestimmten Inhalte von Theorien über die Natur entfalten kann. Dabei darf hier der Begriff „metaphysisch" nicht überschätzt werden, auch wenn Popper auf seiner historischen Zufälligkeit insistiert. Gerade über ihn ergibt sich die Möglichkeit eines Rückbezuges der Naturerkenntnis auf gesellschaftliche Ideologien.

In seiner Betonung der Falsifikation verwies Popper immanent auf den technischen Arbeitscharakter der Naturwissenschaften seit der Renaissance: In den technischen Konstruktionen, in welchen Hypothesen über Naturverhalten enthalten sind, finden zweifelsohne eindeutige Falsifikationen statt, und daß diese Naturerkenntnis über nichtfalsifizierte bzw. bestätigte Annahmen fortschreitet, ist unwiderleglich; jedes Experiment, jeder Prototyp verkörpert eine solche Hypothese. Damit spiegelt Poppers Wahrheitskriterium die Funktion der modernen Naturwissenschaft in der gesellschaftlichen Reproduktion wider(8). Problematisch blieb aber, ob die wissenschaftlichen Theorien tatsächlich wie technische Konstruktionen getestet werden können.

Die Kritik an Popper

Der Angriff setzte an jenem Punkt an, an dem Popper am stärksten schien, dem Zusammenhang von Falsifikation und Theorieentwicklung. Gemeinsames Argument seiner Kritiker war, daß wissenschaftshistorisch der Zusammenhang zwischen Theorien und emprischer Forschungspraxis weitaus lokkerer sei, als Popper dies unterstelle, daß grundlegendes Regulativ der Forschungspraxis nicht immer widerspruchsfreie durchgebildete Theorien seien bzw. gewesen seien, daß Theorien keineswegs sofort bei auftretenden Widersprüchen verworfen werden müßten, daß Wissenschaftler keineswegs so rational vorgingen bzw. vorgegangen seien, wie Popper postuliere. Was damit zunächst in Frage gestellt wurde, war die Möglichkeit einer vollständig rationalen Rekonstruktion der Wissenschaftsgeschichte.

8 Siehe dazu: E. Stölting: Wissenschaft als Produktivkraft, München 1974, S. 42 ff.: Poppers Konzeption der „Dritten Welt", bzw. des „Objektiven Wissens" ist explizit an die gesellschaftliche Reproduktion gebunden, mit dem Argument, daß mit Hilfe des „objektiven Wissens" die moderne Zivilisation rekonstruierbar sei; K.R. Popper: Objective Knowledge, An Evolutionary Approach, Oxford 1973, S. 106 ff; B.M. Majzel': Problema poznanija v filosofskich rabotach K.R. Poppera" 60-ch godach, in: Voprosy filosofii Nr. 6, 1975, S. 140 ff.

Thomas S. Kuhn zeigte z B. anhand der „Kopernikanischen Revolution", daß es keineswegs wissenschaftsimmanente Gründe allein waren, die zur Verwerfung des ptolemäischen Weltbildes führten(9). Kuhn demonstrierte, daß die Wissenschaftler durch „Paradigmata" orientiert waren, deren periodischer Wechsel „wissenschaftliche Revolutionen" darstellten. Diese Revolutionen geschähen selten, und zwischen ihnen betrieben die Wissenschaftler „normale Wissenschaft". Sie bestehe darin, daß die Wissenschaftler orientiert auf das Paradigma Informationen sammelten, einzelne Theorien ausbauten und änderten. Dabei sammelten sich immer mehr mit dem Paradigma inkompatible Fakten an. Es kämen vermehrt philosophische und theoretische Diskussionen unter den Wissenschaftlern auf, bis ein neues Paradigma auftauche. Dies werde keineswegs sofort akzeptiert, vor allem nicht von älteren Wissenschaftlern. Die Durchsetzung des neuen Paradigmas stellt sich somit bei Kuhn als sozialpsychologisches Problem der Forschergemeinschaft (10). Das Paradigma und die Sozialpsychologie nehmen hier somit die Stelle ein, die bei Popper die Metaphysik inne hatte. Die Wissenschaftler erscheinen aber nicht mehr als idealisierte Träger von Rationalität, sondern als leibhaftige Menschen.

Damit markiert Kuhn den Punkt, an dem die „philosophy of science" für die Wissenschaftssoziologie thematisierbar, rezipiert und Mode wurde. Hinter den diskutierenden, neurotischen oder starrköpfigen Forschern steckt bereits die Möglichkeit, sie nicht nur als konkrete Menschen, sondern schon als Produkte bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse zu sehen. Im empirie-resistenten Paradigma wird zudem das Problem des faktischen Auseinanderfallens von Theorie und Empirie deutlicher, und in der Differenzierung von „normaler Wissenschaft" und „wissenschaftlichen Revolutionen" kommen bereits die vielen bienenfleißigen Informationssammler und Experimentatoren ins Blickfeld, die zwar wissenschaftliche Theorien nicht umstürzen, aber gleichwohl etwas mit der Entwicklung der Wissenschaft zu tun haben. Mit ihnen treten auch die in der Industrie und den angewandten Forschungen tätigen Wissenschaftler auf den Plan, wenn sie auch bei Feyerabend flugs wieder verschwinden müssen.

Die Radikalisierung durch Feyerabend

Feyerabends Kritik an Popper führt zu den radikalsten Konsequenzen, die implizit in den Widersprüchen des Popperschen Ansatzes selbst enthalten sind. Feyerabend konfrontiert zunächst den Ansatz Poppers mit wissenschaftshistorischen Fakten und weist nach, daß die Wissenschaft nicht stattfinden würde und nicht stattgefunden hätte, würden die Popperschen Maßstäbe wirklich gültig sein(11). Er postuliert dagegen eine größere Freiheit der Theorie von der Empirie als selbst Kuhn. Theorien bzw. Hypothesen, die u.U. aus Theorien abgeleitet werden könnten, würden keineswegs wegen widersprechender empirischer Befunde sofort verworfen. Es sei ebenso

9 Thomas S. Kuhn: The Copernican Revolution. Planetary Astronomy in the Development of Western Thought, New York 1959 v.a. S. 100 ff.

10 T.S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M. 1967, S. 110 ff. und passim.

11 Paul Feyerabend: Against Method. Outline of an anarchistic Theory of Knowledge, London 1975, S. 22.

möglich und historisch der Fall gewesen, daß die Experimente angezweifelt werden, daß man sich mit Widersprüchen zufrieden gibt, daß man ad-hoc-Hypothesen entwickelt usw. Die allgemeinen Theorien, die die Forschung orientierten, seien meist schlecht begründet, und wissenschaftliche Revolutionen könnten auch ohne sachlich ausreichende Begründung gemacht werden. Das Kopernikanischen Weltbild z.B. sei zur Zeit seiner Entstehung überhaupt nicht erklärungsmächtiger gewesen als das ptolemäische. Es sei nicht aus rationalen Gründen verworfen worden(12). Sogar die Wissenschaftler selbst wüßten überdies oft nicht recht, was sie tun. Newtons Theorie der Gravitation sei von bedeutenden Wissenschaftlern als überaus wichtig eingeschätzt worden, ohne daß die meisten von ihnen sich ihrer inhärenten Schwierigkeiten bewußt gewesen seien. Einige hätten sogar geglaubt, sie könnte von Keplers Gesetzen abgeleitet werden. Dasselbe gelte sinngemäß für die Quantentheorie(13).

Die Durchsetzung wissenschaftlicher Annahmen geschehe mithin primär durch Propaganda, Tricks, methodische Schwindeleien usw., über welche Feyerabend anhand Galileis ausführlich berichtet(14). Dies diskreditiere nach seiner Auffassung aber niemanden. Denn wissenschaftliche Theorien eröffneten neue Perspektiven, die verteidigt und nicht wegen einiger Widersprüche mit empirischen Befunden verworfen werden müßten. Ad-hoc-Hypothesen seien ebenso berechtigt, wie das Ignorieren empirischer Resultate. Gegen die durch Popper propagierte Kritik weiß Feyerabend mithin ein Lob selbst auf den Dogmatismus zu singen(15).

Die Liberalität Poppers gegenüber der Herkunft wissenschaftlicher Theorien wird damit von Feyerabend erweitert. Es gelte nicht nur, Theorie nicht zu verwerfen, sondern sie zu vermehren, es gelte, alte wieder auszugraben, als absurd oder überholt abgelegte wieder zu beleben, weil die Gründe, die zu ihrer Ablenkung geführt hätten, ebensowenig „vernünftig" sein können, wie die Gründe, die zu ihrer Annahme führten.

Die beliebige Vermehrung von Theorien, bzw. das Plädoyer für einen möglichen Dogmatismus kann innerhalb des Forschungsprozesses noch für einen *methodologischen* Vorschlag gehalten werden, wenn zugleich ein Vorschlag für ein Wahrheitskriterium unterbreitet würde und damit für einen möglichen Erkenntnisfortschritt. Gerade gegen diesen wendet sich Feyerabend. Nur bei vorgegebenen Standards sei ein Fortschritt denkbar, z.B. in der Technik oder der zivilisatorischen Bedeutsamkeit, wie immer diese bestimmt wird. Über diese Standards sei aber immanent wissenschaftlich nicht mehr zu entscheiden. Wissenschaft besteht für Feyerabend in bestimmten „rationalen" Argumentationsmustern, einem lockeren Zusammenhang mit möglichen Experimenten, einen Vergleich von Hypothesen mit experimentellen Ergebnissen. Hierdurch unterscheidet sich bei ihm die Wissenschaft von anderen Formen der Erfahrung bzw. der Produktion von Sätzen. Es gibt aber für ihn keinen einsichtigen Grund dafür, einen Aussagenkomplex für „besser", „wahrhaftiger" usw. zu halten als einen anderen(16). Damit verliert die Wissenschaft ihren exklusiven Bezug zur Wahrheit, den sie bei Popper noch hatte; sie wird zu einer Form kultureller Betätigung, wie Poesie, Malerei usw. Der Umgang mit ihr wird zum Moment einer Lebenspraxis, die man möglichst genußvoll und interessant gestalten sollte.

12 Ebenda, S. 88.
13 Ebenda S. 202.
14 Ebenda S. 141 ff; siehe auch ders.: „Wie die Philosophie das Denken verhunzt und der Film es fördert", in: Unter dem Pflaster liegt der Strand, Bd. II, (Hrsg. H.P. Duerr), West-Berlin 1975, S. 224 ff.
15 Dies impliziert auch dogmatisches Festhalten an Mythen, Magie usw., siehe: Against Method, S. 295 ff.

Eigentlich könnte Feyerabend wie jeden Diskurs auch Methodologien einfach zulassen. Der Hinweis, daß sie das nicht leisten, was sie zu leisten vorgeben, kann, folgt man seiner Argumentationsweise, kein Grund ihrer Ablehnung sein. Aber wenn die Wissenschaft eine möglichst genußvolle Lebenspraxis sein soll, so sind Methodologien ihre lebensfeindliche Einschränkung. Sie sind für eine genußvolle Wissenschaft, was puritanische Moral für ein fröhliches Geschlechtsleben ist.

Wenn die Wissenschaftler frei über ihre Tätigkeit entscheiden könnten, sich Ziele setzen könnten, wenn sie wie viele Heroen der Pionierzeit der Naturwissenschaften ohne Sorgen um ihre materielle Existenz sich zu einem intellektuellen Tun entschließen könnten, wären Feyerabends Vorschläge erfreulich und akzeptabel. In der gegenwärtigen Zeit ist aber die einzige Entscheidung, die ihnen meist bleibt die, im Job zu bleiben oder ihn zu verlassen, denn die Naturwissenschaften sind fest in die materielle Produktion der Gesellschaft integriert, und diese stellt sich für sie als ein Zwangszusammenhang wie für alle übrigen Lohnabhängigen dar. Dieser Zwangszusammenhang setzt der Wissenschaft ihre Kriterien und Methoden. die zu einer planmäßigen Beherrschbarkeit der Naturvorgänge führen müssen. Damit ist gesellschaftlich ein Wahrheitskriterium gesetzt und zugleich eines für den Erkenntnisfortschritt.

Was bei Feyerabends Position aber deutlich wird, ist, daß dieses Wahrheitskriterium und damit die Bestimmung dessen, was „Wissenschaft" ist, zugleich eine Entscheidung für die moderne industrielle Produktion darstellt, wenn auch noch keine für deren Zweckbestimmung im Rahmen möglicher alternativer Produktionsverhältnisse.

Zugleich beruht diese Fragestellung Feyerabends auf einer Verengung des Wissenschaftsbegriffes auf die Herstellung von Theorien und damit auf die feine Seite der Wissenschaft, die interpretierende Grundlagenforschung. Der größte Teil dessem, was gesellschaftlich heute als „Wissenschaft" bezeichnet wird , fällt damit aus der Untersuchung heraus. Allein so kann die Wissenschaft problemlos einem kulturellen Ziel zugeordnet werden(17).

Die Trennung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung ist sicherlich problematisch. Auf der anderen Seite hat sie ein realistisches Moment. Es ist häufig schwierig, die praktische Relevanz ausgewiesener Bereiche der Naturwissenschaften zu bestimmen. Die Diskussion der wissenschaftspolitischen Kriterien, die hinter der Bestimmung von „Wissenschaftlichkeit" steckt, muß aber die gesellschaftliche Reproduktion in irgend einer Form

16 Paul Feyerabend: „Wie die Philosophie das Denken verhunzt, a.a.O., S. 235 f.; Paul Feyerabend: „Thesen zum Anarchismus", in: Unter dem Pflaster liegt der Strand, Bd. I, (Hrsg. H.P. Duerr), West-Berlin 1974, S. 127 ff.
17 S. Toulmin: „The Complexity of Scientific Choice I: A Stocktaking", in: Minerva, 1964 Nr. 2, S. 343–353. ders.: „The Complexitiy of Scientific Choice II: A Stocktaking", ebenda Nr. 4, S. 155–169; (auch in: E. Shils (Hrsg.): Criteria for Scientific Development. Public Policy and National Goals, Cambridge, Mass./London 1968, S. 63 ff.)

wieder einführen. Einen Versuch dazu hat Imre Lakatos unternommen, wobei ihm angelegen war, die Resultate der realistischen Kritik an Popper aufzubewahren (18).

Lakatos und die Wissenschaftspolitik

Der Ausgangspunkt von Lakatos ist vergleichbar mit dem von Feyerabend: die Diskrepanz von wissenschaftlicher Theorienbildung und Empirie, die wissenschaftsgeschichtliche Tatsache, daß ungesicherte Theorien akzeptiert werden usw. Die grundlegenden heuristischen Instrumente sind für ihn „Forschungsprogramme". Sie bestimmen, was untersucht werden kann, enthalten grundlegende Annahmen und untersagen andere mögliche Aussagen bzw. grenzen sie aus. Im Verlaufe der Geschichte werde das ursprüngliche Forschungsprogramm zunehmend ergänzt durch anschließende Theorien. Die wissenschaftliche Entwicklung schreite dadurch voran, daß der „harte Kern" (hard core) des Forschungsprogramms verteidigt werde durch stützende und ergänzende Theorien und Annahmen. Der dogmatische Schutz des harten Kerns sei die Voraussetzung fruchtbarer Theorienbildung und des Erkenntnisfortschritts.

Die Forschungsprogramme seien zwar langlebig aber nicht unsterblich. Ihre heuristische Kraft bzw. die Anregungen für neue Theorienbildungen könnten nachlassen, und wie bei Kuhn setzten dann grundsätzliche Diskussionen unter den Wissenschaftlern ein. Im Verlauf dieser Diskussionen zeige es sich, oder könne es sich zeigen, daß ein Forschungsprogramm sich erschöpft habe, ein neues mehr heuristisches Möglichkeiten besitze. Kriterium dafür sei aber die rationale Argumentation der Wissenschaftler, also selbst ein interpretierendes Einschätzen der Möglichkeiten.

An diesem Punkt kann das Programm von Lakatos für eine Wissenschaftspolitik praktisch werden. Während die Feyerabendsche Konsequenz für eine Wissenschaftspolitik allenfalls die autonome Selbstverwaltung oder die Gießkanne sein könnte, wird hier die Experteneinschätzung zum Kriterium dafür, was wissenschaftlich fruchtbar sein wird und was nicht. In seiner praktischen Konsequenz entspricht diese Position den wissenschaftspolitischen Vorschlägen von Weinberg (19).

Diese mögliche Konsequenz ist ein Grund für die positive Aufnahme, die Lakatos' Vorstellungen bei verschiedenen sowjetischen Autoren gefunden hat. Denn einerseits reflektiert sie den Zusammenhang von allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklung und stellt andererseits den Zusammenhang zu einer Reproduktionspraxis her, die in der sowjetischen Wissenschaftspolitik von Anfang an akzentuiert wurde (20).

18 I. Lakatos: „Kritischer Rationalismus und die Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme", in: P. Weingart (Hrsg.) Wissenschaftsforschung, Frankfurt/M. und New York 1975, S. 91 ff; ders. „Die Geschichte der Wissenschaft und ihre rationalen Rekonstruktionen", in: W. Diederich (Hrsg.), S. 55; Abdruck aus: J. Lakatos, A. Musgrave (Hrsg.): Kritik und Erkenntnisfortschritt, Braunschweig 1974.

19 Vgl. Alvin M. Weinberg: Probleme der Großforschung, Frankfurt/M. 1970, S. 145 ff.

20 Helgard Wienert: „The Organisation and Planning of Research in the Academy System", in: E. Zaleski u.a. (Hrsg.): Science Policy in the USSR, OECD, Paris 1969, S. 169 ff.

Majzel' etwa führt an, daß die Rationalitätsnorm sich im Zusammenhang mit bestimmten gesellschaftlich-ökonomischen Bedürfnissen entwickle (21). Auch er geht mithin von dem Primat der „Praxis der wissenschaftlichen Arbeit" aus. Damit ergebe sich, daß die Entwicklung der Wissenschaft auf den Errungenschaften der Gesellschaft basiere, die sie bei der praktischen Aneignung und Umgestaltung der Natur in der materiellen Produktion entwickelt habe (22). Majzel' akzentuiert vor allem die Wandlung auch Poppers in den sechziger Jahren und seinen deutlicheren Praxisbezug. Weiter noch in ihrer Rezeption gehen Mamčur und Akčurin. Sie nehmen den Hinweis von Feyerabend auf die Nähe Lakatos zum dialektischen Materialismus positiv auf (23). Problem für Mamčur ist die Kommensurabilität der Forschungsprogramme (24). Auch er weist auf ihre sozialkulturellen Komponenten hin (25).

Švyrëv greift z.T. die Thesen von Feyerabend auf.(26). Er geht von der faktischen Trennung des empirischen Wissens vom theoretischen aus und betont die Lenkung des Denkens und Schauens durch die Theorie. Zugleich insistiert er jedoch auf der Verbindung des entwickelten theoretischen Wissens zur Wirklichkeit, wie sie in der Praxis als objektive erfahren wird. Gegen den „Pantheorismus" Feyerabends wendet Švyrëv ein, daß Theorien einer „empirischen Interpretation" bedürften, d.h. die theoretischen Aussagen und Termini müßten im Experiment ausgehend von einer unspezialisierten Sprache her rekonstruierbar sein. Genau diese „empirische Interpretation" unterscheide die Wissenschaft von reiner Poesie. Die Theorien orientierten zwar den Blick auf die Fakten, böten Interpretationen an, schlössen andere aus: Die Welt werde durch die Theorien Faktum für die Wissenschaft. Dies hebe aber nicht die Objektivität der Gegenstände auf. Die Empirie sei damit notwendiges Moment nicht nur der Entwicklung, sondern auch der Explikation der Theorien (27).

Die praktischen Konsequenzen, die hieraus gezogen werden, ermöglichen die Vermittlung von Wissen und gesellschaftlicher Praxis. Sie implizieren, wenn die praktische — hier die technische — Umsetzung intendiert wird, die Anerkennung der Objektivität der untersuchten Gegenstände und insofern den Materialismus. Wird die Wissenschaft als solche gesellschaftliche Praxis, als Moment des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses demonstriert, kann damit nicht nur der „spontane Materialismus" der Naturwissenschaft-

21 B.M. Majzel', a.a.O.; Zur sowjetischen Rezeption s.a. V.L. Lektorskij: „Filosofija, nauka, i filsofija nauki. O nekotorych tendencijach evolijocii filosofii nauki", Vopr. filos. Nr. 4, 1973, S. 108–121.

22 Ebenda S. 141.

23 I.A. Akcurin und E.A. Mamcur: „Logika otkrytija ili psichologija issledovanija? " Vopr. Filos. Nr. 8, 1972, S. 139 (eine Besprechung von I. Lakatos und A. Musgrave (Hrsg.): Criticism and the Growth of Knowledge. Zit. hier s. S. 161); vgl. Paul Feyerabend: Consolations for the Specialist, in: I. Lakatos und A. Musgrave (Hrsg.): Criticism and the Growth of Knowledge, S. 205, S. 211.

24 E.A. Mamčur: „Cennostnyje faktory v poznavatel' noj dejatel' nosti učenogo", Vopr. filos. Nr. 9, 1973, S. 61–72, S. 67.

25 Ebenda, S. 72.

26 V.S. Švyrëv: „K analizu kategorii teoretičeskogo i empiričeskogo v naučnym poznanii", in Vopr. filos. 2, 1975, S. 3 ff.

27 Ebenda, S. 14.

ler zu einem bewußten gemacht werden, sondern zugleich den immer wieder auftauchenden idealistischen Philosophien der Wissenschaftler über ihre eigene Tätigkeit, die nur deren Isolierheit widerspiegeln, vorgebaut werden (28).

Die Entwicklung der „philosophy of science" konvergiert mit der Begründung der Funktion der Wissenschaft in der gesellschaftlichen Reproduktion. Sie stellt zugleich die Möglichkeit her, gesellschaftliche Normen in der Steuerung der Wissenschaftsentwicklung nachzuweisen. Sie ist Teil des Bewußtseins, daß die Wissenschaft zu einem Problem für die Gesamtgesellschaft geworden ist. In ihrer engen Bindung an die Erkenntnisweise der Naturwissenschaften, v.a. der Physik, die unter der Hand zur Norm für die Wissenschaftsentwicklung überhaupt wird, werden jedoch auch ihre Grenzen für die Erklärung der modernen Wissenschaftsentwicklung deutlich.

Der Wandel des Bildes

Das klassische Bild der Wissenschaften, wie es von der Renaissance überkommen war, hatte eine philosophische Intention: die Erklärung der Welt. Diese Erklärung sollte — durch die unvoreingenommene, klassifizierende, ordnende, berechnende, experimentierende Beobachtung der Natur bzw. der Objektwelt überhaupt zustande kommen. Die Genesis des „Objekts", der „Natur" selbst kann als Resultat eines praktischen Verhältnisses verstanden werden, in welchem die Menschen etwas anders als zu Bearbeitendes und damit zuvor zu Erkennendes ansahen.

Die moderne Entwicklung der Naturwissenschaften machte deutlich, daß die Ansprüche, die an die Interpretation gestellt wurden, sich gewandelt haben. Die philosophische Intention wurde zunehmend der technisch-zielgerichteten Forschung untergeordnet. Umfassende Theorien über die Welt erwiesen sich als hierzu überflüssig, mehrere sich widersprechende Theorien konnten mühelos gleichzeitig akzeptiert werden, solange sie nicht die angewandte Forschung behinderten.

Hinter diesem Prozeß, in dem auch der Anspruch auf eine theoretische Vereinheitlichung der Naturwissenschaften aufgegeben wird, steht die spezialisierte Akkumulation von Wissen, die es dem wissenschaftlichen Spezialisten unmöglich macht, allein die Nachbargebiete, geschweige denn entferntere zu kennen. Auch interdisziplinäre Forschung, die Integration von Spezialdisziplinen in Grenzbereichen, die meist im Bemühen um die Lösung spezieller Probleme entsteht, kehrt diesen Differenzierungsprozeß nicht um, sondern führt eher zur Entstehung neuer spezialisierter Disziplinen.

Ein ähnlicher Differenzierungs- und Spezialisierungsprozeß, verbunden mit der Entwicklung einer spezialisierten Literatur, eigener Terminologien, die eine lange Einlernzeit voraussetzen, entsteht auch in anderen Wissenschaftsdisziplinen. Damit tritt jedoch ein Umschlag im Bilde der Wissenschaft ein. Während „Wissenschaft" zuvor in der Abgrenzung zur Metaphysik ihr Bild hatte, werden es nunmehr die äußerlichen Formen, in denen sie sich darstellt: der Umfang des vorausgesetzten Wissens, die Komplexität der Aussagen oder gar der Grad der Mathematisierung. Hierin ist unmittelbar kein Wahrheitsanspruch begründbar. Auch theologische Systeme lassen sich, legt man es darauf an, höchst komplex mathematisieren. Dasselbe gilt für die Astrologie. Es ist auch möglich, völlig zweckfreie Kunstgebilde zu schaffen, deren Konstruktion nur nach einem langen, mühevollen und spezialisierten Studium durchschaubar werden könnte (29).

Der Differenzierungsprozeß kann in den Naturwissenschaften, vor allem den angewandten, mühelos aus technischen Erfordernissen begründet werden. Der Ausschluß der Laienöffentlichkeit ist hier ein sachliches Erfordernis. Allein vergleichbare Erfordernisse können ähnliche Differenzierungen und Spezialisierungen in den übrigen Wissenschaften legitimieren, mit denselben Folgen für den Stellenwert der Theorien.

Während somit auf der einen Seite die Wissenschaften sich tendenziell von der Form der Präsentation ihrer Resultate her als „Wissenschaften" legitimieren, geraten sie auf der anderen Seite unter den Druck der Instanzen, die auf Anwendbarkeit drängen: der Financiers.

Die Geldgeber

In allen Ländern ist heute der Staat mittelbar oder unmittelbar wichtigster Financier der Wissenschaften. Hieraus war — entgegen den normativen Festlegungen des Wortgebrauchs — die Berechtigung gezogen worden, alles das als „Wissenschaft" zu bezeichnen, was unter diesem Titel im Staatshaushalt ausgewiesen wird: von der Festkörperphysik zur oldenburgischen Landeskunde, von der Erforschung der deutschen Jägersprache zur Molekularbiologie, von der Theaterwissenschaft zur Botanik. Die Gemeinsamkeit dieser und anderer Disziplinen besteht sicherlich nicht in einer gemeinsamen Methode, einem gemeinsamen Gegenstand o.ä., sondern in ihrer organisatorischen Einbettung. Diese ist der Anlaß, ihre Einheit von der gesellschaftlichen Reproduktion her zu erfragen.

Vorannahme dazu ist, daß der Staatsapparat bei seinen Finanzierungen von einem zu erwartenden Nutzen ausgeht, daß er nicht finanziert — vor allem wenn er große Geldmengen aufwendet — was nicht zur Erreichung irgendwelcher staatlich gewünschter Zwecke führen soll. Eine zweite Vorannahme ist, daß der Staat innerhalb der gesellschaftlichen Reproduktion selbst eine bestimmte Funktion erfüllen muß. Diese Funktion wird differieren, je nach den konkreten Formen, in der die gesamtgesellschaftliche Reproduktion stattfindet.

Diese Funktion besteht gegenwärtig hier einerseits in der Stärkung der nationalen Wirtschaftskraft, vor allem auf dem Weltmarkt, von der die Überlebenschance des Staates abhängig ist. Als unmittelbarer Druck auf den Staatsapparat wirkt sie sich über das faktische und zu erwartende Steueraufkommen aus, von dem wiederum die Dispositionsfähigkeiten des Staatsapparates abhängen. Daraus folgt auch die Notwendigkeit einer Regulierung und Pazifizierung nach innen, die Verhinderung gesellschaftlicher Konflikte, die die nationale Wirtschaftskraft einschränken könnten. Selbstverständlich bedeutet dies weitgehend eine Stellungnahme für eine bestehende gesellschaftliche Ordnung — in kapitalistischen Staaten also eine für kapitalistische Wirtschaftsordnung — mit allen politischen Konsequenzen, die

28 Dies wird dargestellt durch Dominique Lecourt: Lenins philosophische Strategie. Von der Widerspiegelung (ohne Spiegel) zum Prozeß (ohne Subjekt), Frankfurt/M. – Berlin – Wien 1975.

29 Vgl. auch die bewußt hermetischen Konventionen der alchemistischen Symbolik, die die Eingeweihten von den Uneingeweihten scheiden sollten.

daraus folgen. Eine Dispositionsmöglichkeit hat der Staatsapparat in der Wahl der Mittel; sie findet ihre Grenze im Staatshaushalt, dem erreichten Grad der Korruption, der Art und Stärke der zu bewältigenden Unruhe usw.

Innerhalb dieser allgemeinen Funktionsbestimmung ist auch die Aufgabe der Wissenschaftspolitik enthalten. Was in den Einzelministerien als „Wissenschaft" finanziert wird, sind Forschungseinrichtungen oder Personen, die Informationen beschaffen sollen, welche dem jeweiligen Ministerium eine bessere Erfüllung seiner Aufgaben ermöglichen oder einzelnen Industriezweigen zu einer rascheren technologischen Entwicklung verhelfen und damit deren Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt verbesser. „Wissenschaft" in diesem Sinne besteht also im Sammeln zweckgerichteter Informationen und u.U. auch im Unterbreiten umsetzbarer Vorschläge. Sie ist — gleichgültig welche Form der institutionellen Einbettung gewählt wird — wesentlich Stabstätigkeit. Damit unterscheidet sie sich nicht grundsätzlich von jener Forschung und Entwicklung, die von den Unternehmen selbst betrieben oder in Auftrag gegeben wird.

Die Ergebnisse müssen anwendbar sein. „Anwendbarkeit" darf dabei nicht allzu feierlich verstanden werden: es bedeutet u.U. nichts anderes als die Lieferung der für bestimmte Entscheidungen notwendigen Informationen. In diesem Sinne sind etwa auch juristische Informationen über internationales Handelsrecht oder sozialwissenschaftliche über Wählerverhalten anwendbar, insofern als sie zur Grundlage staatlicher bzw. administrativer Entscheidungen dienen können (30).

Weil sie Stabstätigkeit ist, muß die angewandte Wissenschaft wertfrei sein: Die Auftragsforscher dürfen sich nicht anmaßen, die Intentionen der Auftraggeber zu bestimmen. Eine Wissenschaft, die nicht wertfrei wäre, würde die Kompetenzordnung stören. Dies gilt in gleicher Weise für die Naturwissenschaften wie die Gesellschaftswissenschaften. Ebenso wenig wie Atomforscher über die Moralität der Atombombe grübeln sollen, sondern sie bauen sollen, ebeso wenig sollen Sozialwissenschaftler über die Berechtigung von counter-insurgency-Programmen nachdenken, sondern sie ausarbeiten.

Für die staatliche Wissenschaftsplanung stellt sich angesichts beschränkter Mittel das Problem der Prioritätensetzung. Für eine Wissenschaftsplanung sind mithin prognostische Voraussagen über die wahrscheinliche Fruchtbarkeit wissenschaftlicher Ansätze nötig. Dies ist auch der Punkt, an dem die Lakatos'sche Behandlung der Wissenschaftsentwicklung ihre praktische Bedeutsamkeit erhält, und an dem Wissenschaftler beratend an der Wissenschaftsplanung teilnehmen können.

Die mit den steigenden Kosten zunehmende Relevanz der Wissenschaftsplanung hat ihre Rückwirkung auch auf die Organisation der Wissenschaft selbst, die planbar gemacht werden muß — einerseits durch die Entwicklung von Effektivitätskennziffern, andererseits durch eine solche Veränderung der Arbeitsweise, die die Anwendung dieser Kennziffern gestattet.

30 Für die Sozialwissenschaften taucht an dieser Stelle eine Schwierigkeit auf: „Wissenschaft" ist in dieser Hinsicht nicht zu unterscheiden von Tätigkeiten, die euphemistisch als „Information", „Aufklärung" oder „Nachrichtenwesen" bezeichnet werden. Es hat den Anschein, als ob diese Tätigkeiten sich weniger durch ihre Arbeitsweise unterscheiden, als vielmehr durch ihre institutionelle Einbindung.

Die wissenschaftliche Arbeit macht damit eine Entwicklung durch, in der die industrielle Arbeit schon vorangegangen war.

Dort nahm sie ihren Ausgangspunkt von der planmäßigen Arbeitszerlegung und Kooperation, erreichte einen vorläufigen Höhepunkt in den time-and-motions-Studien der Taylor-Schule und bezog schließlich Methoden der verschiedenen Zweige der Psychologie mit ein (31).

Die wissenschaftliche Arbeit, die bisher in handwerksmäßigen Formen sich vollzog, steht nunmehr unter dem Postulat, sich der selben Veränderung fügen zu müssen (32). Es zielt darauf ab, alle jene Aspekte der Arbeit, die routinisierbar sind und weniger Qualifikationen voraussetzen, arbeitsteilig zu isolieren, zu standardisieren und damit meßbar und planbar zu machen. Wie bei der industriellen Arbeit sollen diese Tätigkeiten nach Möglichkeit durch Maschinen substituiert werden. Auch die Modellierung und Formalisierung von Denkprozessen steht in dieser Entwicklung, deren Ziel die Übernahme bestimmter Denkprozesse durch Maschinen darstellt (33).

Die Planbarkeit und Meßbarkeit der wissenschaftlichen Arbeit kann es ermöglichen, mit Hilfe gezielter organisatorischer Maßnahmen ihre Effizienz meßbar zu erhöhen. Dies scheint aber zunächst nur für die Naturwissenschaften, die direkt produktionswirksam geworden sind, gültig zu sein. Jemandem, der den Gesamtkomplex der Wissenschaften hierunter subsumieren wollte, wird leicht „Einseitigkeit" vorgeworfen. Wie sollen z.B. die Effizienz der Linguistik, der Interpretation Eichendorffscher Gedichte oder der Geschichtsschreibung gemessen werden? Daß hier Effizienz nicht in gleicher Weise gemessen werden kann, ist augenscheinlich (34).

Die mangelnde Meßbarkeit ihrer Leistungen ist offenbar Ausdruck dafür, daß sie keine Leistungen erbringen, die in vernünftiger Wiese quantifizierbar wären. Ihre Arbeit besteht primär in Interpretation. Für die Qualität von Interpretationen, d.h. ihre Plausibilität, gibt es aber bisher keine unmittelbar quantifizierbaren Indikatoren. Dasselbe gilt ja auch für die interpretatorischen Leistungen von Naturwissenschaftlern: wer bekommt eine bessere Note, Albert Einstein oder Max Planck?

31 D.P. Pugh, D.J. Hickson, C.R. Hinings: Writers on Organisations, Harmondsworth 1971, S. 95 ff; D.M. Gvišiani: Management. Eine Analyse bürgerlicher Theorien von Organisation und Leitung, Berlin (DDR) 1973, S. 261 ff.

32 H.-P. Bahrdt: „Historischer Wandel der Arbeitsleitung in der Wissenschaft", in: Wissenschaftssoziologie – ad hoc, Düsseldorf 1971, S. 60 ff, S. 65; Ders.: Betriebsförmigkeit der Wissenschaft, ebenda S. 173 ff; detailliert dazu: Michael v. Engelhardt und Rainer-W. Hoffmann: Wissenschaftlich-technische Intelligenz im Forschungsgroßbetrieb. Eine empirische Untersuchung zu Arbeit, Beruf und Bewußtsein, Frankfurt/M. – Köln 1974.

33 Vgl. V.V. Kosopalov, A.N. Ščerban: Die Optimierung der wissenschaftlichen Forschung, Berlin (DDR) 1975, S. 298 ff.

34 Obwohl von den flotten Wissenschaftstechnokraten sicherlich demnächst zu erwarten sein wird, die Messung der Effizienz von Geisteswissenschaftlern anhand Zahl ihrer Publikationen, der Häufigkeit ihrer Nennung in Fachzeitschriften usw., und dann mittels geeigneter Gehaltsdifferenzierungen auch im akademischen Bereich endlich dem Leistungsprinzip zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Bildung

Obwohl sie keine staatlichen Stabsfunktionen erfüllen, kann man davon ausgehen, daß auch die primär interpretierenden Wissenschaften eine gesellschaftliche Funktion hatten. Ihre Aufgaben lagen jedoch nicht im Bereich der materiellen Reproduktion, sondern in anderen Formen, innerhalb derer sich die Gesellschaft reproduzierte. Sie bestanden in der Aufrechterhaltung des allgemeinen, nur mittelbar für die Aufrechterhaltung der materiellen Produktion relevanten Funktionierens der Gesellschaft. Für die Jurisprudenz war es die Bereitstellung von Fachleuten für den Justizapparat, für die Beziehungen zwischen Personen und Institutionen, die rechtlich definiert werden mußten, und für die Heranbildung von Staatsbeamten des höheren Dienstes (35). Vergleichbares gilt für die wirtschaftswissenschaftlichen Fächer seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

Schwieriger ist die Funktionsbestimmung für die Vertreter der geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Motiv ihrer Finanzierung war die v.a. in den Gymnasien betriebene Heranziehung einer Leitungsschicht, dem sogenannten Bildungsbürgertum, die nicht unmittelbar gleichgesetzt werden kann mit der Bourgeoisie als Klasse (36). Dieses die bürokratischen Führungspositionen besetzende Bildungsbürgertum mußte mit bestimmten gesellschaftlichen Interpretationen versorgt werden. Die Geistes- und z.T. die sozialwissenschaftliche Fächer können unter diesem Aspekt sicherlich als Produzenten von Legitimationsschemata bezeichnet werden.

Ein zweites, bisher weitgehend unterschätztes Moment war jedoch, daß die „Bildung" oder — modern gesprochen — die „Allgemeinbildung" im neunzehnten und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zur Grenzsetzung einer sozialen Differenzierung diente (37). Sie war Erkennungsmerkmal der Gebildeten untereinander und diente dazu, jene, die nicht die Bildungsinstitutionen durchlaufen hatten, auszuschließen (38). Der Erwerb einer höheren Bildung war sozial beschränkt, da ihre Kosten hoch waren und nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung aufgebracht werden konnten. Die Schicht des Bildungsbürgertums war auf diese Weise in der Lage, sich weitgehend aus sich selbst heraus zu rekrutieren und bürokratische Spitzenpositionen für sich zu reservieren (39). An der Spitze der Bildungshierarchie — und dies erklärt, wie sich in dieser Berufsgruppe

35 Wilhelm Bleek: Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg. Historische und pädagogische Studien Bd. 3, Berlin 1972.

36 Zum Status des Wissenschaftlers: siehe H.-P. Bahrdt: „Der Status des Wissenschaftlers in der modernen Gesellschaft", in: Wissenschaftssoziologie – ad hoc, a.a.O., S. 82 ff.
Zum Bildungsbürgertum: siehe Hans Weil: Die Entstehung des deutschen Bildungsprinzips, Bonn 1967 (2. Aufl.), S. 149, S. 236 ff; siehe auch Rudolf Vierhaus, Art. „Bildung", in: O. Brunner, W. Conze, R. Kosellek (Hrsg.): Gesellschaftliche Grundbegriffe) Stuttgart 1972, Bd. 1, S. 531 ff, S. 543 ff.

37 H. Weil, a.a.O., S. 84 ff.; Vierhaus, a.a.O., S. 515 ff.

38 Dieser soziale Mechanismus ist für das französische Bildungssystem umfassend beschrieben worden in: Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron: Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs, Stuttgart 1971.

39 Wolfgang Zapf: Wandlungen der deutschen Elite, Ein Zirkulationsmodell

politische und wirtschaftliche Machtlosigkeit mit hohem Sozialprestige verbindet — standen die Professoren, die sich die Mehrung des Bildungsgutes zur Lebensaufgabe gemacht hatten (40).

Die soziale Abgrenzungsfunktion der „Bildung" machte es überflüssig, die staatlichen Finanzierungen der entsprechenden Wissenschaften noch zusätzlich zu legitimieren. Ausschließlich kulturelle Zwecke genügten, ihre staatliche Finanzierung zu begründen. Während die industriellen anwendbaren Naturwissenschaften seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts zunehmend unmittelbar in die materielle Produktion integriert wurden, blieb dies Schicksal den Geisteswissenschaften weitgehend erspart. Sie gerieten aber gerade deshalb in einen Legitimationsdruck.

Die Naturwissenschaften veränderten ihre Arbeitsweise, wurden für einen — auch gebildeten — Laien zunehmend unverständlicher und damit geheimnisvoller, esoterischer. Durch die produktionspraktische Rolle, die sie zu spielen begannen, entstand ein soziales Bild der Wissenschaft, angesichts dessen den Geistes- und Sozialwissenschaften ihre Gemeinverständlichkeit als Unwissenschaftlichekit ausgelegt werden konnte (41). Auf der anderen Seite verlor die Bildung tendenziell ihre gesellschaftliche Funktion. Die wachsende Bedeutung der Massenparteien für die Rekrutierung bürokratischer Spitzenpositionen, die in der Zeit des Faschismus eher verstärkt als vermindert wurde, die wachsende fachliche Spezialisierung dieser Positionen durchbrach von einer Seite her das Privileg des Bildungsbürgertums. Selbst Professoren konnten enge Spezialisten sein, deren Allgemeinbildung, gemessen an früheren Ansprüchen, dürftig war. Umgekehrt begann die Zahl der Oberschüler und Studenten selbst zu expandieren. Schulgeldfreiheit und Stipendien führten dazu, daß die Bildung wohlfeiler wurde. Und wenn auch breite Schichten der Bevölkerung wie die Arbeiter und die Bauern strukturell benachteiligt blieben, so hatte die Expansion v.a. aus den kleinbürgerlichen und den unteren Angestelltenschichten doch die Wirkung, den sozialen Wert der Bildung als soziales Ausgrenzungskriterium in Frage zu stellen.

Damit gerieten die Bildung und die sie produzierenden Geistes- und Sozialwissenschaften in eine zusätzliche Schwierigkeit. Sie konnten ihre Relevanz nicht mehr einfach voraussetzen, sondern hatten sich zu legitimieren angesichts des Rotstifts staatlicher Rationalisatoren. In dieser Situation befinden sie sich heute.

Der Versuch zur gesellschaftlichen Legitimierung der Geistes- und Sozialwissenschaften mußte in zwei Richtungen erfolgen: einerseits gegenüber dem gewandelten sozialen Bild der Wissenschaft in dem Versuch, die eigene „Wissenschaftlichkeit" zu demonstrieren, andererseits gegenüber den Financiers in dem Versuch, die gesellschaftliche Nützlichkeit nachzuweisen. Die-

deutscher Führungsgruppen 1919–1961, München 1966, S. 38 ff, S. 179 ff; ders. (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht. München 1965, S. 9 ff, S. 77 ff., S. 95 ff., S. 136 ff.

40 Karl Martin Bolte: Sozialer Aufstieg und Abstieg. Eine Untersuchung über Berufsprestige und Berufsmobilität, Stuttgart 1959, S. 37 ff.

41 Zur Sprache siehe: H.-P. Bahrdt: „Experten-Kauderwelsch", in: ders.: Wissenschaftssoziologie – ad hoc, a.a.O., S. 137 ff. Es wäre einer speziellen Untersuchung wert, die zeigt, wie seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts der „wissenschaftliche Apparat" in den Geisteswissenschaften anzuwachsen beginnt.

ser Versuch mußte die konkreten Arbeitsformen berücksichtigen, die zugleich der Berufsausübung und den Aufstiegsmöglichkeiten ihre Bedingungen setzen. D.h. mit dem Bild der Wissenschaft wurde zugleich das Bild des Wissenschaftlers, wie es aus seiner Tätigkeit resultiert, zur Diskussion gestellt.

Interpretation und Normen

Die Bedeutsamkeit des interpretatorischen Moments für die Naturwissenschaften ist von der „philosophy of science" herausgearbeitet worden. Aber hier wurde die Interpretation durch eine technische Praxis ergänzt, wenn auch der Zusammenhang zwischen beiden zum Problem wurde. Die Subsumtion der Naturwissenschaften unter die materielle Produktion führte dazu, daß die Interpretation dieser technischen Praxis untergeordnet wurde, universell gültige Theorien nicht mehr notwendig angestrebt wurden. Dies konnte in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht nachvollzogen werden, da ihnen die Möglichkeit einer technischen Praxis nicht offenstand. Sie blieben wesentlich Interpretation. Voraussetzungen zu deren Gültigkeit war die Belegbarkeit der interpretierten Gegenstände — mit der Quellenkritik und ihrem Beleg beginnt ja bereits die Historiographie im 19. Jahrhundert (42). Kriterium für die Gültigkeit der Interpretationen war ihre Plausibilität.

Plausibel kann aber eine Interpretation nur dann sein, wenn die verwendeten Begriffe von Interpret und Leser in gleicher Weise verstanden werden können. Auch eine schöpferische Interpretation muß sich also auf gemeinsame Begriffe einlassen. Diese dürfen verändert werden. Aber die Veränderungen müssen ihrerseits demonstriert werden. Wie Gadamer angezeigt hat, geht damit in die Interpretation immer Tradition ein (43).

Die begrifflichen Traditionen und die Fähigkeit, sie anzuwenden, genügten noch nicht zur Aufrechterhaltung des Wissenschaftsanspruches und sind eher ein Moment der Bildung, der sie auch sozial verpflichtet bleiben. Die mangelnde quantitative Meßbarkeit wurde durch den Nachweis lexikalischen Wissens ausgeglichen, der sicherstellte, daß gelungene Interpretationen nicht Zufall waren. In wissenschaftlichen Arbeiten wurde dies Wissen durch die Erwähnung der relevanten Fachkapazitäten oder durch den Anmerkungsapparat sichergestellt (44).

Die Fähigkeit zur Interpretation und das lexikalische Wissen produzierten ein bestimmtes Bild des Wissenschaftlers: den Gelehrten. Der Gelehrte als Typus besaß Züge, die ihn von dem des nachfolgenden effizienten Wissenschaftlers unterschieden: Seine Arbeit war nicht etwas ihm äußerliches, meßbares, sondern wurde als Emanation seiner Gesamtpersönlich-

42 G.P. Gooch: Geschichte und Geschichtsschreiber im 19. Jahhundert, Frankfurt/M. 1966, vor allem S. 30 f., 38 f., 42 f., 90 f., 113 f.

43 Siehe H.G. Gadamer: Wahrheit und Methode, Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, Tübingen 1965, v.a. S. 250 ff.

44 Diese Technik der „Verwissenschaftlichung" hat natürlich auch ihre Mogelmöglichkeiten hervorgebracht, um ein Wissen darzulegen oder vorzutäuschen, das keinen notwendigen Bezug zur Argumentation hat; etwa das Zitieren entlegener Quellen, das einen zum raren Kenner macht, oder die überdimensionale Aufblähung des Anmerkungs- und Literaturapparates.

keit gewertet; sein Altern wurde nicht als Makel, sondern, sofern es nicht in gänzliche Senilität umschlug, als Reifungsprozeß angesehen, in dem seine Fähigkeiten reiften und sich vertieften. Dieser Typus galt auch für die Naturwissenschaften, soweit sie primär als interpretierende verstanden werden konnten: so können Einstein, Planck oder Heisenberg noch als Repräsentanten des Gelehrtentypus gelten.

Dem „Gelehrten" entsprach als eine Form der Anerkennung von Bildung eine bestimmte Art der materiellen Versorgung: das Gehalt. Es wurde ihm gewährt als die Möglichkeit, ein bestimmtes Leben zu führen, nicht als Entgelt für konkrete Leistungen (45). Sein Amt war damit vergleichbar dem eines Klerikers. Wie dieser Teil der Kirche war, war auch der Wissenschaftler als Gelehrter vollständiger Wissenschaftler, nicht im Beruf Wissenschaftler und in seiner Freizeit Mensch. Sein Amt war Teil seiner selbst. Die unsichere und entbehrungsreiche Vorbereitungszeit als Privatdozent etwa war eine vorbereitende Prüfungszeit, in der es sich erweisen sollte, ob er die Berufung zum Wissenschaftler besaß (46). Entscheidend war, ob er für sein Amt berufen war oder nicht (47).

Für den Aufstieg innerhalb der Profession war damit als Rahmenbedingung gesetzt, daß die Beurteilung der Qualität eines Wissenschaftlers nur durch Fachkollegen erfolgen konnte. Er mußte sich auf deren Ansprüche hin sozialisieren. Die Anatomie der Profession von unmittelbarer Staatsaufsicht hatte von hieraus ihren Sinn. Das soziale Bild des Gelehrten war ein Teil einer wissenschaftlichen Arbeitsweise, in der die Interpretation, die auf Wahrheit und nicht auf technische Effizienz abzielte, bestimmend war. Die Art einer sozialen Einbettung ermöglichte es, zu verdecken, daß der Gelehrte bereits auf staatlichen Lohnlisten stand und bei der Rekrutierung der bürokratischen Führungsschichten Leistungen zu erbringen hatte.

Das Ende der Autonomie

Mit der zunehmenden Einbindung der Wissenschaft in die gesamtgesellschaftliche Reproduktion und der Orientierung der Wissenschaft auf „externe Zwecksetzungen mußte der Typus des Gelehrten und der wissenschaftlichen Gemeinschaft einer zunehmenden Erosion unterliegen. Der Grad dieser Erosion war abhängig von dem Grad, in dem die äußerliche Kontrolle der Arbeitsleistungen möglich geworden war.

Am weitesten fortgeschritten waren in diesem Wandlungsprozeß zweifellos die für die Produktion unmittelbar relevanten Bereiche der Forschung und Entwicklung. Mit der Möglichkeit externer Kontrolle wurde die Relevanz der inneren professionellen Kontrollen eingeschränkt. Die Überprüfung,

45 Vergleichbar ist dies dem Versorgungsprinzip der Beamten. Siehe dazu: J. Kocka, Art. „Angestellter" in: O. Brunner u.a. (Hrsg.) a.a.O., S. 110 f.

46 Vgl. Max Weber: „Wissenschaft als Beruf", in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1973 (4. Aufl.) S. 582 ff.

47 A. Busch: Die Geschichte des Privatdozenten. Eine soziologische Studie zur großbetrieblichen Entwicklung der deutschen Universitäten, Stuttgart 1959; ders.: „The Vicissitudes of the Privatdozent: Breakdown and Adaption in the Recruitment of the German University Teacher", in: Minerva Bd. 1, 1962/63, S. 319–349.

ob ein Produkt funktionsfähig war oder nicht, ob es den vorgeschriebenen technischen und ökonomischen Zielsetzungen entsprach, setzte nicht ebenso spezialisierte Fachkenntnisse voraus, wie seine Herstellung (50). Das Urteil der Fachkollegen war allenfalls wichtig zur prognostischen Einschätzung von Entwicklungen, die deren externe Meßbarkeit aber nicht aufhob. Entsprechend war auch der Aufstieg der jungen Wissenschaftler nicht mehr oder zumindest nicht ausschließlich abhängig von der Reputation innerhalb einer Fachöffentlichkeit, sondern primär von der Reputation bei den privaten oder staatlichen Financiers, die seine Leistungen beurteilten. Für seinen Aufstieg wurde auch die Mitteilung der Forschungsergebnisse nicht nur überflüssig, sondern zum Teil sogar verboten; er mußte auch nicht mehr so tun, als ob die Wissenschaft sein einziger Lebensinhalt sein: Ihm wurde nicht mehr ein bestimmtes Leben garantiert, sondern er wurde für bestimmte Leistungen mit Geld bezahlt. Sein Status hatte sich insofern dem der übrigen Lohnabhängigen angeglichen.

Wenn auch weitaus eingeschränkter gilt dieser Erosionsprozeß auch für die übrigen wissenschaftlichen Gebiete. Wenn auch hier die führenden Wissenschaftler noch über die wissenschaftlichen Karrieren relativ autonom entscheiden können, so sind ihnen doch externe Kriterien für ihre Entscheidungen gesetzt. Dies gilt auch für jene Bereiche der Geistes- und Sozialwissenschaften, die Stabsaufgaben für den Staats- oder Wirtschaftsapparat erfüllen.

Dies gilt noch nicht für den Teil der Geistes- und Sozialwissenschaften, die in Stabsfunktionen noch nicht subsumierbar sind, deren Vorgehensweise noch die klassische interpretative ist, und die sich aus den angegebenen Gründen in einer Legitimationsschwierigkeit befinden. Sie repräsentieren einen Typus von Wissenschaft, der heute scheinbar funktionslos geworden ist.

Neue Legimitationsversuche

Auf den doppelten Legitimationsdruck, unter dem die Geistes- und Sozialwissenschaften stehen — einerseits sich als Wissenschaften beweisen müssen, andererseits anwendbar zu sein, sich auszuzahlen — können sie auf mehrere Weise reagieren.

Die erste Möglichkeit besteht darin, sich auf die Dokumentierung der eigenen Wissenschaftlichkeit zu berufen und ihre gesellschaftliche Nützlichkeit weiterhin einfach zu unterstellen. Techniken hierzu sind die Fortentwicklung quantifizierender Erhebungs- und Darstellungsweisen, eine engere Spezialisierung, die Entwicklung esoterischer Fachsprachen, ein Hochschrauben der Lernansprüche, die sich jederzeit sachlich rechtfertigen lassen o.ä. Dieser Versuch, durch die Demonstration der Wissenschaftlichkeit sich zu legitimieren, stellt zugleich eine Absage an das Bildungsideal dar, da selbst Fachkollegen anderer Spezialeinrichtungen kaum noch imstande sind, die gewonnenen Ergebnisse zu rezipieren. Die Absage an das Bildungsideal kann sie nicht ersetzen durch einen anderen gesellschaftlichen Nutzen. Es ist aber abzusehen, daß ohne dessen Nachweis, diese Taktik nicht allzu lange aufrecht zu erhalten ist.

48 entfällt.
49 entfällt.
50 Siehe dazu V.V. Kosopalov, A.N. Ščerban, a.a.O., S. 77 ff.

Anwendung

Eine zweite Möglichkeit besteht in dem Bemühen, die wissenschaftliche Arbeit auf ihre praktische Anwendbarkeit zu verändern. Das Programm hierfür ist durch Max Weber bereits entfaltet worden:

Wertentscheidungen bestimmen nach ihm das Feld, das untersucht wird, und gehen in die Begriffsbildungen und die Untersuchungsmethoden mit ein (51). Die Untersuchungen müssen dann aber so durchgeführt werden, daß ausgehend von derselben Prämissen jeder beliebige Forscher zu denselben Ergebnissen kommen könnte. Allein eine solche Untersuchung kann garantieren, daß ein Handeln, das sich nach ihren Ergebnissen richtet, wirklich angestrebte Ziele erreicht. Die Diskussion der Mittel, sowohl des Erkennens wie des Handelns, ist somit als rationale möglich. Sie muß unbeeinflußt von den Wünschen der Forscher bleiben, da diese die Wahrnehmung der objektiven gesellschaftlichen Wirklichkeit verzerren würden. Die Untersuchung der Wirklichkeit kann mithin dazu dienen, gesellschaftliches Handeln effektiv planbar zu machen.

Was die Werte selbst angeht, die dem Forschen und Handeln zugrunde liegen, postulierte Weber, daß nur ihre Widersprüchlichkeit und ihre Realisierbarkeit rational diskutiert werden könne. Ihre persönliche Akzeptierung sei jedoch Resultat einer wissenschaftlich nicht mehr begründbaren Entscheidung (52). Gerade die Loslösung der Wertentscheidungen von Forschen und Handeln und Leitungsfunktion, die die Werte übernehmen, ermöglicht es — entgegen den expliziten Intentionen Webers — die Wertentscheidungen auch bei Personen zu lokalisieren, die nicht mit den Forschern identisch sind. Die methodologischen Vorschläge Webers können mithin als Vorschläge für eine Auftragsforschung genommen werden.

Dennoch verfahren auch die Sozialwissenschaften im Sinne des Weberschen Programms noch interpretierend (53). Damit sind sie den Gefahren einer durch Autoritäten veranlaßten Verzerrung stärker ausgesetzt, als die angewandten Naturwissenschaften.

Anhand prognostischer Einschätzungen hat O. Helmer versucht, auch die persönlichen, autoritativen Einflußfaktoren in Interpretationen zu neutralisieren (54). Er entwickelte Techniken der Kommunikation, mit Hilfe derer die Diskutierenden wechselseitig unerkenntlich werden sollten: u.a. durch Schriftlichkeit, Anonymität und sprachliche Standardisierung. In wiederholten Befragungen und Mitteilungen der von anderen geäußerten Auffassungen konnten dank der genannten Techniken sowohl autoritäre Beeinflussungen, als auch der Widerstand dagegen, eigene geäußerte Auffassungen zu revidieren, überwunden werden. Das methodische Ziel liegt hier in der Elimination des sozial agierenden Menschen, in der Neu-

51 Max Weber: „Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis", in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, a.a.O., S. 161 ff; und ders.: „Der Sinn der Wertfreiheit der Soziologie und ökonomischen Wissenschaften", ebenda S. 512 ff.
52 Ebenda, S. 502 f und ders.: Die „Objektivität" . . . , a.a.O., S. 213 f.
53 Max Weber: „Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie", in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, a.a.O., S. 427 ff.
54 O. Helmer: 50 Jahre Zukunft. Bericht über eine Langfrist-Vorhersage über die Welt in der nächsten fünf Jahrzehnte, Hamburg 1967.

tralisierung von Erwartungen, Hoffnungen, Ängste um die persönliche Identität usw., die das Denken beeinflussen. Sythetischen Menschen sollen in einer sythetischen Situation autoritätsfreie Gespräche miteinander führen, um ein Höchstmaß an Rationalität zu erreichen. In diesem synthetischen Charakter seines Tuns erscheint seine Arbeitskraft — das qualifizierte Denken — als etwas von der Person losgelöstes, wie die Arbeitskraft des Arbeiters in der materiellen Produktion, damit als mögliche Ware.

Das autoritätsfreie Interpretieren mußte aber, folgt man der immanenten Entwicklungstendenzen, weiter gehen und auch zu einer Reinigung der verwendeten Sprache führen. Während in der Technik dank des Kriteriums der Funktionsfähigkeit die sprachlichen Termini in nennbaren Kontexten eindeutig sind, ist dies in den Geistes- und Sozialwissenschaften wie in den Alltagssprachen nicht der Fall. Gerade die sprachlichen Äquivokationen machen es diesen Wissenschaften nötig, die Aneignung der verwendeten Begriffe als einen Akkulturationsprozeß zu verstehen. Eine rationale, prxisorientierte Wissenschaft mußte aber sämtliche relevanten verwendeten Begriffe durch ihre Rekonstruktion verständlich machen, d.h. sie „lehrbar" machen (55). Eindeutige Handlungsvorschläge können aber nur in eindeutigen Terminologien erfolgen.

Der Verlust der Autonomie der wissenschaftlichen Profession, seine Unterordnung unter eine nicht von ihr bestimmte gesellschaftliche Praxis enthebt die Wissenschaften ihrer Legitimationsschwierigkeiten und kann mithin auf Dauer allein ihr Überleben garantieren. Sie kann dann auch ihre Differenzierungs- und Spezialisierungsprozeß vorantreiben und sich dem neuen sozialen Bild der Wissenschaften anpassen. Dies impliziert aber auch ein neues Bild des Wissenschaftlers: Der Einsatz seiner Arbeitskraft wird getrennt von seiner Person und planbar durch andere. Es ist aus mit der Vorstellung, daß die Wissenschaft über die Köpfe der Menschen, die sie anspricht, mehr Vernunft in die Gesellschaft vermitteln könnte. Die Wissenschaftler beziehen ihre Aufträge von Instanzen, über deren Entscheidungen zu rechten sie nicht befugt sind.

Das „herrschaftsfreie Gespräch" als politische Gegenstrategie

Ein Versuch, diese gesellschaftlich autonome Position doch noch zu retten und die Sozial- und Geisteswissenschaften gesamtgesellschaftlich zu legitimieren, u.U. auch gegenüber einem politisch feindseligen Staatsapparat, stellt der Versuch dar, Methoden zu entwickeln, mit Hilfe derer auch rational über die Werte geredet werden kann und damit die Entscheidungskompentenz über sie in die Wissenschaft zurück zu holen.

Ausgangspunkt sind wiederum autoritäre Einflüsse, die die Interpretationen verzerren können. Nur eine Diskussion, die von solchen Einflüssen frei sei, könne zu gültigen Urteilen kommen. Da sich diese autoritätsfreien Diskussionen nicht nur auf die rationale Wahl der Mittel, sondern auch auf die Zwecke beziehen soll, kann Autorität in diesem Sinne mit gesellschaftlicher Herrschaft identifiziert werden. Damit weitet sich die Wissenschaftstheorie

55 Vgl. als Schultext hierzu: W. Kamlah. P. Lorenzen: Logische Propädeutik. Vorschule des vernünftigen Redens, Mannheim – Wien – Zürich 1961; Friedrich Kambartel: „Wissenschaftstheorie und Wissenschaftspraxis", in: P. Weingart (Hrsg.) Wissenschaftsforschung, a.a.O., S. 162 ff.

nicht nur zu einer Ethik (56), sondern auch zu einem politischen Programm (57). Dieses politische Programm kann sich nicht nur auf die Herstellung von Herrschaftsfreiheit im akademischen Bereich beziehen, sondern — da ja in der herrschaftsfreien Diskussion gültige Werte gefunden werden sollen — es muß die Übertragung der gefundenen Resultate auf die Gesellschaft fordern. Die Realisierung eines solchen politischen Programms ist auf zwei Weisen denkbar.

Die Wissenschaftler können einerseits in vernünftigen, herrschaftsfreien Diskurs mit den führenden Persönlichkeiten im Staate eintreten, die bei kontroversen Auffassungen nicht etwa den Geldhahn zudrehen oder gar mit Berufsverboten oder politischen Prozessen vorgehen, sondern sich den Argumenten offen zeigen und, wenn keine vernünftigen Gegenargumente mehr denkbar sind — ihre Praxis ändern. Sollten die führenden Persönlichkeiten sich uneinsichtig zeigen, müßte zumindest eine Öffentlichkeit existieren, die argumentativ zu überzeugen wäre, und allsdann Druck ausüben könnte. Voraussetzung dieser Position ist mithin die Leugnung objektiver Zwänge.

Deren Anerkennung und der Versuch, dieses Wissenschaftsprogramm doch zu realisieren, müßte andererseits darauf ausgehen, die Zwänge als „Herrschaft" und Verunmöglichung von Vernunft selbst zu beseitigen. Das vernünftige Reden über die Zwecke müßte also zu den Beherrschten selbst gebracht werden. Damit werden aber zweifellos die professionellen Grenzen der Wissenschaft selbst aufgelöst. Diese Absicht scheint jedoch — zumindest gegenwärtig — nicht realistisch zu sein, und sofern einzelne Wissenschaftler sie ernst nehmen, bleibt ihnen nichts übrig, als die Profession zu verlassen, ohne daß deren Existenz tangiert wäre.

Das neue soziale Bild der Wissenschaft als Komplex instrumentalistischer Fachdisziplinen, scheint im Gegenteil solide etabliert zu sein. Es ergibt sich aus den wirklichen Veränderungen der wissenschaftlichen Reproduktion, sei es als mittelbare oder unmittelbare Produktivkräfte, sei es - tendenziell — als Stabstätigkeit für gesellschaftliche Leitungsentscheidungen. Die wissenschaftlichen Profession selbst wird damit als eine politische Grösse instrumentalisiert.

Die Trennung der Wissenschaftler in Fachmann und citoyen ist selbst Resultat der Veränderung der gesellschaflichen Position der Wissenschaftler zum Lohnabhängigen, der Vermarktung der wissenschaftlichen Arbeitskraft als Ausdruck der bestimmten Form der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion. Ihre gesellschaftliche Funktion ist innerhalb dieser festgelegt, und ihre Veränderung ist abhängig von der Veränderung der Bedingungen, unter denen die Reproduktion stattfindet.

56 Vgl. O. Schwemmer: „Grundlagen einer normativen Ethik", in: Kambartel, F., J. Mittelstraß (Hrsg.): Zum normativen Fundament der Wissenschaft, Frankfurt/M. 173, S. 159 ff; P. Janich, F. Kambartel, J. Mittelstraß: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik, Frankfurt/M. 1974, S. 110 ff.

57 Siehe u.a. P. Lorenzen: „Aufklärung und Vernunft", in: Konstruktive Wissenschaftstheorie, Frankfurt/M. 1974, S. 98 ff.

NEUE STUDENTENBEWEGUNG?

Im Wintersemester 1976/77 hat es an den Hochschulen der BRD und Westberlins studentische Kampfmaßnahmen in einem Ausmaß gegeben, wie es seit der „Studentenrebellion" Ende der sechziger Jahre nicht mehr erreicht worden war. Wir sind der Meinung, daß diese „neue Studentenbewegung" angesichts der katastrophalen Rat- und Perspektivlosigkeit der bürgerlichen Bildungspolitik in den kommenden Semestern noch wachsen wird. Aus diesem Grund hat die SOPO Aktive und „Veteranen" der Studentenbewegung zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Das von den Teilnehmern selbst überarbeitete und gekürzte Protokoll dieser Diskussion drucken wir im folgenden ab. Die SOPO wird sich auch in den kommenden Heften weiter um dieses Thema bemühen.
An der Diskussion haben teilgenommen:

Hans-Joachim Beyer — Student, Vertreter der Jungsozialisten (JUSOS) an der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) in Berlin (West).

Manuel Bohn — Student, Mitglied der Vorbereitungsgruppe des UStA, eines rätedemokratisch verfaßten Unabhängigen Studenten-Ausschusses an der FU Berlin (West), wo es keine Verfaßte Studentenschaft mit AStA gibt; Mitglied des Zentralen Streikrats der FU und des gesamt-westberliner Regionalen Streikrats.

Renate Kellner — Studentin, Mitglied der Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADSen) an der FHW Berlin (West).
Renate Kellner und Hans-Joachim Beyer (JUSOS) haben ihre Diskussionsbeiträge gemeinsam vorbereitet und werden daher immer als Beyer/Kellner angeführt.

Christoph Kievenheim — Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der FU Berlin (West).

Christof Ohm — Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Psychologischen Institut der FU Berlin (West); Mitglied der ADS Psych.

Michael Sommer — Student, Vertreter der Hochschulgruppe der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW).

Hans-Jürgen Weißbach — Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der FU Berlin (West).

Hans-Jürgen Helbig — Student, Landesvorsitzender des Liberalen Hochschulverbandes (LHV) Berlin (West).
H.J. Helbig mußte seine Teilnahme kurzfristig absagen, hat aber anhand des von der SOPO vorgelegten knappen Vorschlags zur Gliederung der Diskussion eine Stellungnahme erarbeitet, die wir im Anschluß an das Diskussionsprotokoll abdrucken.

Folgende Gliederung lag den Teilnehmern vor:

1) **Bestandsaufnahme**
   - Inhalte der Bewegung
   - Formen des Kampfes, Verhältnis Organisationen / spontane Formen
   - Spaltung zwischen Naturwissenschaftlern und Geisteswissenschaftlern?
2) **Ursachen und Bedingungen der Bewegung**
   - gesellschafts- und bildungspolitische Grundlagen
   - historischer Kontext; Kontinuität oder Bruch zur „alten Studentenbewegung"?
3) **Grundlagen strategischer Einschätzungen**
   - jetzige und voraussichtliche Kampfgegenstände: z.B. HRG samt seiner allgemeinen und bildungspolitischen Hintergründe, Berufsverbote usw.
   - Verhältnis von beruflicher Qualifikation und Berufspraxis zur politischen Qualifikation (gesellschaftspolitisches Engagement im weitesten Sinne), konkrete Politisierungsmöglichkeiten
4) **Perspektiven fortschrittlicher Hochschulpolitik**
   - gesellschaftliche und/oder individuelle Emanzipation?
   - gewerkschaftliche Orientierung?

1. Bestandsaufnahme

Bohn: Wenn man jetzt in einer Nachbetrachtung versucht, die einzelnen Anlässe, Aktionen des Wintersemesters an verschiedenen Hochschulen zu beschreiben und zu analysieren, muß man sich folgende Voraussetzungen ins Gedächtnis zurückrufen. Die Anlässe und Verlaufsformen der verschiedenen politischen Aktionen waren sehr unterschiedlich, was Westdeutschland und Berlin anbetrifft, ebenfalls innerhalb Berlins gab es Ungleichzeitigkeiten. Selbst in den einzelnen Hochschulen kam es während des Streiks wiederum zu Ungleichzeitigkeiten zwischen geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fächern. Anlässe und Ursachen waren einerseits die Konflikte in den Fachhochschulen selbst, dann der ganze Rahmen der Veränderungen der Landeshochschulgesetze und hier in Berlin sehr zugespitzt die Frage der Berufsverbote, die aktuellen Fälle an der FU. Die Aktionen der anderen Westberliner Hochschulen standen ja in einem direkten Verhältnis dazu. Wenn man hier innerhalb Berlins die Streik- und Aktionsformen analysiert, wobei die Frage, warum wir unsere Aktionen auf die aktuellsten Berufsverbotsfälle zuspitzten, weiter hinten diskutiert werden müßte, dann läßt sich feststellen, daß es sich hier in Berlin keineswegs um eine rein spontane Bewegung gehandelt hat. Der November war nicht der Punkt Null, sondern der Kampf gegen Berufsverbote hat gerade an der FU bereits eine Kontinuität. So durch die Gründung des Aktionskomitees gegen Berufsverbote im SS 75.

Wichtig ist zu vermerken, einfach als Phänomen, daß die einzelnen traditionellen politischen Organisationen, also die gewerkschaftlich orientierten Gruppen und Jusos einerseits, und Marxisten-Leninisten auf der anderen Seite, innerhalb dieser Streikbewegung nur eine unbedeutende Rolle gespielt haben, so waren die Streikräte zu 80 und teilweise zu 90% mit sogenannten Unorganisierten besetzt; dieser Begriff sollte nachher auch noch genauer diskutiert werden.

Wichtig ist vielleicht, daß die Streikbewegung — das ist nicht nur ein Westberliner Phänomen — in der Weise ein neues Politikverständnis herausgearbeitet hat, daß wir die Frage der eigenen Subjektivität bewußt in einen politischen Gesamtzusammenhang setzen.

Diese beiden Faktoren, eigene Veränderung und allgemeinpolitische Ziele, wie der Kampf gegen Berufsverbote, wurden, wie in den vergangenen Jahren oft geschehen, nicht mehr gegenseitig ausgespielt. Dieser subjektive Faktor drückte sich in Streikliedern, Festen, Kommunikationszentren und Theatergruppen etc.aus. Dabei hat sicherlich das Erstarken der Frauenbewegung in autonomen Frauengruppen eine große Rolle gespielt. Ausdruck dessen war die erste Frauenvollversammlung in der Geschichte der FU zur Gründung eines autonomen Frauenreferats im UStA.

Sommer: Ich finde den etwas längeren Rückblick sehr richtig, der sich auf die Arbeit des Aktionskomitees bezieht. Man kann den Novemberstreik nicht als den Nullpunkt der Bewegung ansehen, denn die Bedingungen für den Streik bzw. für die harten Kampfmaßnahmen sind durch die Tätigkeit der demokratischen Organisationen begründet, deren Aktivitäten wesentlich länger zurückreichen.

Eine wichtige Voraussetzung dafür, daß überhaupt Studenten z.B. im FB 16, bei den Germanisten, sich bereitfinden, gegen die Berufsverbote zu kämpfen, ist natürlich auch dadurch veranlaßt, daß mit den Berufsverboten ganz bestimmte demokratische Lehrinhalte über die Personen getroffen werden sollen. An diesem Punkt wird deutlich, daß nicht so sehr ein subjektives Bedürfnis danach, jemand zu schützen bzw. eine subjektive Solidarität herzustellen die Grundlage der Kampfbereitschaft darstellt, sondern die eigenen Interessen der dort Kämpfenden. Außerdem hat die Hochschulmisere oder Bildungsmisere ein solches Ausmaß angenommen, daß die beiden Disziplinarverfahren ausreichten, das Faß an diesem Fachbereich zum Überlaufen zu bringen.

Die gesamten Bedingungen, unter denen die Studenten und Wissenschaftler arbeiten, sind nicht mehr erträglich und erfordern grundlegende Veränderungen. Wir haben in den letzten Semestern, auch mit Unorganisierten zusammen, die sich heute mehr oder weniger in Initiativen sammeln, z.B. gegen die materielle Misere gekämpft. Wir haben auch jetzt im Streik im Fachbereich 15, dem FB, von dem ich komme, über Lehrinhalte und Fragen der Studienreform, über Alternativen zum herkömmlichen Lehrangebot diskutiert. Ich fasse deshalb die Inhalte des Streiks wesentlich weiter als die des Kampfes gegen die Berufsverbote und politische Repression, wenn auch die Berufsverbote mit Sicherheit die Aktivitäten in diesem Semester ausgelöst haben.

Beyer/Kellner: Für die Fachhochschulen, wir haben versucht, zu verallgemeinern, war erst einmal wesentlich der KMK-Beschluß, der im wesentlichen Auswirkungen auf zwei Gruppen von Fachhochschulstudenten hat. Einmal die Studenten, die einen qualifizierten Abschluß an der Fachhochschule erwerben wollen, denen aber angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage die Chance der Höherqualifizierung an der wissenschaftlichen Hochschule verwehrt wird, und zum anderen die Studenten, die das Studium an der Fachhochschule praktisch als einzigen für sie möglichen Weg zur Erreichung der allgemeinen Hochschulreife betrachtet haben (und in Westberlin ist ja im Gegensatz zur Bundesrepublik die Erreichung auch der allgemeinen Hochschule möglich) und denen mit dem KMK-Beschluß sämtliche Perspektive genommen wird. D.h. also, daß die Fachhochschulen durch den KMK-Beschluß drohen zur Sackgasse zu werden. (u.a. den KMK-Beschluß.) Ein weiteres Problem, das wesentlich im Vordergrund stand, war das Hochschulrahmengesetz, und zwar insbesondere was einmal die Verschlechterung der Studiensituation anging an den Universitäten, die auch von den Fachhochschülern als Problem erkannt wurden, zum zweiten, daß die integrierte Gesamtschule ad acta gelegt werden soll, die eigentlich die wesentliche Intention war, überhaupt die Fachhochschulen zu gründen und daß statt dessen die Fachhochschulen abgekoppelt werden sollen und daß weiterhin die Dequalifikation und Verschulung des Studiums eben auch an den Universitäten zunehmen und an den Fachhochschulen, wo sie ja teilweise schon vorhanden sind. Ich möchte da vielleicht einmal ein Beispiel sagen: der Bildungsökonom, Professor Riese, am Fachbereich 10 der FU hat einen Vorschlag vorgelegt, der von uns als ziemliche Bedrohung angesehen wird, auch schon als eine Ausfüllung dessen, was mit dem Hochschulrahmengesetz intendiert ist. Er sagt nämlich, die Fachhochschulen sollen eine berufsfeldbezogene Ausbildung übernehmen, d.h. sie werden eigentlich eine Berufsschule für Sachbearbeiter. Die Uni-Kurzstudiengänge sollen eine tätigkeitsfeldorientierte Ausbildung wahrnehmen, das was also bis jetzt die Fachhochschulen eigentlich machen. Die Uni-Langstudiengänge, die den Privilegierten vorbehalten bleiben, sollen dann die wissenschaftliche Ausbildung leisten.

Ein weiteres Problem war angesichts unserer Bestrebungen nach einer positiven, fortschrittlichen Studienreform, das Problem der Studienreformkommission im HRG, die wir als Bedrohung ansehen, nämlich einerseits eben als Durchsetzungshebel für die Qualifikation und Verschulung und andererseits als Angriff auf bestehende und zukünftige fortschrittliche Ausbildungsinhalte. Ein weiterer Punkt, der für die Fachhochschulen sehr relevant ist, ist die materielle Misere, weil durch die Bafög-Novellierung eigentlich die Fachhochschulstudenten besonders gravierend betroffen worden sind, da ein hoher Prozentsatz der Fachhochschulstudenten aus sozial schwächeren Schichten kommt und über den Zweiten Bildungsweg an die Fachhochschulen gekommen ist. Darüber hinaus besteht durch das Fachhochschulstudium, das ja kürzere Ferien hat und eine stärkere Verschulung beinhaltet, kaum eine Möglichkeit, sich durch Nebenarbeiten irgendwie finanziell aufzubessern. Der dritte Punkt, der in dem Zusammenhang dann wesentlich war und den die Studenten an den Fachhochschulen auch konkret erfahren haben, waren die Mittelkürzungen, die sich eben wieder einerseits studienverschlechternd auswirken und andererseits für den einzelnen Studenten materiell höhere Ausgaben erfordern. Der letzte Punkt war dann für uns die politische Disziplinierung, deren Bedeutung gerade im Moment von den Studenten erfaßt wird, angesichts der Verschlechterung der materiellen Lage, Verschlechterung der Studienbedingungen und der Verschlechterung der eigenen Verwertungschancen, wo die Studenten kritischer werden und eben da auch fragen nach Hintergründen und Zusammenhängen und eben auch nach Alternativen. Sie wollen sich damit beschäftigen, und die Studenten erkennen, daß ein Zusammenhang zwischen dem Abbau sozialer und dem Abbau demokratischer Rechte besteht. Das war dann noch der wesentliche Punkt, der dann erhärtet wurde durch eigene konkrete Erfahrungen an den Fachhochschulen in der Disziplinierung, und entsprechend hat die Studentenschaft auch darauf reagiert.

Sommer: Wir können feststellen, daß eine breite Einigkeit darüber besteht, daß die Zahl der Ursachen sehr groß ist. Eine wichtige Ursache ist noch nicht genannt worden. Wenn man sich die heutige Studentengeneration ansieht, kann man eigentlich von zwei Studentengenerationen sprechen. Die eine ist der Meinung, sie könnte sich noch individuell durch ein besonders gutes Studium, durch eine besonders gute Prüfung einen Beruf ergattern. Die zweite und jüngere Generation hat die Oberstufenreform durchlaufen und hat schon ähnliche Erfahrungen in der Schule gemacht. Diese Generation sieht in unserer bildungspolitischen Lage keine Chancen, später einen Arbeitsplatz zu finden. Das ist eine wesentliche Ursache für die Kampfbereitschaft der Studenten. In den Streikak-

tivitäten konnte man gerade an der FU feststellen, daß die Beteiligung jüngerer Studenten aus dem ersten bis vierten Semester unheimlich groß war.

Bohn: Ich will die Ebene der Beschreibung doch noch um einige Aspekte ergänzen: Zum relativen Erfolg unserer Bewegung gehörte sicherlich eine Art „Überraschungseffekt". Die herrschenden Institutionen waren auf diese Eruption in ihrer Breite in keinster Weise vorbereitet. Diese Breite und die daraus resultierende starke Beteiligung der Anfangssemester an dem Streik hat zwangsweise zu einer gewissen inhaltlichen Diffusität der Bewegung geführt. Diese Unsicherheit der politischen Programmatik, dieses breite Suchen nach eigenem politischem Selbstverständnis hat eine immens positive Seite: insitutionalisierte Veranstaltungszeremonien und irrationale Diskussionstabus wurden angeknackst — dogmatische Verkrustungen haben breiten politischen Bildungsprozessen Platz machen müssen. So ist auf allen Ebenen ein Spektrum an Arbeitsgruppen entstanden, die sich mit Studienbedingungen, Lehrerbildungsgesetz, Akademikerarbeitslosigkeit, politischer Repression, HRG und der Studentenbewegung 66/68 bis hin zur Ausbürgerung Biermanns beschäftigten. Diese Arbeitsgruppen arbeiten größtenteils in den Ferien weiter, um das nächste Semester vorzubereiten.

Wichtig als ein Inhalt, jedenfalls an der FU, war während der Auseinandersetzungen im November sicherlich die Ausbürgerung von Wolf Biermann. Ausdruck davon war ja auch das Teach-in vom Langen Marsch', eine der bestbesuchten Großveranstaltungen während des Streiks mit ca. 4000 bis 5000 Leuten. Aus dieser Großveranstaltung raus — aus einer Diskussion über politische Repression in der DDR bzw. über eigenes Sozialismus-Verständnis haben sich solche Biermann-Arbeitsgruppen gegründet. Auch in der ADS ist es ja da zu starken Diskussionen und Auseinandersetzungen gekommen.

Sommer: Na, kurz zu Biermann. Ich bin schlichtweg der Meinung, daß Manuel die Biermann-Diskussion wahnsinnig überschätzt. Ich bin in diesem Streik ziemlich weit an der FU rumgekommen und habe festgestellt, daß die Vranstaltungen des „Langen Marsches" eine Eintagsfliege waren, die zwar einem bestimmten Bedürfnis, diese Frage zu diskutieren, entsprochen haben, aber in der weiteren Auseinandersetzung hat diese Diskussion keine Rolle mehr gespielt.

Ohm: Ich frage mich: Trübt womöglich Wunschdenken die Wahrnehmung des Genossen Michael Sommer? Im Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften, aus dem ich komme und der einer der größten Fachbereiche der FU ist, wurde die Ausbürgerung intensiv diskutiert, und dies mit praktischen Folgen: a) Unser Fachbereichsrat, ein offizielles Uniorgan, kritisierte in einem Brief an die Regierung der DDR die Ausbürgerung von Biermann und erklärte, daß der Kampf des Fachbereichs gegen die Berufsverbote erschwert wird durch die Ausbürgerung. Inhaltlich gleicht die schriftliche Kritik des Fachbereichs weitgehend der im Argument Nr. 100 dokumentierten Erklärung von Abendroth und anderen.

b) Drei der vier ADSen des Fachbereichs äußerten energische Kritik, die vierte führte über die Ausbürgerung eine Kontroverse in ihrer Zeitung.

Die Debatte fand also statt und hatte Folgen, — übrigens auch in der außeruniversitären Öffentlichkeit: Daß unser Fachbereichsrat einerseits politische Praktiken der DDR-Regierung verurteilt, die die Erinnerung an die „Ära Stalin" wachrufen, daß derselbe Fachbereich sich andererseits in keiner Weise für eine pseudowissenschaftliche antikommunistische Demagogie gegen die DDR einspannen läßt, machte ihn zum Ziel einer äußerst gefährlichen Pressekampagne. Letztere ist aller Voraussicht nach die strategische Vorbereitung eines umfassenden Angriffs der politischen Instanzen, — eines Angriffs, der auf die Entmündigung und Zerschlagung des Fachbereichs, also der dort betriebenen fortschrittlichen Wissenschaft zielt. Wie immer man über diese Folgen der Ausbürgerungs-Diskussion denken mag, sie haben gewiß nicht die Dimensionen einer Eintagsfliege . . .

Sommer: Sag aber mal was zu dem Punkt, welche Bedeutung die Biermann-Diskussion bei den Auseinandersetzungen selber gespielt hat.

Ohm: In der Tat spielte in unserem Fachbereich die Debatte über die Ausbürgerung bald keine Rolle mehr. Es gab nämlich eine kurze und heftige Debatte, und danach mochte keine politische Gruppe öffentlich die Ausbürgerung rechtfertigen. Insofern war der Streit kurz.

Dennoch gab die Ausbürgerungsdebatte einen wichtigen Impuls für die Weiterentwicklung des strategischen Nachdenkens vieler Hochschulangehöriger. Wir haben nämlich gelernt, noch viel schärfer analytisch zu trennen zwischen hinderlichen, aber überwindbaren „stalinistischen Eierschalen" und anderen Unentwickeltheiten in der DDR auf der einen Seite und den großen sozialistischen Errungenschaften der DDR, die ihr zukünftiges Gesicht, ihre zukünftige Entwicklung immer eindeutiger bestimmen werden. Kein Grund also für „III.-Weg"-Phantasien! Die Dinge in der DDR gehen, trotz aller Entwicklungsschmerzen, trotz aller berechtigten Wenns und Abers, eben doch ihren sozialistischen Gang! Für die Entwicklung des politischen Bewußtseins der neuen Studentenbewegung ist es ungeheuer wichtig, daß sie sich nicht in die undialektische Alternative zwischen platter DDR-Affirmation, Bejahung auch der politischen Fehler, und resignativer Blindheit gegenüber der ungeheuren Entwicklungsdynamik der DDR hineintreiben läßt.

Der Angelpunkt, um den herum sich die künftigen strategischen Erörterungen und Kampagnenvorschläge sozialistischer Hochschulpolitik drehen müssen, ist nicht die Beurteilung der widersprüchlichen Entwicklungsdynamik der DDR. Der Angelpunkt, der Drehpunkt, ist die begriffliche und praktische Erarbeitung unseres Weges zu unserem Ziel, Sozialismus in Westberlin und der BRD. Für Arbeiterklasse und Intelligenz unseres Landes ist der lange Weg nur gangbar, wenn das Ziel klar vor Augen ist und umfassende Befreiung heißt, Befreiung, die die kritisch-schöpferischen Fähigkeiten des kollektiven Subjekts Arbeiterklasse sowie der einzelnen Arbeiter und natürlich auch der Kopfarbeiter freisetzen will. Wer nun allerdings notwendige Bestimmungsmomente ausklammern möchte, weil er fürchtet, sie könnten für Kritik an der DDR genutzt werden, wird sich scharfe Kritik schon gefallen lassen müssen. Die Mehrheit der ADS-Mitglieder in unserem Fachbereich, vermutlich auch in der ganzen FU, will derartige Ausklammerungsmanöver jedenfalls nicht.

Kievenheim: Was den Stellenwert der Biermann-Ausbürgerung für die Ereignisse des Winter-Semesters betrifft, ist sehr genau zu unterscheiden zwischen der Diskussion innerhalb sozialistischer oder von Sozialisten mitgetragener gewerkschaftlich orientierter Organisationen und der Bedeutung für die Gesamtbewegung. In den ADSen u.a. Organisationen war die Ausbürgerung — wenn ich richtig informiert bin — wohl der Anlaß dafür, längst vorhandene Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie, zu den sozialistischen Staaten usw. auszutragen. Für die Masse der streikenden Studenten war dies doch ein sehr untergeordneter Punkt. Diese Bewegung war gerade dadurch charakterisiert, daß — neben der Berufsverbotsproblematik, die man in ihrer ganzen Härte an einzelnen Instituten sehr konkret erfahren konnte — Fragen der unmittelbaren materiellen, sozialen u. a. Interessenvertretung im

Vordergrund standen. Im Vergleich zur Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre traten demgegenüber die „großen politischen Themen" zurück: Die Frage der Sozialismusperspektive, der Rolle der Intelligenz, der Transformationen der bestehenden Gesellschaft war kein Zentralproblem.

Ich stimme der Einschätzung zu, daß diese Bewegung aktiv in besonders hohem Maße von den jungen Semestern getragen wurde. Das ist umso bemerkenswerter, wenn man die verstärkten Versuche zur Anpassung, die Intensivierung des sozialen Drucks in den Schulen (durch den Numerus clausus etc.) in Betracht zieht. Ihre Wirkungen gehen offensichtlich nicht in Richtung eines stabilen Anpassungsverhaltens, sondern schlagen eher in oppositionelles Verhalten um, sobald die Schüler in eine neue Situation kommen, welche die gestellten Erwartungen nach freieren und besseren Lernbedingungen nicht erfüllt. Andererseits mag gerade das stark „antiinstitutionelle" und „antiautoritäre" Verhalten, das gegenwärtig wieder eine Reaktualisierung erfährt, mit dem einmal erfahrenen Druck zusammenhängen. Es richtet sich nicht nur gegen die „offiziellen" staatlichen Institutionen, sondern z.T. auch gegen die als „traditionell" angesehenen politischen Organisationen der Studentenbewegung. Sie scheinen den individuellen „Emanzipationsbedürfnissen" durch ihre Politikformen nicht gerecht zu werden. Während diese Organisationen in den Streikauseinandersetzungen — zumindest hier in West-Berlin — keine besonders tragende Rolle gespielt haben, vor allem keine Führungsposition hatten, kann man doch sagen, daß bestimmte von ihnen vertretene Inhalte — vor allem diejenigen der gewerkschaftlichen Orientierung — mitbestimmend gewesen sind. Wenn ich von gewerkschaftlicher Orientierung spreche, dann meine ich nicht so sehr ein positives Verhältnis zu den Gewerkschaften (hier besteht ein verbreitetes historisches Unverständnis), sondern vielmehr die Politik der unmittelbaren Interessenvertretung, die bewußte Artikulation studentischer sozialer und politischer Interessen in nicht-ständischer Form.

Beyer/Kellner: Ich wollte noch einmal zu den Formen Stellung nehmen und einmal kurz zu dem Problem Biermann. Vorhin wurde gesagt, die Studentenschaft habe in der momentanen Situation Biermann nicht als ihr Problem erkannt — dies hat sich eigentlich bei uns auf einer sehr gut besuchten Vollversammlung bestätigt. Als das Problem Biermann angesprochen wurde, wurde es gegen 10 Stimmen von der Mehrheit der Studenten für ihren Kampf und ihre Probleme als unrelevant erkannt und abgelehnt, weil die Meinung vertreten wurde, daß das Problem Biermann den Problemen, denen sie sich gegenüber sehen, nicht weiterhilft. Jetzt zu den Formen, wie es abgelaufen ist an den Fachhochschulen. Man kann sagen, daß die Bewegung sehr breit war, was ja auch die Urabstimmungsergebnisse zu den Streiks verdeutlicht haben, und daß sehr viele junge Kommilitonen(innen) sich an den Aktionen sehr aktiv beteiligt haben, was also, meine ich, die These von Michael stützen würde, und was meines Erachtens sehr eng damit zusammenhängt, daß ein enger Zusammenhang besteht, zwischen der Perspektive, die sich für die einzelnen Studenten bietet (oder eben der Perspektivlosigkeit) und ihrem Engagement und ihrer Bereitschaft sich zu engagieren. Das verdeutlicht vielleicht auch das Beispiel der Fachhochschule der Deutschen Bundespost: Seit ungefähr 1 - 2 Semestern werden die Studenten dort nicht mehr automatisch übernommen, und seit dieser Zeit ist z.B. die Bereitschaft zu Kampfaktionen erheblich gestiegen. Ein weiteres Moment war, daß es eigentlich auf der Fachhochschulebene das erste Mal gelungen ist, einen Kontakt herzustellen zwischen den einzelnen Fachhochschulen in Westberlin, der vorher auch

nicht da war, und daß versucht worden ist, die Aktionen zu vereinheitlichen. Es wurden gemeinsame Flugblätter herausgegeben, die dann in der Westberliner Öffentlichkeit verteilt wurden. Es wurden gemeinsame Briefe an die Gewerkschaften verschickt etc. Meines Erachtens ein sehr wichtiges Moment, gerade an den Fachhochschulen, daß nämlich versucht wurde, die Anliegen der Studenten der Öffentlichkeit auch verständlich zu machen, eben in der Öffentlichkeit um Unterstützung zu werben, was sowohl Organisationen außeruniversitärer Art als auch die Passanten anbetrifft. Die Arbeitsgruppen, die während des Streiks entstanden sind, haben sehr breite Beteiligung gefunden, waren teils organisatorischer, teils inhaltlicher Art, wobei die inhaltlichen Arbeitsgruppen auch über die Ferien weiterlaufen. Und es ist gerade für Fachhochschulstudenten ein ganz wesentliches Moment, daß es gelungen ist, daß Studenten sich auch während der kurzen Ferien, wir haben nur 4 Wochen Semesterferien, in großen Arbeitsgruppen weiterhin in ziemlich starker Besetzung zusammensetzen. Die Zusammenarbeit der politischen Gruppen mit unorganisierten Studenten war an den Fachhochschulen im wesentlichen positiv. Nämlich einmal, indem die politische Erfahrung der Organisierten der Bewegung zugutegekommen ist und den Unorganisierten eben auch in bestimmten Sachen geholfen werden konnte. Und zum anderen, indem die politischen Organisationen an den Fachhochschulen eingebunden waren (wenn man jetzt mal von den K-Gruppen absieht), daß eben auch die Gruppenegoismen sehr gut untergeordnet werden konnten in gemeinsamen Aktionen, was der Breite der Bewegung sehr förderlich war. Probleme sind aufgetaucht, indem teilweise eine Organisationenfeindlichkeit aufgetreten ist, die sich einerseits nach meiner Einschätzung aus der Bevormundungsangst der Unorganisierten ergeben hat und die andererseits auch in einer subjektiv empfundenen „Perspektivlosigkeit" der bestehenden politischen Organisationen begründet ist. Ein weiteres Problem waren während der Aktion an den Fachhochschulen die Organisationsprobleme, also Kompetenzschwierigkeiten, Legitimationsschwierigkeiten usw., die die Wirksamkeit der Aktionen teilweise sehr stark beeinträchtigt haben und sehr viele Kommilitonen sehr frustriert haben, indem eben bestimmte Sachen, bestimmte Arbeiten doppelt gemacht wurden und viele Kräfte vergeudet wurden. Die Erfahrungen, die die Studenten gemacht haben, werden jetzt sehr stark diskutiert, und das Problem ist, daß die Studentenschaft erkannt hat, daß sie eben, um schlagkräftig zu werden, wirklich eine organisatorische und politische Vertretung und eine Zentralisierung bei ihrer Aktion benötigt. D.h. das Thema „Verfaßte Studentenschaft" wird zunehmend akut.

Weißbach: Ich möchte noch auf eine Ungereimtheit hinsichtlich der angeblich orientierenden Funktion der Sozialismusdiskussion hinweisen. Gerade wenn versucht wurde, von Interessen abgelöst politische Perspektiven des Übergangs zum Sozialismus und die Frage, was Sozialismus sein soll, zu klären, kam die Diskussion in einen gewissen Gegensatz zur laufenden Kampagne im Wintersemester, oder ist in die Gefahr gelaufen, in solchen Gegensatz zu geraten. Das zeigte sich insbesondere im Fachbereich 11 und auch bei den ADSen dort, die nicht in ausreichender Weise während der Kampagne präsent waren. Die gewerkschaftliche Orientierung blieb blaß und unkonkret. Es ist nicht gelungen, die Skepsis gegenüber den Organisationen in Bezug auf die unmittelbare Interessenvertretung zu durchbrechen. Insbesondere zeigte sich ein demobilisierender Einfluß dieser relativ abstrakten Sozialismusdiskussion auf den Streik selbst. Das Argument war dort, daß der Streik nicht

zu unterstützen sei, weil man an einem Fachbereich, wo eine fortschrittliche Studienreform solche Diskussionen ermöglicht, gegen die eigenen Qualifikationsinteressen streikt. Damit wird ein Zusammenhang betont zwischen der individuellen Qualifikation und der Möglichkeit, Einblick in die eigene gesellschaftliche Lage zu erhalten, woraus ein bestimmtes Verhältnis auch gegenüber der Streikbewegung abgeleitet wurde. Das Argument erinnert mich an die Unternehmerthese, daß der Lehrlingsstreik nicht im Interesse der Auszubildenden liege, da diese gegen ihre eigene Qualifikation streikten.

Beyer/Kellner: Uns ist aufgestoßen, bei dem was der Manuel gesagt hat — über das Spektrum der Arbeitsgruppen, also die Breite der Beschäftigungsfelder, mit denen sie sich auseinandergesetzt haben, ich erinnere an Singegruppe, Frauengruppen, Biermanngruppe usw. — daß an den Fachhochschulen in Westberlin das Spektrum der Arbeitsgruppen und deren Inhalte wesentlich enger gesehen wurden und daß ganz konzentriert über Studieninhalte, Studienordnung, Bildungspolitik, HRG usw. gearbeitet wurde.

Bohn: Ich möchte noch ganz kurz in dieser Beschreibungsebene Widerspruch zu der These von Christoph Kievenheim formulieren, daß während des Streiks politische Inhalte vertreten worden wären, die lange Jahre gewerkschaftsorientierte Gruppen als Organisationen vertreten hätten. Das stimmt meines Erachtens in der Form schon deswegen nicht, da gerade die gewerkschaftlich orientierten Organisationen beschränkt alle sozialen Konflikte innerinstitutionell vertreten haben, in einer ganz starken institutionellen Ausrichtung. Unsere Bewegung hingegen hat sicherlich eine große soziale Unmittelbarkeit — aus einer tiefen existentiellen Betroffenheit heraus. Wir versuchen aber, Zusammenhänge herauszustellen zwischen der eigenen Betroffenheit über die direkt erfahrbare Repression im Uni-Alltag und den Berufsverboten oder Arbeitslosigkeit etc. Die eigene soziale muß unseres Erachtens direkt mit der allgemeinpolitischen Ebene verbunden werden. Zum zweiten haben wir diese soziale Unmittelbarkeit ganz bewußt außerinstitutionell ausgetragen, so z.B. durch Besetzung von Räumen — also in direkter Selbstorganisation! Wir haben so bewußt sowohl auf diese innerinstitutionelle Politik als auch auf die Kampagnenform verzichtet.

Beyer/Kellner: Im Zusammenhang mit der Frage: Berufsverbote als auslösender Faktor. Ich glaube, man darf die Berufsverbote nicht als alleinigen auslösenden Faktor sehen, sondern im Zusammenhang mit der Perspektive des einzelnen Studenten, die sich dem Studenten heute bietet: nämlich einerseits arbeitsmarktbedingt, d.h. daß das Studium nicht mehr automatisch den Arbeitsplatz sichert, sondern daß eben bestimmte Unsicherheitsfaktoren hereingekommen sind; und dazu kommen die Berufsverbote, d.h. die politische Repression, die alle kritischen Regungen und jedes Engagement für die eigene Situation untergraben soll. Die zwei Sachen darf man nicht trennen. Ich habe das ja schon vorhin einmal an dem Beispiel deutlich gemacht, und ich glaube, daß das auch ein wesentlicher Faktor für die Studenten ist, die jetzt an die Fachhochschulen kommen, daß sie eben beruflich und studienmäßig eine Perspektivlosigkeit sehen und daß sie eben auch nicht mehr die Möglichkeit sehen, eventuell da noch irgendwie individuell durchzuschlüpfen.

An den Fachhochschulen ist der letzte Hoffnungsschimmer eigentlich zerstört worden mit dem (Kultusminister-Konferenz) KMK-Beschluß und der Quotenregelung im Hochschulrahmengesetz, daß man nämlich noch irgendwie ausbüchsen konnte, durch eine Weiterführung des Studiums an der Universität. Das war jedenfalls für die Studenten hier an den Fachhochschulen,

besonders für die jungen Semester, ein ganz wesentliches Moment. Und ich meine, daß das darauf zurückzuführen ist, daß den Studenten vorher, über die Reformpolitik und die Öffnung der Hochschulen und die Bildungsreform, die groß propagiert wurde, ziemliche Hoffnungen gemacht worden sind. Die jetzigen Studenten aber, die jetzt in den Anfangssemestern sind, sehen keine Möglichkeiten mehr: Von Bildungsreform ist keine Rede mehr, die Hochschulen werden eigentlich zugesperrt von vorne bis hinten, alles was erkämpft worden ist in der Vergangenheit, soll rückgängig gemacht werden. Das gibt im wesentlichen die Motivation, sich zu organisieren und was daran zu tun. Während eben die Studenten, die in den höheren Semestern sind, diese Erfahrungen nicht in dem Maße haben und immer noch teilweise hoffen, individuell irgendwie ein Schlupfloch zu finden. Das ist vielleicht der Ansatzpunkt für zwei Studentengenerationen, aber ich meine, man darf die berufliche Perspektivlosigkeit und politische Repression nicht auseinanderreißen. Es besteht ein Zusammenhang.

2. Ursachen und Bedingungen der Bewegung

Bohn: Wenn man über Ursachen und Bedingungen der Bewegung nachdenkt, dann glaube ich schon, daß man davon ausgehen muß, daß ähnlich der Bewegung 66/68, eine ganze Reihe von ursächlichen Bedingungen existieren, die ein solches Maß von Unzufriedenheit und damit Voraussetzungen zu einer solchen Bewegung produzierten. Wir müssen hier wirklich unterscheiden zwischen diesen objektiven Bedingungen und den politischen Konflikten, an denen sich dann direkt Aktionen entzünden. So hat damals für den SDS die Auseinandersetzung um den Vietnamkrieg die Politisierungsfunktion gehabt, obwohl sozusagen „der Nährboden" dieser Bewegung die Funktionsunfähigkeit der Ordinarienuniversität gewesen ist. Diese Funktionsunfähigkeit ist der Ansatz, der eine Kontinuität zu heute herstellt: Damals wie heute ist die Erfahrung mit einer tendenziellen Funktionsunfähigkeit der bürgerlichen Universität — natürlich innerhalb unterschiedlicher Entwicklungsebenen — die Voraussetzung für die stattfindende Politisierung. Dieses Chaos bürgerlicher Bildungsplanung hat damals wie auch heute als Ursache praktisch die Revolte erzeugt.

Ich möchte jetzt wenigstens bruchstückhaft den bildungspolitischen Rahmen umreißen, der die heutige Basis der Revolte ausmacht: Wir haben heute mit den Anfangssemestern NC — bzw. Oberstufenreformgeschädigte an den Universitäten, die extremer individueller Konkurrenz ausgesetzt waren und als Trost bestimmte Erwartungen an ihr zukünftiges Studentsein geknüpft hatten. Nun haben die politischen Instanzen plötzlich den NC, den man jahrelang mit einer Leistungsideologie legitimiert hatte, weitgehend abgeschafft. Der Grund: ein kurzfristiges taktisches Konzept gegen die immer stärker werdende Jugendarbeitslosigkeit. Man will möglichst viele Abiturienten für 4 - 5 Jahre aus dem Arbeitsmarkt heraushalten. An den Hochschulen führt das zu folgender Situation: Zur Zeit studieren etwa 800 000 Studenten; die WRK (Westdeutsche Rektorenkonferenz) geht von einer Überlastquote von rund 1,2 Mill. Studenten ab 1980 aus. Und das bei gleichbleibenden Personal- und Sachmittelkapazitäten.

Das von der formalen Seite: Von der inhaltlichen Seite her existiert innerhalb der bürgerlichen Bildungsplanung der Widerspruch, daß man einerseits

durch das HRG versucht, eine Entwicklung in Richtung berufsorientiertes Studium zu schaffen — nur formal als Anspruch erhoben, ohne inhaltliche Definition des Begriffs „Berufsorientierung" —, andererseits bietet man der anrollenden Studentenflut forciert Studiengänge an (Magister, Dissertation als Abschluß), bei denen von vornherein klar ist, daß diese Absolventen niemals gemäß ihrer Qualifikation einen Arbeitsplatz finden können. Für die bürgerliche Bildungsplanung gibt es keine Möglichkeit, auf reale Arbeitsmarktbedarfsanalysen zurückzugreifen, der Widerspruch zwischen Spezialisierung und größtmöglicher Mobilität ist für sie gar nicht lösbar.

Das ist der eine Rahmen, dazu kommt die zunehmende Akademikerarbeitslosigkeit, die natürlich noch zusätzliche Verunsicherung auslöst und damit einen politischen Unruhefaktor darstellt.

Sommer: In etlichen Punkten will ich dem Manuel widersprechen. Erstens sehe ich nicht so einen Bruch zwischen der Studentengeneration bis '68 nach dem Motto: Dann hatten wir Pause und jetzt ist die neue da. Also, wenn du das nicht so gemeint hast, o.k. Ich meine, daß es eine durchgängige Studentenbewegung gegeben hat, wenn auch, und das ist meines Erachtens das wichtigste Unterscheidungsmerkmal, eine, die unter jeweils anderen Bedingungen gearbeitet hat — streckenweise auch unter einer anderen Zielsetzung. Also, ohne das jetzt ausbauen zu wollen, es gibt Unterschiede zwischen der Bewegung gegen die Ordinarien-Uni („Schneidet die alten Zöpfe ab"), also der Bewegung vor dem '69er Uni-Gesetz, der Zeit nach diesem Gesetz und der heutigen. Die „alte" Studentengeneration wurde geprägt durch die Teilnahme am inneruniversitären Entscheidungsprozeß: Erarbeitung von demokratischen Alternativen bis zur Entscheidungsreife über die Universität hinaus, die z.B. demokratische Studienpläne durch die Universität geboxt haben, die heute beim Senator in der Schublade liegen. Davon unterscheidet sich die jetzige Generation, die damit konfrontiert ist, daß sich die Bedingungen der staatlichen Hochschulpolitik wesentlich gewandelt haben und ihre Möglichkeiten der Mitwirkung nicht mehr da sind. Der Senat in Westberlin versucht, Bildungspolitik im Interesse der Monopole zu betreiben, und diese Bildungspolitik steht diametral den studentischen Interessen gegenüber. Die Studenten sehen nirgendwo mehr in der Universität ein Feld, wo sie ihre Interesseh institutionell einbringen können. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, mein Ausgangspunkt ist der der zwei Generationen heute, bei dem natürlich auch so eine Frage, ja wie soll man das ausdrücken, eine Frage der politischen Sozialisation eine Rolle spielt. Jemand der sein Studentenleben lang an demokratischer Mitbestimmung mitgewirkt hat und da auch gewisse Erfolge erzielt hat, hat natürlich größere Schwierigkeiten sich auf die veränderten Kampfbedingungen einzustellen — zusätzlich zum Examensdruck und den hohen Semesterzahlen — als zum Beispiel ein junger, frischer Student, der aus einer Oberstufenreform kommt, die ihn ziemlich kaputt gemacht hat, der sieht, er soll jetzt weiter kaputt gemacht werden.

Noch einen anderen Punkt, den ich ansprechen wollte, ist der, warum die Berufsverbote jetzt im Vordergrund stehen. Da sind zwei Gründe zu nennen. Der eine ist, daß ein sehr klares Verständnis in dieser Studentengeneration vorhanden ist vom Gegner. Der Staat wird als Gegner erkannt, aber nicht seine Funktion, d.h. der Gegner ist klar da. Und am sichtbarsten, am greifbarsten ist dieser Gegner in Fragen der politischen Repression, der Gesinnungsschnüffelei, der Berufsverbote, und damit wesentlich greifbarer und wesentlich einfacher bekämpfbar als z.B. in der Entwicklung der Perspektiven, etwa wie eine berufsqualifizierende Ausbildung in diesem Staat erkämpft werden kann. Der zweite Grund ist der, daß auch die Erfolgsmöglichkeiten des Kampfes gegen Berufsverbote, gegen politische Repressionen wesentlich deutlicher und klarer zu Tage treten, als in anderen Fragen. Die internationale Solidaritätsbewegung hat eine so große Breite erreicht, daß Erfolge möglich sind und erreicht wurden. Mittelfristig, wenn man mittelfristig mit 3 - 5 Jahren umschreiben will, scheint auch ein umfassender Erfolg gegen die Berufsverbote möglich zu sein. Dies ist eine wesentliche Triebfeder.

Ohm: Leider schätze ich die mittelfristigen Erfolgsperspektiven unseres Kampfes gegen die Berufsverbote weniger günstig ein als Michael. Ich vernachlässige dabei allerdings vielleicht die Bedeutung der internationalen Unterstützung unseres Kampfes. Die Intensivierung der Berufsverbote und Bespitzelung leitet sich ab aus einem immer schärfer sich zuspitzenden Widerspruch der sozialökonomischen Basis: *einerseits* ist die Arbeiterklasse fachlich hoch qualifiziert. Sie steuert immer kompliziertere und wertvollere Maschinensysteme; mit Leichtigkeit könnte sie die Steuerung der Betriebe, der Gesamtproduktion übernehmen; *andererseits*: das Kapital läßt sie nicht ran. Damit es nun genug Lehrer, Psychologen, Journalisten usw. gibt, die einerseits die gewachsenen Informations- und Qualifikationsbedürfnisse der Arbeiter befriedigen, andererseits diesen immer krasseren Widerspruch raffiniert verschleiern, müssen — vom Standpunkt des Kapitals — fortschrittliche Intellektuelle aus Unis, Massenmedien etc. verschwinden. Dem Kapital geht es hier um eine Existenzfrage, und es wird nur härtestem Druck weichen. Also werden wir erst dann durchschlagenden Erfolg haben, wenn die Gewerkschaften und eine sozialistisch orientierte, massenhaft verankerte Arbeiterbewegung unseren Kampf zu dem ihren machen. Für den Weg dahin müssen wir strategische Überlegungen anstellen und eine sehr kluge Politik machen.

Sommer: Ich gebe dem Christoph Ohm in der Hinsicht Recht, daß wir noch nicht durch sind im Kampf gegen den versuchten Abbau der demokratischen Grundrechte. Aber ganz bestimmte Faktoren, ich habe die eben angeführt, sprechen dafür, daß dort Erfolge zu erreichen sind. Dabei komme ich noch auf das Problem der gesellschaftlichen Funktion der Berufsverbote, besonders im Intelligenzbereich, das in einigen Arbeitsgruppen während des Streiks unter dem Begriff: „Kettengliedtheorie" diskutiert worden ist. Einige Kollegen sagen, Berufsverbote, das habe ich gerade am OSI öfter gehört, Berufsverbote sind das eigentliche Kettenglied. Wenn wir hier einen Erfolg erreichen, ist das ganze System des Gegners an einem wesentlichen Punkt geschwächt, und wir haben die Möglichkeit, von diesem Erfolg aus weiter zu arbeiten. Ich würde einfach bitten, auf dieses Argument, es wird öfter auftauchen, auf dieses Kettengliedargument in der Diskussion mehr einzugehen.

Kievenheim: Ich möchte noch einiges zum Problem der historischen Entwicklung der Studentenbewegung sagen. Es sind wenigstens drei Phasen in dieser Bewegung seit Ende der sechziger Jahre zu unterscheiden. Vom Standpunkt der jeweils formulierten Ziele, der subjektiven Intentionen haben sie z.T. mit Niederlagen geendet, so daß man mit der Rede von der „Kontinuität" vorsichtig sein sollte.

Die erste Phase fällt zusammen mit dem Beginn struktureller Reformversuche der alten Universität durch die staatliche Politik. Sie reflektiert dabei natürlich bereits die Schwierigkeiten und Halbherzigkeiten dieser Reformver-

suche. Die Bewegung verbindet sich mit gesellschaftspolitischen und international relevanten Ereignissen bzw. dadurch bedingte Auseinandersetzungen: der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze, den Vietnam-Krieg usw. Zum Teil gelingt es, reale Bündnisse mit der auch außeruniversitär getragenen Notstandsbewegung, Teilen der Gewerkschaften u.a. herzustellen. Die Auseinandersetzung mit Formierungstendenzen zum autoritären Staat in der BRD, die Erfahrungen der Brutalität des US-amerikanischen Vorgehens in Vietnam erschüttern das Vertrauen eines Teils der bürgerlich sozialisierten Intelligenz in die Realexistenz der Grundwerte der „westlichen Welt". Von hier aus nimmt die Kapitalismus-Kritik ihren Ausgangspunkt. Das Fehlen einer aktiven Arbeiterbewegung in Westdeutschland, einer kontinuierlich wirksamen marxistischen Tradition in der Intelligenz u.a. begünstigen,daß die gesellschaftspolitische und -theoretische Orientierung eines Teils dieser Bewegung an den Notwendigkeiten einer langfristig orientierten realistischen Politik in der BRD vorbeigeht, im schlechten Sinne „utopische" Züge erhält. Ein Kernproblem ist die Überschätzung der selbständigen politisch-progressiven Rolle der Intellektuellen, eine falsche Bündniskonzeption mit den „unterprivilegierten" Gruppen der Gesellschaft u.a.

Spätestens mit dem Auslaufen der Anti-Notstandsbewegung durch die Verabschiedung der Gesetze mußte deutlich werden, daß unter den damaligen politischen Verhältnisse in der BRD größere gesellschaftspolitische Erfolge nicht erzielbar waren. Für die weitere Orientierung wichtige Erfahrungen werden durch die Klassenauseinandersetzungen in Westeuropa und die Reaktivierungsansätze einer kämpferischen Arbeiterbewegung in der BRD seit dem Septemberstreik 1969 vermittelt. Die Erkenntnisse über die Lohnarbeiterklasse als einer potentiellen verändernden Kraft in dieser Gesellschaft und der eigenen intellektuellen Perspektive als einer lohnabhängigen waren wichtige Voraussetzungen für die Formulierung und Durchsetzung der Strategie der „Gewerkschaftlichen Orientierung". Ihre zweite Komponente, die durch die erste ihre langfristige Perspektive erhielt, war die unmittelbar hochschulpolitische Auseinandersetzung, sowohl der Kampf um die Landeshochschulgesetze als auch die Bemühungen um die Durchsetzung von Elementen fortschrittlicher Studienreform und die Konflikte um die Positionen innerhalb der Institute und Fachbereiche. Als drittes Moment kam eine verstärkte sozialpolitische Betroffenheit der Studenten im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, aber auch der sozialen Rekrutierungsänderungen innerhalb der Studentenschaft hinzu. Durch die Bewegung der Studenten, konzeptionelle Differenzen und Widersprüche innerhalb der staatlichen Hochschulpolitiken u.a. konnten hier zweifelsohne bestimmte Positionen erkämpft werden.

Die Zeit, in der man glauben konnte, daß in der staatlichen Reformpolitik längerfristig formale und inhaltliche Fortschritte verankert würden, ist allerdings inzwischen längst vorüber. Ich will auf die politischen und ökonomischen Gründe hier nicht eingehen. Mit dem Hochschulrahmengesetz findet nun eine bestimmte Reformperiode ihren für die staatliche Politik sicherlich kläglichen formalen Abschluß. Gegenüber einigen Landeshochschulgesetzen müssen Positionen zurückgenommen werden. Die materiellen Beschränkungen sind infolge der allgemeinen Krise im Hochschul- und Wissenschaftsbereich deutlicher denn je geworden, und als ein für die BRD neues Problem kommt die Arbeitslosigkeit innerhalb der Intelligenz hinzu. Das „roll back" an den Hochschulen ist dabei keinesfalls in erster Linie das Ergebnis von politischen Fehlorientierungen innerhalb der Studentenbewegung der letzten Jahre. Es ist nur so, daß die Veränderungen gesellschaftlicher Kräftekonstellationen, auf die eine längerfristige progressive Reformpolitik angewiesen wäre, ausgeblieben ist. Hieran können auch die Bemühungen , sich in die Bevölkerung und zu den Gewerkschaften hin zu vermitteln, gegenwärtig nicht so viel ändern, weil die Impulse dieser Bewegung letztlich nicht entscheidend vom Hochschulsektor ausgehen werden.

In dieser Situation stehen wir jetzt, und man muß sehr realistisch einschätzen, daß sich in den nächsten Jahren keine einschneidenden Verschiebungen des politischen Spektrums nach links in diesem Lande vollziehen werden. Das aber bedeutet, wenn man nach den Ereignissen des Wintersemesters davon sprechen kann, daß die Bewegung an den Hochschulen keineswegs zu Ende ist, daß es weiterhin eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem politischen Spektrum im Hochschulbereich und in der Gesamtgesellschaft gibt, eine Diskrepanz, auf welche sich diese Bewegung wird einstellen müssen.

Sommer: Ja, ich will kurz auf Christoph Kievenheim eingehen. Er sagte, es gab drei Phasen. Da gebe ich ihm Recht. Aber er hat auch gesagt, daß die Phasen immer mit Niederlagen endeten, zumindest die ersten beiden. Und da gebe ich ihm schon nicht mehr Recht. Ich finde, man kann das nicht allein von der Intention der Studentenbewegung her begreifen, sondern muß ansatzweise ein Phasenmodell aufstellen, das auch von der staatlichen Hochschulpolitik her zu bestimmen ist. Die erste Phase wurde mit den staatlichen Versuchen beendet, eine reformistische und integrationistische Hochschulpolitik in Westberlin zu etablieren mit der Unigesetzgebung von 1969 — in der demokratische Rechte eingeräumt wurden, für die die damalige Studentenbewegung gekämpft hatte. In der zweiten Phase kann als Erfolg verbucht werden, daß ein zentrales Ziel staatlicher Bildungspolitik nicht erreicht wurde, nämlich die Änderung der Struktur der universitären Entscheidungsprozesse mit einer inhaltlichen Neustrukturierung der Bildungsinhalte zu verbinden. Man braucht nur die Schriften aus der Ära Stein nachzulesen, diese kleinen, gelben „Hochschulpolitischen Schriften", mit dem Tenor, wir haben jetzt die strukturelle Reform, nun wollen wir auch mal endlich die inhaltliche. Inhaltliche Reform heißt doch letztendlich, daß die Hochschulreform von 1969 eine monopolhörige Ausbildung garantieren sollte. Die Etablierung dieser Art der Ausbildung ist nicht gelungen. Hierin liegt eine wesentliche Notwendigkeit für die Intervention des Staates im Hochschulbereich, denn mit dem Hochschulrahmengesetz kulminiert die reaktionäre Bildungspolitik in Reaktion auf die Erfolge im Kampf um demokratische Ausbildungsinhalte. Damit wende ich mich gegen die Unterstellung der Niederlagen, denn beide Phasen der Studentenbewegung haben nachweisbare Erfolge erzielt.

Bohn: Ich wollte eigentlich dir, Michael, in diesem Punkt widersprechen, weil du da eigentlich in gewisser Weise eine Geschichtsklitterung betreibst. Die politischen Ziele sind auch gerade von den ADSen, MSB, SHB und Jusos formuliert worden, nämlich der Ansatz, nicht bestimmte Maßnahmen zu verhindern, sondern man ist davon ausgegangen, hat die Illusion erweckt, durch innerinstitutionelle Beteiligung via Mitbestimmung an entscheidungspolitischen Prozessen, also durch ein Einlassen auf eine integrationistische Reformpolitik positive Alternativen durchdrücken zu können. Mit dieser Reformkonzeption seid ihr erstmal faktisch gescheitert. Den Grund des Scheiterns hier zu diskutieren, würde den Rahmen sprengen.

Zum zweiten wäre es ein Zeugnis von absoluter politischer Blindheit zu glauben, daß eine strukturelle Veränderung der Studiengänge möglich wäre, ohne daß zwangsläufig eine inhaltliche Formierung der Curricula im Sinne der Herrschenden einhergehen würde. Wenn man sich die in den letzten 2-3 Jahren verabschiedeten Studiengänge anschaut, ist der Beweis ganz eindeutig: Ziel dieser restaurativen Studienreform ist es, durch organisatorische Effektivierung eine reaktionäre inhaltliche Formierung der Curricula zu erreichen. In diesem Rahmen muß auch die Frage der politischen Repressionen an den Hochschulen eingeordnet werden.

Wie gesagt, diese Reformpolitik ist gescheitert. Das wäre allerdings eine Niederlage. Und eine Niederlage war es in der Weise auf der anderen Seite auch, wo bestimmte spontaneistische Gruppierungen nur noch subjektive bzw. antiwissenschaftliche Elemente aufgriffen und in einer totalen Ablehnung praktisch auch die eigene Identität als Student geleugnet wurde. Das hat ja zu einer totalen Verweigerung geführt, in der nur subjektive Bedürfnisse radikalisiert wurden. Diese Strategie ist genauso gescheitert, wie umgekehrt, wo versucht wurde, sowohl soziale als auch politische Fragen nur noch institutionell im Rahmen von Mitbestimmung, Gremienarbeit etc. zu lösen.

Ohm: Ich sage noch was zu Siegen: Die Studentenbewegung von heute schaut gegenüber der ersten großen Studentenbewegung auf einen sehr wichtigen positiven Bilanzposten: Die sozialistische Wissenschaft hat Durchbrüche und Einbrüche erzielt, Sümpfe trockengelegt in einer Reihe von sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern, aber auch im Bereich der Sozialmedizin. Diese Fächer waren früher total beherrscht von allen Kennzeichen bürgerlicher Perspektivlosigkeit: Perspektivlose Faktenanhäufung, überzüchtete statistische Methoden zur Prüfung infantiler Aussagen, raffiniert in „Wertneutralität" eingewobene ideologische Verteidigung von Ausbeutung und Unterdrückung, etc. — Ich habe die erste Etappe der Studentenbewegung noch mitgemacht, und das Furchtbarste, was einem da eben geschah, war diese absolute Hilflosigkeit: Man war unerhört zornig gegen die bürgerliche Wissenschaft, aber man konnte nur die totale, die abstrakte Negation und den bis zum Wahnsinn gehenden Verweigerungsfeldzug betreiben: Weg mit der Psychologie, weg mit der Physik, weg mit der Mathematik, usw.! Nicht begründen konnte man auf dieser Basis ein sinnvolles Studium und eine progressive, also Schülern, Arbeitskollegen, Klienten, Patienten nützende, sie überzeugende Berufspraxis. Die Folge waren massive Identitätsstörungen, immer chaotischere Gesellschaftskritik und entsprechende Aktionen, Realitätsflucht, Isolierung, — schließlich Resignation.

Die zur Verzweiflung treibende Erfahrung absoluter Leere, etwas tun wollen und nichts tun können, diese schreckliche umwegige Erfahrung, die viele zerstörte, braucht die gegenwärtige Studentenbewegung nicht mehr zu machen. Für eine Reihe von Studienfächern gilt heute: Wer sich auf eine die kapitalistischen Widersprüche zuspitzende Berufspraxis vorbereiten will, wer an seinem Arbeitsplatz ein guter Kämpfer für die Belange der Bevölkerungsmehrheit, fürs Allgemeininteresse sein will, kann sich heute schon — z.T. sogar im Rahmen seines offiziellen Studiums — eine Masse nützlicher Erkenntnisse und Fähigkeiten aneignen.

Kievenheim: Ich kann die Bedeutung der Entwicklung eines größeren Potentials einer radikaldemokratischen sozialistischen Intelligenz infolge der Studentenbewegung nur noch einmal voll unterstreichen. Das ist in dieser

Massenhaftigkeit in der Geschichte der deutschen Intelligenz ein ungeheures Novum. Zugleich ist es gelungen, einige alternative wissenschaftliche Positionen an einigen Universitäten aufzubauen. Ausstrahlungskraft und Beschäftigung mit marxistischer Theorie sind gewachsen. Es ist gelungen, wenigstens in ganz bescheidenen Ansätzen, Elemente von „Wissenschaftspluralismus" — d.h. die offene Auseinandersetzung divergierender wissenschaftlicher Strömungen herzustellen, wie er (allerdings zum Teil in einem etwas anderen Verständnis) von Seiten staatlicher Wissenschaftspolitik ja immer postuliert wird. Allerdings ist die Beschäftigung mit Elementen marxistischer Theorie in der Studentenschaft größer als die wirkliche Verankerung solcher Positionen innerhalb des Lehrbetriebes (d.h. auf dauerhaften Lehrstellen).

Zurück noch einmal zu meiner These über die „Niederlagen" der Bewegung. Ich habe wohl mit Michael Sommer Meinungsverschiedenheiten über das Kriterium von Erfolg und Niederlage, und über die Bewertung von langfristigen Entwicklungen. Daß die Durchsetzung bestimmter Tendenzen dieser Reform an den Hochschulen einige Zeit durch die Bewegung mitverhindert wurde, ist für mich längerfristig nicht als ihr Erfolg anzusehen, wenn nicht gleichzeitig längerfristig wirksame fortschrittliche Reformpositionen positiv durchgesetzt worden sind bzw. durch ihre zeitweilige Institutionalisierung Bedürfnisse nach demokratischen Strukturen und Inhalten geweckt wurden, die in späteren Auseinandersetzungen zu reaktualisieren wären. Wenn es hier als Erfolg bezeichnet wird, daß die inhaltliche Reform zugunsten einer sogenannten monopolhörigen Ausbildung gescheitert sei und wir andererseits sehen müssen, daß eine inhaltliche Reform im fortschrittlichen Sinne auch nicht durchgesetzt werden konnte, ist das Erfolgsgerede doch ausgesprochen zynisch gegenüber den Interessen der Studierenden und an diesen Hochschulen Arbeitenden. Wir brauchen nämlich nicht eine verhinderte Reform und auch nicht das durch Unfähigkeit staatlicher Politik und Systembedingungen organisierte Chaos, um sagen zu können: „Da sieht man mal wieder das Wesen des Monopolkapitalismus", sondern wir brauchen eine langfristig orientierte Reformpolitik, und wir können nicht zurück zu einem Zustand in dem die Universität scheinbar einen Freiraum in der Gesellschaft bildete. Wir kämpfen für eine Orientierung der Hochschulausbildung an langfristig verwertbaren Qualifikationserfordernissen der Studierenden; und wir müssen unsere Forderungen bezüglich der Vermittlung gesellschaftskritischer Studieninhalte, unsere Vorstellungen von einem demokratischen Wissenschaftspluralismus in ein solches Konzept integrieren. Die Studierenden sollen befähigt werden, den für ihre Berufsqualifikation notwendigen Stoff kritisch zu durchdringen, ihre eigene soziale Situation zu reflektieren. Die Hochschulen sollen befähigt werden, quantitative und qualitative Entwicklung gesellschaftlich planvoll zu organisieren. Zum Teil weisen solche Forderungen über eine Realisierbarkeit innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur hinaus. Sie sind konstruktive Alternativen der gegenwärtigen Situation und zielen darauf ab, bereits unter den gegenwärtigen Bedingungen den Interessen der Studenten und den inhaltlichen Bedürfnissen der Lohnarbeiter und ihrer Organisationen an den Universitäten stärkeres Gewicht zu geben.

Weißbach: Demokratische Reformpositionen sind, glaube ich, auf der Basis der gegenwärtigen Entwicklung anders zu bestimmen als in den frühen '70er Jahren. Und die Möglichkeit ihrer Absicherung sieht dementsprechend, da würde ich Christoph Kievenheim zustimmen, etwas anders aus. Wenn man davon ausgeht, daß '69 mit der reformistisch-integrationistischen Hochschu-

le, wie sie hier in Westberlin beispielhaft existierte, ein Rahmen geschaffen wurde, um Widerstände gegen die Neustrukturierung zu beseitigen, so zeigte sich in der Folgezeit, daß diese inhaltliche Neustrukturierung ausgeblieben ist. In diesem Vakuum ist anschließend die studentische und von der Mehrzahl der funktionalen Gruppen getragene Studienreformarbeit zu sehen. Diese mußte ein weder vom Kapital noch von sozialliberalen Reformern ausfüllbares Vakuum versuchen zu füllen. Ein beschleunigter gesellschaftlicher Strukturwandel zog vor allem im Überbaubereich einen Bedarf an Theorien und Methoden nach sich, der aus der traditionellen Hochschule heraus nicht mehr zu befriedigen war. Diese Lücke füllte die Studien-Reformarbeit.

Daraus resultierte ein spezifisch historisches, relativ borniertes Verständnis von kritischer Berufspraxis, ein Begriff von kritischer Praxis, der einen sehr geringen Vergesellschaftungsgrad der Arbeit unterstellt: ein Vor-sich-hinwerkeln der meist im ideologischen Bereich oder in der sozialen Praxis tätigen Hochschulabsolventen. Dieser Begriff wird partiell illusionär in dem Moment, wo die auch von Kievenheim skizzierten Veränderungen eintreten. Jetzt muß man sich die Frage stellen, ob die Hochschulreform damit zum gewissen Abschluß gelangt ist in der gegenwärtigen Phase und wie davon das Verständnis von Berufspraxis berührt wird. Die curriculare Reform steht heute immer noch aus. Es gibt Indikatoren dafür, daß das Kapital inzwischen weitaus konkretere Konzepte für neue Studieninhalte erarbeitet hat, als 1969 zur Verfügung standen. Man braucht nur mal die letzten Jahrgänge der BDA-Organe durchzulesen. In diesem Bereich ist der Bedarf an studentischer Reformarbeit heute gering. Das Kapital hat ausgefächerte Kataloge von Lernzielen auf Lager, die es den Hochschulen unterschieben möchte, so wie sich auch die vorsichtigen quantitativen Bedarfsprognosen der Kapitalseite als realistischer erwiesen haben als die von Riese, Alex oder Krafft. Aber es besitzt keine langfristig vernünftige Strategie zur Entwicklung der Arbeitskräfte und kann sie auch nicht besitzen. In quantitativer Hinsicht ist der Reformprozeß nicht abgeschlossen. Das, was als Einbruch bezeichnet wird, als sogenanntes Ende der Bildungsreform, ist nur ein relativer Einschnitt. Die Hochschulen sind seit 1973 weiter expandiert, wie in der Phase vorher, also wie seit 1965.

Zum Beispiel 1965 gab es 300 000 Studenten, '72: 536 000, und jetzt, 1976, sind wir bei 800 000 Studenten. Es hat sich also praktisch seit '72 noch einmal um die Hälfte vergrößert. Andererseits wird auch die gesellschaftliche Decke, der Akkumulationstopf, aus dem sowohl diese Expansion als auch die sie bedingende Möglichkeit kapitalistischer Strukturanpassung vor allem im tertiären Sektor sich ergibt, knapper. Die Folge ist vor allem eine Verbilligung der hochqualifizierten Arbeitskräfte, eine Kompression, die sich auch curricular niederschlägt. Für uns ist die Notwendigkeit alternativer Studiengänge heute nicht mehr aus sozialreformistischen Strukturanpassungsmaßnahmen ableitbar, aber ebensowenig aus der bloßen Notwendigkeit der verstärkten Umsetzung von Wissenschaft in die Produktion. Diese ist auch ohne curriculare Reformen weitgehend vollzogen.

Objektiver Ausdruck dieses Drucks auf die Hochschulen ist meines Erachtens das Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung. Auf die Möglichkeit von sogenannten vernünftigen Relationen zwischen Beschäftigungssystem und Hochschule und den Hinweis auf die anarchische Durchsetzung der Hochschulreform von Christoph Kievenheim müßten wir noch einmal eingehen. Ich verweise nur darauf, daß der Numerus clausus z.B. dieses Problem

nicht in den Griff bekommen hat. Er verbilligt die Produktion der Arbeitskraft, während er für die Studenten zusätzliche Kosten mitbringt. Zwar hat sich die Fachstudiendauer bis zum Abschluß verkürzt, die Verweildauer auf den Hochschulen aber ist angestiegen. Ich verstehe den Numerus clausus zumindest in seiner gegenwärtigen Handhabung nicht nur als Instrument, sondern vor allem als politische Variable. Früher waren es ständische Interessen von Berufsverbänden, Ärzten und Pharmazeuten usw., heute schlagen mehr allgemeinpolitische Interessen durch, Wahlhilfe, Jugendarbeitslosigkeit, um bloß ein paar Stichworte zu geben. Es zeigt sich, daß keine einheitliche Linie der Handhabung erkennbar ist, sondern immer wieder politische Bedingungen intervenieren.

Da die Betroffenheit gewachsen ist, die Bündnispartner aber angeblich nicht in Sicht sind, hat Christof Ohm nun argumentiert, wir müssen uns von den ewigen Neinsagern und von der Weg-Mit-Position abgrenzen, auch in Bezug auf das Hochschulrahmengesetz. Eine Konsequenz seines Arguments scheint mir zu sein, daß man sich genehme, irgendwie planungsverwertbare Bruchstücke aus dem Hochschulrahmengesetz herausklaubt, um daraus in Ermangelung von Bündnispartnern das Beste zu machen.

Sommer: Es sind sehr viele Fragen angesprochen worden, auf zwei will ich noch einmal eingehen. Manuel hat das Stichwort „Geschichtsklitterung" genannt. Ich kann für die Organisation, der ich u.a. auch angehöre, für die ADSen kann ich sagen, wir haben nie behauptet, daß wir jetzt etwas Ähnliches wie eine demokratische Hochschulreform voll durchsetzen können. Da kannst Du dir die programmatischen Aussagen jeder einzelnen ADS ansehen, wie auch das Aktionsprogramm der ADSen-FU, wo immer wieder darauf hingewiesen wird, Bedingungsfaktor für eine Politik der demokratischen Veränderungen mit institutioneller Absicherung ein Bündnis über die Hochschule hinaus mit den Organisationen der Arbeiterklasse, wie Gewerkschaften usw. möglich.

Aber das macht noch keine Politik der gewerkschaftlichen Orientierung aus, das umfaßt wesentlich mehr. Aber dazu später mehr. Das zweite Problem heißt, was sind Erfolge? Einen Aspekt dazu hat schon Christof Ohm genannt, als er seine Erfahrungen im Fachbereich 11 geschildert hat. Nun ist der Fachbereich 11 nicht typisch für die FU, ganz zu schweigen von der Entwicklung an den anderen Hochschulen in Westberlin. Für die Fachbereiche der FU kann man ganz allgemein sagen, Manuel, daß das Wachsen der demokratischen Studentenorganisation, der ADSen, in der zweiten Phase ganz eindeutig einen Erfolg darstellt.

Wir müssen weiterhin davon ausgehen, daß nach der '69er Reform wesentliche Veränderungen des Lehrangebots und der Forschungsinhalte stattgefunden haben. Ich nenne nur die große Anzahl von Diplom- und Staatsexamensarbeiten, die sich inhaltlich total von den Arbeiten aus der Zeit vor 1969 unterscheiden.

Auf einer Großveranstaltung der ADSen am 28. Januar in der TU hat Professor Kühnl in einem ausgezeichneten Referat darauf hingewiesen, daß zum ersten Mal in der deutschen Universitätsgeschichte eine Generation Wissenschaftler an den Hochschulen arbeitet, die nicht die stockreaktionäre Haltung und Tradition der letzten hundert Jahre fortsetzt. Hier zeigen sich in der Tendenz ganz deutlich qualitative Veränderungen, die auch und gerade ein Erfolg der politischen Aktivitäten an dieser Universität sind.

Ohm: Wir diskutieren hier über die Ursachen und Bedingungen der gegen-

wärtigen Bewegung der Studenten. Es ist gewiß zweckmäßig, noch einmal die Ursachen der Studentenbewegung der 60er Jahre zu rekonstruieren und zu prüfen, ob sich daraus Kampfperspektiven für die gegenwärtige Studentenbewegung erarbeiten lassen. — Die bürgerliche Universität der 60er Jahre entsprach nicht mehr den Erfordernissen einer hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaft:

a) Die Verwissenschaftlichung und Automatisierung von Produktion und Verwaltung schritt in den 60er Jahren mit ungeheurem Tempo voran: In den Labors und Planungsabteilungen der Großbetriebe, im Erziehungswesen, im gesamten Bereich der öffentlichen Dienstleistungen wurden immer mehr wissenschaftlich geschulte Arbeitskräfte erforderlich. Die Universitäten aber waren nicht auf ein Massenstudium von 20 - 30% der Schüler eines Altersjahrgangs eingerichtet, sondern auf das Studium einer kleinen Elite.

b) Die Produktion dieser Absolventen war teuer, mit der voranschreitenden technischen Entwicklung nahm für die öffentlichen und privaten „Arbeitgeber" der Gebrauchswert der akademisch geschulten Arbeitskräfte immer mehr ab: Das Kapital brauchte immer mehr hochqualifizierte Facharbeiter. Teilnahmslose Lehrer, die die Kinder unqualifizierter Arbeiter für unheilbar milieugeschädigt, für „geborene Hilfsarbeiter" hielten und sich nichts einfallen lassen mochten, um sie voranzubringen, wurden fürs große Kapital zusehends dysfunktional. Zusehends dysfunktional wurden auch Ärzte, die sich für betriebliche bzw. sonstige soziale Krankheitsursachen nicht interessieren mochten und es daher nicht verstanden, qualifizierte Arbeiter gesund und arbeitsfähig zu machen; dasselbe gilt für Psychologen und andere Sozialberufe. Aus dieser Sachlage heraus war der Staat, da er für die langfristige Absicherung des kapitalistischen Verwertungsprozesses, folglich auch für die Produktion wissenschaftlicher Grundlagenforschung und für die Qualifizierung der Arbeiter der kommenden Jahre zuständig ist, interessiert an einer grundlegenden Reform der Universitäten, an einer radikalen Beseitigung feudaler Zustände an denUniversitäten. Da eine grundlegende inhaltliche und strukturelle Reform eines so riesenhaften und komplizierten Gebildes wie eines Universitätssystems auf dem Wege eines amtlichen Befehls „von oben" völlig unmöglich ist, mußte er die zündende demokratische Reformbegeisterung der Studenten und Assistenten gewähren lassen, was auch im Universitätsgesetz von 1969 seinen Niederschlag fand. Um den Studenten die Bildung eines einheitlichen Willens möglichst zu erschweren, wurde die Verfaßte Studentenschaft gleichzeitig abgeschafft.

Der Staat schafft nun nicht nur langfristig und planmäßig die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Qualifikation der Arbeitenden, als bürgerlicher Staat ist er zugleich zuständig für die langfristige und planmäßige Absicherung tagtäglicher Enteignung der Arbeiterklasse durchs Kapital. Von dieser zweiten — im Zweifelsfall Priorität genießenden — Funktion aus betrachtet, stieß der Staat auf eine „gefährliche Konstellation": In einer kapitalistischen Gesellschaft sind der Reform des Erziehungswesens systemspezifische, inhaltliche und finanzielle Grenzen gesetzt. Die erste Studentenbewegung blies zwar der alten Feudal-Uni das Lebenslicht fast völlig aus, aber sie begnügte sich nicht mit einer halbdemokratischen Universität, machte nicht halt an den Grenzen, bis zu denen hin das kapitalistische System die Reform noch tolerieren kann. Die Studentenbewegung ging aufs Ganze, wollte umfassende Demokratisierung, stellte die Beherrschung der Gesellschaft durch das Sonderinteresse des Kapitals in Frage. Dies ist für den kapitalistischen

Staat ein gefährlicher „Reformüberschuß": um ihn zu liquidieren, verhängt er Berufsverbote bzw. sucht durch andere Methoden administrativer Gewalt, einen über die Systemgrenzen hinausgehenden „Reformüberschuß" zu ersticken.

Ich fasse die leider recht langen Ausführungen zusammen:

a) In unserer Gesellschaft entwickeln sich die materiellen Produktivkräfte (Technik und Arbeitsorganisation) trotz des schon erreichten Niveaus mit ungeheurem Tempo weiter.

b) Falls nicht die materielle Produktion und damit auch der kapitalistische Verwertungsprozeß zusammenbrechen soll, müssen auch die subjektiven Produktivkräfte, die Arbeiter, zu immer qualifizierterer Arbeit befähigt werden.

c) Es müssen — auch in einer kapitalistischen Gesellschaft! — folglich alle Sektoren des Erziehungssystems nicht nur einmalig, sondern permanent reformiert werden.

d) Der bürgerliche Staat muß daher ein böses Akrobatenstück leisten: Einerseits muß er das Reformengagement an der „Basis" der öffentlichen Institutionen tolerieren, ja sogar mehr oder weniger direkt fördern; andererseits muß er den vor den Grenzen des kapitalistischen Systems nicht haltmachenden „Reformüberschuß" ersticken.

Welche Relevanz haben diese Punkte a bis d für die gegenwärtige Bewegung der Studenten: Dem Staat ist sein Akrobatenstück mißlungen; zwar ist ein beträchtlicher Teil derer, die durch die erste Studentenbewegung bewegt wurden, in resignativer Anpassung auf der Strecke geblieben, aber dennoch hat eine breite, antikapitalistische Politisierung der Studenten im kapitalistischen Deutschland stattgefunden wie nie zuvor in diesem Jahrhundert. Zu lernen ist: Das Akrobatenstück ist störbar! Das liegt offensichtlich daran, daß der bürgerliche Staat in einem Feld sehr widersprüchlicher gesellschaftlicher Anforderungen operieren muß. Er muß den Notwendigkeiten einer entwickelten materiellen Produktion und einer entwickelten Arbeiterklasse Rechnung tragen, die Entwicklung einer konsequent gesellschaftsbezogenen Wissenschaft fördern, weil sie für die gesellschaftliche Weiterentwicklung unabdingbar ist; zugleich muß er dem Kapital geben, was des Kapitals ist: viel Geld, viele Subventionen, und er muß unnachsichtig die antikapitalistische Intelligenz verfolgen.

Nun sind aber die Marxisten in vielen Fächern die einzigen, die eine wirklich gesellschaftsbezogene Wissenschaft noch auf die Beine stellen können, während die kapitaltreuen Wissenschaftler zwar Rechtfertigungswissenschaft liefern, die aber gerade deswegen wiederum für die Bewältigung von Anforderungen der entwickelten Produktion ungeeignet ist. Welche neue Formen des Eingriffs entwickelt der Staat, um sich innerhalb dieses Widerspruchsfeldes zu bewegen? Welche Rolle können die Gewerkschaften als Repräsentanten der Qualifikationsinteressen, der Gesundheitsinteressen, der kulturellen Interessen in diesem Widerspruchsfeld spielen? Kann nicht durch ein Bündnis zwischen Universitäten und Gewerkschaften auf die Art staatlicher Maßnahmen gegen die Universitäten wesentlicher Einfluß genommen werden? Daß ein immer größerer Teil der Studenten der gegenwärtigen Studentenbewegung über die ungeheure Bedeutung der Gewerkschaften für die Entwicklung der Universität in dieser Gesellschaft nachzudenken beginnt, wenn auch sehr tastend, ist ein ungeheurer strategischer Vorzug dieser Bewegung gegenüber der alten Bewegung.

Bohn: Zu dem immer wieder angeschnittenen Komplex der Politisierungspro-

zesse einige Anmerkungen: Ich glaube, daß ihr den Politisierungseffekt durch die Auseinandersetzung mit der Universitätsreform reichlich überschätzt und damit auch euer hochschulpolitisches Gewicht, das ihr in den letzten Jahren hattet. Da haben viel mehr Faktoren eine Rolle gespielt. Die Hochschulen wurden in der SDS-Phase politisiert; diese Politisierung ist erhalten geblieben, besonders an der FU, an der Ex-SDS-Genossen als Dozenten heute eine wichtige Schulungsrolle innehaben, der sie zwar leider oft nicht gewachsen sind, aber immerhin, da existiert „soziale Wirksamkeit". Dann haben gerade an den Westberliner Hochschulen allgemeine politische Konflikte eine Rolle mit unterschiedlicher Gewichtung gespielt: so anläßlich des Hungerstreiks der RAF 1974 — unsere Solidarität mit ihnen gegen ihre Haftbedingungen und unsere Kritik an ihrer politischen Strategie. Ausdruck davon waren unsere Aktionen nach dem Mord an Holger Meins. Das FU-Info sprach damals bereits von einer „neuen politischen Bewegung". (FU-Info, 24/74) Oder hier nur erwähnt: Internationalismus, unsere Aktionen zu Chile und Portugal, wichtige Politisierungsfaktoren.

Ein Problem dieser ganzen Phase 69 bis etwa 74/75 war gerade die Parzellierung dieser verschiedenen Politisierungsprozesse. Meines Erachtens ein sehr relevanter Unterschied zur Phase davor. Der SDS hatte zumindest als Anspruch definiert, Politisierung in ihrer Totalität zu begreifen. D.h. der SDS hat die Zusammenhänge erkannt und betont, wie sie etwa in den Analysen von Horkheimer und Adorno über Faschismus und Familie diskutiert wurden; oder aber die zusammenhängende Diskussion sehr divergierender und einander bedingender Faktoren, wie einerseits der Kampf gegen den Völkermord in Vietnam und andererseits die Erkenntnis der Funktion des Antikommunismus in seiner gesellschaftlichen Umgebung bzw. überhaupt das Erkennen, wie repräsentative Demokratie funktioniert. So wurde politische Arbeit damals als etwas alle gesellschaftlichen Ebenen Umgreifendes begriffen, das die eigene subjektive Befreiung als etwas Erfahrbares mit einschloß.

In der Parteienphase wurden politische Prozesse als Ausdruck der Fraktionierung ungemein auseinanderdividiert, indem man die verschiedenen Ebenen gegeneinander ausspielte (Kampf gegen den Staat, soziale Konflikte, Subjektivität etc. pp.). Diese Verabsolutierung einzelner Komponenten ist eine Art Legitimationsideologie, die die politische Existenz der eigenen Fraktion in Abgrenzung, den Alleinvertretungsanspruch, rechtfertigen soll.

Die Bewegung, die sich in den letzten Semestern in Berlin neu entwickelt hat, versucht nun, auch auf Grund repressiver Erfahrungen mit dem im obigen Satz skizzierten Politikverständnis und aus einer Analyse der eigenen existentiellen Bedingungen, die Erfahrungen des SDS aufzugreifen, um so wieder zu einem umfassenden politischen Verständnis zu kommen.

Eine zweite Sache, zu der noch Stellung zu beziehen ist, ist die Frage der demokratischen Inhalte. Für die Entwicklung unserer Bewegung hat diese Frage sicherlich sowohl eine positive als auch eine negative Rolle gespielt. So ist es sicherlich falsch, wenn hier die Frage der linken oder radikaldemokratischen Lehrinhalte nur in einem positiven Rahmen dargestellt werden, denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß ja gerade an Fachbereichen, wo weitgehendst Personen solche Inhalte verankern konnten, weniger durch Studienpläne als durch Personen, daß der Marxismus an der Universität sich den Bedingungen der Vermittlung und der Lernform weitgehend angepaßt hat. Es kam nicht zu einer den Inhalten entsprechenden Vermittlung. Es ist zu keiner Diskussion über die Form der Wissensaneignung gekommen und schon gar nicht zu einer

Diskussion über das Problem der Trennung von Theorie und Praxis. Für den Marxismus, der als Wissenschaft von der historischen Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft ausgeht, sollte dieser Widerspruch von Theorie und Praxis zumindest ein diskutierbares Problem sein. Denn diese Trennung wird in den linken Seminaren immer mehr als repressiv empfunden, weil dort in der Regel weder Fragen noch Antworten formuliert werden, die auf die eigene politische Identität bzw. auf erfahrbare politische Probleme rückvermittelbar wären.

Ein wichtiges Element dieser Bewegung ist daher auch ein erneutes Problematisieren dieser radikal demokratischen und marxistischen Lehrinhalte. Nur haben sich die linken Dozenten bisher ziemlich generell geweigert, dieses Problem überhaupt zu erkennen. Das muß natürlich zu Spannungen führen! Diese Weigerung hat dazu geführt, daß stark antiwissenschaftliche und antitheoretische Strömungen existieren, denen sich gerade auch die linken Dozenten politisch bisher in keinster Weise gestellt haben. Insofern würde ich das sehr viel stärker problematisieren als es hier von euch der Fall ist.

Ohm: Ich glaube, man muß den Begriff „Repressivität" linker Seminare sorgfältig prüfen. Zwischen unmittelbarer politischer Praxis und systematischer Erarbeitung der Einsichten des wissenschaftlichen Sozialismus besteht natürlich eine notwendige Spannung, weil nur durch die anstrengende Aneignung der Theorie die Voraussetzungen für wirksame politische Praxis unter komplizierten Voraussetzungen geschaffen werden. Es darf sich natürlich kein Moment verselbständigen, sonst droht der linke Elfenbeinturm oder die politische Handwerkelei. Sollten aber mit „repressiven" Seminaren solche gemeint sein, die besonders klar durchstrukturiert sind, dann wird gerade mit dem Tabuwort „repressiv" die letzte Chance vermauert, in einer guten Lehrveranstaltung neue Lernmotivation aufzubauen.

Grundlagen strategischer Einschätzungen

Weißbach: Ich fange mit der Frage an, nicht um sie auszuführen, sondern um zu zeigen, daß sie eine Konsequenz der Beantwortung einer anderen Frage ist. Nämlich: Wo ist der Optimismus und wo sind die Perspektiven in der gegenwärtigen Bewegung zu verankern? Wenn die nur in der subjektiven Betroffenheit, die gewachsen ist in den letzten Jahren, verankert wird, wenn andererseits konstatiert wird: Bündnispartner sind gesellschaftlich nicht relevant oder nicht zu sehen, führt das meines Erachtens zu falschen Konzeptionen insbesondere in bezug auf politische Praxis im Beruf. Ein Beispiel dafür ist das Wiederaufleben einer Orientierung auf Kleingruppenarbeit, auf Anknüpfen an unmittelbare Bedürfnisse, was an sich nicht negativ zu bewerten ist, was aber häufig strikt einer gewerkschaftlichen Position entgegengesetzt wird. Als Beispiel aus dem Planungsbereich sei auf die Auseinandersetzung in der Zeitschrift ARCH + verwiesen, die eine Tendenzwende in diesem Sinn signalisierte. Die Existenzunsicherheit allein führt nicht schon zu einer richtigen Bestimmung der Träger des gesellschaftlichen Fortschritts. Das sind nämlich in dieser Variante tendenziell die kleinen freischaffenden Architekten und Planungsbüros, die da zum Träger des Fortschritts stilisiert werden, in einer gezielten Kehrtwendung gegen gewerkschaftliche Orientierung. Nur in der subjektiven Betroffenheit eine Strategie zu verankern, ist unzulänglich. Christof Ohm begründet hingegen seinen Optimismus in der Einschätzung unserer Kampfmöglichkeiten, wie ich ihn verstanden habe, in einer inneren Zwiespältigkeit kapitalistischer Interessen. Bünd-

nispartner oder entfaltete Klassenkämpfe sind für ihn nicht auszumachen. Das führt zu einer bestimmten Einschätzung des Hochschulrahmengesetzes, der staatlichen Maßnahmen, die auf uns zukommen werden und der Abwehrstrategie. Die Gefahr ist, daß der Hauptwiderspruch der kapitalistischen Hochschulpolitik als Widerspruch zwischen kurz- und langfristiger Politik des Kapitals bestimmt wird, woran sicher richtig ist, daß man kapitalistische Widersprüche ausnutzen kann für die Politik der demokratischen Bewegung; Beispiel Ost-Verträge, um so einen Widerspruch zu benennen. Ich weiß nicht, ob ich den Christof jetzt überspitzt interpretiere, wenn ich ihm jetzt unterstellen würde, daß man mit seiner Strategie sich in Studienreformausschüssen nach dem HRG mit bornierten oder dummen Einzelkapitalisten, die sich über die Tragweite der Entwicklung, die sie selbst in Gang gesetzt haben, nicht richtig im Klaren sind, zusammensetzen muß, um dann unsere Interessen selektiv durchzudrücken, ausgehend von einer Argumentation, daß man die Bruchstücke, die sozusagen langfristige kapitalistische Entwicklungserfordernisse verkörpern, jetzt durchsetzen und andere, die kurzfristigen politischen Stabilisierungsinteressen dienen, zu verhindern suchen muß. Damit werden sozialökonomische Grundlagen einerseits gegen kurzfristige politische Interessen des Kapitals andererseits ausgespielt, weil wir angeblich nicht gegen Effektivierung des Studiums und der Hochschule an sich sind, sondern gegen die Effektivierung der Hochschule im Sinne bestimmter kapitalistischer Interessen. Das würde sich dann, wenn ich das richtig verstanden habe, z.B. in folgenden Konsequenzen ausdrücken: Wir sind gegen eine 6-semestrige Regelstudienzeit, aber nicht gegen eine 8-semestrige auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Studiums. Als Verweis dient immer der Student, der hilflos an der Hochschule herumirrt, im 20. oder 30. Semester. Solch eine Argumentation finde ich problematisch. Auch hier wird in der Hochschulplanung natürlich wie im Sozialismus von einem gesellschaftlichen Bedarf ausgegangen.Das Argument, wir müssen uns die künftigen Formen von gesellschaftlicher Planung heute vorwegnehmen, können sogar effektiver planen als das Kapital, indem wir uns nicht von dessen kurzfristigen Interessen leiten lassen, sondern die objektiven langfristigen, sozialökonomischen Grundtendenzen, soweit sie sich in bestimmten Maßnahmen des Hochschulrahmengesetzes reflektieren, positiv aufnehmen, ist meines Erachtens den Betroffenen nicht vermittelbar. Effektivität in einem ganz abstrakten Sinne ist eine Lebensnotwendigkeit jeder Gesellschaft. Gestützt auf solch einen allgemeinen Begriff von gesellschaftlicher Effektivität, der nicht die gesellschaftliche Form der Durchsetzung dieser Effektivität analysiert, läßt sich an der Hochschule keine Politik, die sich auf die Interessen der Betroffenen stützt, ableiten. Es ist trivial, daß in jeder Gesellschaft Ressourcen knapp sind und daß darüber verfügt wird, und zwar im Interesse bestimmter Klassen. Wenn argumentiert wird, wir sind nicht gegen Regelstudienzeit an sich, wir bekämpfen nur gewisse Auswüchse, die der kapitalistischen Durchsetzungsweise geschuldet sind, dann beruft man sich eben meines Erachtens eben auf so eine ganz allgemeine Effektivität oder Ökonomie der Zeit, kann aber die Spezifik der kapitalistischen Hochschulpolitik und die Interessen derjenigen, die von ihr elementar betroffen sind, nicht begründen, wie auch keine Gegenstrategie. Andererseits klappt das auch nach den kapitalimmanenten Effektivitätskriterien nicht. Wir können dem Kapital nicht seine Feinplanung abnehmen, gestützt auf seine Kriterien von Effektivität oder von Ressourcenverwendung mit Hilfe etwa des Numerus clausus oder der Überlastquoten, die schon das Brachliegen der produzierten Qualifikationen einplanen. Es gibt also keinen formationsübergreifenden klassenneutralen

Effektivitätsbegriff, der konkret zur Entwicklung unseres Standpunktes in Fragen des Hochschulrahmengesetzes herangezogen werden könnte. Kapitalistische Effektivität ist nicht Einsparung von lebendiger Arbeit schlechthin. Der Aufruf an die Hochschulangehörigen, mitzuhelfen diese Effektivität zu steigern, verkennt deren Interessen und läuft in der Konsequenz auf die Aufforderung hinaus, eine langfristige Strategie des Kapitals zu suchen, die es gar nicht geben kann in bezug auf die Reproduktion der Arbeitskraft.

Bohn: Ich kann gerade hier ansetzen: Wenn man davon ausgeht, ich würde das auch so sehen, daß es keinen wertneutralen Effektivitätsbegriff gibt, dann muß man konsequenterweise davon ausgehen, daß die formale Strukturierung und die formale Veränderung der Studiengänge durch das Hochschulrahmengesetz in direkter Weise gekoppelt ist mit einer inhaltlichen Veränderung. Man kann diese formale Veränderung „Regelstudienzeit" nicht trennen von der inhaltlichen Verschulung,von der Degradierung bestimmter Wissenschaften zu multiple choice-Systemen à la Führerscheinfragebogen.

Deswegen würde ich davon ausgehen, daß der wichtigste Ansatz für strategische Bestimmungen mittelfristiger Natur das Verhindern der Durchsetzung bestimmter grundlegender Prinzipien des HRG, Verschulung und Effektivierung, sein muß. Wobei die Frage der politischen Repression in diesen Zusammenhang mit reinzunehmen ist. Nur um ein Beispiel aufzuzeigen, gerade die im letzten Semester massive Praktizierung des Ordnungsrechtes als Beginn einer neuen Strategie hat die Funktion, bestimmte Reibungsverluste ziemlich klein zu halten, die in nächster Zukunft als politische Konflikte bei der Durchsetzung genau dieser Effektivierung und Verschulung entstehen werden.

Strategische Überlegungen müssen als Voraussetzung zunächst verschiedene Ebenen der Intervention herauskristallisieren. Erstens: Eine genaue Analyse des Spielraums, den man hat im Rahmen von Forderungen zwischen dem Hochschulrahmengesetz und der '78 sich vollziehenden Angleichung des Berliner Hochschulgesetzes. Das zweite ist eine Bestimmung des Spielraums bzw. der Widersprüche, die durch die Integration der Westberliner Hochschulen entstehen, bei der ganz verschiedene sich auch widersprechende Maßnahmen von seiten der politischen Institutionen erwogen werden. Das dritte ist ein Versuch, die Durchsetzung ganz bestimmter Effektivitätsnormen zu verhindern, sowie Verschulung durch eine längerfristige direkte Organisierung zu unterlaufen. Von dieser Unterlaufungsstrategie her müssen dann Konflikte auf der Ebene der Forderungen geschaffen werden, in einer Art Wechselwirkung.

Sommer: Nur eine Frage, da mir dieses Konzept doch ziemlich diffus zu sein scheint; wie du das Konzept begrifflich bestimmen würdest, als Unterlaufungsstrategie, als Konfliktstrategie, also nur, damit wir klar diskutieren können.

Bohn: Diese Form von Strategie, das habe ich bewußt versucht, differenziert zu schildern, muß sowohl die Ebene der Forderungen, gekoppelt mit einer direkten Konfliktstrategie, als auch Unterlaufungselemente verbinden. Nur so lassen sich konkrete Bedingungen eines Instituts meinetwegen mit der Ebene der Gesetzgebung in einer solchen Strategie zusammenfassen.

Ohm: Vorab zur Klarstellung: Für mich ist folgendes klar: Entschieden demokratische Wissenschaft und entschieden demokratische Reformpolitik sind an den Universitäten nur dann langfristig zu verankern, wenn die Gewerkschaften dies stützen. „student-power" oder „science-power" können gegen das Interesse des Kapitals an den Unis langfristig wenig bewirken. Das erfahren wir ja tagtäglich selber.

Nun zu unserem Kampf gegen Akademikerarbeitslosigkeit und finanzieller

Misere im Bildungsbereich. Für konsequente gewerkschaftliche Reformpolitik, mit der wir uns verbünden müssen, gibt es dreierlei Aufgaben:

a) Es ist im Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit zu verankern, daß es in absehbarer Zeit in dieser Gesellschaft millionenfache Dauerarbeitslosigkeit und katastrophale Zusammenbrüche gibt, wenn nicht Lehrerarbeitslosigkeit und Stellenstopp im öffentlichen Dienst unverzüglich aufgehoben werden, weil die Gesellschaft der 80er und 90er Jahre sehr gut qualifizierte Produzenten und hochqualifizierte öffentliche Dienstleistungen braucht. — Und auch das Kapital braucht das, sonst ist die Kapitalverwertung der 80er und 90er Jahre sehr schlecht.

b) Es ist im allgemeinen Bewußtsein zu verankern: Diese Forderungen sind finanziell realisierbar. Noch kein Kapitalismus ist an einer Steigerung der Bildungsausgaben zugrundegegangen — ganz im Gegenteil!

c) Es muß zur Verwirklichung der Forderungen massiver politischer Druck auf den Staat ausgeübt werden. Der Druck hat große Erfolgschancen, wenn er nur stark genug ist.

Weißbach: Nur eine Verständigungsfrage: Ist dieser Ausgangspunkt der Bestimmung der Strategie identisch mit dem Widerspruch zwischen Gesamtkapital oder ideellem Gesamtkapitalist und den hemmungslos raffgierigen Einzelkapitalen, die die Grundlagen ihrer Akkumulation immer wieder untergraben?

Ohm: Vielleicht sollte ich mich noch präziser ausdrücken. Konsequente gewerkschaftliche Reformpolitik, für die wir kämpfen und mit der wir uns verbünden müssen, heißt nicht, daß man nur Forderungen stellt, die binnenkapitalistisch realisierbar sind. Damit Illusionen und Enttäuschungen verhindert werden, muß aber klar unterschieden werden zwischen Forderungen, die demnächst realisiert werden können, und Forderungen, deren Erfüllung die Sprengung kapitalistischer Produktionsverhältnisse voraussetzt. Natürlich müssen auch Forderungen gestellt werden, die so hoch sind, daß der Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse kracht und seine Enge bewußt wird. Aber Arbeiter sind keine Abenteurer, sie wollen genau wissen: Was ist erreichbar? Erfüllbar — ich sag's noch einmal — sind auf jeden Fall Bildungs- und Gesundheitsforderungen der Arbeiter, die den langfristigen Entwicklungserfordernissen der materiellen Produktion entsprechen. Allerdings fällt da der Arbeiterklasse und den sich mit ihr verbündenden Studenten gar nichts in den Schoß, und ich wehre mich hier gegen die Unterstellung des Ökonomismus oder irgendeiner anderen passiven Abwartepolitik. Das aufgrund der Entwicklungstendenzen der materiellen Produktion langfristig Notwendige muß hart erkämpft werden. Ich will noch einmal ganz kurz zu dem Komplex Hochschulrahmengesetz zurückgehen; als Reflex dieser widersprüchlichen sozial-ökonomischen Basisprozesse enthält es drei Komponenten. Das ist zum einen der Versuch, die Hochschulstudien zu effektivieren und die Produktivität von Forschung, Lehre und Studium zu steigern. Dabei geht es darum, daß einfach die Kosten — jetzt mal zunächst wertneutral gesprochen — für die Produktion hochqualifizierter Arbeitskräfte gesenkt werden. Man muß einfach sehen, daß da wirklich neue Maßstäbe erforderlich werden, wenn 1965 300.000 Leute studieren, aber 1980 1.25 Mil. Es muß dann natürlich in irgendeiner Weise der universitäre Ablauf des Studiums klarer und verbindlicher organisiert werden. Dann enthält das Hochschulrahmengesetz höchst verkümmert immer noch die Forderung der Berufsorientierung der Studiengänge. Wir müssen den Begriff Berufsorientierung offensiv deuten als Gesellschaftsbezogenheit und gesellschaftliche Nützlichkeit des Studiums. Gesellschaftlich nützlich aber ist — in einer dem Anspruch nach demokratischen Gesellschaft — immer noch das, was der Mehrheit der Bevölkerung, also den Arbeitern nützt. Schließlich enthält das Hochschulrahmengesetz als überwiegende und entscheidende Komponente — und da ist unser Hauptkampf — die Komponente der Systemintegration: Abbau der studentischen Mitbestimmung, Abbau des Einflußrechts des akademischen Mittelbaus, Einführung des Ordnungsrechts, die Zusammensetzung der Studienreformkommission. Alles das soll Reformen an der Universität staatlich unmöglich machen, die über die Grenzen des Systems hinausgehen. Die Schwierigkeit, in der wir uns bei unserer Hochschulpolitik befinden, ist jetzt, daß das Kapital, seine Massenmedien und der bürgerliche Staat diese drei Komponenten zu einem Einheitsbrei zusammenschmelzen und behaupten, da wo der Staat demokratische Studieninhalte, die ihm systemsprengend erscheinen, eliminiert, es handele sich bloß um Effektivierung. Und die Schwierigkeit, mit der wir dabei zu ringen haben, ist, daß wir gegen dieses Scheinargument, die Entfernung von marxistischen Lehrinhalten sei nur eine Entrümpelung von Ballast, keine harten Gegenargumente haben, weil wir nämlich alles, was Effektivierung ist, gleichsetzen mit Systemintegration. Wir lavieren uns damit in eine Kampfposition, in der die bürgerlichen Massenmedien mit einem gewissen populären Echo behaupten können: Aha, da wollen also die Herren Studenten ihre Privilegien retten, sie wollen unbegrenzt lange studieren können, sie wollen die Seminare auswählen können, zu denen sie sich lustig fühlen, während z.B. die Lehrlinge ganz klare Zeitbegrenzungen ihres Lernprozesses akzeptieren müssen und ganz klare inhaltliche Strukturen vorgegeben bekommen. Um die innere Widersprüchlichkeit, das Spannungsfeld dieser drei Komponenten auszunutzen, würde ich sagen: Ja, wir sind für die Effektivierung und Produktivitätssteigerung des Studiums, wir sind für Berufs- und Gesellschaftsbezogenheit des Studiums, und daher sind wir gegen die Berufsverbote, daher sind wir gegen den Abbau der Mitbestimmung und gegen die Aufwertung reaktionärer Professoren, weil das, was wir wollen, nämlich Gesellschaftsbezogenheit des Studiums, Berufsorientiertheit des Fachstudiums, genau dem Ziel der Effektivierung dient; d.h. akademisch geschulte Arbeitskräfte herauszubilden, die in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen, in denen sie später arbeiten, wirklich eine sinnvolle, gesellschaftlich verallgemeinerbare Berufspraxis ausüben. Es sollte in unserer Öffentlichkeitsarbeit unbedingt strategischen Vorrang bekommen, herausarbeiten, daß die Politik der Berufsverbote letztlich Sterilisierung und vollkommene Ineffektivität der Universität bedeutet, ja im Endeffekt dazu führt, daß die Universität nicht mal mehr den Ansprüchen einer entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaft nützen kann. Und ich meine, das ist eben eine bündnisfähige Argumentation, die jene auf unsere Seite ziehen kann, die als Steuerzahler zunächst einmal an einer Universität interessiert sind, die Ärzte produziert, die wirksam heilen können, und die Lehrer produziert, die den Schülern wirkliche Einblicke in wirkliche Zusammenhänge beibringen. Auf unsere Seite müssen sie gezogen werden durch unsere Argumente, auch wenn sie mit den Forderungen des entwickelten Sozialismus noch nicht voll einverstanden sein können.

Sommer: Ein weites Feld, würde Fontane sagen. Den Punkt, den ich noch einmal kurz bestimmen möchte ist der, wie denn heute die bildungspolitische Landschaft eigentlich aussieht. Da kann man z.B., wenn man über den Tellerrand der Hochschule hinaussieht, eine riesengroße Jugendarbeitslosigkeit sehen, man kann sehen, daß die prognostischen Zahlen, die im wesentlichen auch stimmen werden, die man nachlesen kann im Hauptreferat von Knop auf der Westdeutschen Rektorenkonferenz von 1976, daß die auch sagen , daß nicht nur ein

wachsender Berg von Studenten da ist, sondern auch die Zahl der Absolventen des nichthochschulischen Bereichs, der Berufsschulen und Fachschulen wesentlich steigen wird. Daß die Zahl der Lehrlingsausbildungsplätze, wenn man die befriedigen will, wohl in der Größenordnung von 200 000 jährlich bis 1980 steigen müßte. Das ist ein Ausgangspunkt, den man dabei nicht unberücksichtigt lassen sollte und den ich in dem Stichwort zusammenfasse: Bildungskatastrophe. Und diese Bildungskatastrophe durchzieht alle Bereiche des Ausbildungssystems, vom Schulbereich mit dem Problem der Klassenfrequenzen über den berufsschulischen Ausbildungs- und den beruflichen Ausbildungsbereich bis hin zum Hochschulbereich. Das ist eine Bedingung dafür, den Ansatz einer demokratischen Bildungspolitik, die ja gegen diese staatliche Bildungspolitik in weiten Bereichen stehen würde, wie man der gerecht werden könnte. Das heißt also, daß dieses gesellschaftliche System ein riesiges Problem mit der Notwendigkeit und der Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten hat. Das ist das eine Problem.

Dieses System steht vor der Notwendigkeit überhaupt Leute erst einmal ausbilden zu können, und zwar in allen Bereichen der Ausbildung, und es steht zweitens vor dem noch größeren Problem, diese Leute, die da ausgebildet sind, überhaupt arbeiten zu lassen, sprich, ihnen eine berufliche Möglichkeit, ihnen eine berufliche Chance zu geben. Knop zieht in seinem Referat daraus den Schluß, heute kommt es erst einmal darauf an, die Leute von der Straße wegzuholen. Deswegen öffnen wir die Hochschulen, um in der Folge Lehrlingsausbildungsplätze zu schaffen, dann haben wir das Problem 5 Jahre vom Tisch und später wird es eben wiederkommen und bis dahin müssen wir uns etwas einfallen lassen. Das ist das eine Moment staatlicher Bildungspolitik. Das zweite Moment ist, daß die staatliche Bildungspolitik natürlich auch vor der Aufgabe steht, heute den Facharbeiter und den Intelligenzler des Jahres 2000 auszubilden. D.h., daß auch das Moment des direkten Berufsbezugs der Ausbildung sichergestellt werden soll. Das dritte Moment ist, daß alles das, was an Formen und an Perspektiven demokratischer Berufsausbildung vorhanden ist, abgewürgt werden soll. Das sind meines Erachtens drei Momente staatlicher Politik. Und jetzt, ohne noch weiter in die Analyse einzusteigen, will ich auf das Hochschulrahmengesetz selber kommen. Ich habe mich mehrfach mit dem Hochschulrahmengesetz beschäftigt und bin an den Punkt gekommen, daß das Hochschulrahmengesetz nichts, aber auch an keinem Punkt, das Moment gesellschaftlicher Effektivierung und Planung enthält. Wenn man nachrechnet, wenn man wissenschaftlich analysiert, wie das mal an der TU in Bezug auf die Einführung von Regelstudienzeiten errechnet wurde auf der Grundlage einer Vergleichsberechnung zwischen Mathematikausbildung an der Fachhochschule mit 6 Semestern und einer Mathematikausbildung an der TU. Und die haben wissenschaftlich analysiert, daß die Fachhochschulausbildung teurer ist. Das ist erst einmal ein unheimlicher Hammer. Der zweite Punkt ist, dieses System, dieses Ausbildungssystem insbesondere im tertiären Bereich steht vor dem Problem, daß heute 30% aller Studenten und zunehmend mehr ihr Studium abbrechen, d.h. es werden gesellschaftliche Mittel ohnegleichen verschleudert. Das ist auch ein Problem, dem man nur dann Herr werden kann, wenn man z.B. soziale Bedingungen dafür schafft, daß jeder eine Ausbildung garantiert bekommt. Ich setze mit Absicht jetzt nur Schlaglichter, um bestimmte Aussagen von Christof Ohm zu relativieren.

Ohm: Darf ich unterbrechen? Da sind wir uns völlig einig. Was ich nur vorschlage, ist, daß man sozusagen den Anspruch des Hochschulrahmengesetzes,

die Effektivierung voranzutreiben, ernst nimmt; daß man sagt: Dieses Hochschulrahmengesetz kann diesen Anspruch gar nicht verwirklichen, sondern ist eine Zerschlagung dieses Anspruchs. Das scheint mir eine sinnvollere und bündnisfähigere Form der Kritik des Hochschulrahmengesetzes als zu sagen, Effektivierung im Kapitalismus kann man nicht systemneutral sehen usw. usw.

Sommer: Naja, da unterscheiden wir uns ja eben. Weil ich nämlich davon ausgehe, daß das Hochschulrahmengesetz die Funktion hat nicht zu effektivieren, sondern primär die Funktion hat, die Ausbildung in einem bestimmten Interesse sicherzustellen. Um ganz deutlich zu sagen, wo wir uns unterscheiden: Regelstudienzeit mit 6 oder 8 Semestern ist ohne die Schaffung von Studienreformkommissionen nicht denkbar, d.h. beide Regelungen sind eng miteinander verknüpft und haben die gleiche Zielsetzung.

In der Broschüre der SEW-Hochschulgruppe ist diese Zielsetzung dargestellt: der Stoß richtet sich gegen eine wissenschaftliche und damit demokratische Ausbildung. Hier soll eine Ausbildung durchgesetzt werden, die soviel Leute wie möglich durchschleust und eine Qualifikation vermittelt, die direkt den Verwertungsinteressen der Großkonzerne entspricht. Und das Ziel, Lehndorf hat in seinem Referat „Fünf Jahre MSB Spartakus" darauf hingewiesen, das Ziel staatlicher Bildungspolitik ist die Schaffung von imperialistischen Massenuniversitäten. Das ist ein Stichwort, das man sich in seinem ganzen Sinngehalt einmal überlegen sollte.

Dieses Ziel enthält Grundsätze, die von meiner Position aus zu bekämpfen sind. Das HRG verstößt gegen die Interessen aller funktionalen Gruppen an der Hochschule — von der Eliminierung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung bis zum Abbau von Mitbestimmungspositionen.

Ich brauche nur auf den Gang dieser Diskussion hinzuweisen. Denn wenn darauf verwiesen wird, daß die BDA voll entwickelte Curricula hat, dann frage ich ich natürlich, welche Regelungen sind im HRG vorhanden, um diese Vorstellungen umzusetzen — das sind die Studienreformkommissionen. Weiterhin frage ich dann, warum sind diese Regelungen getroffen worden und wie sehen die Curricula der BDA eigentlich aus? Von daher finde ich dein Herangehen an das HRG vollkommen falsch. Ich gehe an das Gesetz so ran: Vom Interesse derer, die direkt und indirekt davon betroffen sind. Man kann von beiden Ebenen aus bestimmte Ansprüche an das Gesetz und damit an die Hochschule stellen. Die Gewerkschaften haben das übrigens in den 23 Thesen zur Bildungspolitik getan, und der Vergleich der Thesen mit dem HRG zeigt nicht einen einzigen Punkt der Übereinstimmung.

Daraus ergibt sich folgende strategische Bestimmung: 1. Das Gesetz ist im Ganzen abzulehnen. 2. Unter den heutigen Kampfbedingungen wird ein einziges großes Aufbäumen das Gesetz nicht vom Tisch bringen.

D.h., daß man an der untersten Ebene ansetzen muß, und die unterste Ebene sind die Fachbereiche, die Lehrveranstaltungen mit demokratischen Lehrinhalten und Lernformen. Wir müssen notfalls auch gegen das Gesetz die erreichten Positionen verteidigen. Das heißt drittens: Bestimmte Teilziele formulieren, die dem HRG widersprechen, und wenn dann Konflikte entstehen, diese auch ausfechten. Deshalb habe ich auch Manuel nach dem Unterschied von Unterlaufungs- und Konfliktstrategie gefragt. Ich bin schon der Meinung, daß man in bestimmten Fragen, wie im Ordnungsrecht, Konfliktstrategie fährt und sagt, hier ist Schluß,und der Senat soll nun mal versuchen, seine Ziele zu erreichen.

Kievenheim: Ich sehe schon grundsätzliche Unterschiede gegenüber der Position von Michael Sommer nicht nur was die Schlußforderungen, sondern auch

was die Grundelemente unserer Analyse des Hochschulrahmengesetzes und der anderen Momente staatlicher Bildungs- und Wissenschaftspolitik betrifft. Ich kann auch mit dem Schlagwort von der „imperialistischen Massenuniversität" nicht viel anfangen. In Michaels Argumentation scheint mir eine Vereinseitigung der Analyse der Hochschulreform nach herrschaftspolitischen Gesichtspunkten erkennbar. Für ihn sind „Interessen des Monopolkapitals" offensichtlich vor allem die politischen Gesamtinteressen dieses Systems nach innerer Stabilität und Loyalität der Lohnarbeiter und der Studierenden.

Für mich ist der Begriff der „Monopolinteressen" erst einmal eine ökonomische Kategorie, Grundlage ökonomischer Interessen einer Klasse. Dieses Interesse richtet sich z.B. auf die Schaffung einer Arbeitsplatzstruktur und einer Ökonomie der Arbeit, mit der die Kapitale konkurrenz- und akkumulationsfähig bleiben können. Erinnern wir uns doch des Beginns der Hochschulreform. Da bestand meines Erachtens keine unmittelbar politische Notwendigkeit zur Reform, politisch erschienen die westdeutschen Universitäten weitgehend integriert. Dagegen war viel von „technologischer Lücke", vom Bildungsnotstand die Rede — und das waren nicht bloße propagandistische Parolen — sie drückten erhöhte Anforderungen an die Produktivkraft Mensch für die weitere ökonomische Entwicklung aus. Mit der Ausdehnung der Anforderungen des Arbeitsmarktes an qualifizierten Arbeitskräften stellte sich dann zugleich auch das Erfordernis einer Ökonomisierung und Rationalisierung des Ausbildungswesens — der „reellen Subsumtion" unter die Bedingungen kapitalistischer Ökonomie. Es stellte sich die Notwendigkeit der Entwicklung von Planungssystemen für den Bildungsbereich. Aber offensichtlich stößt die Vergesellschaftung geistiger Arbeit innerhalb dieses Systems auf erhebliche Schwierigkeiten und kann sich nur krisenhaft durchsetzen. In den letzten Jahren ist diese krisenhafte Durchsetzung durch die konjunkturelle und strukturelle ökonomische Krise aktualisiert worden.

Die zweite Seite ist dann die herrschaftssichernde, das Bedürfnis nach loyalen Akademikern als Trägern künftiger administrativer und ideologievermittelnder oberer und mittlerer Positionen. Die kapitalistische Form der Hochschulreform kommt der Durchsetzung dieses politischen Zieles in gewisser Weise in die Quere, weil diese Reform nicht gerade sehr integrationsfähig wirkt. Man muß dann verstärkt auf äußere Ordnungsmaßnahmen zurückgreifen. Je stärker sich die inneren Widersprüche entfalten, desto schwieriger ist es, auf integrative Art der Sache beizukommen.

Allerdings sollte sich niemand der Illusion hingeben, auf der sozialen Perspektivlosigkeit von Teilen der Intelligenz könnte *dauerhaft* ein besonders wirksames demokratisches Potential gebildet werden, wenn sich nicht gleichzeitig andere Konstellationen verändern. Dies bedeutete, einer Verelendungstheorie anzuhängen. Auch der Rückzug linker Intellektueller in „außerinstitutionelle Kollektive", „Inseln der Emanzipation" ist keine *massenhafte* Perspektive und Alternativposition zu den gegenwärtigen Vergesellschaftungsprozessen. Man muß vielmehr bewußt diese Vergesellschaftungsperspektive aufgreifen und für ihre rationale Durchsetzung eintreten. Das heißt auch, für „Effektivität" des Verhältnisses von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, allerdings gegen eine „Effektivität" die den Studierenden einen langfristigen Verkauf ihrer Arbeitskraft verunmöglicht. Das heißt auch, für „praxisbezogenes Studium, aber so, daß die Mobilität der Leute gesichert bleibt. Das bedeutet weiterhin, daß wir auch für Arbeitsplätze „unterhalb" des traditionallen Akademikerspektrums ausbilden müssen. Es gibt auf einem bestimmten Niveau der Produktivkraftentwicklung Grenzen eines ökonomisch vertretbaren Einsatzes von Akademikern mit traditionellem Qualifikationsprofil. Auch in der DDR wird meines Wissens besonders das Fachschulwesen ausgebaut, und es bestehen rigide Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen.

Nun wird freilich in der Debatte über die Qualifikationsentwicklung von einer Position die These vertreten, daß durch Automation etc. generell höhere Anforderungen an die Denkfähigkeit, flexible und schöpferische Verhaltensweisen usw. gestellt werden. Wenn dem so ist, ist das ein wichtiger Ansatzpunkt für Forderungen in Bezug auf die inhaltliche Gestaltung des Ausbildungssystems. Und dann ist zu überlegen, inwieweit hier Ansatzpunkte auch für sozialkritisches Denken geschaffen werden können, dessen Inhalte an den Schulen und Hochschulen zu entwickeln sind und für die man kämpfen muß. Hier setzt eine Orientierung an, die wir früher einmal „Doppelqualifikation" genannt haben: Orientierung an verwertbarer Berufsausbildung (verwertbar für den Absolventen unserer Bildungsinstitutionen) und gegenstandsbezogene Befähigung zu kritischem Denken.

In Bezug auf das Hochschulrahmengesetz bedeutet das: Anknüpfen an Rationalitätsansprüchen dieses Gesetzes und dieser ganzen Reform; zugleich dort Kritik und konstruktive Alternativforderungen, wo diese Rationalität auf dem Rükken der Studenten und der Wissenschaftler ausgetragen wird, wo kritische Wissenschaftsinhalte abgewürgt werden, wo die Beschränkung der Ausbildungsdauer eine langfristige Berufsausbildung nicht mehr gewährleistet, wo der Abbau demokratischer Strukturen die Organisation kollektiver Erkenntnisprozesse verhindert. Wenn man sich nicht auf eine solche Orientierung einläßt — die auch die Entwicklung immanenter Alternativen bei der anstehenden Novellierung einschließt, dann wird man im übrigen in zwei Jahren nicht mehr weiterarbeiten können. Dann wird der gesetzliche Rahmen vorgegeben sein, und wir müssen innerhalb dieses Rahmens weiterarbeiten. Man kann nicht den Studenten jetzt sagen: „Weg mit allem", und dann, wenn das Gesetz durch ist, doch wieder mit der Arbeit an den Instituten usw. anfangen. Das ist eine Orientierung auf ein Desaster. Es gilt, heute bereits langfristig zu denken, immanente Widersprüche dieses Gesetzes herauszuarbeiten, kontruktive Teilalternativen zu entwickeln, die für Reformbewegungen auch nach und mit diesem Gesetz zum Teil noch tragfähig sind.

Weißbach: Dieser Hinweis auf die Doppelqualifikation zeigt ja nur, daß das Problem so einfach nicht zu lösen ist. Daß Wissenschaft im Kapitalismus überhaupt als Produktivkraft wirksam werden kann, eingebunden werden kann in den Produktionsprozeß, setzt immer noch ihre Trennung als eine auf die Produktion angewandte Wissenschaft von der unmittelbaren Arbeit voraus. Die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Qualifikation zeigt gerade, daß die allgemeinen Bedingungen, die die erhöhten Anforderungen an die Reproduktion der Arbeitskraft verlangen, nicht bereitgestellt werden und daß die Anwendung von Wissenschaft im Kapitalismus mit Fachidiotentum, Verschulung, partieller Dequalifizierung immer wieder einhergeht. Wenn Christof Ohm vorhin gesagt hat, die Reform mache Schluß mit dem Fachidiotentum, anspielend auf das Hrg, dann ist das Problem, daß durch die formale Berufsorientierung im HRG das Planungsdilemma verschärft wird, die Notwendigkeit einer Feingliederung sich zuspitzt in einer bisher noch nicht dagewesenen Art und Weise, so daß man sagen kann, der alten Hochschulausbildung kam gemessen an der vom HRG anvisierten immer noch ein hohes Maß an Flexibilität zu.

Ohm: Darf ich hier eine Frage stellen? Was ist eigentlich der Dissens? Wir

streiten doch um die Frage des Standpunktes der Kritik am Hochschulrahmengesetz. Wir sind uns einig, daß in der Anwendung und Durchführung des Hochschulrahmengesetzes Möglichkeiten der Herausbildung von Fachidioten drinstecken können, z.B. wissenschaftlich unverantwortliche Kurzstudiengänge. Die Frage ist doch jetzt nur bei der Kritik des Hochschulrahmengesetzes, ob der Ansatz von Christoph Kievenheim und mir sinnvoll ist, zu sagen: In einer kapitalistischen Gesellschaft des Jahres 1990 oder 1980, um das etwas kürzer zu machen, wird ein Facharbeiter benötigt, der nicht nur bestimmte Materialkenntnisse hat, sondern auch Elektronikkenntnisse hat, betrieblich-ökonomische Zusammenhänge begreift, weil er die ökonomischen Folgen seiner Steuereingriffe begreifen muß, damit sein Maschinensystem, das 1 Mill. DM kostet, nicht zwei Stunden still steht.

Weißbach: Wenn ich deinen Faden fortführen darf, geht der weiter in Richtung auf die Behauptung eines stringenten Zusammenhangs zwischen Arbeitsqualifikation, individuellem Überblick über den Produktionsablauf einerseits und der Möglichkeit, Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge zu erlangen.

Ohm: Nein, in betriebliche Zusammenhänge. Der Standpunkt der Kritik ist, daß zunehmend der Facharbeiter in der Lage sein muß, das gesamte Arsenal der Maschinen, das er überwacht, in seinen technischen und ökonomischen Zusammenhängen zu begreifen. Und die Behauptung ist, daß es gerade eine Leistung des Hochschulrahmengesetzes sein soll zu verhindern, daß planmäßiges Denken in betriebsökonomischen Zusammenhängen von den Arbeitern ausgedehnt wird auf die Gesamtgesellschaft, weswegen dann an den Hochschulen extra ideologische Strategien und Erziehungstechniken entwickelt werden, um die Leute daran zu hindern, konsequent zu Ende zu denken. Das ist unsere Auffassung und darum meinen wir, daß die Hochschulreform gegenwärtig einen Doppelcharakter hat.

Weißbach: Meines Erachtens negiert dieser Automatismus die Existenz des gesellschaftlichen Scheins und klassenspezifischer Erkenntnisbarrieren sehr stark und überschätzt auch tendenziell die Rolle der Intelligenz. Wenn wir einen Elektrotechniker oder Informatiker betrachten, mit hoher Fachqualifikation, hohem gesellschaftlichen Durchblick und entsprechenden Aktivitäten, dann läuft er erhöhte Gefahr, freigesetzt zu werden und kann nicht mehr als Produkivkraft fungieren. Seine Interessen sind nicht mit deinem Begriff von vernünftiglangfristigen Reformen einzufangen. Mit dem Hochschulrahmengesetz können gerade Lehrinhalte, die die Ursachen der Trennung von Arbeiterklasse und Wissenschaft reflektieren, nicht mehr eingebracht werden. Wo sollte man sie festmachen in deiner Strategie? Entweder an den hemmungslos bornierten einzelkapitalistischen Interessen, das geht sicher nicht, oder an den Interessen des ideellen Gesamtkapitalisten? Christoph Kievenheims Argumentation hingegen scheint mir ein bißchen auf Hilferdings Vergesellschaftungsbegriff hinauszulaufen, im Grunde genommen argumentiert er von einer Zusammenbruchs-Theorie in seiner Einschätzung der hochschulpolitischen Strategiebildung, mit einem bestimmten Begriff von materieller Vorbereitung des Sozialismus im Hinterkopf.

Aber es treten immer wieder zwei Varianten auf: Einmal erscheint es so, als ob sich die Produktivkräfte entwickeln und irgendwann ihre kapitalistische Form, den Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse abstreifen, daß also materielle Vorbereitung auf die materiell-technische Basis reduziert wird, ein anderes Mal scheint mir der Vergesellschaftungsbegriff eine ähnliche Funktion zu spielen: Wachsende Planung und Vergesellschaftung im Kapitalismus mit der Tendenz, daß der vollständig vergesellschaftete Kapitalismus eigentlich keiner mehr ist ... Ich wollte nur ausdrücken, daß verschiedene Vorstellungen vom Übergang zum Sozialismus und von dem, was materielle Vorbereitung des Sozialismus heißt, ganz wesentlich für die Einschätzung des Hochschulrahmengesetzes oder der Strategiebildung auch in dem Bereich sind, aber unterschiedlich mobilisierend wirksam sind.

4. Perspektiven

Bohn: Ich kann auf diesen letzten Komplex nur noch in Streiflichtern eingehen: Es ist zwar richtig, daß ihr bestimmte Vergesellschaftungstendenzen beschreibt, gerade was das Verhältnis von Wissenschaft und Produktion angeht, ich halte es aber für absolut falsch, unter dem Hinweis auf eine mögliche Installierung rationaler Reformkriterien, wie es Kievenheim getan hat, einen mehr oder weniger harmonischen Übergang zum Sozialismus zu propagieren!! Die Frage, die sich für die Zukunft dieser Gesellschaft stellt, ist für mich immer noch, etwas platt ausgedrückt, „Sozialismus oder Barbarei".

Konkret: Die Tendenz der zunehmenden Vergesellschaftung der Wissenschaft, d.h. die immer breitere Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse innerhalb der Produktion hat ja genau zu dem Gegenteil der von Christof Ohm formulierten Tendenz geführt. Automation und Rationalisierung, als Ergebnis einer immer stärkeren Einbeziehung wissenschaftlicher Ergebnisse in den Produktionsprozeß, haben zu immer kleiner werdenden Produktionseinheiten geführt. Der Produktionsprozeß wurde in unzählige kleine Parzellen aufgegliedert. Diese monotonen, oft nur aus wenigen Handgriffen bestehenden Arbeitseinheiten, haben sich doch immens auf das Bewußtsein der Produzenten niedergeschlagen. So ist ein zusammenhängender Überblick über das Zustandekommen eines Produkts von der Arbeitserfahrung her gar nicht mehr möglich. Das hat zur Mystifikation und einer weitgehenden Ohnmacht der Produzenten gegenüber dem Produktionsprozeß geführt. Die tendenzielle Vergesellschaftung der Wissenschaft führt nun umgekehrt in einem widersprüchlichen Prozeß zu einer immer stärkeren Effektivierung des wissenschaftlichen Betriebes. Das hat einerseits natürlich eine progressistische Tendenz: Die traditionelle akademische Existenz wird unmöglich. Da liegen immense neue politische Möglichkeiten — aber zunächst einmal nur objektive! Innerhalb der heutigen kapitalistischen Gesellschaft bedeutet Effektivierung der Wissenschaft Spezialisierung, was nichts anderes bedeutet, als daß der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß parzelliert wird. Die Bedeutung der eigenen wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen sozialer bzw. politischer Implikationen wird immer schwieriger erkennbar, da der Gesamtzusammenhang einzelner Forschungsprojekte zunehmend verloren geht. Das ist in der Tendenz ein Anonymisierungsprozeß, der immense Entpolitisierungsmomente in sich trägt.

Man kann diese ganzen Widersprüche eigentlich nur dann leugnen, wenn man von wertneutralen wissenschaftlichen Methoden ausgeht, deren Ergebnis dann entweder in die eine oder andere Richtung verwendet werden können, etwa in der Weise wie es Kuzcinsky für die Sozialwissenschaften behauptet. Aber das wäre eine völlig neue Diskussion. Wie gesagt, diese Prozesse wurden von mir hier stark vereinfacht, sie sollen als Antipode zu dem bisher Gesagten im Raum stehen.

Zum 2. nur noch als Anmerkung: Ich verwehre mich ganz stark dagegen,

daß unsere Interessen, unsere Existenz als Studenten auf ein Qualifikationsinteresse reduziert wird, wie es hier ein bißchen anklingt. Gerade die Aktionen letztes Semester haben gezeigt, daß da viel mehr Faktoren eine Rolle spielen, gerade auch subjektive Elemente. Wir sind ja auch so etwas wie „revolutionäre Subjekte". Das scheint mir aus eurem Horizont völlig rauszufallen. Insofern ist es fatal, eine Analyse des HRG auf die Qualifikationsfrage zu beschränken.

Sommer: Trotz der Erkenntnis, daß die Probleme der Qualifikation, der Qualifikationsinteressen, sowie der individuellen und gesellschaftlichen Vermittlung dieser Interessen hier nicht ausreichend erfaßt wurden, will ich doch einige Schlußfolgerungen ziehen.

Ich begreife Hochschulpolitik als eine Politik der gewerkschaftlichen Orientierung und weiß aber auch, daß mit diesem Begriff sehr viel Schindluder getrieben wird. Wenn wir von den spezifischen Interessen der funktionalen Gruppen an der Universität ausgehen, heißt das, daß wir nie eine Politik gegen die Mehrheit der Studenten etc. machen, sondern wir versuchen an deren berechtigten Interessen anzuknüpfen. Das hat nichts mit ständischer Politik zu tun, die sagt, hier sind wir, die armen Studenten mit unseren Wünschen und Interessen, und die müssen erfüllt bzw. durchgesetzt werden. Vielmehr sind das Interessen, die gesamtgesellschaftlich vermittelt sind und die von daher auch die Perspektive ihrer Durchsetzung gesamtgesellschaftlich formulieren können.

Aufgabe für die nächsten Semester, besonders im Sommersemester, ist eine genaue, ausführliche Diskussion über die mögliche und notwendige Strategie unserer Hochschulpolitik, in dem der Zusammenhang der Berufsverbote mit sonstigen staatlichen Maßnahmen zur Bestimmung der Taktik im Hochschulkampf führt.

Deshalb ist es notwendig, wesentlich mehr Hochschulangehörige, auch mehr als in diese Streikbewegung integriert waren, zu dauerhaften politischen Aktionen zu bringen, sie also über einen längeren Zeitraum hinaus zum politischen Kampf zu befähigen. Auf der Grundlage dieser breiten Politisierung sind durch die Formulierung von Teilerfolgen und ihrer Realisierung auch langfristig Gesamterfolge zu erreichen. Dazu bedarf es einer intensiven Diskussion an der Hochschule, da ein großer Nachholbedarf besteht, die Erfahrungen aus diesem Streik zu verallgemeinern und noch strittige Fragen zu klären. Hier ist auch noch einmal die Auseinandersetzung mit Tendenzen eines Teils der UStA-Befürworter notwendig, mit den Tendenzen, die das Selbsthilfekonzept vertreten bzw. heute von Gegenökonomie sprechen. Dabei muß deutlich werden, daß die nun schon einjährige Diskussion des Selbsthilfekonzepts einmal ein Ende haben muß, da diese verfehlte Diskussion zur politischen Desorientierung geführt hat.

Weißbach: Warnen möchte ich noch einmal vor einer kurzfristigen Ableitung unserer Interessen aus einer Berufsfeldorientierung. Die Berufsfeldorientierung stellt sich zur Zeit an der Hochschule spontan, individuell und panikartig her, sie in Gang zu setzen, ist nicht unser Problem. Eine falsch verstandene gewerkschaftliche Orientierung verbaut uns Bündnischancen, ebenso wie der Kampf gegen vermeintliche Restprivilegien der Hochschulangehörigen. Gewerkschaftliche Orientierung darf nicht mißverstanden werden als Beihilfe zur Beschleunigung der Subsumtion der Hochschulen unter das Kapital. Dies kann für uns kein Mittel sein, Arbeiterklasse und Wissenschaft einander näherzubringen. Eine wichtige bündnispolitische Funktion in der Abwehr staatlicher Eingriffe hat gerade der Kampf für eine Fachautonomie in der Hochschule; nicht im klassisch bornierten Sinn, sondern als Autonomie, die die Chance offen läßt, daß die Entwicklungserfordernisse von Wissenschaft nicht ohne die Betroffenen bestimmt werden. Das ist eine defensive Position, ich habe sie auch etwas provokatorisch zugespitzt, weil ich meine, daß der staatliche Eingriff in die Hochschulen in der Form, wie er sich gegenwärtig abzeichnet, die Reproduktion gefährdet, Dequalifizierung mit sich bringt und den Hochschulabsolventen das wissenschaftliche und politische Herangehen an Probleme, die die Berufspraxis aufwirft, nicht erleichtert. Die 23 Thesen des DGB sind zu wenig konkret, als daß man aus ihnen eine alternative Hochschulstrategie schon begründen könnte. Einig sind sich die Gewerkschaften in der Ablehnung einer Reihe von Eingriffen, die das HRG mit sich bringt, also Personalstrukturreform, Spaltung des Studiums usw. Es ist aber klar, daß aus den 23 Thesen des DGB eine Ablehnung des Hochschulrahmengesetzes weitestgehend geschlossen werden kann.

Ohm: Bei der Bestimmung von Perspektiven und Taktik der Hochschulkämpfe in den folgenden Semestern meine ich, muß man von der Tatsache ausgehen, daß es gegenwärtig und in den nächsten zwei bis drei Jahren eine massenhafte sozialistische verankerte Arbeiterbewegung nicht gibt, daß daher auch die Gewerkschaften unseren Kampf gegen die negativen Konsequenzen des Hochschulrahmengesetzes natürlich nur in einer relativ milden Form unterstützen werden. Daraus schließe ich, daß auch dann, wenn der Kampf der Studenten gegen das Hochschulrahmengesetz sehr massiv ist, doch das Hochschulrahmengesetz sich formal verankern wird und daß eine ganz entscheidende Kampffront der Kampf um Novellierungsvarianten werden wird. Und da ist dann einer der ganz entscheidenden Punkte, der Kampf um die Verfaßte Studentenschaft. Es liegen von dem Wissenschaftssenator von Berlin eindeutige Äußerungen vor, daß er eine Verfaßte Studentenschaft nicht haben will. Ich meine, daß sich um diese Forderung herum, auch um die Forderung der gewerkschaftlichen Besetzung von Studienreformkommissionen, wie um die Forderung gegen das Ordnungsrecht wirklich eine noch sehr viel breitere und stärkere Studentenbewegung aufbauen läßt, als wir sie bisher erlebt haben. Allerdings wird sich das Hochschulrahmengesetz auch in vielen seiner negativen Konsequenzen durchsetzen; und daraus ist zunächst einmal zu folgern, ich glaube da hätten wir noch mehr diskutieren sollen, daß die Front der inhaltlichen Arbeit der Studenten und Dozenten innerhalb wie außerhalb der Institutionen gestärkt werden muß. Wir müssen bis zu dem Zeitpunkt, an dem es eine wirklich sozialistisch orientierte Arbeiterbewegung in massenhaftem Maßstab gibt, dafür sorgen, daß der rote Faden sozusagen vorhanden bleibt, daß die Verallgemeinerung sozialistischer Fachwissenschaft durchgeführt wird, daß möglichst viele Stunden sich selber schon die Perspektive sozialistischer Wissenschaft angeeignet haben, d.h. wenn sie wissen, daß im Auf und Ab der Kämpfe schließlich und endlich die demokratische und sozialistische Bewegung dennoch siegen kann, weil sie im Bündnis steht mit den objektiven Entwicklungsnotwendigkeiten der Wirklichkeit und die Notwendigkeit durch ihren Kampf verwirklicht. Das macht sie sozusagen frustrationstolerant und langfristig kampfkräftig. In diesem Zusammenhang würde ich auch die Bedeutung einer progressiven, demokratischen Berufspraxis einordnen. Das scheint mir eben gerade der ungeheure Fortschritt der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung und unserer demokratischen Studienreformpraxis gewesen zu sein, daß wir eben niemals in diese ultralinke Denkweise der Berufspraxismißachtung verfallen sind und die Auffassung vertreten haben, wer vom Kapital bezahlt wird, muß Kapitalhandlanger werden und kann in der Ausübung seines Berufs der Arbeiterbewegung nicht nützen. Und ich meine, daß es dafür eine sehr wichtige Arbeit ist,

vor allem auch durch Kooperations-Verträge mit den Gewerkschaften, Perspektiven einer sich nicht durch Systemintegration beugenden Praxis konkret und fachbezogen auszuarbeiten, den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen und die Widersprüche zuzuspitzen.

Bohn: Ich finde, daß du, Christof, dich völlig widersprüchlich artikulierst, mal etwas polemisch überspitzt. Einerseits setzt du die politische Praxis an der Hochschule nur immanent an, auch beurteilst du die gesamtgesellschaftliche Lage äußerst pessimistisch; dann hast du plötzlich die Hoffnung geäußert, daß aus der studentischen Bewegung heraus viele sich zu aufrechten Kommunisten und Sozialisten politisieren, leugnest aber gleichzeitig deren revolutionäre Subjektivität und damit auch eine konkret erfahrbare revolutionäre Perspektive und vertröstest auf den Tag, wo aus der objektiven Notwendigkeit der Geschichte die Arbeiterklasse als Emanzipationskategorie das Ziel Sozialismus erreichen wird. Du hast dich um die konkrete Perspektivbestimmung herumgedrückt.

Ich will wenigstens noch ein paar Punkte benennen, wobei die Berliner und eine allgemeinere Ebene manchmal etwas überlappen:

— Zentraler Auseinandersetzungspunkt wird sicherlich das HRG mit seinen Folgeproblemen sein, wobei wir vor der Schwierigkeit stehen, daß wir mit unserem Diskussionsprozeß 2 Jahre zu spät dran sind. Wie schon von mir beschrieben, werden wir versuchen, politische Ansätze zu praktizieren, die wir aus drei Komponenten: Forderungs-, Konflikt- und Unterlaufungsstrategien entwickeln werden.

— Ein 2. Punkt ist das Ordnungsrecht. Im nächsten Semester stehen ja 19 Ordnungsverfahren aus dem Streik auf der Tagesordnung. Der Kampf gegen das Ordnungsrecht allgemein muß an Hand dieser Fälle geführt werden, da man in diesem Rahmen die Kriminalisierung legitimer politischer Tätigkeit besonders gut aufzeigen kann. Innerhalb der vom Ordnungsrecht Betroffenen gibt es 2 verschiedene Ansätze der Intervention; die einen wollen in erster Linie immanent die juristische Unhaltbarkeit dieser Verfahren beweisen, während eine zweite Fraktion diese Verfahren zu einem Tribunal gegen die repressiven Maßnahmen während des Streiks umfunktionalisieren und damit das juristische Verfahren verhindern will. Wie gesagt, hier befinden wir uns noch in einem Diskussionsprozeß.

— Vor allem stehen wir vor der Aufgabe, basisdemokratische Strukturen auf- bzw. auszubauen. An der FU müssen wir trotz aller Unkenrufe den Beweis erbringen, daß ein rätedemokratisches System an einer Hochschule unter heutigen Bedingungen längerfristig kontinuierlich funktioniert. Wir müssen unseren UStA so aufbauen, daß er als eine viel demokratischere und politischere Organisierung, als Träger und Unterbau eines späteren AStA fungieren kann.

— Zur Berufsperspektivendiskussion. Hier stehen wir an einem Wendepunkt. Ihr stellt die innerinstitutionelle Berufspraxis meines Erachtens viel zu positiv dar. Hier müssen endlich die Erfahrungen der letzten 6-7 Jahre mit einbezogen und vor allem auch empirisch erarbeitet werden. Die Masse der SDS-Generation wurde doch in dieser Berufspraxis individualisiert und entpolitisiert. Es existiert doch bis heute keine kollektive Perspektive, d.h. keine Organisierung der aus dem Berufsleben entstandenen politischen Probleme. Auf diesem Gebiet wurde so gut wie nicht gearbeitet. Entweder bornierte Handwerkelei vor Ort, oder Parteienpolitik — das waren doch bisher die Perspektiven, für die Masse der Genossen eben keine Perspektiven! Parallel dazu müßte endlich die Praxis der in Berlin doch verhältnismäßig zahlreichen alternativen Projekte aufgearbeitet

und ausgewertet werden. Ihr habt da nämlich keine Ahnung, aber seid immer schnell beim Diffamieren.

— Wir wollen im nächsten Semester Kontakte zu westdeutschen Basisgruppen knüpfen, um gemeinsame Probleme zu diskutieren und Aktionen vorzubereiten. Die VDS scheint uns in ihrer jetzigen Verfassung weder als Diskussionsforum noch als Kampforgan geeignet.

— ImKampf gegen die Berufsverbote wird es im nächsten halben Jahr besonders wichtig sein, den Aufbau des Russell-Tribunals zu unterstützen. Die Russell-Peace-Foundation hat dieses Projekt mittlerweile anerkannt und wird das Tribunal durchführen.

— Zur Bündnisfrage mit den Gewerkschaften. Wir wollen im nächsten Semester verstärkt mit den Personalräten zusammenarbeiten. Ich glaube, da gibt es gute Ansätze. Eine allgemeinere, über die konkrete mit einzelnen Gewerkschaftsgruppierungen hinausgehende Zusammenarbeit ist schwer vorstellbar. Der DGB hat sich zwar formell gegen das Ordnungsrecht ausgesprochen, da gibt es die 23 Thesen, die ich viel skeptischer beurteile, da sie trotz ihres Reformismus immer ein Stück Papier blieben; aber im großen und ganzen ist sich der DGBder politischen Bedeutung der Hochschulen überhaupt nicht bewußt. Ebenso hat er den Stellenwert der Akademikerarbeitslosigkeit bisher in keinster Weise erkannt. Die Gewerkschaften sind zwar die faktische Organisierung der Arbeiterklasse, aber sie haben bei uns ebenso in ihrer Verfilztheit mit dem Staatsapparat eine riesige direkte Disziplinierungsfunktion. Ich möchte hier nur den Ausschluß der Berliner GEW aus dem DGB als vorläufigen Höhepunkt im Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nennen, ein wohl in der Gewerkschaftsgeschichte einmaliger Vorgang. Die rechtssozialdemokratische, antikommunistische Dominanz soll im DGB unter allen Umständen erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang solidarisiere ich mich ausdrücklich mit allen von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen bedrohten oder betroffenen Kollegen!

— Der Kampf gegen die Kernenergie und damit die Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen soll von unserer Seite wesentlich verstärkt werden. Das Kraftwerk Oberhavel steht in diesem Rahmen natürlich im Vordergrund. Wir sehen in den Bürgerinitiativen einen wichtigen Ansatz direkter Demokratie, der unseren basisdemokratischen Versuchen teilweise sehr nahe kommt. Ein neuer Ansatzpunkt, um über eine neue sozialistische außerparlamentarische Opposition nachzudenken!

Beyer/Kellner: In Bezug auf Manuels Äußerung meine ich, daß es keine studentische Perspektive ist, sich, wenn man im universitären Bereich keine Erfolgsmöglichkeiten mehr sieht (dieses „systematische Arrangieren von Erfolgserlebnissen" schien uns teilweise die dominierende Strategie an der FU zu sein), auf einen „erfolgversprechenden " außeruniversitären Bereich zu stürzen — unser wesentliches Aufgabengebiet ist der Hochschulbereich.

Wir müssen die Verbindung und den Zusammenhang zwischen Hochschule und Gesellschaft immer wieder betonen, und die muß in allen Aktionen für die Kommilitonen erfahrbar werden. Ausdruck der Tatsache, daß der Zusammenhang zwischen individueller Betroffenheit vom Berufsverbot und der Bedrohung durch die vielfältigen anderen Angriffe auf die materielle, soziale und politische Lage der Hochschul-Angehörigen vielen Kommilitonen nicht klargeworden ist, ist der individuelle Rückzug in sogenannte „emanzipatorische Gefilde" — die Abkehr von gesellschaftlicher Realität und die abstrakte Verweigerungsstrategie. Auch dies scheint mir keine Perspektive studentischer Politik zu sein,

vielmehr stellen sich für uns an den Fachhochschulen die Probleme viel konkreter.

Schwerpunkt in den nächsten 2 Semestern wird, im Zusammenhang mit der VDS und den bundesrepublikanischen Fachhochschulen, die Kampfmaßnahme gegen den KMK-Beschluß sein, wobei wir auf die Solidarität auch der Hochschulangehörigen an den Universitäten hoffen und auch hoffen müssen.

Was bei uns eigentlich wesentlich in der Auseinandersetzung steht, ist der Aspekt des Hochschulrahmengesetzes, nämlich der Dequalifikation und die Auseinandersetzung, was bedeutet für uns fachliche Qualifikation, was ja vorhin auch schon lang und breit diskutiert worden ist. Meines Erachtens kann man das Hochschulrahmengesetz nicht aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang reißen, und das bedeutet für mich eigentlich auch gewerkschaftliche Orientierung, d.h., daß ich keine Effektivierung oder wie man das auch immer nennen will, hinnehmen kann, die einmal darauf hinausläuft, mich zu dequalifizieren, und die zum anderen im Zusammenhang damit steht, daß meine materielle Lage nicht abgesichert ist.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist folglich Hochschulreform nur dann akzeptabel, wenn sie für die Studenten eine Verbesserung der Qualifikation, was das Erkennen des eigenen gesellschaftlichen Standes, sowie die Befähigung zum entsprechenden Handeln einschließt, und die Verbesserung der materiellen Studienbedingungen umfaßt.

Mit dem Hochschulrahmengesetz soll jedoch nur die kurzfristige Verwertung gesichert werden, damit für die Unternehmer die Einarbeitungskosten für die Hochschulabsolventen sinken, die Eingliederung in das Unternehmen reibungsloser verläuft, während aber für die langfristige Verwertung der Studenten nichts, überhaupt nichts getan wird. Es ist eigentlich das wesentliche der kommenden Diskussion, den Studenten zu vermitteln, was ihre Interessen sind, und zwar im Hinblick auf ihre langfristige Verwertung. Und daß man immer wieder klar macht den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Bereichen und den Vorgängen, die sich im Hochschulbereich abspielen, und daß man dementsprechend seine Politik auch an der Hochschule so machen muß, daß man sie nach außerhalb vermitteln kann. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß man dann auch von außerhalb Unterstützung findet. Das wird eigentlich bei uns in der nächsten Zeit im Mittelpunkt der Probleme stehen.

Darüber hinaus wird es weiterhin notwendig sein, den Zusammenhang zwischen dem Abbau sozialer Rechte, den verschräften Angriffen auf fortschrittliche, demokratische Lehrinhalte und den Berufsverboten den Kommilitonen zu vermitteln, um über emotionale Betroffenheit hinaus mehr Hochschulangehörigen die Funktion der Berufsverbote bewußt zu machen und sie von der Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen diese Maßnahmen zu überzeugen.

Hans-Jürgen Helbig (LHV): Als Beitrag zur SOPO-Diskussion haben wir folgende Einschätzung gemäß den Gliederungspunkten:

1. Bestandsaufnahme

Wenn man als Bewegung nur die massenhafte begreift, dann ist nicht zu übersehen, daß die neue Studentenbewegung stärker von materiellen Interessen der Studenten selbst getragen ist als die des letzten Jahrzehnts — materiell nicht nur im Sinne von zu geringer Ausbildungsförderung, sondern auch materielle Interessen bezüglich der späteren Berufsaussicht, der Verschärfung der Studienbedingungen durch NC, Mittelknappheit und drohende Regelstudienzeit, aber auch im Sinne von Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbot. Die unmittelbare Betroffenheit der Studenten hat eine sehr breite Mobilisierung ermöglicht, aber sie hatte auch zur Folge, daß die Einsicht in die Zusammenhänge auf gesellschaftlicher Ebene nicht in der Bewegung selbst vermittelt werden konnten. Die politischen Studentenorganisationen waren nicht als Kristallisationspunkte der Bewegung anerkannt, es herrschte eine starke Organisationenfeindlichkeit. Dies rührt unserer Meinung nach daher, daß die Organisationen ihre Vergangenheit in der letzten Studentenbewegung nicht einheitlich bewältigt haben, damit einer zu starken Fraktionierung das Wort geredet haben, zwar hier und dort die theoretisch-analytische Arbeit vorangetrieben haben, aber ihre Analyse nicht vermitteln und für eine praktische Arbeit der Studentenschaft nutzbar machen konnten. Das Fehlen der Verfaßten Studentenschaft in Berlin (außer PH) ließ die Arbeit der Organisationen für die studentische Öffentlichkeit chaotisch wirken, bot keine Möglichkeit der Identifikation mit einer legitimierten Studentenvertretung. Es hat der Zwang für eine Vereinheitlichung der studentischen Politik gefehlt, damit konnten keine wirksamen Maßnahmen gegen die Misere der Studenten getroffen werden. Es wurde also der Ausweg in einer neuen Organisation gesucht: den Fachbereichsinitiativen, die aufgrund des Fehlens einer umfassenden theoretischen Absicherung ihrer Arbeit die Möglichkeit boten, das vorhandene breite Spektrum für die Verbesserung der materiellen Lage (hier kommt dann noch der Ansatzpunkt des kollektiven Studiums und der Anspruch auf antiautoritäre Strukturen hinzu) der Studenten abzudecken.

Daß eine Studentenbewegung in diesem Maß auch naturwissenschaftliche und medizinische Fachbereiche erfassen konnte, liegt gerade in der Reduktion ihrer Forderungen auf die studentische Betroffenheit, für die die Vermittlung von Kapitalismusanalyse und Klasseninteresse vermeintlich keine Relevanz hatte; vermeintlich, da eben die Bedingungen, unter denen und gegen die die Studenten ihren Kampf ansagten, nicht genügend reflektiert waren. Diese mangelnde Reflexion hat die aktiven Studenten zu der Illusion verführt, durch die Verweigerung des Studiums staatliche Organe am Vollzug einer nicht zufälligen Welle von Restriktion und Repression im Wissenschaftsbetrieb hindern zu können. Bei der Fortsetzung des Streiks wurde nicht bedacht, daß die Öffentlichkeit — und das sind eben auch die progressiven Klassen — kein Verständnis für einen inflationären Gebrauch des Lehrveranstaltungsboykotts hat. Bei einer Einschätzung des Kampfes, die auf die Gewinnung von Bündnispartnern außerhalb der Universität verzichten zu können meint, muß notwendig die Illusion zugrundeliegen, daß die studentische Verweigerung allein genügend Druck entfalten kann, um die Lage an den Hochschulen zu verbessern.

2. Ursachen und Bedingungen der Bewegung

Wir können bisher nur Kernpunkte für eine Analyse angeben; sie liegen in den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals auf gesamtgesellschaftlicher Ebene — wie sie sich ausdrücken in der Rezession und der damit verbundenen staatlichen Subventionierung der Profite und der Erhöhung der Produktivität — und dem Auseinanderklaffen von Qualifikationsbedürfnissen für die Kapitalverwertung und der tatsächlichen Produktion von wissenschaftlicher Qualifikation. Ersteres führte zu einer Beschneidung der öffentlichen Ausgaben auch für die Ausbildungsbereiche, die für die kapitalistische Produktion und Reproduktion

notwendig sind, zweiteres führte zu Steuerungserscheinungen wie dem Numerus clausus, reaktionären Studien- und Prüfungsordnungen, Regelstudienzeit und Verringerung des Angebots an Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich (z.B. Lehrer) und zur Erschütterung des studentischen Privilegs, einen lukrativen Arbeitsplatz erwarten zu können. So sind gesellschaftswissenschaftliche Studienfächer stärker von der qualitativen Veränderung ihres Studiums betroffen als die Techniker und Naturwissenschaftler, die die Gesellschaftlichkeit ihres Studiums eigentlich nur unter dem Aspekt ihrer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erfahren. Die Mobilisierung von Naturwissenschaftlern und Technikern ist also mehr über die — wie viele meinen, unpolitischen — Themen der materiellen Misere und der Akademikerarbeitslosigkeit zu erreichen, während ihre unmittelbare Betroffenheit von politischer Repression nur untergeordnete Relevanz hat. Von daher sind sie auch stärker von Scheinverweigerung und Semesteraberkennung eingeschüchtert als z.B. die Studenten der Pädagogischen Hochschule oder die Germanisten, die ihre Konkurrenz untereinander durch einen solidarischen politischen Kampf überwinden wollen, während sich die Naturwissenschaftler von der Notwendigkeit der kapitalistischen Verwertbarkeit ihrer Qualifikation dazu bestimmen lassen, die ihnen aufgeherrschte Konkurrenz in individualistischem Kampf um Scheine und Semester zu realisieren. Dieser Unterschied macht klar, daß Ungleichzeitigkeiten in der Bewegung von Gesellschafts- und Naturwissenschaftlern keine Frage von Moral ist, sondern von verschiedenen Funktionen und Strukturen im Wissenschaftsbetrieb herrühren.

Auch bei der ersten Studentenbewegung spielten die oben genannten zwei Faktoren eine wichtige Rolle. In der Frage der Funktion der politischen Studentenorganisationen jedoch unterscheiden sich die beiden Bewegungen bisher deutlich. Waren damals die Analysen der Organisationen noch wenig ausdifferenziert und ihre Strategie von viel Optimismus und wenig Erfahrung gekennzeichnet, so ist angesichts der zunehmenden Repression, der geringen Chance studentischer Durchsetzungskraft bei Fehlen einer oppositionellen Klassenbewegung der Optimismus geschwunden und die Erfahrung gemacht worden, daß sich der Klassenkampf weder von der Hochschule aus noch über die politischen Instanzen dieser Gesellschaft initiieren läßt.

Durch die notwendigerweise in bezug auf die Durchsetzbarkeit studentischer Forderungen durch Aktionen, die auf der Annahme eines funktionierenden Pluralismus dieser Gesellschaft aufbauen, pessimistisch gewordenen Organisationen konnte die spontan sich an der als unerträglich erfahrenen Situation der Studenten entwickelnde Protestbewegung nicht theoretisch angeleitet werden. Dies war vor zehn Jahren insofern anders, als die Organisationen den Erfahrungsprozeß zum Teil selbst erst durchmachen mußten und sie die Erfahrungen, die die Studenten massenhaft zur Solidarisierung bewegten, mitunter selbst erst provoziert haben (wie Demonstrationsverbote und brutale Polizeieinsätze).

Kurz: Die zum Protest führenden Erfahrungen mußten damals erst vermittelt werden (die Gefahr der Notstandsgesetzgebung, der repressive Charakter des Staates waren nicht unmittelbar erfahrbar), während heute die zum Protest führenden Erfahrungen (NC, HRG, Schnüffelei, etc.) von jedem im Protest Aktiven vorher unmittelbar erfahren worden sind.

Das Fehlen eines aktiven gesellschaftsverändernden Subjekts wird wahrscheinlich heute wie damals dazu führen, das Subjekt in sich selbst zu sehen, die Veränderung der autoritären Gesellschaft zurückzustellen zugunsten der Veränderung der autoritären Beziehungen in der Gruppe der Studenten unter Verzicht auf eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Dies wird heute wie damals

daran scheitern, daß die Phänomene der Konkurrenz, des individuellen Leistungszwangs und der herrschenden Werte nicht durch die Schaffung von „autonomen Inseln in der kapitalistischen Gesellschaft" zu beseitigen sind, sondern nur durch die Beseitigung des sie verursachenden Kapitalverhältnisses und die Einübung in bewußt gesellschaftliche Verhaltensweisen. Dies heißt jedoch nicht, daß eine antiautoritäre Bewegung sinnlos ist, jedoch muß sie sich Ziele setzen, die nicht von der antikapitalistischen Perspektive ablenken.

3. Grundlagen strategischer Einschätzungen

Der LHV koppelt seine Strategie an die Einschätzung, daß die Arbeit in politischen Instanzen nicht völlig sinnlos ist, obwohl sie nicht in der Lage ist, das kapitalistische System grundlegend in Zweifel zu ziehen. Aus der Einschätzung, daß der Staat keine Marionette monopolisierter Kapitalverbände ist, nicht *obwohl*, vielmehr eben *weil* er die Gesellschaftlichkeit des Kapitals sichern muß, sondern eine Institution, die sich der Widersprüchlichkeit der klassengespaltenen Gesellschaft und der kapitalistischen Entwicklung nicht entziehen kann, folgt ebenso wie für Jusos, Jungdemokraten und DKP auch für den LHV daraus, daß es eine wichtige politische Aufgabe ist, die Ambivalenzen der staatlich zugelassenen Politik in ihrer antikapitalistischen Seite zu stärken, es nicht egal sein zu lassen, in welcher Form sich das Wesen des Staates durchsetzt. Für fast alle genannten Organisationen gilt, daß sie nicht auf die Illusion verfallen sind, allein über die politischen Institutionen eine bewußt planende Gesellschaft errichten zu können.

Demzufolge ist ein naheliegendes Kampfziel des LHV die optimale Umgestaltung des HRG bzw. die restriktionsfreieste Anpassung der Landesgesetze an das HRG. Dieses Kampfziel scheint uns geeignet für die Aufrechterhaltung der studentischen Bewegung, da sie zum einen dieses Ziel schon selbst zu einem Hauptthema gewählt hat und es zweitens die Betroffenheit des einzelnen Studenten berücksichtigt. Aufgrund unserer Strategie müssen wir ohnehin alles tun, eine breite Bewegung für diese systemimmanenten Forderungen zu gewinnen.

Die Problematik der Berufsverbote muß auch schon deshalb von einer breiten Bewegung getragen werden, damit die gegen sie kämpfenden Organisationen sich nicht wieder aufgrund partieller Unterschiede einen Bruder- und Schwesternkrieg leisten (s. Biermann); was nicht heißen soll, daß wir die Auseinandersetzung um Biermann und Gewerkschaftsausschlüsse ablehnen, sondern nur, daß aufgrund dieser Auseinandersetzungen (in denen wir eine eindeutige Stellung haben) das Hauptkampfziel nicht durch isolierte Kämpfe gefährdet werden darf.

Für unverzichtbar halten wir jedoch einen politischen Kampf, der die Teilnahme der Studenten an der vom GG postulierten Freiheit von Wissenschaft und Lehre (und Lernen) berücksichtigt. Wir fordern demzufolge von der Bewegung, daß sie nicht nur das politische Mandat verlangt, sondern es wahrnimmt. Es gibt z.Z. in dieser Gesellschaft eine Reihe konfliktfähiger Themen (Kernkraft, Arbeitslosigkeit ...), zu denen die Studenten aus ihrer wissenschaftlichen Verantwortung Stellung beziehen müssen. Dies nicht nur aus der ihnen von Dutschke zugewiesenen studentischen Eigenschaft, „denkende Menschen" zu sein, sondern auch aus der Notwendigkeit, die Isolierung der Studenten von der Bevölkerung wenigstens auf der Ebene der Artikulation von Interessen aufzubrechen.

4. Perspektiven fortschrittlicher Hochschulpolitik

Neben den oben aufgeführten Kampfzielen scheint es dem LHV in der langfristigen Perspektive notwendig, darauf abzustellen, daß die Studenten, deren Aktionen keine wirksame Gegenmacht darstellen können, nach Absolvierung ihrer Hochschulausbildung relevante Positionen in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion übernehmen. Das heißt, fortschrittliche Politik an den Hochschulen darf nicht nur aus den oben geforderten öffentlichen Stellungnahmen und Unterstützungen bestehen, sondern muß darauf hinzielen, die Ambivalenz auch der Ausbildung zu nutzen und die systemkritische Seite der Wissenschaft zu stärken, indem der Bereich der Berufsqualifikation nicht aus dem Rahmen studentischer Politik fällt, sondern vielmehr deren kontinuierliche Aufgabe ist. Die Bedingungen, unter denen kritische Wissenschaft getrieben werden kann, sind zusehends schlechter geworden, weshalb auch der Kampf gegen die restriktive Wissenschaftspolitik gefordert wurde. Aber das Ziel dieses Kampfes ist es ja gerade, die Möglichkeiten für eine emanzipatorische Wissenschaft zu erweitern, die dann wiederum die Möglichkeiten zu emanzipatorischer Praxis im Beruf verbessert. Wenn die Bedingungen für emanzipatorische Wissenschaft schon im relativen Freiraum der Universitäten schlecht sind, so sind die Chancen für emanzipatorische Praxis im Beruf noch viel schlechter. Dort schlägt die Isolierung des antikapitalistisch Gesonnenen noch stärker durch, dort ist der Konkurrenzdruck für die Erhaltung der Existenz viel härter. Will man dennoch schon an der Hochschule erreichen, daß die späteren Ex-Studenten, die in der Hochschule noch die Fahnen der Freiheit getragen haben, nicht unter diesen verschärften Bedingungen am Arbeitsplatz zum reibungslos funktionierenden Rädchen der kapitalistischen Gesellschaft werden, so muß eine hinreichend starke Motivation für weitere antikapitalistische Arbeit geschaffen werden. Dies läßt sich wohl nur über den Eindruck von der Durchsetzbarkeit der Systemüberwindung, d.h. zumindestens von der Einsicht in die Notwendigkeit und in die Wünschbarkeit der Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung erreichen. Eben hier haben auch die antiautoritären Ansätze der studentischen Bewegung ihre Aufgabe. Sie können durch Formulierung und Praktizierung von alternativen Normen das Bewußtsein bzw. die Überwindung der täglichen Entfremdung in der kapitalistischen Gesellschaft zumindest soweit realisieren, daß der einzelne Student seine Perspektive für die Freiheit durch Erfolge bestätigt sieht.

PHILOSOPHIE UND POLITIK BEI ALTHUSSER – KRITISCHE BEITRÄGE (2)

Vorbemerkung

Die in diesem Heft fortgesetzte Auseinandersetzung mit Althussers Thesen unterscheidet sich von den Diskussionsbeiträgen, in denen seine Auffassungen dem Bedürfnis nach theoretischer und ideologischer Selbstverständigung von Intellektuellen verschiedener politischer Richtungen untergeordnet wurden. Für diese Rezeption war es nämlich charakteristisch, daß die Kernpunkte der Theorie Althussers zwar angeeignet oder polemisch neutralisiert, am wenigsten aber Gegenstand vorantreibender Auseinandersetzung blieben. Daher gilt es nach wie vor, das von seiner Seite vorgegebene Angebot an produktiven Problemstellungen aufzunehmen und kritisch weiterzuentwickeln. In dieser Absicht konzentriert sich die in der SOPO geführte Diskussion vorerst auf folgende Schwerpunkte.

Zunächst ist der politische Ausgangspunkt zu berücksichtigen, der durch Althussers Position in der FKP gegeben ist. Man hat bereits darauf hingewiesen, daß gerade dies in der Rezeption seiner Arbeiten in der BRD völlig übergangen wurde; diesen Zusammenhang thematisiert *M. Tripp* in einer Rekonstruktion des Verhältnisses von Philosophie und Politik in Althussers Texten (SOPO 37/38). – *J. Kolkenbrock-Netz* charakterisiert Interpretationen, die sie an einer Sicht orientiert sieht, die Althusser eng an den französischen Strukturalismus bindet. Dabei deckt sie die politischen Tendenzen solcher Interpretationsweisen auf (ebd.). – Althusser geht es immer wieder um die Rolle der Philosophie in der politischen Auseinandersetzung und damit um die Definition der marxistischen Philosophie überhaupt. Hier spielt sein Interesse, die materialistische Dialektik von der idealistischen Hegels abzugrenzen eine ausschlaggebende Rolle. Welche Konsequenzen sich für Althussers Konzept revolutionärer politischer Praxis aus der so gestellten Grundfrage der Philosophie ergeben, untersucht *B. Heidtmann* in diesem Heft. – In der Absicht, den marxistischen Erkenntnisbegriff gegenüber der klassischen deutschen Erkenntnistheorie und Geschichtsphilosophie abzugrenzen, greift Althusser u.a. auf die Philosophie Spinozas zurück. *P. Franzen* stellt mit seinem in diesem Heft veröffentlichten Beitrag die Auswirkungen eines solchen „Rückgriffs" auf Althussers Materialismus-Verständnis zur Diskussion. – Die Frage nach dem Zusammenhang von politischer Funktion und wissenschaftlichem Gehalt der marxistischen Philosophie zieht notwendig die weitere nach der Verhältnisbestimmung von Philosophie und Wissenschaften nach sich. Mit der Antwort, wie sie Althusser programmatisch in „Philosophie et philosophie spontanée des savants" skizziert, befaßt sich der Beitrag von *H.J. Rheinberger* (SOPO 37/38). – Kontrovers muß sich darüber hinaus die Frage stellen, ob die marxistische Philosophie allein aus dem Marxschen „Kapital" entwickelt sein soll. Diese – nicht zuletzt auch durch Althusser beförderte – Meinung ist Gegenstand im Beitrag *F. Tombergs* in diesem Heft.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß Althussers theoretische Arbeit politische Bedingungen widerspiegelt, wie sie in Frankreich seit dem Ende der 50er Jahre gegeben sind. Sie liegen in der spezifischen Verzahnung von ökonomischen und gesellschaftspolitischen Prozessen und der immer stärkeren Einbeziehung breitester Volksmassen in den politischen Kampf. Diese Situation und die historischen Bedingungen der bürgerlichen Demokratie in Frankreich haben die FKP veranlaßt, die in der Arbeiterbewegung überlieferte Form der Diktatur des Proletariats als Mittel zur Durchsetzung sozialistischer Demokratie in Frage zu stellen; die mit diesem Begriff verbundene ideologische und politische Problematik bleibt jedoch in der Diskussion um Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung weiter bestehen (vgl. dazu unsere Dokumentation ab Heft 36).

Die Rezeption Althussers in der BRD erfolgte zunächst unter dem Einfluß der „Verabschiedung" der Sozialphilosophie und Ideologienlehre der Frankfurter Schule und der Hinwendung zu einer verstärkten Rezeption des Marxschen „Kapital", die bis in die ersten 70er Jahre bestimmend blieb. Die Debatte um die Aneignung des historisch-dialektischen Materialismus hat nun neuerdings unter dem Einfluß der veränderten Kräfteverhältnisse in Italien, Portugal, Spanien und Frankreich und bedingt durch die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD verstärkt politischen Charakter angenommen. Die Resultate der Bundestagswahl 1976 (vgl. dazu die Diskussion mit *S. Herkommer, U. Jaeggi, R. Katzenstein* in Heft 37/38) sowie die gegenwärtig geführte Sozialismus-Debatte drücken das in nachhaltiger Weise aus. Es scheint uns wichtig, daß man diesen theoretisch-politischen Gesamtzusammenhang im Auge behält, will man Althusser angemessen diskutieren.

Kommission Philosophie/Ideologie

Bernhard Heidtmann

MATERIALISTISCHE DIALEKTIK ODER THEORIE DER DIALEKTIK? –ÜBER DEN POLITISCHEN DEZISIONISMUS IN ALTHUSSERS THESEN

Die Auseinandersetzung mit Althussers Thesen erfordert, daß man sie in Abhängigkeit von ihrem Bezugspunkt diskutiert: der Frage nach der Funktionsbestimmung der marxistischen Theorie in der Arbeiterbewegung und damit zugleich als Beitrag zur Analyse gegenwärtiger Bedingungen der Politik kommunistischer und sozialistischer Parteien. Daß Althusser die gegenwärtige Bestimmung der marxistischen Philosophie in der Perspektive zu begründen sucht, in der sie für die Praxis der proletarischen Klassenkämpfe Geltung hat (1), kann keineswegs schon Einwände rechtfertigen; vielmehr entspricht dieses Interesse einer objektiven wissenschaftlichen und ideologischen Konstellation. Die Auseinandersetzung mit Althussers Thesen — deren Zusammenfassung in *Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?* (2) vorliegt — dreht sich vielmehr um das *wie*, die eigentümliche Optik seiner Fragestellungen einschließlich der auf sie gegründeten Schlußfolgerungen. Selbst in wissenschaftstheoretischen Erörterungen, die sich auf Althussers Theoreme beziehen, muß um so mehr von der Einheit seines Theoriebegriffs und seiner politischen Philosophie ausgegangen werden, als die bisherige Diskussion weitgehend durch Indifferenz in dieser Frage gekennzeichnet ist.

Dieser Ausgangspunkt, der sich deutlich von einer auf die Logik oder Systematik des Marxschen *Kapital* spezialisierten Lesart der marxistischen Dialektik unterscheidet, bedingt, daß die theoretischen Begriffe des Marxismus in den Schriften Althussers durchweg als politische Begriffe wirksam sind auch dort, wo ihnen diese Funktion nicht ausdrücklich anzusehen ist. (3) Es handelt sich somit nicht um Rekonstruktion oder Neuformulierung von Grundaussagen des historisch-dialektischen Materialismus, wenn Althusser Problemstellungen und Schlußfolgerungen über den Ursprung und die Bestimmung der marxistischen Dialektik erörtert; es geht ihm vielmehr um deren Aneignung in der erklärten Absicht, „den Ort und die Rolle der Theorie in der marxistischen Arbeiterbewegung anzuerkennen und zu markieren" (4). Wird dies nicht nur als eine Absichtserklärung, sondern in systematischer Bedeutung für Argumentationen in den Schriften Althussers verstanden, dann ist es möglich, durch kritische Aus-

1 L. Althusser: „Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?", in: SOPO 34/35, S. 7 ff.

2 An diesem neuesten Beitrag Althussers zeigt sich, daß er die hier zur Diskussion gestellten Grundtheoreme seiner früheren Schriften in seiner Selbstkritik (L. Althusser: Elemente der Selbstkritik (cit. ES), Berlin (West) 1975) unverändert ließ.

3 Das entspricht der Behauptung: „Die Philosophie ist eine bestimmte Fortsetzung der Politik, in einem bestimmten Bereich, im Zusammenhang einer bestimmten Realität. Die Philosophie repräsentiert die Politik im theoretischen Bereich, oder genauer: neben den Wissenschaften, *und andererseits* repräsentiert die Philosophie die Wissenschaftlichkeit in der Politik, neben den im Klassenkampf engagierten Klassen." (L. Althusser: Lenin und die Philosophie (cit. L), Hamburg 1974, S. 42.

4 SOPO 34/35, S. 21.

einandersetzung mit ihm Fragen der marxistischen Dialektik in Problemzusammenhängen zu diskutieren, an denen nicht vorbeigegangen werden kann, auch dann nicht, wenn die Antworten gravierend von denen Althussers abweichen. Müssen wir nicht — mit Althusser — in Betracht ziehen, daß es sich in den Werken der „Klassiker" durchweg um *konkrete Analysen der konkreten Situation* (Lenin) handelt? Sind nicht in die materialistische Philosophie Fragen der Strategie und Taktik der Klassenkämpfe einbezogen, die in ausschließlich methodologischer Untersuchung der Darstellungs- und Forschungsprozesse in Marx' *Kapital* oder Lenins *Imperialismusanalyse* kaum auf den Begriff gebracht werden können? Es spricht viel dafür, die Frage nach den Geltungsbedingungen, der Richtigkeit und der Wahrheit der materialistischen Dialektik im Umkreis ihrer politischen Wirksamkeit zu untersuchen; nicht weniger spricht dafür, daß im Streit um die Grundfragen der marxistischen Philosophie beachtet wird, in welcher Weise diese sich als eine *Politik in der Theorie* (5) nicht nur im Meinungsstreit darstellt, sondern darüber hinaus auch praktisch wirksam werden kann.

Über den Gegenstand und Bedingungen theoretischer und politischer Praxis

Althusser stellt die Frage: Wie ist Gesellschaft — die kapitalistische Produktionsweise — Gegenstand theoretischer und politischer Praxis im Hinblick auf ihre Analyse und Veränderbarkeit? (6) Den Begriff des *komplex strukturierten Ganzen mit Dominante* führt Althusser ein, um anhand seiner Darstellung sowohl die *Struktur der materialistischen Dialektik* als solche (7) verständlich zu machen als auch zur Analyse der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, d.h. der spezifischen *Wirksamkeit der Überbauten* (8) beizutragen. Die Theorie von der „Ungleichheit" und der „Überdeterminierung" der Widersprüche einer Produktionsweise führt Althusser ein, um mit ihnen die Spezifik des Zusammenhanges, die „Einheit", den „Mechanismus" von gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu erläutern. Widersprüche und Ungleichheiten zwischen den Elementen und Beziehungen in einem komplex strukturierten Ganzen bilden zugleich die Form der Einheit dieses Ganzen, das somit keine äußeren Bedingungen und Ursachen seines Bestehens kennt. (9) Will man verstehen, wie diese Begriffe für Althussers Definition des Erkenntnisgegenstandes in Rücksicht auf die Theorie seiner politischen Veränderbarkeit fundamentale Bedeutung besitzen, so ist zunächst die Frage zu klären, inwieweit diese Begriffe aus der Opposition Althussers gegenüber der Hegelschen Philosophie verständlich werden.

Ideologiekritik an Hegel

Die von Althusser in Angriff genommene „Theorie der spezifischen Wirksamkeit der Überbauten" (10) soll vor allem einer phänomenologischen Auffassung von Überbauverhältnissen entgegenarbeiten; eine Auffassung, die nach Althussers Ansicht auf die weitreichende Wirksamkeit der Hegelschen Dialektik von Wesen und Erscheinung zurückzuführen ist. Mit Hegel würden oft Überbauverhältnisse nur als politische *Erscheinungen* eines zugrunde liegenden ökonomischen *Wesens* verstanden, mit der Folge, daß eine effektive *Politik innerhalb*

5 Vgl. ES, S. 83 ff.

6 SOPO 34/35, S. 19.

7 L. Althusser: Für Marx (cit. FM), Frankfurt/M. 1968, S. 146 ff.

8 SOPO 34/35, S. 15.

9 SOPO 34/35, S. 20; FM, S. 151.

10 FM, S. 82.

dieser Verhältnisse theoretisch nicht begründet werden kann. Der beständige Rekurs der von Hegelscher Dialektik inspirierten politischen Konzeption auf die Ökonomie sichere einen dogmatischen oder ökonomistischen Ausgangspunkt der Politik, die als solche dann auch nur den Selbstlauf ökonomischer Prozesse auszuführen hätte. Aus diesem Grunde ist für Althusser die „marxistische Aufklärung über Hegel selbst" von allergrößter Bedeutung. (11) Von ihr gehe die „Ursprungsfrage des Marxismus" aus, wie auch die Bestimmung der Rolle der marxistischen Philosophie in den gegenwärtigen Klassenkämpfen. (12) Durch marxistische Aufklärung über Hegel seien solche politischen und theoretisch/ideologischen Positionen in ihre Schranken zu verweisen, die aus mißverständlicher Deutung der Beziehung Marx-Hegel und damit der Unterscheidung materialistischer und idealistischer Dialektik folgenreiche Fehler in der Geschichte der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung gezeitigt hätten. (13) Althussers methodologische Grundfragen zur marxistischen Philosophie werden so im Kontext seiner politischen Opposition gegenüber dem Idealismus der Hegelschen Philosophie verständlich, in dem er die geläufige Auffassung über die Art, wie Marx sich von Hegel abgrenzte — damit über die Grundfrage der Philosophie — grundsätzlich zur Debatte stellt. Denn für ihn ist die Beziehung Marx-Hegel weder als eine *Anwendung* der Hegelschen Dialektik durch Marx noch auch als deren *Umstülpung* oder *Umkehrung* verständlich zu machen. (14) Selbst die Begriffe, in denen Marx sein Verhältnis zu Hegel beschrieben und dargestellt hat, kennzeichneten nicht ohne weiteres die Operationsweise der Marxschen Hegelkritik (15), keineswegs also das Verfahren, das Marx in einem Brief an Kugelmann die „kritische Anwendung" Hegels genannt hat. (16) Althusser geht davon aus, daß in der bisherigen marxistischen Tradition Bedingungen und Konsequenzen des *Bruchs*, des *Einschnitts*, der Marx und Hegel trenne, nicht adäquat reflektiert worden seien. Diese Reflexion macht er sich zur Aufgabe. So gehe die Theorie einer Umstülpung der Hegelschen Philosophie durch Marx fälschlicherweise von der Voraussetzung — die den Hegelschen Gedankengang letztlich beinhalte — aus, daß Basis-Überbau-Beziehungen ebenso wie das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein grundsätzlich „linear-kausal" oder „expressiv-kausal" durch das „einfache Prinzip" der Produktivkräfte determiniert sind. (17) Widersprüche ideologischer, politischer und ökonomischer Natur werden entsprechend dieser Deutung nurmehr als Variationen oder „Abweichungen" von einer grundsätzlichen Identität des ökonomischen Wesens und ideologischer oder politischer Erscheinung — bei Betonung der Priorität des Ökonomischen — angesehen. Wie sich Hegels absolute Idee im gesellschaftlichen Lebenszusammenhang als Erscheinung realisiert, verstehe dieser Ökonomismus politische und ideologische Ereignisse nur als die Manifestationen eines in der Ökonomie lokalisierten Wesens: „Diese Art besteht genau darin, *das Verhältnis der Hegelschen Termini umzukehren, d.h. diese Termini zu bewahren*: die bürgerliche Gesellschaft und den Staat, die Ökonomie und die Politik — Ideologie — dabei aber das Wesen in die Erscheinung und die Erschei-

11 FM, S. 85.
12 FM, S. 55 f.
13 SOPO 34/35, S. 21.
14 FM, S. 136; SOPO 34/35, S. 17.
15 FM, S. 136.
16 K. Marx: Brief an L. Kugelmann vom 27.6.1870, in: K. Marx/F. Engels: Werke (cit. MEW), Berlin (DDR) 1958 ff., Bd. 32, S. 686.
17 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 2 (cit. KL2), Reinbek bei Hamburg 1972, S. 251 ff.; FM, S. 148 ff.

nung in das Wesen zu verwandeln, oder, wenn man es vorzieht, die List der Vernunft *im umgekehrten Sinn* anzuwenden. Während bei Hegel das Politisch-Ideologische das Wesen des Ökonomischen ist, wäre es bei Marx das Ökonomische, das das ganze Wesen des Politisch-Ideologischen ausmacht. Das Politische, das Ideologische wären dann nur die reine Erscheinung des Ökonomischen, das deren ‚Wahrheit' wäre." (18) Der von Hegel inspirierte *Dogmatismus* hinsichtlich der Struktur von Basis und Überbau-Beziehungen entspricht — so Althusser — konsequenterweise einem geschichtsphilosophischen *Determinismus*, wodurch sich das „einfache Prinzip des Ökonomischen" nach den Gesetzen eines Widerspruchs entwickelt, welcher durch Anwendung Hegelscher Kategorien wie der „Negation der Negation" und der „Aufhebung" idealisiert werde: „Diese Versuch endet mit der Reduktion der Dialektik der Geschichte auf die zeugungskräftige Dialektik der aufeinander folgenden *Produktionsweisen*, d.h. im Grenzfall der verschiedenen Produktion*stechniken*." (19)

Besitzt Althussers oben skizzierte Deutung der Beziehung von Marx zu Hegel ein hohes Maß an Plausibilität, so wird die Sache doch komplizierter, wenn man Althussers hauptsächlich *ideologie-kritische Lesart der Hegelschen Dialektik* in einigen ihrer Details verfolgt. Gemeint sind der Umgang mit der Hegelschen Kategorie der *Totalität* und die Deutung des Prinzips der *Negation der Negation*. Beide Begriffe erhalten durch Althussers Bemühung, die Marxsche materialistische Dialektik radikal und für immer von der Hegelschen idealistischen Dialektik abzugrenzen, eine ideologische Bedeutung, wodurch ihr Anspruch auf Wissenschaftlichkeit deutlich unterschätzt wird. Über den Begriff der Totalität sagt Althusser, daß Hegel eine „Gesellschaft als *Totalität* denkt, während Marx sie als komplex strukturiertes *Ganzes* mit Dominante denkt", und er zieht das Fazit, „daß man Hegel die Kategorie der Totalität überlassen kann und für Marx die Kategorie des Ganzen beanspruchen sollte". (20) Mit diesem Vorschlag will Althusser den Einfluß des Idealismus auf die materialistische Gesellschaftstheorie beseitigen, der sich in der Zuordnung eines einfachen Prinzips oder des Wesens zu seinen ihm äußerlichen Wirkungen oder den Erscheinungen als Totalität ausdrückt. Nun bleibt aber zu fragen, ob nicht Marx sehr wohl Hegels, die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft reflektierende Totalitätskonzeption aufgenommen hat, wenn er in den *Grundrissen* und im *Kapital* die kapitalistische Gesellschaft als „eine Gesellschaft vor uns erstehen läßt, in der, indem *ein* Verhältnis alle anderen Verhältnisse bestimmt, das Ganze eine in sich vermittelte Einheit, d.h. eine Totalität ist"? (21) In diesem Ganzen sind doch nicht nur für Hegel — wie Althusser meint —, sondern auch und gerade für Marx „alle Elemente totale Teile ..., die jeweils die innere Einheit der Totalität ausdrücken". (22)

Eine ähnliche Verzeichnung Hegelscher und marxistischer Begriffe liegt in Althussers Einschätzung der Negation der Negation vor, welche nichts anderes aussage als ein „Aufrechterhalten-dessen-was-in-seiner-Negation-selbst-verneint ist". (23) Wir halten dem entgegen, daß ebenso wie die Hegelsche Aufhebung

18 FM, S. 74 f.
19 FM, S. 75.
20 SOPO 34/35, S. 18.
21 C. Warnke: „ ‚Totalität' und ‚System' in den Theorien von Hegel, Marx und Luhmann", Manuskript.
22 SOPO 34/35, S. 18.
23 FM, S. 83.

auch seine Negation der Negation ganz im Sinne von Marx eine *irreversible*, d.h. unter keinen Umständen an ihren Ausgangspunkt zurückkehrende *Bewegung des Widerspruchs* ist, daß sie mithin Entwicklung dialektisch darstellen läßt und daher nicht nur als ein „auf ein inneres Einheitsprinzip, ein Zentrum" reduzierbares Phänomen zu gelten hat. (24) Althusser rezipiert Hegel — und hier liegt m.E. der Grund dafür, daß seine Kritik gelegentlich auf Unverständnis stoßen muß — durch beständigen Rekurs auf Hegels Philosophie der Geschichte und Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, am wenigsten aber auf die *Wissenschaft der Logik* selbst. Es ist aber fraglich, ob die Dialektik von Wesen und Erscheinung, wie Althusser sie kritisiert und wie sie in der *Anwendung der Dialektik durch Hegel* (auf die bürgerliche Gesellschaft, auf den Geschichtsprozeß) zum Tragen kommt, auch durchgängig die *Organisation der Dialektik in der Wissenschaft der Logik* hinreichend bestimmt. Weil Althusser die Hegelsche Beziehung von Wesen und Erscheinung auffaßt im Sinne des Kantischen Dualismus von Ding-an-sich und Erscheinung, läßt er die gerade im zweiten Buch des zweiten Teils der *Wissenschaft der Logik* ausgeführte Kritik des abstrakten Verstandesdenkens und der Metaphysik unberücksichtigt. Im Zusammenhang der Entwicklung des Totalitätsbegriffs haben die Kategorien der Negation, der Identität und des Widerspruchs bei Hegel gerade die Funktion, gegenüber den „Setzungen" oder der „Äußerlichkeit" abstrakter Verstandeserkenntnis eine *Theorie der objektiven Spezifikation von Widersprüchen* und der *Entwicklung durch Widersprüche* zu begründen. Die Totalität fungiert zusammen mit der Negation der Negation als Struktur- und Entwicklungsprinzip einer im Leninschen Sinne objektiven Realität. Inspiriert durch die Inkonsequenzen, in die Hegel bei der Anwendung der von ihm aufgestellten Gesetze dialektischen Denkens in seinen *Real*philosophien verfiel (vgl. dazu Marx' *Kritik des Hegelschen Staatsrechts*), versteht Althusser Hegels Begriffe von vornherein identitätsphilosophisch, d.h. unter der Annahme, daß Hegel nicht an der Spezifikation, der Autonomie und Entwicklung von Elementen im Gegenstandsbereich seiner Dialektik interessiert sei. Demgegenüber ist aber hervorzuheben, daß Hegel die Elemente in ihrer Autonomie als Momente und die Widersprüche in ihrer Entwicklung insofern spezifiziert, weil für ihn „jedes Moment das ganze Verhältnis ebenso (ist) wie es selber in seiner Bestimmung gegen das Verhältnis". (25) Auch Engels hat gerade den Hegelschen Begriff der Negation der Negation vor Augen, wenn er — den rationellen Kern der Hegelschen Logik hervorhebend — darlegt, daß ein Gegenstand, ein Naturereignis, ein gesellschaftliches Verhältnis nur dann als in sich identisch und zugleich objektiven Widersprüchen unterworfen bezeichnet und dialektisch begriffen werden kann, wenn dieser Gegenstand, dieses Ereignis oder Verhältnis in seiner Identität die Unterscheidung von anderen Gegenständen, Ereignissen etc. in sich birgt. (26)

24 FM, S. 68.
25 D. Henrich: Hegel im Kontext, Frankfurt/M. 1967, S. 98.

Ich verweise auf die Bedeutungsveränderungen, die diese Hegelschen Kategorien bei Althusser erfahren, um meine Behauptung zu stützen, daß Althusser seine Theorie der Hegelschen Dialektik und ihres Gegensatzes zur materialistischen Dialektik gewinnt, indem er einen *Standpunkt außerhalb der Dialektik* bezieht. Dies hat zur Folge, daß die bedeutenden Vorgaben, die die Hegelsche Philosophie für die Herausbildung des dialektisch-historischen Materialismus enthält, für Althusser nur äußerst rudimentär vorhanden sind.

In Übereinstimmung mit der marxistischen Tradition sieht Althusser in der *Negation der Negation* die „Schlüsselstruktur der Hegelschen Dialektik". Diese sei allerdings untrennbar von einer „mit der Dialektik identischen Teleologie". (27) Hier greift Althusser die Kritik Feuerbachs auf, für den Hegels Idealismus darin besteht, daß dieser mit der teleologischen *Zielsetzung* zugleich auch die *Ausgangsbedingungen der Wissenschaft der Logik* definiert. In einer auf die Begründung der absoluten Idee zielenden Dialektik als Teleologie stelle sich das *Subjekt Hegels* dar. (28) Damit aber nicht genug. Bei seiner Abgrenzung der materialistischen Dialektik vom Idealismus beseitigt Althusser auch ein rationelles Kernstück Hegelscher Dialektik: die Negation der Negation. Damit erst sei der Materialismus vor den Versuchungen des Idealismus, des teleologischen Denkens sicher: „Man beseitigt *wenn möglich* die Teleologie, und es bleibt die von Marx übernommene philosophische Kategorie eines *Prozesses ohne Subjekt*. (...) Dieser Begriff trägt ‚Das Kapital'." (29)

Während nun Althusser in seiner grundsätzlichen Ablehnung der Hegelschen Dialektik sich den Standpunkt Feuerbachs zu eigen macht, hat Marx Feuerbachs Idealismuskritik nicht nur als wegweisend erkannt, sondern sie materialistisch weiterentwickelt. Für Marx hat Hegel, ungeachtet der teleologischen Orientierung seiner Dialektik, mit der Negation der Negation das „bewegende und erzeugende Prinzip" der Dialektik erstmals formuliert. Dieses Prinzip sieht Marx nun nicht als einen Prozeß ohne Subjekt, sondern bereits bei Hegel in der menschlichen *Arbeit* angelegt als Prozeß der „Selbsterzeugung des Menschen". Für ihn deutet sich somit bereits in der Hegelschen Dialektik die *Möglichkeit der Substitution des teleologischen Subjekts*, der absoluten Idee, *durch die ge-*

26 F. Engels: Dialektik der Natur, Berlin (DDR) 1952, S. 228 ff. Vgl. dazu: „Die dialektische Logik verlangt, daß wir weiter gehen. Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muß man alle seine Seiten, alle Zusammenhänge und ‚Vermittlungen' erfassen und erforschen. (...) Das erstens. Zweitens verlangt die dialektische Logik, daß man den Gegenstand in seiner Entwicklung, in seiner ‚Selbstbewegung', wie Hegel manchmal sagt, in seiner Veränderung betrachte. (...) Drittens muß in die vollständige ‚Definition' eines Gegenstandes die ganze menschliche Praxis, sowohl als Kriterium der Wahrheit als auch als praktische Determinante des Zusammenhangs eines Gegenstandes mit dem, was der Mensch braucht, mit eingehen. Viertens lehrt die dialektische Logik, daß ‚es eine abstrakte Wahrheit nicht gibt, daß die Wahrheit immer konkret ist', wie der verstorbene Plechanow – mit Hegel – zu sagen liebte." (W.I. Lenin: „Noch einmal über die Gewerkschaften", in: Ders.: Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Moskau 1940, S. 160 f.).
27 FM, S. 57 ff.
28 „Dieses Subjekt ist die *Teleologie* des *Prozesses* selbst, die *Idee* im Prozeß der Selbstentäußerung, worin sie als Idee konstituiert wird." (L, S. 64).
29 L, S. 65.

sellschaftliche Arbeit — für Lenin: durch die *gesellschaftliche Praxis* — an. (30) Die Bedeutung Hegels für den Materialismus liegt also nicht zuletzt darin, daß er „das Wesen der Arbeit faßt und den gegenständlichen Menschen, wahren weil wirklichen Menschen, als Resultat seiner eigenen Arbeit begreift." Wie die klassische politische Ökonomie ist allerdings auch Hegel nicht zur materialistischen Erkenntnis der Doppelnatur der Arbeit vorgedrungen, und infolgedessen ist die „Arbeit, welche Hegel allein kennt und anerkennt, ... die abstrakt geistige". (31)

Es ist nun hervorzuheben, daß Marx im Zusammenhang der Darstellung des Verwertungs- und Wertbildungsprozesses im *Kapital* im Gegensatz zu Hegel die Arbeit nicht als teleologischen Vorgang bezeichnet; d.h. er verabsolutiert nicht den *zweckbestimmten* Charakter der Arbeit, wie es Hegel tat, der im Arbeitsmittel das Moment der Vernunftnatur des Menschen sah, in dem er sich in seiner Herrschaft über die äußere Natur materialisiert oder vergegenständlicht. (32) Vielmehr kommt bei Marx das Prinzip der Negation der Negation im Zusammenhang seiner Darstellung der gesellschaftlichen Produktionstätigkeit als Prozeß der Wert*bildung* durch Wert*erhaltung* in Anwendung. Und dieser Prozeß ist es, der die äußere Natur oder die Materie zur Voraussetzung hat und sich daher nur im Einsatz gegenständlicher Produktionsmittel vollzieht. (33)

Mit der Bestimmung der Arbeit durch die Negation der Negation brachte Marx eine bereits in der klassischen Philosophie gestellte Subjekt-Objekt-Problematik auf den Begriff und löste sie, indem er den materialistischen Gehalt der Hegelschen Kategorie der Negation der Negation durch ihren Bezug auf die Produktionssphäre sichtbar machte. An dieser Konstellation scheint nun Althusser durchaus nicht interessiert zu sein. Für ihn ist der Übergang von der Hegelschen zur Marxschen Dialektik dadurch als *Bruch* definiert, daß Marx gegenüber aller bisherigen Philosophie und politischen Ökonomie „noch nie dagewesenes" geleistet hätte, indem er zeigte, daß Entwicklungsprozesse „immer unter bestimmten Verhältnissen" stattfinden, „den Produktionsverhältnissen, auf die sich das ‚Kapital' beschränkt, und anderen politischen und ideologischen Verhältnissen" (34). Demzufolge sieht Althusser Dialektik nicht in der Produktionssphäre und der historischen *Produktivkraftentwicklung* angelegt, sondern ausschließlich in der *Struktur* von Produktions*verhältnissen* begründet. Diese faßt er als Ganzheiten, somit nicht als Totalität; ihr Subjekt ist für ihn nicht die gesellschaftliche Arbeit, vielmehr handele es sich um einen Prozeß *ohne* Subjekt, der die inneren Verhältnisse des *strukturierten Ganzen mit Dominante* organisiert. Will man daher verstehen, wie Althusser materialistische Dialektik auf den Begriff bringt, so muß man sich vergegenwärtigen, wie er die Gesellschaft als ein strukturiertes Ganzes mit Dominante zum Gegenstand theoretischer Praxis macht.

Systemtheoretische Argumentation und Dialektik

Um den historischen Charakter revolutionärer Prozesse und Konstellationen zu kennzeichnen und aus ihrer Erkenntnis Bestimmungsgründe für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung zu gewinnen, führt Althusser den Begriff der

30 „D.h., die Praxis des Menschen und der Menschheit ist die Probe, das Kriterium für die Objektivität der Erkenntnis. Ist das der Gedanke Hegels? Darauf muß man zurückkommen." (W.I. Lenin: „Konspekt zur ‚Wissenschaft der Logik' ", in: Werke, Bd. 38, Berlin (DDR) 1970, S. 202).
31 K. Marx: MEW Erg.bd. 1, S. 574.
32 G.W.F. Hegel: Wissenschaft der Logik, ed. Lasson, Zweiter Teil, S. 398.
33 K. Marx: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 192 ff.
34 L, S. 66.

Überdeterminierung ein (35), mit dem Widersprüche aus der ökonomischen (determinierenden) Sphäre und der strukturellen (dominanten) Sphäre der Überbauten in ihrem Zusammenwirken erfaßt werden sollen. Althusser geht es dabei um die Spezifikation von Widersprüchen und die Wirksamkeit der Überbauten bei Anerkennung ihrer „relativen Autonomie". (36) Überdeterminierung von Widersprüchen liege — wie beispielsweise in der Oktoberrevolution von 1917 — vor, wenn vielfache, nicht aufeinander rückführbare, d.h. „ungleiche" Widersprüche so in Konstellation zueinander treten, daß nur *eine* politische Aktion oder — wie in der Ära des Wilhelminischen Deutschland — *keine* historische Aktion, keine Revolutionierung der Gesellschaft objektiv möglich ist. (37)

Mit der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie teilt Althusser folgende Voraussetzung: Die Gesellschaft (eine Produktionsweise) ist nicht ein vom erkennenden Subjekt hergestellter (konstituierter) Zusammenhang; vielmehr wird Gesellschaft als ein Erkenntnisgegenstand gesehen, der sich als ein auf Identität oder Bestandserhaltung gerichteter selbstregulativer Mechanismus darstellt. Den Funktionsmodus eines solchen gesellschaftlichen Systems nennt z.B. Luhmann *reflexiv*. Mit dieser Deutung gesellschaftlicher Systeme wird der *Individualbegriff* des *Subjekts* durch den *Systembegriff* des *Subjekts* ersetzt; ebenso wie Luhmann ist in gewisser Weise auch Althusser der Meinung, daß nur an den generalisierbaren Funktionen der klassischen Erkenntnisleistungen eines transzendentalen Subjekts Kantischer Prägung festzuhalten sei. Diese Generalisierung erlaubt es erst, das Subjekt der klassischen deutschen bürgerlichen Philosophie systemtheoretisch zu fassen. Schließlich wird von Luhmann, aber auch von Althusser, die Beziehung von Erkenntnis und Erkenntnisgegenstand als *theoretische Praxis* verstanden. Das hat zur Folge, daß der für den Marxismus eigentümliche dialektische Praxisbegriff der Philosophie und wissenschaftlicher Erkenntnis bei Luhmann ausdrücklich, bei Althusser tendenziell, durch *Identifizierung der Denktätigkeit als gegenständlicher Praxis idealistisch* aufgefaßt wird.

Uns interessieren aber an dieser Stelle nicht die weitreichenden Parallelen systemwissenschaftlicher Argumentation mit der von Althusser vorgeschlagenen Vorgehensweise für die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Ich möchte im folgenden die Aufmerksamkeit vielmehr lenken auf die Althussersche Theorie materialistischer Dialektik und ihre Folgen für sein Konzept marxistischer Politik; eine Theorie, die sich unter dem Leitbegriff der Überdeterminierung die Analyse der Gesellschaft, des *komplex strukturierten Ganzen mit Dominante*, zur Aufgabe macht.

Der Geld-theoretische Ausgangspunkt

Wir haben bereits auf die verkürzte Auffassung der Hegelschen Dialektik verwiesen, die Althussers Kritik an Hegel und damit seine Definition des Bruchs zwischen materialistischer und idealistischer Dialektik zugrunde liegt. Jetzt soll die These zur Diskussion gestellt werden, daß mit dieser Verkürzung der Gegen-

35 FM, S. 52 ff.
36 SOPO 34/35, S. 19 ff.
37 „Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus mündete über den Krieg von 1914 in die russische Revolution, weil Rußland ... die größte Summe damals möglicher historischer Widersprüche anhäufte; weil es gleichzeitig die *verspätetste und fortgeschrittenste* Nation war, ein ungeheurer Widerspruch, den ihre untereinander uneinigen herrschenden Klassen nicht umgehen, aber auch nicht lösen konnten." (FM, S. 61).

stand von Althussers Analysen — das strukturierte Ganze mit Dominante — von einem *transzendentalphilosophischen Standpunkt* her definiert wird, den Marx in seiner Theorie der Gesellschaft mit der *scheinbar transzendentalen Macht des Geldes* bezeichnete.

Sehen wir uns das strukturierte Ganze in Rücksicht auf Marx' Analyse der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse in der Zirkulationssphäre daraufhin näher an. Weil sich Althusser von der Vorstellung lösen will, daß die Einheit oder der objektive Zusammenhang einer Produktionsweise nicht in einem ihr zugrunde liegenden Wesen zu suchen sei, wird das strukturierte Ganze mit Dominante von ihm systemtheoretisch als ein Zusammenhang vorgesellt, dessen Einheit seine Komplexität selber sei, d.h. die Organisationsart einer Gesellschaft bilde ihre Einheit. Das heißt für Althusser, daß von der Gesellschaft als einem „komplexe(n) Ganzen" gesprochen werden darf, welches „*die Einheit einer gegliederten Struktur mit einer Dominante besitzt*" oder: „Die Einheit, von der der Marxismus spricht, (ist) *die Einheit der Komplexität selbst*"; gerade die Art und Weise, wie die Komplexität organisiert und verknüpft ist, macht ihre Einheit aus. (38) Außerdem bildet sich diese Einheit durch *Spezifikation* der *Unterschiede* unter ihren *Elementen*, wodurch historische *Ungleichzeitigkeiten*, *Diskontinuitäten* in der inneren Entwicklung einer Produktionsweise erkannt werden und — systemtheoretisch gesprochen — „relative Autonomie" der Elemente (beispielsweise von Überbauphänomenen gegenüber der Ökonomie) festgestellt werden können. Dann erst seien die Elemente eines Ganzen nicht mehr aufeinander zurückzuführen, weder im Sinne linearer Kausalität noch im Sinne einer Reduktion von Erscheinungen auf ihr Wesen.

Für Althusser ist mit der Spezifikation der Unterschiede zwischen den Elementen eines Ganzen auch Heterogenität seiner Widersprüche gegeben. Heterogenität von Widersprüchen anerkennen heißt aber, das komplex strukturierte Ganze mit Dominante als ein Beziehungsverhältnis von den für eine Produktionsweise charakteristischen Widersprüchen zu analysieren. Wenn das zur Feststellung einer Überdeterminierung von Widersprüchen einer Gesellschaft führt, ist die analytische Voraussetzung für ihre praktische Umwälzung gegeben. Mit dieser Zuordnung einer Gesellschaft zu ihren Widersprüchen sei die *Existenz* des gesellschaftlichen Ganzen definierbar, die Unterschiedenheit der Widersprüche ist „eins ... mit den Existenzbedingungen des komplexen Ganzen". (39) Althusser erkennt keinen wesentlichen Widerspruch an, von dem aus andere (beispielsweise für Überbauverhältnisse charakteristische) Widersprüche nur als dessen Erscheinung zu gelten hätten. Diese haben vielmehr für ihn in relativer Autonomie und eigener Wirksamkeit *das* Kriterium ihrer Existenz.

Die Einheit und den inneren Wirkungsmechanismus einer durch Haupt- und Nebenwidersprüche gekennzeichneten Produktionsweise beschreibt Althusser als reflexive Struktur. In dieser *Reflexivität des Ganzen* mit Dominante in seinen Widersprüchen aber wird nun der wert- oder geldtheoretische Bezug in Althussers Auffassung materialistischer Dialektik wirksam. Er schreibt: „*Diese Reflexion der Existenzbedingungen des Widerspruchs in ihrem Innern, diese Reflexion der gegliederten Struktur mit Dominante, die die Einheit des komplexen Ganzen im Innern jedes Widerspruchs bildet*, das ist der tiefste Zug der marxistischen Dialektik, den ich ... unter den Begriff der „*Überdeterminierung*" zu fassen versucht habe." (40)

38 FM, S. 148.
39 FM, S. 151.
40 FM, S. 152.

Zunächst aber: Was ist gemeint, wenn wir unter Bezug auf die Marxsche Wert- und Geldtheorie die Behauptung aufgestellt haben, daß Althusser trotz seines Insistierens auf Dialektik von einer transzendentalphilosophischen Position ausgeht und damit von einem systemtheoretisch gewendeten Subjektivismus? Zur Erläuterung soll auf die enge Beziehung hingewiesen werden, die Althusser mit *der* Argumentation von Marx verbindet, die im Zusammenhang von dessen Wert- und Geldtheorie sich nicht zuletzt auch Hegelscher Figuren der Dialektik bedient. Daß Althusser den Standpunkt des Werts oder auch des Geldes einnimmt, wenn er über die strukturelle Analyse der Produktionsweise eine widersprüchliche Einheit von Produktivkräften und gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen zum objektiven Gegenstand theoretischer und politischer Praxis erklärt, ergibt sich u.a. aus folgender These: „... die Strukturierung mit Dominante des komplexen Ganzen, *dieses strukturell Invariante selbst* (ist) *die Bedingung für die konkreten Variationen der Widersprüche* ..., die sie konstituieren, also ihrer Verlagerung, Verdichtung, Veränderung etc., und umgekehrt ... (ist) *diese Variation die Existenz dieses Invarianten.*" (41) Nimmt man diese Äußerung mit der über die Reflexivität des Ganzen zusammen, so ergibt sich folgendes: Offensichtlich soll die *Dominante* einer Struktur so etwas wie die regulative Idee Kants darstellen, eine Instanz, die *objektive Ordnung*, vielleicht sogar Gesetzmäßigkeit der in der Einheit des Ganzen in Beziehung zueinander befindlichen Elemente garantiert. Durch dieses regulative Prinzip, das *in* den Elementen, die es strukturiert, wirkt, ließe sich dann Althusser zufolge eine *Produktionsweise als entweder kapitalistische oder sozialistische* bezeichnen, die auf die Dominante bezogenen Widersprüche in ihrem Aufeinanderwirken als entweder *antagonistische* oder *nicht-antagonistische Widersprüche* unterscheiden. Entsprechend ihrem kapitalistischen oder sozialistischen Charakter ist die Dominante dann als das Strukturprinzip zu werten, welches die Art und Weise reguliert, in der sich Veränderungen und Beziehungen im Innern des komplexen Ganzen abspielen. (42) Voraussetzung für den Übergang der kapitalistischen in die sozialistische Dominante ist allerdings, daß diese eine *invariante* Größe darstellt, die also — mit Luhmann — *Bestand* des Systems (des Ganzen) auch dann hat, wenn auf Grund der Überdeterminierung seiner Widersprüche das gesellschaftliche System umgewälzt wird.

Versuchen wir jetzt wenigstens ansatzweise aufzuzeigen, daß Althusser die Selbstreflexion einer Produktionsweise unter Voraussetzung der Invarianz ihrer Struktur mit eben den dialektischen Begriffen beschreibt, in denen Marx über die Analyse der „scheinbar transzendentalen Macht des Geldes" die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zum Gegenstand ihrer historisch-materialistischen Erkenntnis machte. Marx schreibt dazu: „... ebenso (ist es) unmöglich ..., das Geld selbst aufzuheben, solange der Tauschwert die gesellschaftliche Form der Produkte bleibt. (...) Je mehr die Produktion sich dermaßen gestaltet, daß jeder Produzent vom Tauschwert seiner Ware abhängig wird ... , desto mehr müssen sich die *Geldverhältnisse* entwickeln und die Widersprüche, die dem *Geldverhältnisse*, dem Verhältnisse des Produkts zu sich als Geld, immanent sind. (...) Aber in demselben Maße ... wächst die Macht des *Geldes*, d.h. setzt sich das Tauschverhältnis als eine den Produzenten gegenüber äußere von von ihnen unabhängige Macht fest. (...) *Das Geld bringt diese Gegensätze und Widersprüche nicht hervor; sondern die Entwicklung dieser Widersprüche und Gegensätze bringt die*

41 FM, S. 161.
42 FM, S. 146 f.

scheinbar transzendentale Macht des Geldes hervor." (43) Diese Bemerkung über die transzendentale, scheinbar konstitutive, Widersprüche und Gegensätze hervorbringende Geldmacht ist von Bedeutung, soll erklärt werden, unter welchem Gesichtspunkt Marx das Strukturprinzip der auf Tauschwertproduktion beruhenden Produktionsweise analysiert. Diese Analyse ist einerseits auf die ökonomischen Voraussetzungen der sozialen Austauschbeziehungen in der Zirkulationssphäre gerichtet, wie andererseits auch auf die ideologische Struktur einer Gesellschaft. Letzteres geschieht im Zusammenhang der Dechiffrierung des *objektiv-gegenständlichen Scheins*, deren systematischer Ort das Fetischismuskapitel im *Kapital* ist. Hier zeigt Marx, wie sich die Funktionsweise des Geldes in der Struktur gesellschaftlicher Verhältnisse realisiert und darüber hinaus im ideologischen — man könnte auch sagen soziologischen — Allgemeinbewußtsein den Schein der transzendentalen Geldmacht konstituiert. (44)

Wenn Marx die Wirkungsweise der ideologischen und gesellschaftlichen Struktur unter dem Gesichtspunkt der scheinbar konstitutiven Mächtigkeit des Geldes charakterisiert, so geschieht dies im Zusammenhang seiner Bezeichnung des Geldes als *übergreifendes Subjekt* oder *automatisches Subjekt*. Wir müssen hier einen ausführlichen Nachweis jener konstituierenden Funktionalität des Geldes schuldig bleiben; nur diejenigen Punkte seien bezeichnet, die es offensichtlich werden lassen, daß diese Funktionalität durch Althusser mit dem strukturierten Ganzen mit Dominante rekonstruiert wird. Namentlich in seiner Bestimmung als Kapital (G-W-G') ist das Geld als System und als ein dieses System übergreifendes Subjekt dargestellt, somit als eine *Identität* durch Invarianz und Dominanz charakterisiert und zugleich als Substanz durch *Entäußerung* in den gegensätzlichen Austauschverhältnissen zu sehen. (45) Althusser scheint den Doppelcharakter des Geldes von Identität und Entäußerung vor Augen zu haben, wenn er — wie wir gesehen haben — seinen Begriff des Ganzen in der Weise dialektisch zu fassen versucht, daß die Analyse von Elementen des Ganzen zugleich die Analyse des Ganzen selber sei, *innerhalb* dessen diese Elemente einen bestimmten Ort haben, oder wenn er sagt, daß die „*ganze Existenz*" der materialistischen Struktur „*in ihren Wirkungen*" bestehe. (46) Wir meinen damit das doppelte In-Beziehung-Setzen der Elemente eines strukturierten Ganzen, einmal dadurch, daß dies eine selbständige Existenz als invariante Identität (durch die Dominante) besitzt und sich zum andern nur in den Wirkungen, in der Ungleichheit seiner Elemente darstellt.

43 K. Marx: Grundrisse, Berlin (DDR) 1953, S. 64 f. (letzte Hervorheb.d. Verf.); vgl. auch ebenda, S. 863.

44 Dazu ausführlich: B. Heidtmann: „Systemwissenschaftliche Reflexion und gesellschaftliches Sein. Zur dialektischen Bestimmung der Kategorie des objektiven Scheins", in: Systemdenken und Dialektik, Berlin (DDR), erscheint Sommer 1977.

45 Ebenfalls setzt die Marxsche Geld- bzw. Wert-„Theorie" an dieser Programmatik an. Es ist die Theorie des „automatischen Subjekts". Marx führt dazu aus: „Als *das übergreifende Subjekt* eines solchen Prozesses, worin er Geldform und Warenform bald annimmt, bald abstreift, sich aber in diesem Wechsel erhält und ausreckt, bedarf der Wert vor allem einer selbständigen Form, wodurch seine Identität mit sich selbst konstatiert wird. Und diese Form besitzt er nur im Gelde. Dieses bildet daher Ausgangspunkt und Schlußpunkt jedes Verwertungsprozesses. (...) Wenn in der einfachen Zirkulation der Wert der Waren ihrem Gebrauchswert gegenüber höchstens die selbständige Form des Geldes erhält, so stellt er sich hier plötzlich dar als eine prozessierende, *sich selbst bewegende Substanz*, für welche Ware und Geld beide bloße Formen." (K. Marx: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 169).

46 KL2, S. 254.

Lassen wir es bei diesen Verweisen auf ein Wert- oder Geld-theoretisches Verständnis der gesellschaftlichen Produktionsweise von Seiten Althussers bewenden. Jedenfalls scheint die Vermutung nicht unbegründet zu sein, daß in Althussers Theorie des in seinen Widersprüchen komplex strukturierten Ganzen mit Dominante reproduziert wird, was die Analyse des Geldsystems durch Marx erbracht hat. Vom Wert-theoretischen Zugang aus reflektiert Althusser den gesellschaftlichen Zusammenhang der Zirkulationssphäre so, wie er an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint. Die Zirkulationssphäre stellt zwar für Marx ein System „der Vermittlung" des Werts in seiner Identität mit sich dar (also das strukturierte Ganze in seinen Wirkungen als Einheit), ist jedoch „in sich selbst betrachtet" nur „die Vermittlung vorausgesetzter Extreme", die sie nicht „setzt", die ihr vielmehr *vorausgesetzt* sind. Infolgedessen muß die Zirkulation einerseits als *System*, d.h. als „Moment" einer *Totalität* — ähnlich wie es Hegel für die Sphäre des Seins in seiner Logik vom Wesen forderte — über die Bewegung des Wesens, „als totaler Prozeß selbst vermittelt sein". (47)

Arbeit und Erkenntnis

Zur Unterscheidung der Dialektik Hegels von der materialistischen Dialektik bei Marx kommt es darauf an, die Differenz von nicht-gegenständlicher und gegenständlicher Objektivität für die Erkenntnis zu verdeutlichen. Indem wir behaupten, daß das strukturierte Ganze mit Dominante in seiner reflexiven Struktur die transzendentale Geldmacht zu seiner Bestimmungsinstanz werden läßt, stellen wir fest, daß Althusser der theoretischen und politischen Praxis einen *nicht-gegenständlichen Begriff von Objektivität* gegenüberstellt.

Zweifellos wird auch von Marx nicht bestritten, daß der transzendentale Schein des Geldes objektive gesellschaftliche Gründe hat, das Geld somit in seinen verschiedenen Funktionen strukturbildende Eigenschaften besitzt, die dann für den erkennenden Verstand als gegenständliche Eigenschaften reproduziert werden. Diese Einsicht war Marx aber nur deshalb möglich, weil er von der Analyse der Doppelnatur der Arbeit zu einer *genetischen*, d. h. materialistischen Erklärung des Geldsystems gelangte. Er kann zeigen, daß sich im Geld ein konkretes Subjekt, die gesellschaftliche Arbeit, vergegenständlicht und markiert damit seinen grundsätzlich auch von Hegel zu unterscheidenden Ausgangspunkt. Damit ist aber auch der Unterschied deutlich, der m. E. den erkenntnistheoretischen Ansatz Althussers vom materialistischen bei Marx trennt. Indem Marx von der gesellschaftlichen Arbeit ausgeht, begründet er eine Subjekt-Objekt-Beziehung für die Erkenntnistheorie, die von grundsätzlich anderer Art ist als die der klassischen deutschen Philosophie. Weder kann jetzt der Gegenstand von Erkenntnis als ein durch die Erkenntnisleistungen des transzendentalen Subjekts hergestellter aufgefaßt werden noch auch mit Hegel als ein durch die dialektische Bewegung des Denkens in seiner Objektivität bestimmbarer; schließlich auch nicht — mit Althusser — als ein Gegenstand, der an und für sich den Dualismus von Erkenntnis und Erkenntnisgegenstand dadurch hinter sich gelassen zu haben behauptet, daß die „Struktur" des Objekts (des Ganzen) die objektiven Bedingungen seines Begreifens durch theoretische Praxis einschließt. Auch wenn Althusser den „Primat" des Realob-

47 K. Marx: Grundrisse, S. 166.

jekts gegenüber dem Erkenntnisobjekt ins Feld führt (48), ist damit noch nicht eine materialistische Beziehung von Subjekt und Objekt, von Erkenntnis und Erkenntnisgegenstand begründet.

Kurz gesagt ist für Marx menschliche Erkenntnis ein mit der Entwicklung der Wissenschaften in seiner Bedeutung wachsendes *Moment* der gesellschaftlichen Arbeit, man könnte auch sagen, der Produktivkraft der Gesellschaft. Im Unterschied zu Hegel, der — was Althusser meiner Ansicht nach unterschätzt — zur Identifizierung der Denkbestimmungen seiner Dialektik als *Arbeits*bestimmungen gelangte. wodurch er überhaupt in der Lage war, seine *Wissenschaft der Logik* zu schreiben, der andererseits umgekehrt die Bestimmung der Arbeit als *Denken* faßte und daher nicht in der Lage war, Objektivität gegenständlich zu verstehen, d. h. allen Ernstes zu denken, „löst gerade Marx diese Identifikation (von Arbeit und Denken, B. H.) auf und bestimmt *die Wissenschaft als das allgemeine Moment der Arbeit*." (49)

In seinem Versuch, eine Relation von Arbeit und Erkenntnis im Zusammenhang der Unterscheidung von *Erkenntnisobjekt* und *Realobjekt* sowie einer Stufentheorie von Erkenntnisprozessen materialistisch zu fassen (50), versteht Althusser die Produktion von Erkenntnisobjekten in Analogie zur wertbildenden Arbeit: „Die Dinge spielen sich ganz ähnlich ab wie bei Marx, der sagt: die lebendige Arbeit muß der Materie einen ‚*neuen* Wert hinzufügen', damit der in den Produktionsmitteln enthaltene Wert der ‚toten Arbeit' erhalten und auf das Produkt übertragen werden kann; , ... durch bloßes Zusetzen von neuem Wert erhält er (der Arbeiter) den alten Wert'." (51) Indem Althusser aus der wertbildenden Arbeit die „Struktur" der Produktion von Erkenntnisobjekten durch theoretische Praxis gewinnt, rekurriert er zwar auf Theorie als das allgemeine Moment der Arbeit; indem er aber unberücksichtigt läßt, daß mit Marx die Wertproduktion eben auch nur als ein Moment der Gebrauchswertproduktion unter Einsatz des subjektiven Faktors der Arbeitskraft mit dem objektiv gegenständlichen Faktor, dem Produktionsmittel, aufgefaßt werden kann, verselbständigt sich das allgemeine Moment der gegenständlichen Produktionstätigkeit zum *abstrakt-allgemeinen*. Indem die Erkenntnis aus ihrem gegenständlichen Bezug zum Objekt gelöst wird, ist aber Erkenntnisproduktion nach dem Muster der abstrakten Arbeit organisiert, deren Resultate dann eben Produkte mit nicht-gegenständlicher Objektivität sind.

Beschränken wir uns auf diese Hinweise, d. h. auf die Aspekte, unter denen es beispielsweise Althusser nicht möglich ist, die Beziehung von erkennendem Subjekt zu seinem Gegenstand dialektisch als *Widerspiegelung* zu fassen. Wo Althusser den erkenntnistheoretischen Empirismus kritisiert, scheint er übrigens mehr als eine nur mechanistische Auffassung der Widerspiegelung kritisieren zu wollen. (52) Wir verfolgen diese Problematik hier nicht weiter, sondern wenden uns Althussers Versuch zu, mit der These der *Bestimmung der Überbauverhältnisse* (Ideologien und Institutionen) *in letzter Instanz durch die Ökonomie* seiner theoretischen Praxis den Materialismus zugrunde zu legen.

48 SOPO 34/35, S. 25.
49 P. Ruben: „Wissenschaft als allgemeine Arbeit. Über Grundfragen der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsauffassung", in: SOPO 36, S. 16 (Hervorheb.d.Verf.).
50 FM, S. 124 ff.
51 SOPO 34/35, S. 27 f.
52 KL1, S. 70 ff.

Nun läßt sich zwar gegenüber der bürgerlichen Systemtheorie, nicht aber gegenüber Althusser einwenden, daß er wie z. B. Luhmann in seiner Sicht gesellschaftlicher Verhältnisse ausschließlich auf die Reproduktion der Zirkulationssphäre — den Wirkungsbereich der scheinbar konstitutiven Macht des Geldes — fixiert wäre. Der Zusammenhang von Produktion und Zirkulation, von Basis und Überbau wird vielmehr unter dem Gesichtspunkt der *Determination in letzter Instanz durch die Ökonomie* gesehen. (53) Durch die Anerkennung dieser Determination reklamiert Althusser ein materialistisches Verständnis der Beziehung von Basis und Überbau und gewinnt gleichzeitig großen Spielraum dafür, zu zeigen, daß die Überbausphäre „relative Autonomie" kraft eigener Wirksamkeit, somit strukturierende Dominanz trotz und gerade wegen jener Determination in letzter Instanz besitzt. Hierbei ist die eher metaphorische, weniger systematische Funktion der These von der letzten Instanz auffallend. Sie scheint die Möglichkeit materialistisch zu legitimieren, eine Theorie der Wirksamkeit der Überbauten für sich und als solche zu entwickeln, deren Bezug zur Ökonomie in Althussers Konzeption so anerkannt wird. Anerkennung aber ist ganz offensichtlich noch nicht Erkenntnis; auf keinen Fall jedoch Erkenntnis, die deutlich werden ließe, daß mit Marx Determination durch die Ökonomie auf ein *Verhältnis der Entgegensetzung von Basis und Überbau* mit entsprechenden systematischen Konsequenzen für die materialistische Dialektik dieser Entgegensetzung verweist. Diese Beziehung als Entgegensetzung zu erklären, heißt für Marx zugleich, die Logik des ökonomischen Transzendentalismus zu erklären. Unter dem Aspekt der *Verkehrung* und *Verhüllung* analysiert nämlich Marx die objektive Basis *und* die ideologische Reflexion des ökonomischen Transzendentalismus. Hierbei handelt es sich einerseit um die *reale Verkehrung*, die die *gesellschaftlichen Charaktere der Arbeit* unter kapitalistischen Verhältnissen annehmen, andererseits um die *ideologische Verhüllung* des diesen Verhältnissen zugrunde liegenden Widerspruchs. Resultat der Analyse dieses Verkehrungsvorganges aber ist dies: Die Erscheinungsweise der kapitalistischen Gesellschaft ist ihrem Wesen *entgegengesetzt* und nicht mit Althusser als Dualismus interpretierbar. Marx führt dazu aus: „Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klarzuwerden suchen sind sehr verschieden von, in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern, wesentlichen aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff." (54)

Überdeterminierung als Krise: der dezisionistische Inhalt der politischen Praxis

Untersuchen wir abschließend den krisentheoretischen Bezugspunkt auf den orientiert Althussers Begründung politischer Praxis in die Nähe dezisionistischer Argumentation kommt.

53 „Die Determination in letzter Instanz d u r c h d i e Ö k o n o m i e behaupten, heißt sich von allen idealistischen Geschichtsphilosophien abgrenzen, heißt eine materialistische Position einnehmen. Aber von der Determination durch die Ökonomie i n l e t z t e r I n s t a n z sprechen, bedeutet zugleich auch eine Abgrenzung von jeder mechanistischen Konzeption des Determinismus und die Einnahme einer dialektischen Position." (SOPO 34/35, S. 15).
54 MEW Bd. 25, S. 219.

Dezisionismus meint hier eine Gegenüberstellung politischer Praxis mit ihrem Gegenstand — eine durch Widersprüche und Krisen gekennzeichnete gesellschaftliche Situation —, welche dadurch charakterisiert ist, daß in ihr die politische Aktion absolut gesetzt und damit die Bedingung wird, unter der erst die gesellschaftliche Krise theoretisch so definiert werden kann, daß ihre praktische Lösung entweder durch Restauration von Normen und Rechtsverhältnissen oder durch deren Revolutionierung möglich wird. Dieser Dezisionismus ist die Umsetzung des Transzendentalismus der klassischen Erkenntnislehre in die Theorie der Politik. (55)

Hier sei nun zunächst eine Erörterung angeführt, in der Marx durch Analyse des materialistischen Widerspruchs eine krisentheoretische Argumentation entwickelt. Bereits aus der Betrachtung der einfachen Warenzirkulation ergeben sich für Marx Bedingungen für die Analyse einer objektiven Möglichkeit der kapitalistischen Systemkrise. Wie die einfache Warenzirkulation zeigt, ist in ihr eine „unmittelbare Identität von Eintausch und Austausch" in die zeitlich, örtlich und individuell bedingten „Gegensätze von Kauf und Verkauf" gespalten. Ihre „innere Einheit" haben diese Gegensätze im Produktionsprozeß. Der für die kapitalistische Produktionsweise charakteristische Widerspruch bestehe nun eben darin, daß diese innere Einheit sich in „äußeren Gegensätzen" bewegt. Entwickelt sich nun — so Marx — die Verselbständigung der Gegensätze historisch mit zunehmender Kapitalisierung der Warenproduktion weiter, dann würde sich jene Einheit als „Krise" und „gewaltsam" Geltung verschaffen. Hier kann man mit Althusser durchaus von einer Überdeterminierung kapitalistischer Widersprüche reden: „Der der Ware immanente Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, von Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellt, von besonderer konkreter Arbeit, die zugleich nur als abstrakt allgemeine Arbeit gilt, von Personifizierung der Sachen und Versachlichung der Personen — dieser immanente Widerspruch enthält in den Gegensätzen der Warenmetamorphose seine entwickelten Bewegungsformen." Damit liegt eine *Tendenz*aussage, die auf der Analyse der Produktion basiert (man vergleiche Marx' Ausführungen über den „tendenziellen Fall der Profitrate" im *Kapital*) der materialistischen Auffassung des Widerspruchs, der marxistischen Theorie der Geschichte und somit der Politik der Arbeiterbewegung

55 Diesen Dezisionismus sehe ich vorgezeichnet in *J.J. Rousseaus* politischer Philosophie. Im *Gesellschaftsvertrag* und in den *Diskursen* kreisen Rousseaus Überlegungen um die Frage, wie unter den objektiven ökonomischen und politischen Bedingungen der durch eine Vielzahl von Widersprüchen (das Nebeneinander von Relikten des Feudalstaats und politischen und ökonomischen Tendenzen einer sich ankündigenden bürgerlichen Gesellschaft) gekennzeichneten gesellschaftlichen Situation im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts diese bürgerliche Gesellschaft als ein einheitliches politisches Ganzes zu etablieren wäre: als „une forme d'association qui défende et protège de toute la force commune la personne ... et par laquelle chaqun s'unissant à tous, n'obéit pourtant qu'à lui-même et reste aussi libre qu'auparavant". (Contrat social, I, 6). Rousseau geht aus vom absoluten Gegensatz des freien (bürgerlichen) Subjekts zum untergehenden Feudalstaat. Dieser Gegensatz soll in der revolutionären Konstitution der neuen Gesellschaft (durch den Vertrag, den alle mit allen schließen), in der umfassenden Einheit der volonté générale aufgehoben werden. Diese volonté générale ist nun nicht mehr getragen von einem Monarchen oder Fürsten, sie verkörpert vielmehr die unmittelbare Einheit mit den Einzelwillen (volonté de tous) – Identität von Subjekt und Objekt im Sinne der transzendentalen Erkenntnistheorie bei *Kant*. Man versteht, wie Rousseaus Modell zur „Bibel der Jakobiner" werden konnte. Es wäre zu untersuchen, wieviel Althusser der durch Rousseau eingeleiteten Tradition politischer Philosophie schuldet.

zugrunde. Marx fährt fort, daß diese gegensätzlichen Bewegungsformen „... daher die Möglichkeit aber auch nur die *Möglichkeit der Krisen*" einschließen. „Die Entwicklung dieser Möglichkeiten zur Wirklichkeit (erfordert aber) einen ganzen Umkreis von Verhältnissen, die vom Standpunkt der einfachen Warenproduktion noch gar nicht existieren." (56)

Wir sehen: Für die materialistische Erkenntnis sind gesellschaftliche Widersprüche in ihrer historischen und damit auch in ihrer politischen Funktion nur dann von Bedeutung, wenn sie als Widersprüche, die aus der gesellschaftlichen Produktion hervorgehen, verstanden werden. Gegenüber dieser Auffassung des materialistischen Widerspruchs muß nun festgestellt werden, daß Althusser gesellschaftliche Widersprüche nahezu ausschließlich in *den* Formen faßt, in denen sie sich *äußern* und *bewegen*, daß er sie also phänomenologisch zum Gegenstand der theoretischen Praxis und zum Ausgangspunkt politischer Praxis macht.

Für Althusser ist es revolutionäre, systemverändernde politische Praxis, „aus der Mitte der einzig gegenwärtigen Geschichte heraus auf die Geschichte einzuwirken." (57) In einer Gesellschaft seien die Bedingungen für ein veränderndes *Eingreifen*, ihre *Umwälzung* dann gegeben, wenn — wie wir bereits oben erörtert haben — alle Widersprüche so überdeterminiert sind, daß das invariante System — das strukturierte Ganze mit Dominante — den Ausgleich der Gegensätze nicht mehr gewährleistet; mit Marx: wenn die Gesellschaft als System nicht mehr die adäquate Bewegungsform der Widersprüche darstellt. Diese kritische Situation definiert Althusser geschichtsphilosophisch als einen „aktuellen Augenblick", in dem die revolutionäre politische Praxis den „absoluten" Höhepunkt ihres Gelingens findet (58); eine Konstellation, die Althusser in den theoretischen Einsichten und der Politik Lenins zu finden meint, weil Lenin dem Imperialismus „in der Eigenschaft der aktuellen Existenz: in seiner konkreten Gegenwart begegnete". (59) Althusser schreibt: Die „Verdichtung" der revolutionären Aktion zum politischen Kampf ist „untrennbar von der *Verlagerung* der Dominante zwischen den Widersprüchen", beispielsweise dann, wenn proletarische Klasseninteressen sich gegenüber dominierenden bürgerlichen Klasseninteressen in allen gesellschaftlichen Bereichen Geltung (Dominanz) verschaffen. Daher lautet sein Fazit, „daß diese organischen Phänomene der *Verlagerung* und *Verdichtung* die Existenz der Identität der Gegensätze selbst sind, bis sie die global sichtbaren Formen der *Umwälzung* oder des qualitativen Sprungs hervorbringen, der den revolutionären Augenblick der Umgestaltung des Ganzen gestattet." (60)

Im Vergleich zu Marx' Überlegungen ist die Akzentverschiebung, die Althusser für seine Begründung der kritischen, revolutionären Situation vornimmt, unübersehbar. Die Beziehung des Ausgleichs und der Überdetermination von Widersprüchen auf die Produktionssphäre ist unsichtbar, wenn nicht sogar theoretisch außer Kraft gesetzt. Die Determination der Produktionsverhältnisse (also der Formen, in denen Widersprüche sich in der Bewegung von Ge-

56 MEW Bd. 23, S. 128.
57 FM, S. 164.
58 FM, S. 153.
59 FM, S. 154.
60 FM, S. 164.

gensätzen manifestieren) durch die Ökonomie hat an dieser wichtigen Stelle keine Relevanz für Althussers Bestimmung revolutionären Handelns. Vielmehr scheint ihn hauptsächlich der *Ausnahme*charakter gesellschaftlicher Krisen zu interessieren, der darin bestünde, daß die Mechanik oder die Normativität des invarianten Ganzen unverträglich wird mit dem Charakter überdeterminierter Widersprüche. Dies aber ist für Althusser der qualitative Sprung oder der „absolute" historische Bruch, den die revolutionäre Aktion zum Ausgangspunkt ihres Eingreifens nimmt. (61)

Mit dem Terminu *Eingriff* — der als solcher schon ein *äußerliches* Verhältnis von politischer Praxis zu ihrem Gegenstand Gesellschaft signalisiert —, mit dem Althusser das Spezifische einer revolutionären Handlung bezeichnet, treffen wir auf den dezisionistischen Aspekt in seinem Konzept politischer Praxis. Das wird klarer, wenn man sieht, wie die revolutionäre Politik durch Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse das erzeugt, was Althusser unter ihrer *Existenz* versteht. In der Existenz der Elemente eines Ganzen gesellschaftlicher Verhältnisse sieht er nämlich das *Wesen* einer Gesellschaft verwirklicht. Der an Hegel kritisierte *metaphysische Begriff des Wesens* geht dabei in die *Bestimmung der politischen Praxis* ein; diese wird durch Althusser zu einer das Wesen der Gesellschaft als ihre Existenz realisierenden Aktion erklärt. (62)

Mit der Verlagerung des Wesens in die Existenz in seiner Definition revolutionärer Politik als Eingreifen fixiert Althusser allerdings nur eine Übergangsstufe der Hegelschen Dialektik des Wesens, auf der Hegel die Existenz als dieses „ ... Seyn aber, zu dem das Wesen sich macht, ... das wesentliche Seyn" erklärte. (63) Hier muß nun darauf hingewiesen werden, daß Althusser mit solcher *Verabsolutierung des Wesens* durch *die Politik* kaum mehr den Widerspruch einer Gesellschaft — mit Marx — den *wesentlichen Widerspruch*, als Bestimmungsgrund politischer Praxis oder der Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse anerkennen kann. Althussers Politikverständnis erhebt, wie es scheint, vielmehr Anspruch auf eine absolute Freiheit, die *im aktuellen Augenblick* der revolutionären Veränderung einer Gesellschaft praktisch wird. Dem ist mit Engels allerdings entgegenzuhalten, daß auch die Freiheit des politischen Handelns Einsicht in historische und gesellschaftliche Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten zur Voraussetzung hat, welche für Strategie und Taktik revolutionärer Politik in Rechnung gestellt werden müssen. Es ist, als beanspruche Althusser mit der Absolutheit der Bedingungen revolutionärer Politik auch absolute Bedingungslosigkeit der politischen Aktion. Bei allem nötigen Respekt vor Einsichten und Differenzierungen, mit denen uns Althusser im Meinungsstreit über Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung begegnet, zeichnet sich in dieser Verbundenheit mit dem Dezisionismus doch eine idealistische Fundamentalrelation ab in seiner Auffassung gesellschaftlicher Verhältnisse und der Theorie und Praxis ihrer Veränderung.

61 FM, S. 155.

62 „Aber wenn die Bedingungen nichts anderes als die aktuelle Existenz des komplexen Ganzen sind, so sind sie seine Widersprüche selbst, von denen jeder in sich das organische Verhältnis reflektiert, das er in der Struktur mit Dominante des komplexen Ganzen reflektiert, in dem er existiert, also die aktuelle Existenz dieses Ganzen, also seine ‚aktuellen Bedingungen', ist er eins mit ihnen: Daher spricht man auch von den ‚Existenzbedingungen' des Ganzen, wenn man von den ‚existierenden Bedingungen' spricht." (FM, S. 154).

63 G.W.F. Hegel: Logik, Werke (ed. Glockner) Bd. 4, S. 597 ff.

DIE AKTUALITÄT SPINOZAS IN DER MARXISTISCHEN THEORIE ALTHUSSERS* BEMERKUNGEN ZUM VERHÄLTNIS VON MATERIALISMUS UND DIALEKTIK

„Die wahrhafte Widerlegung muß in die Kraft des Gegners eingehen und sich in den Umkreis seiner Stärke stellen; ihn außerhalb seiner selbst anzugreifen und da Recht zu behalten, wo er nicht ist, fördert die Sache nicht."
(Hegel zu seiner Spinoza-Kritik. Wissenschaft der Logik. II, S. 251.)

Zu Althussers Rationalismus der wissenschaftstheoretischen Dialektik

Geht man von der Einschätzung aus, daß Althusser in seinem Beitrag ‚Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein? ' (1) Aufschluß und Rechenschaft über die philosophischen und wissenschaftstheoretischen Grundlagen seiner ‚Thesen' gibt, ist es naheliegend, von der Aktualität Spinozas in seinen Schriften zu reden. Waren in seinen früheren Arbeiten immer wieder Hinweise auf Spinoza zu finden, wenn auch eher beiläufig als systematisch, so scheint es spätestens seit dem Erscheinen der ‚Elemente der Selbstkritik' (2) klar zu sein, daß Althussers Programm, *theoretische* Probleme in der marxistischen Philosophie *wissenschaftlich* auf den *Begriff* zu bringen, in engem Zusammenhang mit seiner Spinoza-Rezeption steht. Althussers theoretische Absicht, das Selbstverständnis der marxistischen Philosophie auf der Grundlage einer materialistischen Wissenschaftstheorie zu klären, hat er bereits in ‚Das Kapital lesen' formuliert und festgehalten, daß die „grundlegende wissenschaftstheoretische Frage ... den Gegenstand der marxistischen Philosophie überhaupt bildet." (3)

Sieht man von den Problemen Althussers doppelter Lektüre des ‚Kapital' ab, die eine kritische Reflexion des theoretischen Bezuges der „wissenschaftlichen auf die philosophische und der philosophischen auf die wissenschaftliche Lektüre" (4) umfaßt, vertritt er die Ansicht, daß Marx' wissenschaftliche Entdeckung, die historisch-materialistische Theorie der Geschichte, eine „völlig neue philosophische Denkweise einleitet". (5)

* Baruch de Spinoza (1632-1677) Da sein 300. Todestag am 21. Februar hier nicht ausdrücklich zum Anlaß genommen wird, sein Verhältnis zum Marxismus zu erörtern, sei diesbezüglich auf den Aufsatz von H. Seidel verwiesen: „Marxismus und Spinozismus" in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. 1977, Heft 1, 25. Jg., S. 46 ff.

1 In: La Pensee, Nr. 183, Oktober 1975; deutsche Übersetzung von P. Schöttler, in: SOPO 34/35, Mai 1976. Zitate aus diesem Text werden im folgenden gekennzeichnet durch Schrägstrich.

2 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, Berlin (West) 1975.

3 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Reinbek 1972, S. 94.

4 Ebenda, S. 98

5 Ebenda, S. 98.

Wenn nun im folgenden nach der neuen wissenschaftlichen Problemstellung in der marxistischen Philosophie gefragt wird, die Althusser bei Marx herausgearbeitet hat, werden wir von ihm erneut in einem Ausmaß auf Spinoza verwiesen, daß die Vergegenwärtigung dieses philosophisch-historischen Hintergrundes zum Verständnis seiner Grundthesen notwendig erscheint. Sah Althusser „vom philosophischen Standpunkt in Spinoza den einzigen direkten Vorgänger von Marx" (6), bekräftigt er neuerdings in aller Deutlichkeit, daß „nicht nur der Marx der ‚Einleitung' von 57, der faktisch Hegel mit Spinoza bekämpft, sondern auch der Marx des ‚Kapital' und ebenso Lenin in ihren Positionen durchaus ein enges Verhältnis zu den Positionen Spinozas unterhalten" /22/. Andererseits wird es notwendig, den „Umweg über Spinoza zu gehen, um zu verstehen, weshalb Marx über Hegel gehen mußte" /8/, notwendig deshalb, um die „theoretische Abgrenzung in der Arbeit an ihrer Differenz" /8/ zu gewinnen. In dieser Hinsicht greift Althussers Rekurs auf Spinoza auf die philosophie-historische Konstellation zurück, in der es sich um eine Aktualisierung der *Hegelschen Spinoza-Kritik* aus *marxistischer* Sicht handelt. Hegels Zugeständnis an Spinoza, daß dieser „Standpunkt (der Substanz) zuerst als wesentlicher und notwendig anerkannt werde" (7), stellt für Althusser den philosophie-historischen Ausgangspunkt der materialistischen Idealismus-Kritik dar. Denn Hegel, der seine Spinoza-Kritik im Programm der Begriffslogik zu realisieren beansprucht, sieht darin „die einzige und wahrhafte Widerlegung des Spinozismus. Sie ist die Enthüllung der Substanz, und diese ist die Genesis des Begriffs." (8)

Nach Althusser hat demnach die materialistische Hegel-Kritik wesentlich von Spinoza auszugehen, da sie in nuce bei Spinoza bereits vorweggenommen ist. Damit folgt Althusser der Auffassung Feuerbachs, der entscheidend zum materialistischen Bild Spinozas beigetragen hat. (9) Althussers Hinweis, daß der theoretische Zugang zum Materialismus- und Erkenntnisproblem unter dem marxistischen Gesichtspunkt die philosophischen Prämissen Spinozas in Betracht zu ziehen hat, erfordert eine nähere Behandlung eines Althussers Theorie charakterisierenden Problemzusammenhangs.

Deshalb beschränken wir uns auf das zentrale Problem, das Althussers Grundthese ausmacht und zugleich ein konstitutives Element seiner Marxinterpretation, die elementar eine materialistische Verarbeitung von Spinozas Grundgedanken beinhaltet. Es handelt sich hier dabei um das Determinierungsproblem, das bei Spinoza einen materialistischen Aspekt darstellt, den Althusser bei Marx sowohl wissenschaftstheoretisch wie erkenntnistheoretisch kritisch verarbeitet sieht.

Althusser präzisiert die Fragestellung wie folgt: „Die Determination der Elemente eines Ganzen durch dessen Struktur denken zu wollen hieß, ein absolut neues Problem stellen, was große theoretische Schwierigkeiten mit sich brachte. Der einzige Theoretiker, der die unerhörte Kühnheit besaß, die-

6 Ebenda, S. 134.
7 G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik, Bd. II, Frankfurt/M. 1969, S. 250.
8 Ebenda, S. 251. Da wir im einzelnen nicht auf das komplexe Hegel-Verständnis Althussers eingehen, soll hier dennoch die These vertreten werden, daß Althussers tendenzieller Anti-Hegelianismus wesentlich durch seine Spinoza-Rezeption bedingt ist.
9 Vgl. L. Feuerbach: Geschichte der neueren Philosophie von Bacon bis Spinoza, Frankfurt/M. 1976, S. 284 ff. Dazu die aufschlußreiche Aufsatzsammlung: Texte zur Geschichte des Spinozismus, hrsg. von N. Altwicker, Darmstadt, 1971.

ses Problem zu stellen und auch eine erste Lösung zu entwerfen, ist Spinoza." (10)

Was im folgenden insbesondere interessiert, ist Althussers Bezugnahme auf Spinoza, insoweit jener der Ansicht ist, daß in der *Erkenntnislehre* Spinozas die theoretischen und methodologischen Bestandteile vorgeformt sind, die die Grundlage der Begriffsbildung in der marxistischen Philosophie sind und zur Entwicklung einer materialistischen Wissenschaftstheorie wesentlich beitragen.

Zieht man Althussers ‚Kapital'-Lektüre in Betracht, läßt sich feststellen, daß er Marx' Frage, wie die *Determinierung durch* Verhältnisse zu denken sei, einen zentralen Stellenwert einräumt und den Sachverhalt mit dem Begriff ‚strukturale Kausalität' theoretisch zu fassen versucht. Es geht Althusser hierbei darum, das Problem der Wirksamkeit zu denken, weil im schärfsten Gegensatz zur Hegelschen Dialektik Marx die unterschiedlichen ökonomischen, politischen, ideologischen Realitäten, deren Wirksamkeit und Dialektik differenzierte; ein Sachverhalt, der nach Althusser auf Spinoza verweist. „Die Struktur ist ihren Wirkungen immanent, sie ist eine ihren Wirkungen immanente Ursache — im Sinne Spinozas; ihre ganze Existenz besteht in ihren Wirkungen." (11)

Wenn nun andererseits Althusser den Begriff ‚strukturale Kausalität' zum Gegenstand seiner ‚Selbstkritik' macht und ihn als einen strukturalistisch konzipierten Gedanken Spinozas denunziert, halten wir fest, daß Althussers Begriff ‚dialektisch-materialistische Kausalität' dem Inhalt nach denselben Sachverhalt zum Ausdruck bringt. (12) Zentraler Gegenstand ist für Althusser nach wie vor das Problem, wie im marxistischen Sinne das Determinierungsprinzip theoretisch zu fassen ist.

In welchem Sinne nun der Determinierungsgedanke für die philosophische Ausgangsfrage von grundlegender Bedeutung ist, zeigt Althussers Bestimmung des *Verhältnisses von Materialismus und Dialektik*. Er hält die Spezifizierung dieser Verhältnisbestimmung für den Kern des *philosophischen* Problems in der marxistischen Theorie. Althussers Grundthese besteht darin, auf dem *Primat* des Materialismus gegenüber der Dialektik zu bestehen und dessen Anerkennung auf wissenschaftstheoretischer Grundlage zu begründen. Seiner Auffassung nach enthält diese Grundthese das marxistische Postulat, den historischen Materialismus als die theoretische Bedingung der materialistischen Dialektik zu begreifen.

„Ich meine in der Tat, daß die Frage der marxistischen Dialektik nur gestellt werden kann unter der Bedingung, daß man die Dialektik dem Primat des Materialismus unterwirft und untersucht, welche Formen sie annehmen muß, um die Dialektik *dieses* Materialismus zu sein." /16/

Damit ist die Frage nach der Erkenntnis durch die Determinierungsinstanz einer philosophischen Prämisse entschieden, die sich ihrer wissenschaftstheoretisch vergewissern will. Unter dieser theoretischen Voraussetzung nur sieht Althusser die materialistische Dialektik vor den idealistischen Vereinnahmungen durch den mechanistischen und spekulativen Determinismus bewahrt. Die praktische Absicht, die Althusser in aller Klarheit mit dieser Grundthese verfolgt, ist gegen den „Dogmatismus und seiner rechten Kritik" innerhalb der marxistischen Philosophie gerichtet, gegen den „Ökonomismus und sei-

10 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 2, S. 252.
11 Ebenda, S. 254.
12 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, a.a.O., S. 63.

nem humanistischen ‚Supplement' " in der Politik. /19/

Von Interesse bleibt also weiterhin, *wie* der Geltungs- und Realisierungsanspruch seiner Grundthese sich wissenschaftstheoretisch ausweist, d. h. sich der Prinzipien „jenes Minimums an Allgemeinheit" auf materialistischer Grundlage zu versichern weiß, „ohne die es unmöglich wäre, konkrete Prozesse der Erkenntnis auszumachen und zu erkennen." /23/

Nach Althusser sind in Marx' Texten, insbesondere die methodologische Erörterungen der ‚Einleitung' von 1857 und die theoretische Anwendung im praktischen Zustande des ‚Kapital', die „Figuren" /14/ einer Topik elementar zur Darstellung gekommen, deren wissenschaftliche Explikation — so Althusser — in einer ‚Theorie des Begriffs' (13) konzeptionell erarbeitet werden muß. Für ihn verbürgt die „*marxistische Topik*" /14/ die wissenschaftliche Reflexion über den theoretischen Status der Funktion und Entwicklung der Begriffe in ihrer systematischen Anordnung.

Auf der wissenschaftstheoretischen Grundlage der topologischen Begriffsanordnung werden nach Althusser zwei wesentliche Aspekte der Marxschen wissenschaftlichen Argumentationsstruktur der philosophischen Bearbeitung offengelegt: die Frage nach der *Darstellungsmethode* und dem *Erkenntnisproblem* bei Marx. In diesem Sinne stellt die Topik die theoretische Voraussetzung her, die „Determination in letzter Instanz durch die ökonomische Basis" /15/ überhaupt denken zu können und sie als letzte Instanz innerhalb eines gegliederten Ganzen, ihre relative Autonomie und ihre eigene Wirksamkeit zu reflektieren. Es geht aber auch um den Begriffs-Gehalt der Raummetaphern (14), in denen Marx denkt, und die zugleich die Reflexionsbedingungen abgeben, die allgemeinen Bewegungsformen des ökonomischen Mechanismus bürgerlicher Gesellschaften als Systemzusammenhang darzustellen *sowie* die Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderungen von Strukturen ihrer Hierarchie rational zu erfassen. Althusser setzt dabei an Marxens wissenschaftsanalytischem Standpunkt der Kritik im ‚Kapital' an, den er auf wissenschaftstheoretischer Grundlage auf seine Verallgemeinbarkeit hin konzipiert. Ausgangspunkt ist Marxens „Kritik der ökonomischen Kategorien, oder if you like, das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt. Es ist zugleich Darstellung des Systems und durch die Darstellung Kritik desselben." (15)

Althusser mißt daher dem Begriff ‚Darstellung' einen zentralen Stellenwert bei. Feststeht, daß Marxens spezifisches Rationalitätsprinzip seiner materialistischen Analyse auf einer ‚Darstellungslogik' beruht, deren Methode die systematische Ordnung der Gliederung und Reihenfolge der Begriffe produziert. Der Begriff ‚Darstellung', der nach Althusser mit ‚Untersuchungsmethode' und ‚Dialektik' gleichzusetzen ist (16), dient Marx seiner Auffassung nach dazu, „die Wirkung einer Struktur zu denken" (17), erfaßt mithin als theoretische ‚Existenzform' des ökonomischen Mechanismus der bürgerlichen Gesellschaft die Funktionsweise der Determinierungsinstanzen in ihren Wirkungen. So besteht Althusser immer wieder mit Nachdruck darauf, entgegen jeder ‚empiristischen' oder ‚spekulativen' Erkenntnisauffassung, die ‚logische' Ordnung des Gedankenkonkretums von Marx als eine *produzierte Ordnung sui generis* (18)

13 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 144 und 195.
14 Ebenda, S. 245.
15 K. Marx: Briefe über das Kapital, Berlin 1954, S. 80.
16 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 64 und 66.
17 Ebenda, Bd. 2, S. 254.
18 Ebenda, Bd. 1, S. 62.

zu fassen, die wider dem Schein gesellschaftlicher Objektivität und der alltäglichen Empirie subjektiver Erfahrung zur real-historischen Ordnung in einer widersprüchlichen Beziehung steht. Althusser schlägt vor, die gegensätzlich strukturierte Beziehung der Ordnungen zueinander weder als ein Umkehrungsverhältnis noch als ein Analogieverhältnis zu begreifen, sondern das entsprechende Verhältnis als eine *Differenz* der Ordnungen zu denken, die im wissenschaftlichen Begriff des *‚überdeterminierten Widerspruch'* reflektiert wird. (19)

Mit dem Verweis auf seine Grundthese vom „Primat des Realobjekts über das Erkenntnisobjekt!" /25/ besteht für Althusser das überdeterminierte Verhältnis der Ordnungen darin, die strikte *Differenz* zwischen der ‚logischen' Ordnung (des Erkenntnisobjekts) und der real-historischen Ordnung (des Realobjekts) auf der einen Seite *u n d* das Erkenntnisobjekt in seiner Produziertheit *als Bestandteil des Realobjekts* auf der anderen Seite in *Beziehung* zu setzen. (20) Das widersprüchliche *Verhältnis* hat sein Bestehen nicht in einer direkten wechselseitigen Beziehung, sondern als Doppelbewegung ist es reflexiver Ausdruck der in ihre wirksamen überdeterminierten Verhältnisbeziehung. Nach Althusser reduziert sich die erste Bewegung der gedanklichen Differenzierung auf ihre reale Determinierungsinstanz und verschwindet in ihr, weil sie jene produzierte Differenz negiert, (21) ja negieren muß, um als ‚Determinierung in letzter Instanz' bestehen zu bleiben. Denn für Marx — so Althusser — geht es hierbei um einen wesentlichen Aspekt der materialistischen Erkenntnisauffassung, „daß die Erkenntnis des Realen etwas am Realen ‚verändert', insofern sie ihm ja gerade *seine Erkenntnis hinzufügt.*" /27/

Damit erweist sich nach Althusser Erkenntnis als das Erkenntnisobjekt *dieses* Realobjekts sowie die „Dialektik *dieses* Materialismus" /16/ durch die Objektivität *der* Materialität nur sich ihrer Bedingtheit materialistisch vergewissern kann. (22) Was hier allein interessiert, ist die Auffassung Althussers, daß bei Marx ein Determinierungsprinzip am Werke ist, das bei Spinoza bereits vorzuliegen scheint, und zwar in einer Radikalität, die Hegel durch das spekulative Identisch-Setzen von Erkenntnisprozeß und Realprozeß nicht erreicht hat. Nun besteht Spinoza in der Tat auf dem strikten Unterschied zwischen Begriff des Dinges und dem Ding selbst, wobei aber „ein in der Natur existierender Kreis und die Idee eines existierenden Kreises ein und dasselbe Ding (ist), welches durch verschiedene Attribute ausgedrückt wird." (23)

Der siebente Lehrsatz Spinozas, auf den Althusser indirekt Bezug nimmt, nämlich „die Ordnung und Verknüpfung der Ideen ist diesselbe wie die Ordnung und Verknüpfung der Dinge" (24), verdeutlicht seinen Ausgangspunkt bei Spinoza. In diesem Kontext kann Althussers Konzeption des ‚überdeterminierten Widerspruch(s)' in der materialistischen Dialektikauffassung als Versuch gelten, einen zentralen Gedanken Spinozas marxistisch verarbeitet zu haben. Dabei bleibt undiskutiert, ob hiermit Spinozas mechanistisches Wider-

19 L. Althusser: Für Marx, Frankfurt/M. 1968, S. 52 ff. und 146 ff.
20 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 51.
21 Ebenda.
22 Vgl. D. Lecourt: Lenins philosophische Strategie. Von der Widerspiegelung (ohne Spiegel) zum Prozeß (ohne Subjekt), Frankfurt/M. – Berlin – Wien. In diesem Zusammenhang sei auf die wichtigen Arbeiten von P. Ruben zur Dialektik der Natur und Widerspiegelungstheorie verwiesen; etwa P. Ruben: „Wissenschaft als allgemeine Arbeit" in: SOPO 36, August 76.
23 B. Spinoza: Ethik, Frankfurt/M. 1972, S. 88.
24 Ebenda, S. 87.

spiegelungstheorem überwunden wird. Soviel darf festgestellt werden, daß Spinoza auf der Grundlage der nominalistischen Begriffsbildung in der ‚causa sui' ein Determinierungsprinzip erkannt hat, das im subversiven Sinne sein eigenes Darstellungssystem unterläuft. Marx scheint auf dieses gegensätzliche Moment in Spinozas Systemdenken aufmerksam zu machen, wenn er zu bedenken gibt, daß bei Spinoza „ja der wirkliche innere Bau seines Systems ganz verschieden von der Form, in der es von ihm bewußt dargestellt war." (25) Ohne auf diesen Sachverhalt weiter einzugehen, wird hier angedeutet, daß Spinozas Konstruktion und Lösung des Erkenntnisproblems, wie es von ihm in der ‚Ethik' nach dem Modell der euklidischen Geometrie zur Darstellung gebracht und in seiner Schrift ‚Abhandlung über die Verbesserung des Verstandes' (26) erkenntnistheoretisch erläutert wird, nicht zuletzt deshalb scheiterten, weil Spinoza von der anti-cartesianischen Position her an die Topik-Lehre Aristoteles glaubte anknüpfen zu müssen. (27)

Bei Althusser wiederum zeigt sich das theoretische Ausmaß seines topologisch gefaßten Determinierungsprinzips in aller Deutlichkeit, wenn er von Marx behauptet: „Indem er die Dialektik dem Zwang der Topik unterwirft, unterwirft sie Marx ihren realen Tätigkeitsbedingungen, bewahrt er sie vor dem spekulativen Wahn (Hegels, um) anzuerkennen, daß ihre eigenen Figuren vorgeschrieben sind durch die Materialität ihrer Bedingungen."/19/ Sieht man einmal von der folgenreichen Ignoranz der hegelschen Reflexionslogik (28a) gegenüber ab, werden fundamental die philosophischen Prämissen ersichtlich, „ohne die keine Produktion wissenschaftlicher Erkenntnis" (28b) möglich ist. Da Althusser die Topik nicht als ein Theorie-Modell versteht (29), sondern als ein wissenschaftstheoretisches Konzept, das die „Erkenntnis als Produktion" /23/ zu begreifen möglich macht, impliziert dieses eine ‚Theorie des Begriffs' (30), die ihrerseits auch letztinstanzlich determiniert wird und

25 K. Marx: MEW, 29, S. 561.

26 B. Spinoza: „Abhandlung über die Verbesserung des Verstandes", in: Philosophie der Neuzeit, hrsg. von K. Vorländer, Reinbek 1966, S. 151 ff.

27 An dieser Stelle sei auf Althussers Kritik an Gramsci hingewiesen (vgl. Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 167 ff.). Erwähnenswert in unserem Zusammenhang sind jedenfalls die folgenden Überlegungen Gramscis, die im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit Bucharins Dialektikauffassung einzuordnen sind, ebenso aber auf die eine bei Althusser virulente Problematik bezogen werden können. „Die dem *Gemeinverständlichen Lehrbuch* implizite Philosophie kann als positivistischer Aristotelismus bezeichnet werden, als eine Anpassung der formalen Logik an die Methoden der Physik und Naturwissenschaften. Die geschichtliche Dialektik wird durch Kausalitätsgesetze, Erforschung der Regelmäßigkeit, Normalität, Gleichförmigkeit ersetzt. Aber wie kann bei dieser Auffassung die Aufhebung, die ‚Umwälzung' der Praxis abgeleitet werden? Mechanisch begriffen kann die Wirkung nie die Ursache oder das System von Ursachen aufheben, es kann folglich keine andere Entwicklung als die platt-vulgäre des Evolutionismus geben." A. Gramsci: Philosophie und Praxis. Eine Auswahl, Frankfurt/M. 1967, S. 220.

28a Im Gegensatz dazu vgl. P. Furth: „Arbeit und Reflexion", erscheint in: Hegel-Jahrbuch 1976. Ebenso B. Heidtmann: „Systemwissenschaftliche Reflexion und gesellschaftliches Sein. Zur dialektischen Bestimmung der Kategorie des objektiven Scheins", erscheint in: Systemdenken und Dialektik. Berlin/DDR 1977.

28b L. Althusser: Lenin und die Philosophie, Reinbek 1974, S. 31.

29 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 156. Vgl. dazu W. R. Beyer: „Das Sinnbild des Kreises im Denken Hegels und Lenins.", in: Beihefte zur Zeitschrift für philosophische Forschung. Heft 26, 1971, S. 29 ff.

30 Ebenda, S. 144 und 195.

selbst auch nur wissenschaftlicher Ausdruck von Determinanten materieller Verhältnisse ist. Althussers Topik, die in der begrifflichen Anordnung die Determiniertheit gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse rekonstruierbar macht, begibt sich hierin der theoretischen Notwendigkeit, sich selbst historisch-materialistisch zu begründen. Die ‚wissenschaftstheoretische Dialektik' unterliegt nunmehr der Normativität der Begrifflichkeit, deren Determinationsverhältnisse sie zur Darstellung bringt und reguliert.

Ist man gewillt, Althussers aufgeworfenes Problem im Anschluß an Engels ins Auge zu fassen, der auffordert, das „dialektische Denken" weiterzuentwickeln, ein Programm also, das „die Untersuchung der Natur der Begriffe selbst zur Voraussetzung" hat, nämlich „die Entwicklung eines Begriffs oder Begriffsverhältnisses (positiv und negativ) in der Geschichte des Denkens" (31), geht es Althusser darum, die ‚innere Struktur' der Marxschen Begrifflichkeit zu analysieren, was die „Differenz im *Begriff* des Objekts (zu) produzieren" voraussetzt. (32) Demnach vertritt Althusser eine für sein Verständnis konsequente These, derzufolge der wissenschaftliche ‚Begriff' selbst als ‚Produktion' handhabbar zu machen ist. Die Verhältnis-Struktur wird in den Begriff hineinverlegt, um den Begriff als eine Verhältnisbeziehung zu konzipieren. Die derart konstruierte Begriffsstruktur gilt folglich als unabdingbare Voraussetzung dafür, Verhältnisse reflektieren zu können; Erkenntnis kann als Arbeitsprodukt *und* Produktionsprozeß begriffen werden. (33) Mit anderen Worten: Wer *die* Verhältnisse begreifen will, muß *in* Verhältnissen denken, d. h. vermittels oder *in* Begriffen, die die Verhältnisse zu reflektieren vermögen, weil die Begriffe selbst ihrer Struktur nach Verhältnisse sind, Produkte reflektierter Verhältnisse. (34)

Ob allerdings der in diesem Zusammenhang von Althusser vorgeschlagene Begriff ‚überdeterminierter Widerspruch' den allen Verhältnissen (ökonomischen, politischen, ideologischen) immanenten Widerspruch als wirkendes Determinierungsprinzip zu erklären vermag, bleibe hier dahingestellt. Der Begriff verdient auf jeden Fall der kritischen Analyse, gelingt es Althusser immerhin, in ihm bemerkenswerte Problemstellungen der marxistischen Begriffsbildung zu denken. Für Althusser macht er die Rationalität des wissenschaftlichen ‚Begriffs' einsichtig, der „bei Marx zur theoretisch-praktischen Anordnung einer Topik, zum Mittel einer praktischen In-Griffnahme der Welt" wird. /19/

Von dieser wissenschaftstheoretischen Position aus wären Althussers Überlegungen über den Erkenntnisprozeß zu untersuchen. Wenn Althusser bei Spinoza auch die Kritik am metaphysischen/ontologischen Prinzip der Erkenntnistheorien vorweggenommen sieht, findet er daselbst wieder die theoretischen Elemente vorgegeben, die es ihm ermöglichen, den Erkenntnisprozeß bei Marx gewissermaßen ‚produktionstheoretisch' zu begreifen. Dies bleibt einer eingehenden Analyse vorbehalten. (35)

31 F. Engels: MEW, Bd. 20, S. 491.

32 Ebenda, S. 51.

33 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, S. 78.

34 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 2, S. 243.

35 Der kritischen Untersuchung bedarf Althussers Versuch, auf der Grundlage einer materialistischen Verarbeitung von Spinozas Wahrheits- und Irrtumslehre die Prinzipien der Erkenntnistheorie Lenins zur Diskussion zu stellen. Vgl. dazu D. Lecourt: Lenins philosophische Strategie, a.a.O.

Hat Althusser seine ‚theorizistische Abweichung' der Haupttendenz nach Spinoza überantwortet, kann mit guten Gründen, wie anzudeuten war, angenommen werden, Althusser ‚kokettierte' nicht nur mit Spinoza, wie er von sich behauptet, sondern als ‚häretischer Spinozist' hält er an dem materialistischen Rationalismus Spinozas nach wie vor fest.

Zur Analyse der theoriegeschichtlichen Bedingungen des Stalinschen Dogmatismus in der marxistischen Philosophie

Althussers Verdienst, das seinen programmatischen Thesen zukommt, zeigt sich an der breiten Wirkungsgeschichte seiner Arbeiten in Frankreich. (36) In diesem Zusammenhang ist für uns im folgenden die Tatsache von Interesse, daß er in seinen Schriften maßgeblich beigetragen hat, theoretische Probleme, die sich in der marxistischen Philosophie stellten und nach wie vor stellen, auf ihr politisches Praxismoment und strategisches Kalkül hin zu befragen. In diesem Sinne hat er an den bei Marx , Engels und Lenin vorliegenden Analysen zur ‚Geschichte der Theorie' angeknüpft und ist der theoretischen Aufforderung nachgekommen, die *Geschichte der marxistischen Theoriebildung* zu untersuchen. (37) Wenn nun exkursorisch auf eine zentrale Problematik eingegangen wird, die für die marxistische Theorie von Bedeutung ist, so deshalb, weil sie Althussers Arbeiten entscheidend bestimmt hat und den politischen Ausgangspunkt seiner theoretischen Überlegungen und Thesen ausmacht: die Frage nach dem Stalinschen Dogmatismus in der marxistischen Philosophie (38). Eine theoretische Diskussion über das Problem des Stalinschen Dogmatismus einzuleiten stellte auf dem politischen Hintergrund der in Frankreich seit Ende der 50er Jahre vorherrschenden ideologischen Auseinandersetzungen eine partei- und bündnispolitische Aufgabe dar, ohne Berücksichtigung von deren historischer Bedingtheit die Schriften Althussers in ihrer Zielsetzung kaum richtig eingeschätzt werden können.

Wir müssen uns auch hier der Tatsache bewußt sein, daß die gravierenden Verfälschungen der Werke von Marx, Engels und Lenin, die nach Mitte der 20er Jahre vorgenommen wurden, noch zu Beginn der sechziger Jahre als unumstrittene Doktrin in der marxistischen Philosophie kommunistischer Parteien offizielle Geltung hatten. Althussers Unternehmen bedeutete letztlich eine institutionalisierte Philosophie überwinden zu wollen, deren Praxis in theoretischer und politischer Hinsicht reinen Legitimationscharakter hatte. Und zwar — so Althusser — mit dem Resultat, daß der Dogmatismus in der Philosophie dem Opportunismus in der Politik solange entsprach, wie jener diesem diente. Andererseits kann die marxistische Theorie „sich der Geschichte gegenüber verspäten und sich selbst gegenüber verspäten, wenn sie jemals glaubt angekommen zu sein" /26/.

Bestimmen gegenwärtig die Termini ‚Marxismus', ‚Leninismus' und ‚Marxismus-Leninismus' in der marxistischen Philosophie in differenzierter Weise theoretische Standpunkte, die eine definierbare Ausrichtung der Kritik bzw. Abgrenzung und der wissenschaftlichen Praxis der Politik enthalten, stellte sich seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 *auch* für die marxistische Theorie ein zentrales Problem in der historischen Analyse der Geschichte ihrer Theorie-

36 Dazu die Aufsätze zu L. Althusser in: Althusser. Dialectiques. Nr. 15-16, Paris 1976.

37 Vgl. L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 204 ff.

38 Ebenda, S. 189.

entwicklung und der Folgen in der Arbeiterbewegung. Nämlich der *Leninismus*. Einmal die Frage nach der Authentizität der Werke Lenins, die eine revolutionäre Interpretation der Werke von Marx und Engels und die von ihm hinterlassenen ‚Ecksteine' umfassen, wie sie für die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie richtungsweisend sind. Zum anderen die Frage nach den theoretischen Bedingungen des Stalinschen Dogmatismus. Zur Debatte stand also die radikale Überprüfung der theoretischen Grundlagen des Marxismus, die durch die Kodifizierung Stalins 1938 gänzlich diskreditiert wurden. (39) Die offizielle Kritik am ‚Personenkult' (40), die zumindest in theoretischer Hinsicht ein „Wort ohne Begriff" (Althusser) war, hat in der marxistischen Philosophie die Frage verdrängt, wie *nach* der Stalinschen Abweichung von Lenins Prinzipien der Leninismus seine *Wissenschaftlichkeit* unter Beweis stellt. Es geht also im Grunde darum, zu klären, unter welchen Voraussetzungen theoretischen Selbstverständnisses die Lehre des Marxismus-Leninismus die wissenschaftliche Grundlage herstellt, die die Kritik am Stalinschen Dogmatismus in der marxistischen Philosophie einlöst, ohne die philosophischen Prämissen ihres Kritik-Standpunktes selbst hinterfragen zu müssen.

Althussers Beitrag zu dieser Frage nun besteht darin, aufzuzeigen, wie der notwendige ‚Bruch' mit den ideologischen Voraussetzungen dieser Dogmatisierung auf wissenschaftstheoretischer Grundlage zu leisten ist. Diese Problemstellung war der Anlaß zu einer kontroversen Debatte, die in Frankreich und in Italien, wenn auch unterschiedlich, bereits längere Zeit im Gange ist und nach wie vor verhandelt wird. (41) Die wissenschaftliche Analyse hat nun gewiß, wie bereits bemerkt, die Vorgeschichte zu ihrem Gegenstand zu machen, in der sich die gegensätzlichen Tendenzen der marxistischen Philosophie formiert haben, die zu ihrer Dogmatisierung führten. Ersten Aufschluß darüber erbringt, wie auch schon versuchsweise unternommen wurde (42), die histo-

39 Vgl. Stalins Schrift „Über den dialektischen und historischen Materialismus", die als Kanon des Stalinschen Dogmatismus über 20 Jahre lang unangefochten die philosophischen Prinzipien der offiziellen ‚Parteiphilosophie' legitimiert hat. Erste Ansätze einer historisch-materialistischen Analyse der Auswirkungen, die die Schriften Stalins in der Theorie-Geschichte hatten, lassen sich finden in: Geschichte der marxistischen Dialektik. Die Leninsche Etappe, Berlin 1976. S. 197 ff.

40 Vgl. L. Althusser: „Anmerkung zur ‚Kritik des Personenkults' ", in: Was ist revolutionärer Marxismus? Berlin (West), 1973.

41 Dem philosophischen Dogmatismus ist Gramsci durch seine Leninismus-Auffassung entgangen, ein theoretisch-politischer Tatbestand, der, wie die gegenwärtige Debatte zeigt, die Aktualität Gramscis ausmacht. Vgl. dazu A. Kramer: „Gramscis Interpretation des Marxismus", in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Frankfurt/M. 1975. Ebenso Aufsätze zu Gramsci in: Gramsci. Dialectiques. Nr. 4-5, Paris 1974. Zur Debatte in Frankreich siehe „Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik", Diskussion in der KPF, Berlin (West) 1976.

42 Vgl. die Hinweise von O. Negt: „Marxismus als Legitimationswissenschaft", Einleitung, in: Deborin Bucharin: Kontroversen über den dialektischen und historischen Materialismus, Frankfurt/M. 1969. Negts Versuch, durch sein Verdikt über den philosophischen Beitrag Lenins die Widerspiegelungstheorie und Naturdialektik schlechthin zu denunzieren, gerät an den Stellen ins Dilemma, wo er vorhat, den methodologischen Absolutismus Deborins als eine Vorform der „positiven Dialektik" zu begreifen, die die „Naturalisierung und Ontologisierung des Denkens" konstituiere. (S. 33) Der Terminus ‚positive Dialektik' – von der ‚negativen Dialektik' aus konzipiert – vermag wohl kaum die Entstehungsbedingungen dieser idealistischen Verformung als eine Variante der *mechanistischen* Auffassung von Dialektik analytisch zu erfassen.

risch-materialistische Analyse der philosophischen Debatten der zwanziger Jahre, die die ideologische Konstellation der Richtungskämpfe in der marxistischen Philosophie bestimmten. Diese wird von Deborin anläßlich des 250. Todestags Spinozas 1927 treffend festgehalten, wenn er bemerkt: „Noch immer müssen wir den Freunden in unseren eigenen Reihen beweisen, daß man Spinoza nicht zu den Idealisten rechnen darf. In den letzten Jahren haben sich hinsichtlich der Auffassung der Hegelschen Dialektik und der Konzeption Spinozas zwei ‚Fronten' gebildet: eine hegelianische Front und eine spinozistische Front." (43)

Nach Althusser läßt sich unter der Stalinschen Abweichung (44a) oder dem Stalinschen Dogmatismus in der Philosophie eine bestimmte Tendenz in der marxistischen Theoriebildung verstehen, in der theoretisch die Auflösung des Verhältnisses von Materialismus und Dialektik vollzogen wurde. Die abstrakte Trennung und dogmatische Entgegensetzung der theoretischen Bestandteile dieser wissenschaftstheoretischen Einheit hat eine Verweltanschaulichung des Materialismus und eine Methodologisierung der Dialektik zur Folge, deren Theorie-Elemente ideologische Effekte politischer Natur verursachen. Althussers Dogmatismus-Kritik beinhaltet demnach einen *methodologischen* Sachverhalt: die Analyse des Verhältnisses von Theorie und Methode.

Untersucht man näherhin den Mechanismus dieser Verselbständigungen seiner Struktur und seinem Verfahren nach, kann mit Althusser festgehalten werden, daß es sich einerseits um ein ideologisches Resultat zweier sich bedingender Reduktionen handelt, die, andererseits, auf Althussers Hegel- und vor allem Spinoza-Kritik zurückverweisen. Diese Reduktionen lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

a) Nach Althusser findet eine Reduzierung der Philosophie auf Geschichte statt, die eine Historisierung der Philosophie einleitet und ihrerseits die Wissenschaft auf Weltanschauung reduzierbar macht. Diese spezifische Konfundierung von Dialektik und Geschichte kommt dem spekulativen „Historizismus Hegels" (44b) gleich, den Althusser nur auf der Grundlage einer materialistischen Theorie der Geschichte für überwindbar hält. Die teleologisch begriffene Geschichte nimmt folglich „evolutionistischen" Charakter an, der das Prinzip einer Geschichtsauffassung kennzeichnet, welches jeder „ökonomistischen" Politik und „humanistischen" Weltanschauung zugrundeliegt, also theoretische Merkmale, die Althusser als „paradoxe Ausformungen" des Stalinschen Dogmatismus begreift. (45) Dieser von Althusser hervorgehobene Aspekt des *Hegelianismus*, der seinerseits allerdings vereinseitigt auf Hegels

43 A. Deborin: „Die Weltanschauung Spinozas", in: Thalheimer/Deborin: Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus, Wien/Berlin 1928, S. 41.

44a Althusser nimmt hier den Begriff ‚Abweichung' kritisch gewendet im Sinne Lenins auf (vgl. LW 32, S. 256-261), weil sich durch ihn „bei jeder philosophischen Position die Tendenz in ihrem Widerspruch" begreifen läßt (vgl. „Elemente der Selbstkritik", S. 89). Althusser hat nun neuerdings diesen Begriff, bezogen auf die Stalinsche Abweichung, entscheidend uminterpretiert oder gar denunziert, wenn er fortan von der „Wahrheit ohne Irrtum" und „dieser Abweichung ohne Norm" spricht. Ob nun hiermit die von Althusser geforderte methodische Instanz der „Berichtigung" entfällt? Vgl. D. Lecourt: Proletarische Wissenschaft? Der ‚Fall Lyssenko' und der Lyssenkismus, Berlin (West) 1976. L. Althusser: Positionen 1, Berlin (West) 1976, S. 10.

44b L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 175.

45 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 189.

geschichtsphilosophischem Prinzip gründet, enthält insofern ein „evolutionistisches" Moment, als daß hegelianisch der Entwicklungsprozeß in seiner Ungleichzeitigkeit und als Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität materieller Prozesses nicht erfaßt werden kann. (46) In diesem Sinne stellt die *historizistische* Konzeption der Geschichte einen Hegelianismus dar, der durch die Teleologisierung der Geschichte tatsächlich der Wirklichkeit ein sich selbst realisierendes Vernunftprinzip unterstellt, dem analog gesellschaftliche Entwicklungsprozesse entsprechen, die mit historischer Notwendigkeit einträten. Ein Prinzip, das — wie Althusser bemerkt — „als philosophische Garantie für die Herankunft der Revolution und des Sozialismus" dient und hierin das krasse Gegenteil bewirkt, weil auf „die leninistische Kategorie der ungleichen Entwicklung, die sich auf die Ungleichheit des Widerspruchs sowie auf seine Über- oder Unterdeterminierung" /21/ beruft, in der konkreten Analyse der konkreten Situation verzichtet wird.

b) Im Kontext des geschichtsphilosophischen Verständnisses von Materialismus wird die Dialektik auf Methode dergestalt reduziert, daß ihre Formbestimmtheit verabsolutiert wird. Die ontologische Konzeption der Dialektik, der eine ideologische Verwechselung in der Begriffsbildung zugrundeliegt, demontiert jegliche wissenschaftliche Objektivität historisch-materialistischer Erkenntnis und hat für die Wissenschaftsentwicklung und für die Entwicklung der marxistischen Theorie insgesamt fatale Folgen gezeitigt. (47) Diese dogmatisierte Theorie-Auffassung hat nach Althusser eine wesentliche Verwechselung produziert, die darin sich äußert, daß philosophische Kategorien den Status wissenschaftlicher Begriffe einnehmen, ein Reduktionismus, der zur Folge hatte, daß die Wissenschaften und ihre Erkenntnisse einer Philosophie untergeordnet wurden, die kraft ihrer Institution Wissenschaftlichkeit vorgab und die Wissenschaften verwaltete.

Da philosophische Kategorien schlechthin instrumentalisierbar sind, oder wie Althusser sagt, immer schon ‚ausgebeutet' wurden, ist die Dialektik auf Gesetzesformeln eines abstrakten Schematismus reduzierbar. Die spezifische Funktion der Dialektik philosophischer Kategorien besteht darin, als Mittel auf das Besondere nur angewandt, aber nicht mehr reflektiert zu werden. Ihre ontologische Verfassung konstituiert Allgemeinheiten, die die Bewegungsformen des Seins derart zu begreifen beanspruchen, daß ihr eigener Geltungsanspruch nicht mehr überprüfbar wird. Die Anwendung der philosophischen Kategorien im deduktivistischen Sinne bleibt historisch-logisch unvermittelt und wird selbst praktizistisch gewendet, weil sie ja nachgerade ausschließlich der Rechtfertigung unhinterfragter Zweckbestimmungen zu dienen hat. Ein derartig praktizierter *Methodologismus*, der durch die Reduktion der Dialektik auf Methode zustande kommt, eliminiert die wissenschaftstheoretische Reflexion über die Dialektik als Einheit von Theorie und Methode. Der in der Folge vorherrschende methodische Subjektivismus und Voluntarismus kennzeichnen nach Althusser den theoretischen Opportunismus in der Arbeiterbewegung, der „theoretisch geschlossen und politisch flexibel und anpassungsfähig zugleich" (48) ist.

Wenn hier diese Reduktionsform u. E. als ein *Spinozismus* bezeichnet werden kann, so ist der defiziente Aspekt der Systemauffassung Spinozas gewiß nur unter dem methodologischen Gesichtspunkt legitim zu thematisieren, so-

46 Ebenda, S. 118 ff. Vgl. ebenfalls L. Althusser: Für Marx, a.a.O., S. 166.

47 Vgl. D. Lecourt: Proletarische Wissenschaft? a.a.O.

48 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, S. 190.

fern die Verschränkung der idealistischen und materialistischen Komponenten ihrer Konstruktion nach einsichtiger zu machen ist. In diesem Falle geht es um das spezifische gegensätzliche Verhältnis zwischen System und Methode, wie es bei Spinoza der Struktur nach angelegt zu sein scheint. Spinozas zentrale Kategorie der Substanz enthält nämlich den Kerngedanken der Dialektik, daß jede Bestimmung eine Negation sei, dessen Systementwicklung sich aber dem methodischen Prinzip der Deduktion nach geometrischer Darstellungsweise unterwirft. Das bei Spinoza in der ‚Ethik' vorliegende Widerspruchsprinzip im embryonalen Zustande, das von Hegel weiterentwickelt und von Marx materialistisch transformiert wurde, determiniert also ‚in letzter Instanz' gewissermaßen das Verhältnis von System und Methode. Ohne dies im einzelnen aufzuzeigen, ist hier ein Resultat dieser Systemkonstruktion von Interesse. So erwirkt der axiomatische Aufbau auf der Grundlage nominalistischer Begriffsbildung auf immanentem Wege eine hermetische Abgeschlossenheit des Systems, die durch ihr deduktives Verfahren den Begriff des Widerspruchs verdrängt, der im Kern seinem Darstellungs*prinzip* inhäriert. Diesen allgemeinen methodologischen Befund hinsichtlich des ontologischen Systemdenkens nimmt auch Marx in Augenschein, wenn er zu Spinoza anmerkt: „So sind es zwei ganz verschiedene Dinge — was Spinoza für den Eckstein seines Systems hielt, und jenes, was ihn wirklich bildet." (49) Die Normativität der Darstellungs*form* determiniert demnach die Erkenntnisgrenzen der Inhaltsbestimmungen, die den Geltungsanspruch der Reflexion ihrer Erkenntnisbedingung anzeigt. Bei Spinoza fungiert die Evidenz anstelle der Frage nach der Ableitbarkeit seiner Lehrsätze, deren Beweisführung vor allem Erkenntnisse im demonstrativen Sinne produziert. Die Reinheit, die das System dadurch erzeugt, hat ihrerseits die Abstraktion von der Materialität und Zeitlichkeit zur Voraussetzung. (50) Es läßt sich also feststellen, daß der Stalinsche Dogmatismus in der marxistischen Philosophie, methodologisch gesehen, ein Zusammenwirken jener *Vulgärformen* des *Hegelianismus und Spinozismus* darstellt. Die Verselbständigungen der systemkonstitutiven Komponenten der idealistischen Darstellungs- und Erkenntnisprinzipien, so unterschiedlich sie auch bei Spinoza und Hegel funktionieren, bewerkstelligen einen *methodologischen Historizismus*, der aus reduzierter Sichtweise bei Spinoza und Hegel interpretierbar ist. Das Resultat der beiden Reduktionismen hat schließlich in der marxistischen Philosophie Vulgarisierungen zur Folge gehabt, die sich gegenseitig so bedingten, daß die Liquidierung der dialektisch-materialistischen Theorie der Geschichte eine teleologische Geschichtsauffassung entstehen ließ, auf deren Grundlage ihre ökonomische und politische Strategie einer unwissenschaftlichen-philosophischen Rechtfertigung bedurfte.

Dieser Versuch, den Stalinschen Dogmatismus auf seine theoriegeschichtlichen Bedingungen und deren ideologische Verformungen und Abweichungen hin zu untersuchen, läßt nun seinerseits in der Zuspitzung der Althusserschen Analyse Rückschlüsse auf seine eigene Konzeption einer materialistischen Wissenschaftstheorie zu, auf die am Schluß nochmals zurückzukommen ist.

Althussers theoretisches Programm, der hegelianischen Dogmatisierung der

49 K. Marx: MEW 34, S. 506.

50 Vgl. dazu W. Schmidt: „Intuition und Deduktion. Untersuchung zur Grundlegung der Philosophie Spinozas", in: K. Peters/W. Schmidt/H.H. Holz: Erkenntnisgewißheit und Deduktion. Descartes, Spinoza und Leibniz, Darmstadt/Neuwied 1975, S. 109 ff.

Dialektik seine *materialistische* Grundthese entgegenzusetzen, kann für sich beanspruchen auf der topologischen Grundlage die Probleme der Begriffs- und Theoriebildung in der marxistischen Philosophie radikal neu gestellt zu haben. Seine wissenschaftstheoretische Fundierung der ‚marxistischen Topik' vermag hingegen die ihr eigentümliche methodologische Problematik nicht einzuholen, weil Althussers ‚wissenschaftstheoretische Dialektik' die Vermittlungsarbeit einer materialistischen Theorie der *Dialektik* (51) nicht abdeckt, die die materialistische Dialektik an seine Geschichtstheorie rückbindet, d. h. sie als eine vom historisch-dialektischen Materialismus *abgeleitete* vermittelt. Dieser Vermittlungsschritt wird durch die Unterordnung der Dialektik unter dem Primat des Materialismus theoretisch nicht geleistet. (52)

Eine Konsequenz ist gewiß: Althussers tendenzieller rationalistischer Dogmatismus, der durch das konstruktivistische Moment verursacht wird, ist in der topologischen Konzeption seiner Wissenschaftstheorie angelegt. Die Dialektik wird formalistisch verformt. Dieses Moment seinerseits verweist wieder auf Althussers Spinoza-Rezeption, die von einer fixierten antihegelianischen Position heraus unverarbeitete rationalistische Theorie-Elemente Spinozas birgt, die Althusser veranlassen könnten, seine ‚Selbstkritik' zu radikalisieren.

Die methodologische Problemstellung, die hier den Einzelaspekt der Einheit von Theorie und Methode zum Gegenstand hatte und den Zugang zu Althussers Verhältnisbestimmung von Materialismus und Dialektik verschaffen sollte, erhellt, welchen theoretisch-politischen Stellenwert die Hegelsche Spinoza-Kritik aus marxistischer Sicht impliziert. Hingegen weist Althussers Beitrag zu einer marxistischen Spinoza-Rezeption auf die Tatsache hin, daß Spinozas Erkenntnislehre materialistische Komponenten enthält, die als theoretische Vorleistungen für die marxistische Begriffs- und Theoriebildung zu betrachten sind und die Entwicklungsgeschichte der Marxschen Methode maßgeblich vorbereitet haben.

51 Vgl. G. Klimaszewsky: „Die materialistische Dialektik als Einheit von Theorie und Methode", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1974, Heft 7, 22. Jg., S. 818/819 und 825.
U. E. hat Klimaszewsky hier die theoretischen Elemente erarbeitet und methodologische Überlegungen angestellt, die weit ausführlicher als in unserem Zusammenhang eine fundamentale Kritik am Stalinschen Dogmatismus beinhalten und unter dem von ihm erörterten *methodologischen Gesichtspunkt* über Althussers Analyse hinausgehen. Unter diesem Gesichtspunkt bleiben allerdings die spezifischen *ideologie*tragenden *sytem*philosophischen Bestandteile des Stalinschen Dogmatismus noch ungeklärt.

52 Ebenso in Althussers Schrift „Philosophie et Philosophie Spontanée des Savants", Paris 1974, zeigt es sich, daß dieses unvermittelte theoretische Moment die Dialektik auf die der ‚These' oder ‚Tendenz' immanente Widerspruchsbewegung reduzieren läßt. Die von Althusser in der Thesenförmigkeit der Lehrsätze aufgelöste Dialektik kann sich im historisch-materialistischen Sinne ihrer Erkenntnisbedingungen nicht mehr vergewissern. Die Dialektik regrediert auf ‚definitorisches Denken', wie Hegel zu Spinoza bemerkte. Übrigens scheint Althusser hinsichtlich des systematischen Aufbaus in diesem Text ‚konstruktiv' auf Spinoza Bezug zu nehmen.

Friedrich Tomberg

LOUIS ALTHUSSERS ANTIHUMANISTISCHE KAPITAL-LEKTÜRE*

> Es genügt nicht, ein Buch vor Augen zu haben, man muß es lesen *können*
>
> Althusser (1)

Marx, sagt Althusser, gehe nicht „von dem Menschen" aus, sondern „von der gegebenen ökonomischen Formation" (2). Im „Kapital" abstrahiere er von den konkreten Individuen, um sie „theoretisch als bloße ‚Träger' von Verhältnissen zu behandeln" (3). Eine wichtige und wesentliche Feststellung, der man kaum wird widersprechen können, sagt doch Marx selbst beinahe gleichlautend, seine Methode gehe nicht „von *dem* Menschen aus, sondern von der ökonomisch gegebenen Gesellschaftsperiode" (4). Wenn wir es nun, mit Althusser, als den theoretischen Anspruch des Humanismus ansehen, die Gesellschaft und die Geschichte „ausgehend vom menschlichen Wesen" zu erklären, ausgehend „vom freien menschlichen Subjekt seiner Bedürfnisse, der Arbeit, der Begierde, als Subjekt des moralischen und politischen Handelns" (5), werden wir dann nicht, da Marx für sein Verfahren im „Kapital" diesen Ausgangspunkt strikt verwirft, seinen wissenschaftlichen Standpunkt sinnvoll als „theoretischen Antihumanismus" bezeichnen dürfen? Natürlich nur unter der Voraussetzung, daß wir im „Kapital" die gesamte Marxsche Theorie vorliegen haben und nicht nur eine spezielle Untersuchung innerhalb eines größeren Ganzen.

Diese Voraussetzung macht nun allerdings Althusser. „Hier haben wir ein Buch", sagt er vom „Kapital", „das die marxistische Wissenschaft enthält, die Grundprinzipien der marxistischen Wissenschaft" (6). Die Wissenschaft, die Marx begründet habe und die wir im „Kapital" vorfinden sollen, bezeichnet Althusser als Wissenschaft von der Geschichte, als historischen Materialismus. Darüber hinaus macht er im Marxismus noch eine Philosophie aus, die selbst jedoch nicht Wissenschaft sei. Das also — und nur das — sind die „beiden Disziplinen, die in der marxistischen Theorie enthalten sind: die von Marx begründete Wissenschaft der Geschichte und die neue Philosophie, die durch diese beispiellose wissenschaftliche Entdeckung provoziert wurde: der dialektische Materialismus" (7). Lesen wir das „Kapital" als Grundlagenbuch des historischen Materialismus und sehen wir in diesem die marxistische Wissenschaft schlechthin, so bestehen in der Tat keine Bedenken, Marx mit Althusser einen „theoretischen Antihumanismus" zuzuschreiben.

* Die hier vorgetragene Argumentation ist dem größeren Zusammenhang eines Aufsatzes über die Thematik des Menschen im historischen Materialismus entnommen, der demnächst erscheinen soll. Sie versteht sich als direkte Entgegnung auf den Abschnitt „Marx und der theoretische Antihumanismus" von Althussers zusammenfassender Darlegung seiner Theorie in SOPO 34/35.

1 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, Berlin 1975, S. 105.
2 L. Althusser: „Ist es einfach, in der Philosophie ein Marxist zu sein?", in: SOPO 34/35, S. 7-35, hier: S. 34.
3 SOPO, a.a.O., S. 31.
4 MEW Bd. 19, S. 371.
5 SOPO, a.a.O., S. 31.
6 Elemente der Selbstkritik, a.a.O., S. 105.
7 Ebenda, S. 102 ff.

Nun kann man das „Kapital" auch ganz anders lesen. So hat zum Beispiel Lenin darin die Verifikation einer allgemeineren Theorie gesehen, die der Marxschen Kapitalismus-Analyse zunächst in Form einer Hypothese vorgegeben war. Diese allgemeine Theorie, so Lenin, ist aus der „Anwendung des Materialismus in der Soziologie" hervorgegangen (8) und erstreckt sich auf die ganze Menschheitsgeschichte. Die Theorie, die im „Kapital" ausgearbeitet ist, erhebt hingegen „lediglich den Anspruch, eine bestimmte, die kapitalistische, Gesellschaftsorganisation erklärt zu haben, und keine andere" (9). Aufgrund der durchgeführten Analyse des Kapitalismus kann auch die allgemeine Theorie — Lenin nennt sie „materialistische Geschichtsauffassung" — als „wissenschaftlich bewiesene These" gelten, die wir nun auch für die übrigen Gesellschaftsformationen als gültig behaupten dürfen. Solange jedenfalls, wie uns niemand etwas Besseres vorweisen kann, solange, meint Lenin, „bleibt die materialistische Geschichtsauffassung das Synonys für Gesellschaftswissenschaft" (10).

Althusser lehnt — mit den Worten seines Schülers Balibar — die Leninsche Art, das „Kapital" zu lesen, als Ausdruck einer „empiristischen, ja pragmatistischen Wissenschaftstheorie" ab (11). Das „Kapital", behauptet Balibar in Übereinstimmung mit Althusser, sei nicht eine einfache Verifizierung oder Anwendung jener theoretischen Begriffe der Vorrede von „Zur Kritik der politischen Ökonomie", in der Lenin den historischen Materialismus von Marx kurz zusammengefaßt formuliert sieht, vielmehr sei der Text des „Kapital" der „Prozeß der Produktion, Konstruktion und Definition dieser (oder zumindest einiger dieser) Begriffe" (12).

Welchen Unterschied macht es, ob wir das „Kapital" so oder so lesen, ob „empiristisch" oder „antihumanistisch"? Was Althusser/Balibar als Empirismus von sich weisen, ist faktisch nicht mehr und nicht weniger als die aus der modernen bürgerlichen Gesellschaft hervorgegangene empirische Wissenschaft, deren Standpunkt Marx einnahm, sobald er Wissenschaft zu treiben anfing, von wo er sodann aus der Einsicht seines proletarischen Klassenstandpunktes heraus zusammen mit Engels zur allgemeinen Theorie des historischen Materialismus und danach zur systematischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise gelangte. In ihrer allgemeinen Theorie, zum ersten Mal vorgelegt in der „Deutschen Ideologie", gehen Marx und Engels streng empirisch von der Beobachtung der „wirklichen Individuen" aus (13). Und da ergibt sich denn die Besonderheit, daß es die Menschen selbst sind, die ihre materielle Wirklichkeit produzieren und darin sich reproduzieren; und sie selbst sind es auch, die die Verhältnisse, unter denen allein sie produzieren können, herstellen und die diese Produktionsverhältnisse selbst auch ändern, wenn die Änderung der Produktivkräfte dies notwendig macht.

Aus dieser Einsicht — die erst in einem bestimmten Stadium der Geschichte möglich wurde — ergibt sich, daß wir die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und ihre Aufhebung einerseits zwar als eine unabwendbare Naturnotwendigkeit anzusehen haben (falls die Menschheit überhaupt eine Zukunft haben soll), andererseits aber der politische Vollzug des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ganz vom Willen der Beteiligten abhängt,

8 Lenin: Was sind die „Volksfreunde" ..., LW Bd. 1, S. 129.
9 Ebenda, S. 137.
10 Ebenda, S. 133.
11 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Reinbek bei Hamburg, 2. Bd., hier BD II, S. 270.
12 Ebenda, S. 279.
13 MEW Bd. 3, S. 20.

deren Handeln aus den objektiven Bedingungen nicht naturnotwendig spontan erfolgt, sondern eines ausdrücklichen Entschlusses bedarf. Überlassen sich die Menschen ohne eigene Empirie, ohne theoretische Aufarbeitung der eigenen neuen Erfahrungen, aber umso mehr in naivem Vertrauen auf die Gewißheiten des „Kapital", dem wirklichen oder scheinbaren revolutionären Prozeß, so enden sie unweigerlich in Opportunismus und wachsen bestenfalls friedlich in die Reformpolitik des Kapitalismus hinein. Lenin suchte dem vorzubeugen, indem er — aus der Sicht der allgemeinen Theorie des historischen Materialismus — den befugten Träger revolutionärer Politik, die Arbeiterklasse, als ein Kollektiv von Menschen auffaßte, die durch die Anstrengung der Theorie erst zu zielbewußtem, planmäßigem Handeln befähigt werden mußten, was zugleich den neuen Bedingungen gemäße organisatorische Formen notwendig machte. Lenins besondere Art, das „Kapital" zu lesen und seine besondere Art, Politik zu machen, passen nahtlos ineinander.

Gilt Ähnliches auch für Althusser, der zwar als praktischer Politiker nicht besonders hervorgetreten ist, sich aber dennoch als politischer Praktiker versteht, indem er seine spezielle Tätigkeit, das Philosophieren, nicht nur als „theoretische Praxis", sondern seit kurzem auch als „Klassenkampf in der Theorie" auffaßt — ohne übrigens dem „Klassenkampf überhaupt" die Priorität damit streitig zu machen? (14) Althusser identifiziert, wie wir sahen, die marxistische Wissenschaft in ihren Grundlagen mit dem „Kapital". Das hat zunächst theoretische Konsequenzen. Es muß in der wissenschaftlichen Entwicklung von Marx ein „Einschnitt", ein „Bruch" konstruiert werden. Nun kann man gar nicht leugnen, daß es tatsächlich so etwas wie einen Einschnitt in der Marxschen Methode gibt. Er besteht darin, daß Marx vom unmittelbaren Gegenstand der empirischen Forschung, den konkreten Individuen, abstrahiert, um die von diesen Individuen eingegangenen und permanent aufrecht erhaltenen Produktionsverhältnisse, die selbst nicht mehr sinnlich wahrnehmbar sind, in einer spezifischen Form, nämlich der kapitalistischen, zum Ausgangspunkt einer detaillierten theoretischen Rekonstruktion ihres geschichtlichen Prozesses zu machen. Nach wie vor bleiben aber die Individuen, so wie sie in bestimmten und sie bestimmenden Verhältnissen miteinander leben, Gegenstand der Forschung. Die Abstraktion, wie sie das „Kapital" vornimmt, geschieht nur um dessentwillen.

Althusser scheint nichts anderes zu meinen, wenn er hervorhebt, daß Marx nur deshalb nicht von *dem* Menschen ausgeht, „um zu den konkreten Menschen zu gelangen" (15). Benutze Marx die Begriffe Stellung und Funktion sowie den Begriff des Trägers als Stütze von Verhältnissen, so nicht, „um damit die konkreten Realitäten auszuschalten, die realen Menschen auf bloße Trägerfunktionen zu reduzieren, sondern um die Mechanismen verständlich zu machen, indem sie auf den Begriff gebracht werden, und um *von ihnen ausgehend* (denn das ist der einzig mögliche Weg), die konkreten Realitäten verständlich zu machen, die nur durch diesen *Umweg* über die Abstraktion begriffen werden können." (16) Ein wichtiger methodischer Gesichtspunkt,

14 Elemente ..., a.a.O., S. 80.
15 SOPO, a.a.O., S. 34.
16 Elemente ..., a.a.O., S. 68.

zweifellos. Und Althussers Verdienst ist es, ihn deutlicher ins Bewußtsein gehoben zu haben. Althusser redet jedoch nur von dem Weg, der *von* den Produktionsverhältnissen zu den konkreten Individuen führt, hingegen hat ihm seine Verabsolutierung des „Kapital" zur marxistischen Grundlagenwissenschaft schlechthin den *empirischen* Weg von den Individuen *zu* den Produktionsverhältnissen abgeschnitten. Der Einschnitt ist absolut, mögen auch einige Fäden noch durchgehen. Mit der Marx zugeschriebenen „Verwerfung der alten Grundbegriffe", der auch Hegels Vorstellung der „bestimmten Negation" noch zum Opfer fällt, geht überhaupt die Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität, die die Entwicklung der Wissenschaft auch im Übergang zum Marxismus kennzeichnet, in die Brüche. Es triumphiert die Diskontinuität. (17)

Die Folgen sind schwerwiegend. Denn nun kann das „Kapital" nur als ein Werk angesehen werden, das sich nicht empirisch, sondern „theoretisch" begründet. Es wird zu der Marxschen Theorie schlechthin, die ihr Wahrheitskriterium in sich selbst hat. Ist die Wahrheit des „Kapital" selbstevident (18), so vollzieht sich die Argumentation für die Wahrheit angemessen nur noch als Auslegung des Textes, als Kapital-Exegese. (19)

Doch es bleibt nicht bei dieser methodischen Fragwürdigkeit: Identifizieren wir das „Kapital" mit der marxistischen Wissenschaft überhaupt, so liegt die Verlockung zumindest nahe, die logische Entwicklung der Kategorien, die wir im „Kapital" finden, für die Repräsentation einer Realität zu halten, in der entsprechend die Produktionsverhältnisse die Agenten des Geschichtsprozesses sind, die sich der Individuen bloß als ihrer „Träger" bedienen. (20) Wir wären damit wieder mitten im Ökonomismus der zweiten Internationale und hätten uns zu fragen, was es bedeutet, daß angesichts einer sozialistischen Massenbewegung in Westeuropa, die endlich wieder dem Stand sich annähert, den vor allem die deutsche Sozialdemokratie damals erreicht hatte, ähnliche ökonomistische Tendenzen sich in der Philosophie artikulieren. (21)

Vielleicht tun wir Althusser mit dieser Unterstellung jedoch unrecht? Hat er den Ökonomismus nicht ausdrücklich zu überwinden gesucht, indem er

17 „Wir beginnen, die Geschichte zu begreifen als eine ständig unterbrochene Geschichte tiefgreifender Diskontinuitäten ... tiefer Umbrüche, die, selbst wenn sie die kontinuierliche Existenz der Erkenntnisbereiche nicht antasten ... doch in ihrem Bruch mit vergangenen Formationen das Herrschen einer neuen Logik ankündigen, die – weit davon entfernt, nur die einfache Entwicklung der ‚Wahrheit' oder die ‚Umwälzung' der alten Logik zu sein – vielmehr im vollen Sinne des Wortes deren Platz einnimmt" (Das Kapital lesen, a.a.O., Bd. I, S. 57).
18 Vgl. den Hinweis auf Spinoza, Elemente ..., a.a.O., S. 77 f.
19 Erklärt sich daraus die Affinität des „Projekts Klassenanalyse" zu Althusser, einer Gruppe, von der Urs Jaeggi sagt, daß sie „sich als rigider Promotor eines revolutionären Marxismus gibt und sich dabei strikt marx-exegetisch orientiert ..."? (U. Jaeggi: Theoretische Praxis, Frankfurt/M. 1976, S. 64).
20 „Die bestimmenden und verteilenden Faktoren, kurz, die Produktionsverhältnisse (und die politischen und ideologischen Verhältnisse einer Gesellschaft) sind die wahren ‚Subjekte'. Aber da es sich hierbei um ‚Verhältnisse' handelt, können sie in der Kategorie des Subjekts nicht gedacht werden." (Das Kapital lesen, a.a.O., Bd. II, S. 242). Zu dieser „Umkehrung" vgl. H.J. Rheinberger: „Die erkenntnistheoretischen Auffassungen Althussers", in: Argument 94, 17. Jg. 1975, S. 922-951, hier S. 928 ff.
21 In diesem Sinne sehr dezidiert H.J. Sandkühler: Praxis und Geschichtsbewußtsein, Frankfurt/M. 1973, S. 166.

auch die Leninsche Weiterentwicklung in den theoretischen Horizont des „Kapital", so wie er es meint, lesen zu müssen, einbezog? Es ist richtig: Die Auffassung, daß nur an dem Ort, an dem der ökonomische Widerspruch am weitesten gediehen ist, in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern also, die Revolution ihren Platz haben kann, ist durch die Geschichte widerlegt worden — zum Leidwesen jener westlichen Europäer, die meinten, der Fortschritt könne auch in Zukunft immer nur von ihrem Territorium ausgehen. Althussers theoretische Bemühungen lassen es demgegenüber verständlich erscheinen, daß die Revolution andere Wege gegangen ist, bloße Umwege, wie der überzeugte Europäer hoffen mag, bis sie nun doch durch die geschichtliche Widerspruchsentwicklung an ihren angestammten Platz zurückgetrieben wird. Und da sind wir schon bei der zweiten Bedeutung, die mit jener ökonomistischen Auffassung, auf die Althusser anspielt, verbunden ist: daß sich, je nachdem, wie die gesellschaftliche Konstellation ist, die Revolution auch wirklich ereignet, daß sie dann mehr oder weniger schicksalhaft erfolgt — unabhängig vom Willen der Individuen.

Diesem ökonomistischen Fatalismus kann Althusser von der Anlage seiner Argumentation her nicht wirksam entgegentreten, es sieht sogar so aus, als diene seine Theorie der „Überdeterminierung", die er dem Ökonomismus entgegensetzt, nur zu dessen Neufassung in zeitgemäßem Gewande. Nicht nur das kapitalistische Produktionsverhältnis ist es nach dieser Theorie, das determiniert, sondern auch die „juristisch-politischen Verhältnisse" und die „ideologischen Verhältnisse" (22). Die Determinationsstruktur ist also äußerst komplex, ansonsten aber bleibt es dabei, „daß auch diese Verhältnisse die konkreten Individuen als ‚Träger' von Verhältnissen und Funktionen behandeln ..." Das Produktionsverhältnis freilich bleibt die Determination „in letzter Instanz" (23).

In seiner „Selbstkritik" berücksichtigt Althusser nun freilich auch den Klassenkampf, den er zuvor, wie er selbst gesteht, übersehen hatte. Der Klassenkampf, meint er jetzt zu erkennen, ist nicht ein noch Hinzukommendes, das auch fehlen könnte, vielmehr ist „der der kapitalistischen Gesellschaft eigene Klassenkampf mit der kapitalistischen Gesellschaft wesensgleich ..." (24). Der Klassenkampf ist „materiell in der Produktion selbst verwurzelt" (25). Es hat daher nicht zuerst die kapitalistische Gesellschaft gegeben, und dann kam es — etwa durch besondere theoretische oder organisatorische Bemühungen der Arbeiter — zum Klassenkampf, nein, indem die Arbeiter sich in den Produktionsverhältnissen befinden, sind sie auch schon mitten im Klassenkampf.

Das Defizit seiner früheren Theorie — hier gleicht Althusser es im Übermaß aus und meint damit Lenin wohl besonders nahe gekommen zu sein. Und doch verpaßt er auch diesmal wieder die Dialektik, nur nach der anderen Seite hin. Wo der Klassenkampf in den ökonomischen Bedingungen schon voll und ganz im Gange sein soll — Lenin sprach hier von „Ökonomismus"! — da stellen die eigentlich politischen Kämpfe nur eine kontinuierliche Verlängerung dar, die gleichzeitige qualitative Differenz, auf die es Lenin so entscheidend ankam, geht dabei verloren. Diesmal also Kontinuität im Gegensatz zur Diskontinuität — das Ergebnis ist dasselbe wie im umgekehrten Falle: Nivellierung des politi-

22 SOPO, a.a.O., S. 33
23 Ebenda.
24 Elemente ..., a.a.O., S. 111.
25 Ebenda, S. 105.

schen Kampfes und seiner aktuellen Erfordernisse (26). Die Spezifik der politischen Theorie von Lenin gegenüber der eingeschränkten Thematik des „Kapital", die übereinstimmt mit der Spezifik der wesentlich auch andernorts explizierten politischen Theorie von Marx gegenüber seinem eigenen Hauptwerk, geht bei Althusser über der auch vorhandenen Einheit, die zu unterschiedsloser Identität herabsinkt, verloren.

Wir sehen: Man kann das „Kapital" sehr verschieden, ja gegensätzlich lesen. Man kann es wie Lenin lesen und man kann es wie Althusser lesen. *Kann* man es wie Althusser lesen?

26 Auch diese Ergänzung seiner Marx-Exegese, mit der Althusser seinen Kritikern entgegenzukommen sucht, bestätigt also nur das Urteil Urs Jaeggis, der im übrigen sehr viel Verständnis für bedenkenswerte Seiten der Überlegungen Althussers aufbringt. Jaeggi schreibt: „Die Strukturnotwendigkeit bleibt bei Althusser eingebettet in eine Quasi-Naturnotwendigkeit, die, auch wenn dieser Punkt kaum thematisiert wird, eine tiefe Skepsis gegenüber jeder Art politischer Praxis spiegelt. Die Abwesenheit des Subjekts gerät zur Abwesenheit der Klassenauseinandersetzungen" (a.a.O., S. 109).

Martin Blankenburg

KONTUREN EINER „IDEEN-POLITIK"

Eine Skizze (angeregt durch den Aufsatz von Helmut Arnaszus in SOPO 34/35: Die Rolle der Philosophie aus wissenschaftspolitischer Perspektive der Unternehmerverbände)

„Ideen-Politik" heißt das Stichwort, mit dem Helmut Lübbe, ehemals Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und nunmehr einer der Chefideologen des Bundes „Freiheit der Wissenschaft", der bürgerlichen Ideologie aus der Verlegenheit geholfen hat, den marxistisch-leninistischen Begriff des „ideologischen Klassenkampfes" weder anerkennen noch eine rechte Alternative zu ihm finden zu können. Desto froher griff man Lübbes glückliche Prägung auf, deren Tauglichkeit zur Parole und zum Schlachtruf sich insbesondere unter der Obhut des Philosophen Günter Rohrmoser erweisen sollte, der seinen Nekrolog auf die „Kritische Theorie" inzwischen zu einer allgemeinen Verkündung des „Endes der Emanzipation" im Zeichen der Tendenzwende aufgeblasen hatte. (1) Wenn im Folgenden auch nur grobe Umrisse einer solchen Ideen-Politik gezeichnet werden können, sollen jedoch zu Mißverständnissen Anlaß gebende Unschärfen, von denen der Aufsatz von Arnaszus leider nicht ganz frei ist, vermieden werden — nicht zuletzt deshalb, weil das Spektrum bürgerlicher Ideen-Politik Oszillationseffekte geradezu programmiert.

I.

Obwohl Sinn und Zweck dieser Skizze sich keineswegs auf eine bloße Korrektur von Fehlurteilen und Desinformationen in Arnaszus' Aufsatz beschränkt, müssen allgemeine Folgerungen über *Struktur und Dynamik bürgerlicher Ideologieform* jedoch zunächst hinter der Darstellung einiger wesentlicher Fakten zurücktreten. Schließlich ist es gerade die Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht gegenüber den Tatsachen, die in der komplementären Gestalt einiger stillschweigender spekulativer Prämissen in jenem Aufsatz kritisiert werden soll.

1 Günter Rohrmoser: Das Elend der kritischen Theorie, Freiburg 1970; ders.: Emanzipation und Freiheit, München 1970; ders.: Nietzsche und das Ende der Emanzipation, Freiburg 1971; ders.: Die Krise der gesellschaftlichen Institutionen, München 1972. Bereits seit dem letztgenannten Titel hat R. das Wort „Ideen-Politik" adoptiert und entwirft seither sendungsbewußt und im Fließbandverfahren sogen., im rechten Seewald-Verlag erscheinende „Ideenpolitische Perspektiven", wie auch der Titel Nr. 1 der Flugschriften-Reihe „Essentials" ebendort lautet. Neben Auslassungen über allerlei Themen diagnostiziert er als ein neuer Jaspers (Die geistige Situation der Zeit, 1931) aber auch: Die metaphysische Situation der Zeit. Ein Traktat zur Reform des religiösen Bewußtseins, Stuttgart 1976. Nachdem R. sich schon früher als Therapeut für politischen Radikalismus angedient hatte (vgl. Interview, in: analysen, 1. Jg., H. 3, 1971, S. 24), ist er jedoch einer breiteren Öffentlichkeit erst durch den Skandal seiner Stuttgarter Berufung und seine Wahlhilfe für die CDU im Spätsommer 1976 bekannter geworden. Immerhin haben ihn diese Vorgänge zu einer für die großbürgerliche FAZ zitierfähigen Autorität erhoben: vgl. den Leitartikel vom 8.1.77 von Ernst Günter Vetter: „Der Ernstfall für die Marktwirtschaft", welcher mit R.s Satz anhebt: „Man muß davon ausgehen, daß der Ernstfall in diesem Lande noch bevorsteht."

Marx hat, nach eigener Aussage, „von jeher die Methode der Kondensation geliebt." (Brief an Lassalle, 22.2.1858) Man kann nun aber zweifellos das fruchtbare Prinzip der Verdichtung zu einem pauschalen Reduktionismus überdehnen und das nominalistische Rasiermesser Ockhams als ein Hackebeil zur Herstellung eines unterschiedslosen Breis mißbrauchen, anstatt es als ein Instrument zur Vermeidung überflüssiger oder tautologischer Erklärungsgründe zu benutzen.

Als weder überflüssig noch tautologisch will es mir erscheinen, etwa zwischen „Kritischem Rationalismus" und „Praktischer Philosophie" zu differenzieren, was Arnaszus jedoch für nicht erforderlich hält, wenn er „Popper und seine Nachfolger von der ‚Praktischen Philosophie' " (SOPO 34/35, S. 139) attackiert. — Bleiben wir jedoch zunächst bei Arnaszus' Bestimmung der Bandbreite unternehmerisch lizensierten Philosophierens! Hier begnügt er sich etwas allzu bescheiden mit der durch einige Anreicherungen ergänzten Position Hermann Lübbes, die mittels eines bloß punktuellen Vergleichs mit einigen exponierten Äußerungen von BDA-Präsident Schleyer nicht nur fälschlich dem kritischen Rationalismus zugeordnet, sondern auch für repräsentativ im Sinne seines Aufsatztitels erklärt wird. Diese fragwürdige Verkürzung des Spektrums unternehmerisch gebilligter Philosophie auf einen zudem noch falsch georteten Rationalismus dürfte nicht zuletzt Resultat der völligen Vernachlässigung der *historischen Dimension* der „Philosophie" von Unternehmerverbänden sein. Die Anführungszeichen repräsentieren meine für Fachphilosophen vielleicht schockierende Auffassung, daß nur die Synthese der in der Verbändeliteratur, die weitgehend außerhalb des Blickfeldes und der Reichweite der Öffentlichkeit erscheint, zerstreut vorliegenden trivialen „Hausphilosophie" der Unternehmerschaft zureichende Kriterien für die Beurteilung unternehmerischer oder unternehmerisch geförderter Stellungnahmen zur akademischen Philosophie erbringen kann. (2) Berücksichtigt man nun die in der Wirtschaftswunder-Ära aus verschiedenen Gründen zustandegekommene ideologische Überwertigkeit klein-kapitalistischer Ansprüche, gelangt man immerhin zu der ein pauschales Monopol-Verständnis vielleicht irritierenden Einsicht, daß die Suche nach einer gegenüber sozialistischen Forderungen ideologisch geschlossenen Begründung der „unternehmerischen Position" im kalten Nachkrieg besonders durch die unter dem Panier des Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule Euckens angetretenen und in der „Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer e.V." (ASU; seit 1949) organisierten Klein-Kapitalisten propagiert wurde. (3) Demgegenüber hielt sich die durch den Faschismus ziemlich diskreditierte Monopolfraktion hinter dem von den Neo-Liberalen aufgespannten ideologischen Schirm zunächst etwas gedeckt und zog es vor, eine mehr

2 Als wichtig für eine derartige Untersuchung dürften sich immer noch die ersten beiden Bände der „Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus" von Jürgen Kuczynski erweisen, deren zweiter Band sich speziell mit dem Propagandawesen der Monopole befaßt.

3 Der Aufruf der ASU vom 30. Sept. 1949 sieht z. B. die „Erarbeitung einer Ideologie des Unternehmertums" vor (als Anlage abgedruckt in: Josef Winschuh: Der selbständige Unternehmer, Selbstverlag der ASU, 1950, S. 46). Mehr oder weniger rhetorisch gestellt, gehört diese Forderung zum ständigen Repertoire der nächsten zehn Jahre. Der unlängst verstorbene, rührige Wirtschaftsjournalist Herbert Gross fordert in „Moderne Meinungspflege" (Düsseldorf 1951, S. 31) zur Verteidigung der Unternehmer-Funktion „den Kreuzzug einer neuen religiösen oder quasi-religiösen, vielleicht auch pseudo-religiösen Idee." Und der Goebbels nützlich gewesene „Markentechniker" Hans Domitzlaff wird nicht müde zu betonen: „Man

pragmatische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Einerseits versuchte man recht erfolgreich das Zustandekommen eines Kartellgesetzes zu verzögern und schließlich die bereits sehr milde Fassung von 1958 noch weiter zu entschärfen (unter besonderer Schützenhilfe des so liberalen Erhard)(4), andererseits entwarf man Rückeroberungsstrategien für das durch die Entflechtungsbestimmungen der Alliierten verlorene Terrain. Diese Doppelstrategie trug schließlich ihre Früchte: So war mit dem Erwerb der Rheinstahlmehrheit durch Thyssen 1973 der alte Stahlverein wieder glücklich beisammen; eine von den Liberalen böse als „Elefantenhochzeit" (5) titulierte Konzentration, die Maßstäbe setzte: z. B. für die Übernahme der Max-Hütte des Flick-Konzerns durch die Klöckner-Werke, einen der spektakulärsten Fälle des vergangenen Jahres. Ohne Übertreibung ließe sich sagen, daß die Monopolfraktion über zwei Jahrzehnte im Stillen und nicht ungeschickt ihre *ökonomische* Arrondierungspolitik betrie-

braucht eine Ideologie, um den Strom des sozialistischen Gefälles vor dem Abgrund aufzuhalten und das Märchen von dem bösen reichen Mann zu entkräften." (Es geht um Deutschland. Massenpsychologische Stichworte für eine sozialpolitische Reform, Hamburg 1951, S. 90 f.) Ebenfalls zur Vermeidung des ominösen Abgrundes fordert endlich der Bankier J. Ph. Frhr. v. Bethmann auf einer Jahrestagung der „Jungen Unternehmer" der ASU unter dem Motto „Mehr Mut zur Freiheit" die „Besinnung auf eine natürliche Ordnung und auf die wahren Werte als Elemente einer eigenen Weltanschauung." (Schriftreihe Junge Unternehmer der ASU, H. 3, Jan. 1957, S. 8) Gerade was eine solche „Weltanschauung" betrifft, dürfte die Entstehung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" 1953 aus dem Umkreis des von der „Schwundgeldtheorie" eines Silvio Gesell nachhaltig beeinflußten „Freiwirtschaftsbundes" nicht unwichtig sein, was sich auch in der Identität des „hauseigenen" Vita-Verlages, erst Heidelberg-Ziegelhausen, dann Bad Nauheim, ausdrückt. Den unwilligen Verzicht auf „eine eigene Weltanschauung" reflektiert erst das Tagungsprotokoll Nr. 7 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft vom Mai 1957 „Hat der Westen eine Idee? " (bei Martin Hoch, Ludwigsburg). Inzwischen hatte nämlich der CIA auf der Tagung des seinerzeit zu Beginn des Korea-Krieges in Westberlin gegründeten „Kongresses für die Freiheit der Kultur", dem die Zeitschriften „Der Monat", „Preuves", „Forum" und „Encounter" angegliedert waren, 1955 in Mailand die Parole vom „Ende der Ideologie" lanciert.

4 Erhard hatte einen sehr flexiblen Liberalismus entwickelt, der es ihm im März 1933 als Herausgeber der „Wirtschaftspolitischen Blätter der deutschen Fertigindustrie" ermöglichte, einen Leitartikel „Nationalwirtschaft" mit der Gewißheit einzuleiten: „Das Zeitalter des Liberalismus, des freizügigen Individualismus, ist vorüber." (zit. nach Dieter Mühle: Ludwig Erhard. Eine Biographie, Berlin/DDR 1965, Fotokopie in Bildbeilage). Ähnliche Auffassungen entwickelte Erhards Freund Franz Böhm in der von ihm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth herausgegebenen Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft", Stuttgart und Berlin 1937 ff ..

5 Der Vorsitzende des Wirtschaftsrates der CDU, von Bismarck, warnte seinerzeit,. mit der Fusion werde den Systemveränderern ein willkommener Beleg für ihre Monopoltheorie geliefert und der Staatsinterventionismus geradezu herausgefordert. Die FAZ monierte, „man hätte das eleganter und geräuschloser machen können" (15.3.73) und sah eine „besondere politische Dimension" der „Vorgänge im Stahlbereich" darin, „daß der führende Kopf dieser Transaktion gleichzeitig Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie ist." (5.3.73) Die FAZ befürchtete also m.a.W. eine Durchlöcherung der noch durch Sohls Vorgänger 1949 bis 1971 auf dem Präsidentenstuhl des BDI, den „mittelständischen Polterer" Fritz Berg angemessen verkörperten neo-liberalen Ideale. In diesem Lehrstück über Dialektik antwortete nun Sohl hochfahrend seinen Kritikern, diese hätten vergessen,

ben hatte, bevor sie sich heute an die Arbeit begab, diese auch *ideologisch* zu legitimieren. Im gesunden Vertrauen auf die normative Kraft des Faktischen schaffte die Monopolfraktion erst einmal vollendete Tatsachen und konnte erfahrungsgemäß mit dem relativen Stillschweigen der Ordo-Liberalen rechnen, die sich gezwungen sahen, wenn es denn schon einmal so war, auch das *monopolistische* Eigentum in ihren Katalog angeblicher Grundwerte aufzunehmen — zumal es den Liberalen angesichts der gar nicht liberalen Tatsachen ja doch mehr auf das reine Strahlen des ideologischen Scheins der „freien und sozialen Marktwirtschaft" ankam. (6) Die genannte *ökonomische* Elefantenhochzeit hat aber nicht nur wirtschaftliche Folgewirkungen gezeitigt, sondern auch einer *verbandspolitischen* Elefantenhochzeit den Weg bereitet: in Gestalt der Personalunion der Präsidentschaft von BDA und BDI durch Hanns Martin Schleyer, der die anti-gewerkschaftliche Stoßrichtung dieser Gleichschaltung bereits im Sommer 1975 zur ersten bundesweiten Aussperrung im Druckerstreik zu nutzen wußte. Erst seit diesem doppelten „Schichtwechsel", der Ablösung liberaler durch monopolistische Repräsentanten (Berg durch Sohl, statt z. B. durch Rodenstock) sowie der monopolistischen Machtkonzentration verschiedener Organisationen in *einer* Kommandozentrale (Schleyer), wird auch eine eigentliche „Monopol-Philosophie", wie sie das „Soziale Modell" Schleyers (Stuttgart 1973) darstellt, auf den Markt geworfen. Entsprechend ihrer viel umfassenderen Zielstellung ist sie wesentlich pragmatischer und flexibler, um nicht zu sagen: eklektischer, gehalten als der demgegenüber recht dogmatisch erscheinende „orthodoxe" Neo-Liberalismus. (7) Für die monopolisti-

„daß hier zwei Unternehmen versuchen, mit rein unternehmerischen Mitteln und mit der Beweglichkeit, die nur die auf das private Eigentum an Produktionsmitteln gestützte Rechtsordnung verleiht, ihre Wettbewerbsfähigkeit in einem immer härter werdenden Weltmarkt sicherzustellen." (FAZ, 5.3.73) Ein Monopolist ist eben praktisch gezwungen, die Dialektik des Umschlags „freier" in monopolistische Konkurrenz wenn schon nicht zu *begreifen*, so doch *anzuerkennen*.

6 Schon früh hat Hans Peter, der während der Herrschaft des Faschismus neben H. v. Stackelberg, verglichen mit Othmar Spann und Fr. Gottl-Ottlilienfeld, einzig ernstzunehmende bürgerliche Ökonom in Deutschland, Euckens Konzeption der „Verkehrswirtschaft" als eine idealtypische Wirtschaftstheorie des „als ob" kritisiert (vgl. bes.: Die sittliche Forderung in der Wirtschaft, Stuttgart 1949, S. 14) Peter sieht Euckens Ziel darin, „Preisbildungskontrollen zu schaffen, die die Preise überall so manipulieren, als ob sie unter der Herrschaft vollständiger Konkurrenz zustandegekommen wären." 25 Jahre später wird genau dieses Argument von Neo-Liberalen gegen die weite Auslegung der Mißbrauchsaufsicht durch das Bundeskartellamt gewendet. Vgl. den Artikel „Eine Wettbewerbspolitik des ‚Als-Ob' führt zu behördlicher Willkür. Mißbrauch mit der Mißbrauchsaufsicht. Darf das Kartellamt Kosten kontrollieren? " von Prof. Jochen Röpke, FAZ vom 26.2.74. Jetzt soll also die „freie Marktwirtschaft" angeblich gerade durch diejenigen Instanzen bedroht werden, durch die sie nach der ursprünglichen Konzeption einzig garantiert werden sollte!

7 Der Neo-Liberalismus stellt allerdings schon gegenüber dem klassischen Liberalismus bis zu J. St. Mill eine abgewertete Schwundstufe seiner ehemals demokratischen, anti-klerikalen und anti-etatistischen Gehalte dar. Eine Entwicklung, die freilich selber schon auf die liberal-konservative Reaktion auf die Herausforderung durch die französische Revolution durch Burke zurückzubeziehen ist. Aber auch für den sich „modern" gerierenden Neo-Liberalismus, der seine rationalistischen Vorurteile gegenüber den Herkunftsmächten der Tradition abgelegt zu haben stolz ist, gilt unverändert das, was Marx im Blick auf die bürgerliche Rehabilitation der unproduktiven Arbeit und Konsumtion durch Malthus geäußert hat:

sche Interessenlage bietet sich die Anleihe bei einer wissenschaftstheoretischen Position des *Pluralismus* geradezu an, weil zumal ein so programmatischer wie formaler Pluralismus erlaubt, das „jeweils Erforderliche" relativ zwanglos in den Mittelpunkt der Argumentation zu rücken — gewiß eher, als die metaphysische Festlegung auf ein ideologisches Aggregat abendländischer Werte, auf die der Ordo-Liberalismus schon wegen klerikaler Rücksichtsnahme nicht verzichten wollte. Dennoch kann auch gegenwärtig von einem endgültigen Verschwinden der ontologisch-normativen Sozialphilosophie keine Rede sein. Eher das Gegenteil bezeugt z. B. Kaltenbrunners einige Kreise ziehende Bastelei an der *Rekonstruktion des Konservatismus* und die eifrige Sammelbewegung um die beabsichtigte *Rehabilitierung der praktischen Philosophie*. (8) Zugespitzt ließe sich sogar sagen: Der Kapitalismus der BRD bedarf der neoliberalen Ideen samt ihrer klerikalen Überhöhung immer noch als einer notwendigen ideologischen Fiktion. Die bürgerliche Ideologie ist zu ausgezehrt, als daß sie auch nur auf *ein* Argument zugunsten der bestehenden Eigentumsverhältnisse verzichten könnte.

„Die bürgerliche Gesellschaft produziert alles das in ihrer eignen Form wieder, was sie in feudaler oder absolutistischer Form bekämpft hat." (MEW 26.1, S. 145) Deshalb muß in einem nicht unwesentlichen Punkt der ansonsten hervorragenden Darstellung von Reinhard Opitz: Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973, Zustimmung versagt werden. Opitz kritisiert nämlich Rathenaus Ersetzung der demokratischen Trias „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" durch den neuen Dreiklang „Freiheit, Verantwortung und Gemeinschaft" folgendermaßen: „Dies war die programmatische Abkehr vom demokratischen Gleichheitsgedanken und damit vom liberalen Motiv." (S. 117, Fn. 329) „Damit" ist es jedoch nichts: Das liberale Motiv ist nämlich gerade die *Beschränkung* des demokratischen Gleichheitsgedankens in einer „mixed constitution" (Burke). Vgl. zum Problemenkomplex auch Engels an Bernstein, 24. März 1884, sowie allgemein den Abschnitt „Systemkonvergenz als Sachzwang" in meiner Arbeit: Totalitarismus und Konvergenz. Zum Paradigmenwechsel in der politischen Ideologiebildung, unv. Ms. FB 11 FU Berlin 1975.

8 Kaltenbrunner, Ex-Lektor im Rombach-Verlag, Freiburg, in dem auch die gesperrt genannten Titel erschienen sind, gibt seit 1974 im Herder-Verlag die Reihe „Initiativen" heraus und kann als der derzeit agilste Promoter einer konservativen Tendenzwende gelten, die er, ein neuer Adam Müller, mit konvertiten- oder renegatenhaftem Eifer in zahllosen Publikationen verficht. – Manfred Riedels philologisch durchaus verdienstvollen Bemühungen verdankt die wesentlich am katholischen Naturrecht orientierte praktische Philosophie einen Großteil des ihr neuerdings entgegengebrachten öffentlichen Interesses. Vgl. die von Riedel herausgegebenen zwei Bände „Rehabilitierung der praktischen Philosophie", Freiburg 1972/74. – Die kritische Politikwissenschaft ist sich offensichtlich über die eigentliche Bedeutung solcher Rezenzen nicht so recht im Klaren. K. Th. Schuon z. B. hält zwar einerseits eine Reaktivierung der normativ-idealistischen Gesellschaftsphilosophie nicht für ausgeschlossen, zumal bei einer Gefährdung der bestehenden Herrschaftsordnung, betont aber ihre aktuelle Einflußlosigkeit. (Bürgerliche Gesellschaftstheorie der Gegenwart, Köln 1975, S. 20, 111, 19) Kurt Lenk schweigt sich sogar „metapolitisch" über eine mögliche Aktualisierung der von ihm durchaus treffend in einem einschlägigen Kapital behandelten ontologisch-normativen Theorien aus. (Politische Wissenschaft. Ein Grundriß, Stuttgart 1975).

II.

Nicht ohne Berechtigung auf der phänomenalen Ebene redet Arnaszus vom „Scheitern der existenzialistischen und essentialistischen Philosophie der Jahre des kalten Krieges" sowie vom Einflußgewinn der „scheinbar an die (?) Wissenschaft orientierte(n) Richtung des Positivismus" (SOPO 34/35, S. 137). Es scheint aber die möglicherweise unfreiwillige Ironie einigermaßen mißglückt, einerseits die z. B. in der Philosophie von Jaspers zu einer „Chiffre der Transzendenz" mystifizierte Vokabel des „Scheiterns" zu bemühen, andererseits den von Popper dem Marxismus ausgehändigten schwarzen Peter des „Essentialismus" nun nicht zurück-, sondern einfach an den nächstbesten Trottel weiterzureichen. Zweifellos ist die abendländische Wesensphilosophie kritiserbar genug — ein Geschäft, das man nicht nur den Positivisten überlassen sollte! —, andererseits würde die Einebnung der Differenz von Wesen und Erscheinung die theoretische Struktur der marxistischen Theorie nicht unerheblich revidieren. Man mag also mit Fug von „Essentialismus" reden, sollte aber nicht vergessen, einer Lehre des ideologischen Klassenkampfes zu gedenken, die Louis Althusser prägnant formuliert hat: „Der ganze Klassenkampf läßt sich bisweilen zusammenfassen im Kampf um ein Wort, gegen ein anderes Wort." (Für Marx, Frankfurt 1968, S. 213)

Als historische Schaltstelle für den Umschwung vom „Essentialismus" zum Positivismus gibt Arnaszus das Ende des kalten Krieges an. Das ist zwar keine genaue Datierung, aber heute scheint ja niemand mehr so genau zu wissen, wann und wo überhaupt der kalte Krieg beendet wurde! (Deshalb sei an dieser Stelle nachdrücklich auf David Horowitz: From Yalta to Vietnam, Harmondsworth 1971, hingewiesen!) Also gut und schön. Irritieren muß jedoch, wenn anderswo die Konstatierung einer gravierenden ideologischen Orientierungskrise durch Herrmann Lübbe 1973 zum Anlaß genommen wird, „in dieser Situation der ideologischen Defensive und Krise der Weltanschauung" (SOPO 34/35, S. 137) nach einer wissenschaftlichen Philosophie Ausschau halten zu lassen. So verschwimmt dann das „Scheitern" der Existenzphilosophie und des „Essentialismus" Ende der fünfziger Jahre seltsam mit der gegenwärtig noch beklagten „Orientierungskrise". Darüber hinaus mutet sonderbar an, das Arnaszus seine Abfolge philosophischer Leit-Richtungen rein *ideologieimmanent* konstruiert, d. h. selber hauptsächlich auf der Ebene einer ideologischen „Legitimationskrise" operiert und die Erklärung des neuen Interesses an normativen Planungszielen aus Veränderungen in der ökonomischen Struktur des Kapitalismus ziemlich kommentarlos den ansonsten von ihm verworfenen bürgerlichen Philosophen wie Hans Lenk überläßt. Er bescheidet sich hingegen mit einer erkenntnistheoretischen Rhapsodie über die referierten Positionen, welche deren ökonomische und politische Determinanten großzügig ausspart. Deshalb soll hier bei der Darstellung einiger wesentlicher Strukturen und Gehalte der bei Arnaszus in der genannten Zeitlücke verschwundenen ideologischen Veränderungen nicht gegeizt werden.

Vor dem Hintergrund der anschaulichen Erfolge sozialistischer Planwirtschaft bei der Lösung durch die wissenschaftlich-technische Revolution gegebener Probleme — den Sputnik konnte jedermann mit bloßem Auge sehen! — verlor die primitivere Fassung der *Zentralverwaltungsthese* erheblich an Kredit, es bestünde eine prinzipielle „ordnungspolitische" Überlegenheit der „freien Marktwirtschaft" über die „Planwirtschaft". Diese besonders von Ludwig von Mises nach der Oktoberrevolution vertretene These (Die Gemeinwirt-

schaft, Jena 1922) mußte nunmehr dahingehend „reformuliert" werden, daß es „drüben" trotz aller etwaiger Teilsiege an der Konsumfront eben doch keine „wahre" Freiheit gebe, vielmehr unverändert totalitär zugehe. Verständlicherweise ist es den neo-liberalen Wirtschaftswunder-Ideologen als nicht unbedenklich erschienen, von der Konzeption eines „Wohlstands für alle" (Buchtitel von Erhard) abzurücken und sich auf angeblich höhere, aber auch viel luftigere Werte „jenseits von Angebot und Nachfrage" zu besinnen. (9) Als nicht popularisierungsfähig kam diese Spiritualisierung der Freiheitsideologie jedoch bald mit der im Gefolge der verschränkten Entwicklung von internationaler Kapitalkonzentration, Automatisierung und Rationalisierung erforderlich gewordenen *Aufwertung des Planungsbegriffs* ins Gedränge, der vom vorherrschenden Ordo-Liberalismus ja noch unter Kuratel eines pauschalen Totalitarismusverdachts gestellt war. Als die Zeichen des Verschleißes der durch die Freiheitsideologie des kalten Krieges und das permanente Schüren einer militanten Kreuzzugs-Hysterie allzu beanspruchten Bestände des christlichen Abendlandes sich unabweislich mehrten, stieß man sie, zuerst von Seiten der Unternehmer-Verbände, auch recht pietätlos ab und ersetzte sie flugs durch aktuellere Versatzstücke, wenngleich die Technokratietheorie zunächst auch noch im platonischen Gewande des „neuen Politikwissenschaftlers" Voegelin umherschleichen mußte. Jedoch schon 1965 konnte Rüdiger Altmann, Chefideologe des Deutschen Industrie- und Handelstages, Bonn, den Dolch zeigen und sich ziemlich schnoddrig und arrogant in der dem faschistischen Rechtstheoretiker Carl Schmitt nachgeahmten Pose über jene Liberalen mokieren, „die an Ordnungsvorstellungen leiden" sowie die Überflüssigkeit „manche(r) ehrwürdig gewordene(r) Gefühle" konstatieren. (10) Diese von einem Industrie-Angestellten vorgemachte *Pose eines heroischen Technokratismus* erwies sich jedoch in den Mühlen der ersten großen Nachkriegskrise 1966/67 als so wenig resistent, daß ihr schnelles Verschwinden von der Oberfläche der politi-

9 Als einer der ersten blies Wilhelm Röpke zur inneren Sammlung. „Der Kult des Lebensstandards ist schließlich deshalb ungemein gefährlich, weil er uns verhüllt, worauf es im Ringen zwischen der freien Welt und dem Kommunismus ankommt." (Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1958, S. 152) Nicht erst die heutigen Wachstumskritiker des Club of Rome schwärmen von der Kultivierung innerer Werte. Erfuhr Röpkes Idealismus der Bescheidung zwar schon damals Kritik aus den eigenen Reihen, sollte er aber auch noch posthume Genugtuung erfahren: Auf der Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft" mit dem Thema „Die westliche Gesellschaft und die kommunistische Drohung" äußerte der nunmehrige Adenauer-Preisträger von Kurt Ziesels „Deutschland-Stiftung" Winfried Martini ungeniert folgende Ansicht: „Was ich fürchte, ist die Doktrin, die Ideologie, die geistige Vergewaltigung, die dahintersteckt. (hinter dem kommunist. System; M. B.) Darum stelle ich immer wieder auf diese ab, niemals aber auf den Lebensstandard." (Bergedorfer Protokolle, Bd. 5, Hamburg, Berlin 1964, S. 112).

10 Als Notstandsideologe ist Voegelin nicht nur berüchtigt wegen seiner scharfmacherischen Ansichten in: „Demokratie und Industriegesellschaft" (in: Die unternehmerische Verantwortung in unserer Gesellschaftsordnung = Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung Bd. 4 Köln, Opladen 1964), sondern war vorher auch schon mit einer „neuen Wissenschaft der Politik" (München 1959) hervorgetreten. – Altmann veröffentlichte seine Ideen in der zunächst anonym erschienenen Schrift „Die formierte Gesellschaft" (1965), die gerade unter Liberalen verständliches Aufsehen erregt hat.

schen Tagesauseinandersetzungen nicht angemessen hat zu Bewußtsein kommen lassen, daß seit einiger Zeit die SPD – wieder im Zeichen der Krise! – Anstalten macht, sich zum *Testamentsvollstrecker* des Programms der „formierten Gesellschaft" zu erniedrigen. Altmanns „späte Nachricht vom Staat" scheint besonders von den „Machern" vernommen worden zu sein – inzwischen noch ergänzt durch eine wiederbelebte „Staatsphilosophie", welche einst als überhöhte Kompensation für die langen Geburtswehen der verspäteten deutschen Nation, mit der es schon wieder vorbei ist, ausgesponnen wurde. Teilweise dieselben Argumentationsfiguren, die seinerzeit aus diesem rechten Winkel gegen „Weimar" und die „Systemzeit" ersonnen wurden, sollen heute „Bonn" und die FdGO vor dem Abgleiten in eine „andere Republik" bewahren helfen. So manche, die heute bieder auf den „Rechtsstaat" schwören, wollten früher nicht immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen müssen ... Unter der liberalen rechtsstaatlichen Firnis wird aber immer noch mit dem autoritären Staat kokettiert: Da aber die Regimes von Salazar und Franco kein Vorbild mehr darstellen können, wird er heute weniger christlich-abendländisch als systemtheoretisch-verfahrensrational aufgezogen.

III.

Unterhalb dieser zum Teil recht jähen politischen Wenden der Nachkriegsgeschichte hat die fortschreitende ökonomische Strukturveränderung, die erst die Wahrnehmung der „deutschen Bildungskatastrophe" (Picht) vor dem Hintergrund der Entwicklung von Wissenschaft zur Produktivkraft des technischen Fortschritts ermöglichte, zu einer derartigen Bedarfslage nach größerer „Wissenschaftsnähe und Wirklichkeitsorientiertheit" (SOPO 34/35, S. 137) gerade auch in den ideologischen Institutionen geführt, daß Arnaszus' Konstruktion einer linearen Abfolge „Essentialismus"/Existenzialismus – Positivismus nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen mag. Dennoch war es nicht einfach die objektive Überholtheit der Ideen, die ihnen den Garaus machte: Ihre „Gestrigkeit" war schon älteren Datums. Theoretisch waren nämlich alle zentralen Ideen des politischen Klerikalismus: Autorität, Subsidiarität, Solidarität und was der universalistischen „Prinzipien" mehr sein mögen, längst verbraucht, so sehr der Neo-Liberalismus ihnen auch neues Leben einzuhauchen versuchte. Ihr defensiver und regressiver Charakter war ihnen schon seit ihrer Geburtsstunde eingeschrieben: Sie lebten schließlich nur von der *Monopolstellung* in dem künstlich gegen das Eindringen sozialistischer Anschauungen für sie offengehaltenen ideologischen Vakuum nach der Befreiung vom Faschismus – Monopol-Liberalismus! Aber jeder „offene Horizont" (Titel der Jaspers-Festschrift, München 1953) schließt sich einmal zum Kreis. So gelangten trotz der Warnungen Röpkes einerseits, durch eine *Gegenideologie* Anleihen beim totalitären Kommunismus zu machen, und trotz Poppers Plädoyer andererseits für einen programmatischen Pluralismus der Ideen, den sich leisten zu können die luxuriöse Überlegenheit des Westens ausmache, meinungsführende Kreise zu der Überzeugung, daß man sich die Geschwulst eines dissonanten Pluralismus der Verbände und Ideologien nicht mehr leisten könne. Als ironisch und prophetisch zugleich mag man den Sachverhalt ansehen, daß den gleichen Sammelband „Erziehung zur Freiheit", der Poppers Pluralismus-Plädoyer enthält, ein Aufsatz beschließt, der trotz seines Titels „Diskussionsbereitschaft" Diskussion im Namen einer höheren Vernunft gerade elitär abschneidet. Er stammt nämlich von Eric Voegelin, der mit zu den geistigen

Vätern der „formierten Gesellschaft" gehört und sich als Ideologe der Notstandsgesetzgebung schließlich dazu versteigen sollte, die „eiserne Unterdrükkung des Ideologieunfugs" zur „Bedingungen der nackten Existenz" zu erklären. (11)

All diese historischen Ungleichzeitigkeiten und Überlagerungen — Voegelin vertritt z. B. eine dirigistische Entideologisierung von oben — scheinen nicht so recht in das zumindest *negativ evolutionistische Schema* von Arnaszus hineinzupassen. Unfreiwillig propagiert er das Selbstmißverständnis des Positivismus, sich für „fortgeschrittener" — es fragt sich, wovon! — als das Ensemble „Essentialismus"/Existenzialismus zu halten. Es mag natürlich sein, daß es unter sogen. Positivisten heute mehr Gegner z. B. der Berufsverbote gibt als unter konservativeren „Essentialisten" — wobei allerdings immer noch fraglich ist, inwieweit solche begrüßenswerte politische Unerschrockenheit persönlicher Natur oder doch wissenschaftlich unterbaut ist. Daß die Verhältnisse auf diesem Gebiet keineswegs so eindeutig sind, beweist die mehr als konservative Haltung, die etwa ein Ernst Topitsch *als* Positivist einnehmen kann, wenn er „Aufklärung als konservative Aufgabe" deklariert. (12) Andererseits fiele es schwer, Existenzialisten wie Sartre, trotz der durch gewisse Alterserscheinungen enttäuschten Hoffnungen, die W. F. Haug noch in seine Lernfähigkeit setzen wollte (J.-P. Sartre und die Konstruktion des Absurden, Frankfurt 1966, S. 177 f.), ihre politischen Verdienste zu bestreiten, was selbst radikalen Anti-Subjektivisten und Anti-Humanisten wie Foucault nicht einfiele. Ja, noch der gestandene Antikommunist und vormalige NATO-Philosoph Jaspers konnte in den sechziger Jahren kritische Einwände gegen die ihm bedrohlich erscheinende, weil ihre eigene Legitimationsideologie aufzehrende Entwicklung der BRD erheben. Schließlich muß, um das problematische Progressionsschema „Essentialismus" — Positivismus endgültig zu erschüttern, darauf hingewiesen werden, daß gerade von positivistischer Seite, nämlich von Pascual Jordan, in den fünfziger Jahren der Versuch unternommen wurde, den Positivismus nicht nur vom historisch nachhaltigen *Materialismusverdacht* reinzuwaschen, sondern auch seine grundsätzliche Vereinbarkeit mit dem dogmatischen Gehalt der klerikalen Weltanschauung zu beweisen, ja sogar den Positivismus als deren rationale wissenschaftstheoretische Grundlegung anzupreisen. (13) Mag man Jordan

11 Karl Popper: „Woran glaubt der Westen? " in: Albert Hunold (Hrsg): Erziehung zur Freiheit, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1959. – Eric Voegelin: „Aber Diskussion ist nur möglich unter Menschen, die fähig sind, ihre Vernunft zu gebrauchen" (ebd., S. 372), wobei „Vernunft" für Voegelin sich auf die Anerkennung einer göttlichen Seinsordnung reduziert. Als „vernunftlose" Menschen müssen dann gewiß solche angesehen werden, „auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist." (F. J. Strauß) Verglichen mit dem letzten, aus der in Fn. 10 angegebenen Publikation von 1964 stammenden Zitat Voegelins wirkt Erhards bekannte „Pinscher"-Formulierung in Anbetracht der deutschen Tierliebe geradezu human.

12 Zu Topitsch liegt neuerdings die wichtige Studie von Joachim Kahl vor: Positivismus als Konservatismus, Köln 1976. Leider verschenkt auch sie die vom Thema gebotene Möglichkeit, den unterschwelligen, aber starken Einfluß von Burkes Liberal-Konservatismus auf Popper ins Licht zu rücken. Was nämlich Hume für den Falsifikationismus, ist Burke für die „Stückwerk-Technologie"!

13 Das aufschlußreiche Buch des ehemaligen faschistischen Quantenbiologen und späteren CDU-MdB Jordan: Der gescheiterte Aufstand, Frankfurt 1956, reflektiert in einem Kapitel über „Das Ende der Ideologie" bereits sehr genau diese vom CIA gesetzte Wendemarke/des ideologischen Klassenkampfes. Vereinigungsversu-

noch als unverbesserlich abtun — hat aber nicht der nobilitierte Sir Karl himself die Übereinstimmung seiner Wissenschaftstheorie mit der nobelpreisgekrönten Sozialphilosophie seines Freundes F. A. von Hayek betont und sich darüber hinaus im Zwiespalt der Vernunft zwischen Rationalismus und Traditionalismus entschieden letzterem zugesellt? Und hat Hayek nicht selbst in seiner „Verfassung der Freiheit" (Tübingen 1971; engl. 1960) gegen die rationalistischen = „totalitären" Züge des liberalen Individualismus entschieden und als „old whig" seine Übereinstimmung mit den Konservativen in dieser Frage bekräftigt? (14)

Eben diese Spannung, daß die Sozialdemokratie sich auf eine Wissenschaftstheorie stützen will, deren korrespondierende Sozialphilosophie spätestens seit der Gründung der Mont-Pelerin-Society durch Hayek vom christdemokratischen Ordo-Liberalismus in Beschlag genommen ist, wird von Arnaszus überhaupt nicht wahrgenommen. Solche Differenzierungen werden allerdings auch durch die stillschweigende Annahme einer *negativen Homogeneität* aller Marxismusgegner unterlaufen, die einfach über die Löffel eines *vulgarisierten Reaktionsbegriffes* balbiert werden. Da diesem zwischen Schmidt und Strauß so ziemlich alles gleichermaßen „bürgerlich-reaktionär" erscheint, muß die Inflationsrate eines solchen Reaktionsbegriffs analytisch gesehen als zu hoch bezeichnet wer-

che von Positivismus und Obskurantismus sind natürlich nicht neu: Lenin hat ihre Wurzeln bereits in „Materialismus und Empiriokritizismus" aufgedeckt und kritisiert. Sie lassen sich wissenschaftstheoretisch bis in die Inkonsistenzen der Newtonianischen Synthese auf dem Boden des Klassenkompromisses von 1689 zurückverfolgen; d. h. sie sind nicht einfach als Dekadenzerscheinungen abzutun, gegenüber denen der bessere Bürger hervorzukehren wäre, sondern sie sind – so sehr sich auch imperialistische von liberaler und noch von merkantilistischer Ideologie unterscheiden mag – konstitutionelle Merkmale der konsolidierten bürgerlichen Gesellschaft nach ihrer Sturm- und Drang-Periode.

14 Poppers Entscheidung: a.a.O., S. 252. – „Old whig" meint bei Hayek nicht das obstinate Festhalten an einer objektivistischen Einstellung zum Geschichtsverlauf, die eine so fulminante Polemik durch Herbert Butterfield's berühmte Attacke „The Whig Interpretations of History" (1931) erfahren hat (etwa ein Analogon zu Benjamins „Geschichtsphilosophische Thesen"!), sondern beruft sich auf Burke's Verteidigungsschrift „An Appeal from the New to the Old Whigs" (1791), die gegen die demokratischen Anwandlungen des mit der konstitutionellen Phase der französischen Revolution sympathisierenden Parteiführers Fox die vermeintlich echten konservativen Auffassungen der „old whigs" ins Feld führt. Die gerechtfertigte Empörung, die sich wegen der Nobelpreisverleihung an Milton Friedman, den Wirtschaftsberater des chilenischen Faschismus, geregt hat, wäre auch auf den explizit wegen seiner Sozialphilosophie geehrten Hayek auszudehnen, der neuerdings in Anbetracht einer vermeintlichen Tendenz zur „totalitären Demokratie" keinen Hehl mehr daraus macht, „daß ich eine beschränkte nichtdemokratische Regierung einer unbeschränkt demokratischen und daher im Grunde gesetzlosen den Vorzug geben würde." (Wohin steuert die Demokratie? FAZ vom 8.1.77) Es ist also nicht nur so, daß Friedman, der sich in seinem Anti-Keynesianismus mit Hayek einig ist, Vorworte zu Büchern von Hayek schreibt (vgl. die Einleitung zur Neu-Herausgabe von Hayeks „Der Weg zur Knechtschaft" im Verlag Moderne Industrie, München 1971), sondern umgekehrt Hayek auch nachträglich die vom Nobelkomitee ausgeklammerte politische Praxis des Neo-Monetaristen Friedman „sozialphilosophisch" sanktioniert. Schlau, wie er ist, hat F. J. Strauß in Hayek den richtigen Gewährsmann entdeckt, dessen Motto aus dem Knechtschaftbuch (zuerst 1944) „Den Sozialisten in allen Parteien gewidmet", er in der Bundestagsdebatte am 11.5.76 aufgreift, dabei aber, bei faux pas noch nie kleinlich, gleichzeitig die „planlose" Wirtschaftspolitik der SPD attackiert!

den. Mit seiner Verwendung würde nämlich einem theoretisch fragwürdigen und praktisch gefährlichen politischen Monismus im Spektrum bürgerlicher Ideologie das Wort geredet, der sich eines Tages leicht als self-fulfilling prophecy erweisen könnte, mit der bitteren Genugtuung, es ja schon immer gesagt zu haben!

IV.

Mag man solche politischen Fragen noch dem Ermessen anheimstellen wollen — auf wissenschaftlichem Gebiet führt jedenfalls das von Arnaszus angewandte Prinzip negativer Homogeneität zu recht grotesken Fehleinschätzungen, die aber vielleicht bestätigen könnten, daß *nicht politisch richtig* sein kann, was *wissenschaftlich falsch* ist. Er urteilt nämlich ganz assertorisch, der kritische Rationalismus sei die philosophische Grundlage, auf welche sich „die Teilnehmer an der hier besprochene(n) Tagung stützen, wenn sie vor der Industrie die Unentbehrlichkeit der Philosophie beschwören." (SOPO 34/35, S. 137) Sieht man auch davon ab, daß Arnaszus die konstituierende Sitzung des Landeskuratoriums NRW des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft Anfang 1972 falsch datiert und sich andererseits den Hinweis auf den Vorsitz des damaligen Geschäftsführers der Düsseldorfer Henkel GmbH, Kurt Biedenkopf, entgehen läßt, so muß doch auffallen, daß im Gegensatz zu Arnaszus' Etikettierung eigentlich *nicht ein einziger* der Beiträger zu der Publikation „Die Rolle der Philosophie aus wissenschaftspolitischer Perspektive" als genuiner Vertreter des kritischen Rationalismus gelten kann. Weder Lübbe selbst (15) noch Riedel, Hörster oder Rohrmoser; nicht einmal Hans Lenk, der doch nach eigenem Bekunden eher einen „rationalen Kritizismus" vertritt und sich als kritischer Proponent begründeter Vorschläge zur Reform des moralischen Bewußtseins versteht.

Damit ist freilich ein Gebiet angesprochen, auf dem sich die Genannten *wirklich* zusammenfinden: die „praktische Philosophie". Diese wiederum ist allerdings nicht erst, wie Arnaszus fälschlich meint, „neuerlich aufgekommen" (SOPO 34/35, S. 142), sondern vielmehr eine altehrwürdige Spielart der Philosophie, die sich aus der aristotelischen Dreiteilung derselben in theoretische, praktische und poetische herleitet — immerhin eine Struktur, der noch Kants drei Kritiken verpflichtet sind. Die heutigen Hauptvertreter der praktischen Philosophie stehen jedoch weniger auf kantischem, sondern mehr auf dem Boden der platonisch-aristotelischen Tradition, die vor allem in der scholastischen Naturrechtslehre kodifiziert wurde. Je nach Gusto wird diese Tradition aber aus Akkomodation an die Moden des Zeitgeistes mit recht gegensätzlichen mo-

15 Schon bei geringen philosophischen Kenntnissen fällt die nachhaltige Prägung Lübbes, der zu Unrecht zum Technokraten ernannt wird („Technokratie" ist offenbar heute kein Begriff mehr, nur noch ein Schimpfwort!), obwohl er doch gerade die Unauskömmlichkeit der Politik betont, durch die Phänomenologie und ihre lebenswelt-konstruktiven Weiterentwicklungen auf, die bis in die Buchtitel reicht: Lübbes „Bewußtsein in Geschichten" (Freiburg 1972) spielt unverkennbar auf die Publikation des Husserl-Schülers Wilhelm Schapp an: Philosophie der Geschichten, Leer/Ostfriesland 1959.

dernen Ingredienzien angereichert, so daß sich heute, grob gegliedert, vier unterschiedliche Richtungen ausmachen lassen:

1. die katholischen Aristoteliker mit thomistischer „Gemeinwohl"-Einfärbung (H. Kuhn, R. Spaemann, R. Maurer u.a.);
2. die rechts-sozialdemokratischen Dezisionisten (Hennis, Lübbe u.a.);
3. der „rationale Kritizismus" (H. Lenk, vielleicht auch W. Becker);
4. die Erlanger Schule des Konstruktivismus (Kamlah, Lorenzen, Lorenz, Mittelstraß u.a.).

Wichtiger als der obligatorische Hinweis auf die Existenz von Zwischenstellungen und Übergängen muß aber eine Kennzeichnung des *Motivs* dieser Sammlungs- und Rehabilitationsbewegung erscheinen.

Seit der zunehmenden Desillusionierung über den Erfolg der *Konvergenzstrategie* des „Wandels durch Annäherung" und des ihr entsprechenden Konzeptes der Entideologisierung hat sich die ideologische Konfrontation mit den sozialistischen Ländern zugleich intensiviert und differenziert. Die wirtschaftliche Strukturkrise der siebziger Jahre hat das ihre dazu getan, die Evidenz einer anschaulichen Überlegenheit des „freien Westens" aufzuzehren und die alten Beschwichtigungsformeln unglaubwürdig zu machen. So genügt es gerade bei einer Verschärfung des ideologischen Kampfes nach Helsinki nicht, einfach altgediente Waffen aus der Rumpelkammer des kalten Krieges wieder hervorzuholen: wie z. B. die Standardausgabe der *Totalitarismustheorie*, obwohl entsprechende Aufwertungsversuche in letzter Zeit unübersehbar sind. (16) Deshalb verlangt die neue, komplizierter gewordene Situation nach einer „Tiefenhermeneutik" (Habermas) der erforderlichen Legitimations- und Begründungsversuche der „eigenen" Wert- und Zielvorstellungen. Anders als etwa in den fünfziger Jahren steht die mit dem zur „Marktwirtschaft" verharmlosten Kapitalismus identifizierte FdGO unter viel größerem *inneren* Legitimationszwang, als daß man mit einer verklärten „Freiheit" auch noch anderswo hausieren gehen könnte. Diese Sachlage einer grassierenden „Orientierungskrise" (Lübbe) ruft nun verstärkt jene auf den Plan, die immer schon Bedenken und die Befürchtung einer inneren ideologischen Erosion gegen das Konzept der Entideologisierung gehegt hatten. (17) Sie wittern Morgenluft für das Abendland. Es geht also nicht, wie Arnaszus glaubt, um die philosophische Rechtfertigung

16 Vgl. etwa Karl Dietrich Bracher: Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976. Bezeichnend auch Neuausgaben von „Klassikern" wie Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft; Arthur Koestler: Der Yogi und der Kommissar und Czeslaw Milosz: Verführtes Denken (mit der alten Einleitung von Jaspers!), die beiden letzteren in einem renommierten Frankfurter Verlag!

17 Über bloße Buchtitel hinaus reflektiert sich diese neuere Interessenrichtung besonders in Tagungsthemen: Die „Legitimationsprobleme" waren *das* Thema des Duisburger Politologenkongresses, wo Habermas und Hennis miteinander stritten (vgl. Bericht FAZ, 15.10.75); die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen veranstaltete zusammen mit der Akademie für politische Bildung Tutzing eine Seminartagung zum Thema „Parlamentarisches System und Legitimität" (FAZ, 1.11.76); im „Haager Club", einem Dachverband internationaler Stiftungen, stießen die Ausführungen des Münchener Universitätsrektors Nikolaus Lobkowicz über Reformulierungen der Werte und des Selbstverständnisses des westlichen Denkens auf erhebliches Interesse (FAZ, 2.7.76); die Gesamthochschule Paderborn veranstaltete eine Tagung mit dem Thema „Schwierigkeiten transzendentalphilosophischer Normenbegründung" mit Apel, Habermas, Krings, Lübbe u.a. (FAZ, 23.6.76) — das neue Interesse läßt sich schließlich auch an Akzenten der Forschungspolitik der

des *Verzichts* auf moralische Begründung für politisches Handeln, sondern, im Gegenteil, um Hennis zu bemühen, um die Erinnerung an die „normative Kraft des Normativen" als ontologisch vorgegebene Hierarchie der Werte. Arnaszus aber spricht unbefangen von „Popper und seine(n) Nachfolger(n) von der ‚Praktischen Philosophie' " (SOPO 34/35, S. 139)! Hätte er freilich von der um die *normativen Fundamente der Wissenschaft* bemühte Erlanger Schula, also statt von Popper oder Lübbe, von Kambartel, Lorenz, Mittelstraß oder Lorenzen gesprochen, die auch für Marxisten gewiß nicht uninteressante und über den „pluralistisch motivierten universellen Kritizismus" (18) hinausführende Überlegungen anstellt, so hätte er mit Recht ein durchaus dialektisch zu nennendes „immanentes Übersichhinausgehen" (Hegel) von Wissenschaftstheorie in „Ethik", was immer das auch ist, feststellen können. Ansonsten gibt es jedoch im Umkreis der praktischen Philosophie wenig Neues: Fast durchweg handelt es sich um wiederaufgewärmte Restbestände aus der Konkursmasse der katholischen Soziallehre, um Rückgriffe weniger auf das neuzeitliche rationale, als auf das mittelalterliche universalistische Naturrecht wie sie bekanntermaßen während und nach jeder politischen und ökonomischen Krise als Zügel für eine sich angeblich selbst verzehrende Freiheit angeboten werden, wobei jedoch gerade die geschichtsphilosophische Einsicht der klassischen deutschen Philosophie veruntreut wird, daß Fortschritt durch Negativität hindurch muß, statt sich in die Arme einer positiven Idylle zu flüchten.

V.

Schließlich will auch die letzte der unmittelbaren Gewißheiten von Arnaszus nicht so recht einleuchten, „letztlich muß die reaktionäre Philosophiekritik aber deshalb scheitern, weil die zunehmende ideologische Polarisierung in der BRD und Westberlin auf der Basis der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen stattfindet, auch wenn ..." (SOPO 34/35, S. 154) Man muß wohl kein Defätist sein, diese Beruhigung zu billig zu finden. *Gerade wenn* man nämlich eine bestimmte Entwicklung wünscht, sollte man, auch in praktischer Absicht, mehr Gewicht auf eine argumentativere Begründung legen, anstatt sich auf das Herunterleiern pauschaler Wahrheiten zurückzuziehen. Ohne aus der sogen. Tendenzwende ein Lissaboner Erdbeben (das geologische von 1755, das der optimistischen Geschichtsphilosophie des 18. Jh. einen Schock versetzt hat, nicht das noch andauernde politische!) machen zu wollen, muß doch angesichts der nicht nur linear oder geometrisch progressiv

Fritz-Thyssen-Stiftung ablesen, die sich neuerdings für „Lebensprobleme der Gegenwart, etwa die politischen Krisen der westlichen Demokratien, das heutige religiöse Bewußtsein, die Rolle der Vulgärphilosophie, aus der sich das allgemeine Lebensverständnis speist" (FAZ, 5.8.75) interessiert.

18 Kambartel/Mittelstraß (Hrsg): Zum normativen Fundament der Wissenschaft, Frankfurt 1973, S. VIII. Es wird auch das Motiv nicht verschwiegen: „In einer Situation, in der zudem die gesellschaftlichen Kosten eines immer mehr ausufernden und nicht mehr kontrollierbaren Wissenschaftsbetriebes zunehmend drückender werden, läßt sich der Aufgabe, Ziele und Verfahren in den Wissenschaften einer strengen Begründung zu unterwerfen, erst recht nicht länger aus dem Wege gehen." (ebd., S. VII f.) Es gibt hier offensichtlich Überlagerungen mit den Bemühungen des Starnberger Kreises um Habermas; vgl. ders., Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus, Frankfurt 1976, passim.

verlaufenden wirklichen Entwicklungen festgestellt werden, daß die theoretische Ergiebigkeit von Kategorien bloßer Beschleunigung und eines *maßlosen* Zuwachses („zunehmend", „sich verschärfend" usw.) bei aller subjektiven Ermutigung doch sehr zu wünschen läßt.

Eine wirkliche Lehre über die Struktur und Entwicklung ideologischer Gehalte der bürgerlichen Gesellschaft könnte vielmehr, so meine ich, aus dem Beispiel der Rehabilitierung der praktischen Philosophie, der inzwischen eine wahrhaftige „Restauration der Staatswissenschaft" im Geiste des seligen Haller zu folgen scheint, gezogen werden:

1. Die bürgerliche Ideologie ist ein Aggregat gegensätzlicher, ja widersprüchlicher, auf jeden Fall inhomogener Elemente. Sie ist deshalb notwendig *polar und komplementär* organisiert.
2. Die daraus resultierende Denkform ist entweder der *Kompromiß* als Resultante dieses prozessistischen

tante dieses prozessierenden Widerspruchs oder seine diachronische Gestalt: der *Zyklus der „ewigen Wiederkehr"*. (19)

Deshalb darf nichts den Zirkel bürgerlicher Ideologie durchbrechen, ohne einem gnadenlosen Scherbengericht zu verfallen; so gibt es keinen Fortschritt mehr, nur noch „Wandel", keine wirkliche Entwicklung mehr, nur noch periodische „ricorsi" (Vico), d.h. die „ewige Wiederkehr" von wenigen ideologischen Grundtypen in jeweils zeitgemäßer Aufmachung. Es ist in letzter Instanz der Grundwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft von gesellschaftlicher Form der Arbeit, aber privater Form der Aneignung, der ihr keine *dialektische* Lösung seiner einander abwechselnder dualistischen ideologischen Reflexionsformen erlaubt. Durch die zu Mythen erhobenen Ideen der Komplementarität und Zyklizität, die an die Stelle von Entwicklung und Fortschritt treten, versucht die bürgerliche Gesellschaft ideologisch ihre Weiterentwicklung stillzustellen und das „Gespenst" ihrer eigenen Zukunft zu verbannen. Als ihre Tragik muß jedoch angesehen werden, durch alle dabei eingesetzten Gegenmittel dessen Lebenskraft in umgekehrtem Verhältnis zu ihren Krisen zu nähren. (20)

19 Was die *Polarität* betrifft, sind alle bürgerlichen Versuche, sie in einer in sich „gegensätzigen" Position, einem „höheren Dritten", aufzuheben, gründlich gescheitert. Der Weg des Chamäleons der politischen Romantik, Adam Müller, ist dafür beispielhaft. (Vgl. immer noch die scharfsichtige Arbeit von Carl Schmitt: Politische Romantik, München und Leipzig 1925) – Die *Komplementarität* in der bürgerlichen Ideologie hat auch Andras Gedö betont. „Offensichtlich ist die Totalität der Richtungen und Nuancen innerhalb der heutigen bürgerlichen Philosophie kaum auf die Alternative (und Komplementarität) von Lebensphilosophie und Positivismus zurückzuführen ... aber ...: Das bürgerliche philosophische Bewußtsein läßt *letztlich* zwischen Lebensphilosophie und Positivismus die Wahl treffen, es verdrängt die Gegentendenzen in der Peripherie oder assimiliert sie." (Die philosophische Aktualität des Leninismus, in: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Heft 12. Frankfurt 1972, S. 20) – Den *Kompromiß*-Charakter hat Burke begriffen: „There is a perpetual treaty and compromise going on, sometimes openly, sometimes with less observation ..." (An Appeal from the New to the Old Whigs, 1791) – Louis Althusser hat sich mit der *Zyklik* beschäftigt und gelangt zu dem Schluß: „Die Geschichte der Philosophie ist also nur das Nichts dieser ständig wiederholten Umkehrungen." (Lenin und die Philosophie, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 34).

20 Vgl. hierzu den Schlußabschnitt meiner in Fn. 7 genannten Arbeit „Totalitarismus und Konvergenz": Vom Paradigmenwechsel zum Grundwiderspruch, in dem dieser weiter ausgreifend hergeleitet wird.

Muß auch sozialistische Politik in ihrer *Taktik* gegenüber der *Zyklik bürgerlicher Ideologieform* in gewisser Weise „anti-zyklisch" gegensteuern, weil die Wahrheit und Lüge der bürgerlichen Ideen sich auf ihre Pole verteilt, so bedeutet das jedoch für ihre *Strategie* gerade nicht, sich bloß pragmatisch auf einen Gegensatz zur jeweils herrschenden ideologischen Mode zu bringen und ihr etwas „entgegenzusetzen". (Diese Gegensätzigkeit kann man getrost der bürgerlichen Ideologie überlassen, die sie schon an sich hat!) Festzuhalten ist vielmehr daran, sozialistische Politik nicht wesentlich als Gegner reaktionärer Politik zu bestimmen, die sich letztlich selbst als der eigentliche Widersacher sowohl des radikal-demokratischen Überschwanges eines immer noch bürgerlichen Anspruchs auf die Einlösung der Ideale von 1789 als auch einer wirklich demokratischen Lösung der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft praktisch definiert. Mehr als „dagegen" zu sein, muß das wesentliche Charakteristikum sozialistischer Politik die unbeirrte Vertretung des kämpferischen Anspruchs einer umfassenderen Positivität gegenüber ihrer beschränkten oder „privaten" Form bleiben — nicht aus der idealistischen Setzung einer „ewigen Aufgabe", die stets in den Katzenjammer der Selbstaufgabe mündet, nicht aus der utopischen Vision eines „anderen Zustandes", sondern aus der *zusammenfassenden Verallgemeinerung einer werdenden Totalität* heraus, die nichts anderes ist als der Sozialismus.

JÜRGENS BUCHLADEN

1 Berlin 33. Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf

Telefon (030) · 8313825 · NEU

PÄDAGOGIK GESCHICHTE

PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE

POLITIK & GESELLSCHAFT

rororo aktuell

Die größte politische Taschenbuchreihe der Bundesrepublik
Herausgegeben von Freimut Duve.

Hernán Valdés
Auch wenn es nur einer wäre... Tagebuch aus einem chilenischen KZ (4064 / 5,80 DM)

Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern
Exportinteressen gegen Muttermilch. Totet Nestlé Babies? (4065 / 4,80 DM)

Freimut Duve (Hg.)
Technologiepolitik in Lateinamerika. aktuell-Magazin 6 (4066 / 7,80 DM)

Mohamed Sid-Ahmed
Nach vier Kriegen im Nahen Osten. Thesen zu einer offensiven Friedenspolitik (4062 / 5,80 DM)

Volker Friedrich / Adam Hehn / Rolf Rosenbrock
Neunmal teurer als Gold. Die Arzneimittelversorgung in der Bundesrepublik (4067 / 9,80 DM)

Atommüll oder Der Abschied von einem teuren Traum. Arbeitsgruppe »Wiederaufbereitung« (WAA) an der Universität Bremen (4117 / 5,80 DM)

Jürgen Fuchs
Gedächtnisprotokolle. Mit Liedern von Gerulf Pannach und einem Vorwort von Wolf Biermann (4122 / 4,80 DM)

Ulfried Kleinert
Seelsorger oder Bewacher? Pfarrer als Opfer der Gegenreform im Strafvollzug (4116 / 5,80 DM)

Johano Strasser
Die Zukunft der Demokratie. Grenzen des Wachstums – Grenzen der Freiheit? (4118 / 4,80 DM)

André Gorz
Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise (4120 / 5,80 DM)

Freimut Duve (Hg.)
Brokdorf / Unterelbe / Kernenergie. aktuell-Magazin 7 (4121 / 7,80 DM)

aktuell rororo

Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie

deb

Manfred Buhr/Alfred Kosing (Hrsg.)
Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie
334 Seiten, Leinen, DM 9,80

Die Verfasser waren bestrebt, alle wichtigen philosophischen Bezeichnungen aufzunehmen, deren Kenntnis das Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin, die Lektüre der marxistisch-leninistischen Literatur der Gegenwart, wie auch das Verständnis des ideologischen Klassenkampfes erleichtern können.

Philosophisches Wörterbuch

2 Herausgeber
Georg Klaus
Manfred Buhr

Georg Klaus/Manfred Buhr (Hrsg.)
Philosophisches Wörterbuch
11. gegenüber der 10. neubearbeiteten, unveränderte Auflage.
Begriffswortverzeichnis mit Autorenangaben, Personenregister mit Lebensdaten und Hauptwerken (Bibliographie)
1394 Seiten,
Leinen, 2 Bände zus. DM 32,–

Das Philosophische Wörterbuch enthält Darstellungen der Kategorien und Gesetze des dialektischen und historischen Materialismus. Es werden die Hauptpunkte der Geschichte der Philosophie und der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie, der modernen Logik, der allgemeinen Methodologie, Wissenschaftstheorie sowie die philosophisch relevanten Erkenntnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, der Kybernetik, der Semiotik, der Informations- und der Systemtheorie abgehandelt.

deb verlag das europäische buch

1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Die „blätter des iz3w"

- berichten über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
- geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
- beleuchten die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
- setzen sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
- berichten über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
- wollen zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
- geben dazu Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit

Probeexemplar anfordern!

Die „blätter des iz3w" kosten im Jahresabonnement – inkl. Porto und 5,5 % MWSt. – DM 28,– (SFr 28,80/ös 200,–). Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen (nach Selbsteinschätzung) können zum verbilligten Preis von DM 20,– (SFr 20,40/öS 140,–) beziehen. Die Preise für Luftpostabonnements teilen wir Ihnen gerne auf Anfrage mit. Ältere Jahrgänge und – gegen Einsendung von 1,– DM in Briefmarken – das neuestes Registerheft können wir Ihnen nachliefern.
Wir würden uns freuen, Sie demnächst als Abonnenten der „blätter des iz3w" begrüßen zu können. Senden Sie uns in diesem Falle bitte den Bestellabschnitt ausgefüllt zurück.

Ich abonniere die „blätter des iz3w"

☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres

☐ ab der letzten erschienenen Nummer

☐ ab Nr. .....

zum Normalpreis von DM 28,–/ öS 200,00/SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin ..... und abonniere zum ermäßigten Preis für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. von DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr.

Ich bitte um Nachlieferung – soweit lieferbar – des Jahrgangs

☐	1972 (Nr. 15 – 20	DM 11,25)
☐	1973 (Nr. 21/22 – 30	DM 18,00)
☐	1974 (Nr. 31 – 40	DM 18,00)
☐	1975 (Nr. 41/42 – 50	DM 26,00 / Schüler etc. DM 18,00)

.....
(Unterschrift)

Absender (bitte in Druckbuchstaben)

.....

.....

.....

Die folgenden Angaben benötigen wir nur für statistische Zwecke; die Bestellung wird auch ohne sie ausgeführt.

Beruf: .....

Geburtsjahrgang: .....

Wie wurden Sie auf die BLÄTTER DES IZ3W aufmerksam?

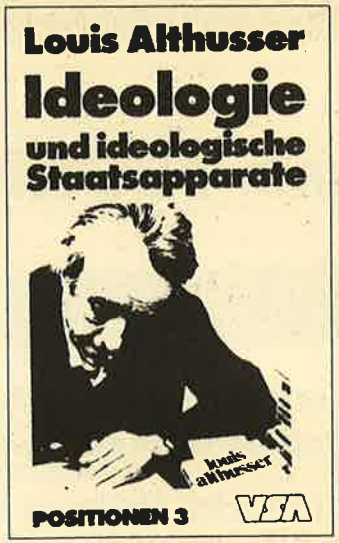
.....

Rechnung geht Ihnen mit der ersten Lieferung zu, bitte keine Vorausüberweisung. Abbestellungen jeweils zum 30.11. auf das jeweilige Jahresende.

Bitte einsenden an: iz3w, Postfach 53 28, D-7800 Freiburg

Louis Althusser
Ideologie und ideologische Staatsapparate

Beiträge zur marxistischen Theorie; Reihe „Positionen", Hrsg. von Peter Schöttler, Nr. 3
176 Seiten; Paperback; DM 14,80



Aus dem Inhalt:
– Über den Jungen Marx (Fragen der Theorie
– Die „Manuskripte von 1844" (Politische Ökonomie und Philosophie
– Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein ?
– Über Marx und Freud
– Ideologie und ideologische Staatsapparate
– Anmerkung über die ideologischen Staatsapparate
– Bibliographie der Arbeiten Louis Althussers

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

erscheint viermal im Jahr mit einem Umfang von ca. 250 Seiten pro Heft; Einzelheft: DM 12
Jahresabonnement: DM 44,–

HEFT 1-77:
– ZK-Diskussion der KPI über die gesellschaftliche Umgestaltung in Italien
– Großbritannien 1950-1976: Das Ende des Empire/England vor dem Staatsbankrott
– Das Elend der marxistischen Philosophie
– Kommentare zu Biermann, zu „Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat" und zur Situation der Sozialhilfe.
– Bücher und Zeitschriften

HEFT 2-77:
– Westeuropäischer Kommunismus – auf dem Weg der Sozialdemokratisierung oder der Entstalinisierung ?
– L. Althusser, Über die historische Tragweite des 22. Parteitages der KPF
– Oskar Negts Marxismus
– N. Poulantzas Klassentheorie
– G. Lock, Hintergründe der chinesischen Kulturrevolution
– Kommentar zur Einschätzung des „Eurokommunismus" durch die DKP
– Bücher und Zeitschriften

VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26; Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1 Berlin 36

REIHE TECHNIK + BILDUNG

Technikunterricht - Alternativen zur Arbeitserziehung in der BRD

216 S. 15,-

Technische Bildung als Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung

BAND 1
Analysen der arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen, der pädagogischen Ziele, Versuch einer theoretischen Grundlegung.
166 S. 15,-

BAND 2
Unterrichtsbeispiele aus Sachunterricht, Arbeitslehre, Technikunterricht, Berufsgrundbildung und gewerkschaftlicher Jugendarbeit.
184 S. 18,-

BAND 3
Darstellung der Arbeitswelt in Technikunterricht und Arbeitslehre
160 S. 15,-

Dokumentationen zum 5. Werkpädagogischen Kongress mit Beiträgen von

Helmut BENJES Wolfgang BIESTER Ludwig von FRIEDEBURG Dieter GÖRS Horst HENSEL, Christian KNEIFEL Johannes KOCH Gerd KÖHLER Michael MENDE Dieter MÜTZELBURG Helmut NÖLKER Gert REICH Ernst REUTER Hartmut SELLIN Werner TOBIAS Heinz ULLRICH Ekkehard WEBER Gerd WEGHORN Fritz WILKENING und anderen

ROTA

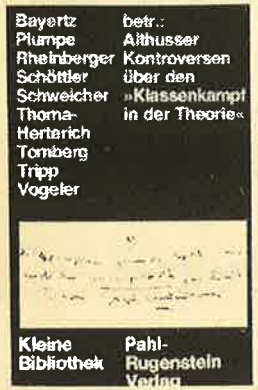
Britzer Verlag-Druck-&Vertriebs GmbH
1000 Berlin 47 (Britz) Scheveninger Str. 16
Tel. 030/6 06 23 78

Neuerscheinungen 77

Kleine Bibliothek

Kurt Bayertz / Josef Schleifstein
Mythologie der „kritischen Vernunft"
Kritik der Erkenntnis- und Geschichtstheorie Karl Poppers
Band 86, 270 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0279-0
Bereits erschienen

W. F. Haug
Kritik des Absurdismus
Untersuchungen zur Konstruktion des „Absurden" vor allem bei Jean-Paul Sartre.
Zweite, wesentlich überarbeitete Auflage der 1966 veröffentlichten Dissertation „Jean-Paul Sartre und die Konstruktion des Absurden".
Band 77, 256 Seiten, DM 9,80
ISBN 3-7609-0241-3
Bereits erschienen



Jutta Menschik
Feminismus
Geschichte, Theorie, Praxis
Band 87, ca. 240 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-7609-0288-X
April 1977

K. Bayertz, G. Plumpe, H.-J. Rheinberger, P. Schöttler, R. Schweicher, Ch. Thoma-Herterich, F. Tomberg, G. M. Tripp, R.-D. Vogeler
betr.: Althusser
Kontroversen über den „Klassenkampf in der Theorie"
Band 96, ca. 240 Seiten, ca. DM 12,80
ISBN 3-7609-0295-2
April 1977

Frank Deppe / Georg Fülberth / Jürgen Harrer u. a.
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung
Band 90, ca. 500 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-7609-0290-1
April 1977

Christine Preiß
Humanisierung der Arbeitswelt
Entstehungsbedingungen, Anspruch und Realität
Band 91, ca. 140 Seiten, ca. DM 12,80
ISBN 3-7609-0291-X
März/April 1977

Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse
Die Auseinandersetzungen um den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg
Herausgegeben vom Vorstand der Sektion Marburg des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi)
H. Assein, G. Auernheimer, H. Claas, F. Deppe, B. Grimm, R. Rilling, F. Siebels
Band 97, 252 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-7609-0296-0
Bereits erschienen

Pahl-Rugenstein Verlag

Vorgebirgstraße 115 · 5000 Köln 51 · Telefon (0221) 36 25 01

Marxistische Ästhetik + Kulturpolitik

Ein Standardwerk der marxistischen Literaturtheorie:

Vorlesungen zur marxistisch-leninistischen Ästhetik
820 Seiten, Leinen, DM 23,50

„Interessant für den westdeutschen Leser ist dabei insbesondere, daß nicht nur die sozialistische, sondern auch die bürgerliche Kunstentwicklung bis in die Gegenwart theoretisch verallgemeinert und eine beispielhafte Polemik gegen modernistische, bürgerliche und revisionistische Positionen der Kunstproduktion und ihrer ästhetischen Reflexion geführt wird. Beispielhaft, weil hier nicht dogmatische Verdikte an die Stelle von Argumenten treten, sondern die Ursachen von Fehlansätzen und -schlüssen aufgezeigt werden; korrekte Einzelergebnisse positivistischer und strukturalistischer Forschung werden dabei durchaus anerkannt und für die eigene Untersuchung nutzbar gemacht."

Das Argument

Eine Bestandsaufnahme der Kultur in der BRD:

Imperialismus und Kultur
580 Seiten und 32 Seiten Abbildungen, Leinen, DM 16,–

„Der Leser kann erfahren, was der Begriff ‚Kultur' von marxistischer Seite aus bedeutet. Dazu wird auf den Zusammenhang hingewiesen, der zwischen Arbeitsprozeß, technischem Fortschritt, Entwicklung der Lebensgewohnheiten und wissenschaftlichen oder künstlerischen Produkten im engeren Sinne besteht. Nach einer anderen Seite ist der Leser eingeladen sich mit der deutschen Kulturentwicklung seit Beginn unseres Jahrhunderts zu beschäftigen – Den Autoren kommt es auf den Nachweis an, daß Klassenherrschaft und Ausbeutung unterm Kapitalismus die Ursachen sind für eine krisenhafte und widersprüchliche kulturelle Bewegung. Der Förderung einer wirklichkeitsfremden Elitekultur steht Kulturabbau in vielen Formen entgegen."

Deutsche Volkszeitung

Weitere Titel aus der Theorie-Reihe des Damnitz-Verlags:

Richard Hiepe / **Die Taube in der Hand**
268 Seiten und 16 Seiten Abbildungen, broschiert, DM 18,–

Anton Hiersche / **Sowjetische Gegenwartsliteratur und wissenschaftlich-technische Revolution**
240 Seiten, broschiert, DM 8,50

Kaspar Maase / **Volkspartei und Klassenkultur**
272 Seiten, broschiert, DM 16,80

Fritz Mierau / **Revolution und Lyrik**
220 Seiten, broschiert, DM 7,50

Werner Mittenzwei / **Brechts Verhältnis zur Tradition**
300 Seiten, broschiert, DM 9,50

Ursula Reinhold / **Herausforderung Literatur**
342 Seiten, broschiert, DM 9,–

Rainer Rosenberg / **Literaturverhältnisse im deutschen Vormärz**
300 Seiten, broschiert, DM 9,50

Jürgen Schwalm und Peter Wetterau / **Politische Arbeit mit Film**
112 Seiten, broschiert, DM 10,–

Anna Seghers / **Willkommen, Zukunft!**
302 Seiten, broschiert, DM 16,–

Nyota Thun / **Das erste Jahrzehnt**
236 Seiten, broschiert, DM 7,50

Arbeitstagung der DKP zu Fragen der Literatur
192 Seiten, broschiert, DM 6,80

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei
Damnitz Verlag GmbH, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40
Telefon (089) 30 10 15 oder 16

MARXISTISCHE BLÄTTER

Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, Frankfurt am Main
15. Jahrgang, März/April 1977, 4,00 DM

Heft 2/1977 mit dem Schwerpunkt:

Ideologische und politische Prozesse in der Sozialdemokratie

mit folgendem Inhalt soeben erschienen

Kommentare
Martha Buschmann
Abrüstung, das Schlüsselproblem unserer Zeit
Erich Walch
Zur Rentensanierungs-„Reform"
Werner Cieslak
Zu Fragen der Arbeitsverkürzung
Kurt Schacht
Probleme und Entwicklung der Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten
Georgi Sogomonjan
Gemeinsames Handeln ist möglich und notwendig
Hans Jörg Sandkühler
Sozialdemokratische Philosophien
Werner Cieslak
Probleme für ein neues Grundsatzprogramm des DGB
Steffen Lehndorff
Die Auseinandersetzung um die „Volksfronten an den Hochschulen"
Harry von Bargen
Arbeiterjugend im Kampf um soziale und demokratische Rechte
Rafael de la Vega
Sozialisten und Kommunisten im Kampf um gewerkschaftliche und demokratische Freiheiten in Spanien
Rolf Priemer
Neue Aspekte in Lage und Bewußtsein der Jugend
Günter Judick
„Ohne revolutionäre Theorie ... keine revolutionäre Bewegung" – 75 Jahre Lenins „Was tun?"

Gespräch
Probleme verwirklichter Gleichberechtigung in der DDR
Robert Steigerwald
Marxismus und Revisionismus im Kampf um die Theorie des Menschen – unter besonderer Berücksichtigung des „Freudo-Marxismus"
Karl-Heinz Braun
Kritische Psychologie als materialistische Persönlichkeitstheorie
Wilhelm Raimund Beyer
Karl Marx als der Verfasser des Spottgedichts auf Schelling in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern?

Berichte
VDS-Aktionstage 1976 – Der Weg zum Frieden für Israel – Ganz Vietnam auf dem Weg zum Sozialismus

Bücher
Eine wertvolle Hilfe gegen die Berufsverbote – Berufsverbote – Anatomie der Wirtschaftskrise und -politik – Betriebsbesetzung – Sieg über die Aussperrung – Wie Arbeiter ihre Interessen vertreten – Alternativen der Wirtschaftslenkung – Das Arbeitsrecht – Verdeckte Arbeitslosigkeit – Automation in der BRD – Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände – Stalin-Kritik als Vorwand – Lexikon des Marxismus oder der Marxologie? Sprachkritik, Ideologiekritik, gesellschaftliche Veränderung – Viel Holz abgeschlagen ... – Zwei Nationen/ Chance für den Frieden – Italien 1976/Parteien – Kulturtheorie und Verhaltensforschung – Politische Arbeit mit Film – Verrat im 20. Jahrhundert – Bucheingänge

Auslieferung ab 10. März 1977
Bestellungen über Buchhandel oder Verlag

Verlag Marxistische Blätter GmbH
Heddernheimer Landstraße 78 a · 6000 Frankfurt am Main 50

Hiermit bestelle ich (wir) .... Exemplar(e) Marxistische Blätter Heft 2/1977
.... Abonnement Marxistische Blätter ab Heft ....

Name: ..... Ort: .....
Straße: ..... Unterschrift: .....

Die Wahrheit

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG WESTBERLINS

bringt, was andere Zeitungen verschweigen!

Bitte hier abtrennen und einsenden an:
Zeitungsdienst Berlin, Verlags- und Druckerei-GmbH, Kaiserin-Augusta-Allee 101, 1000 Berlin 21

Ich bestelle hiermit (Gewünschtes bitte ankreuzen)

☐ kostenlose Zustellung einiger Ausgaben, damit ich „Die Wahrheit" näher kennenlernen kann

☐ ein Abonnement der Zeitung „Die Wahrheit" (bei Lieferung durch Boten monatlich 3,20 DM, im Postbezug monatlich 4,85 DM)

Name

Anschrift

Datum Unterschrift

Marxismus Digest 30

Ökologie – ökonomische und politische Aspekte des Umweltschutzes

H. 2/1977, ca. 168 S., DM 6,-

Aus dem Inhalt: Thesen: Staatsmonopolistischer Reproduktionsprozeß und Umwelt; **Heise/ Helmbold:** Umweltgefährdung und Kapitalverwertung; **Leonhardt:** Klasseninhalt des Verursacherprinzips; **Makljarski:** Ökologische Krise und staatsmonopolistischer Kapitalismus in den USA; **Clarke:** Mensch und Umwelt in der Wachstumsdebatte; **Borman:** „Kernenergie-Debatte"; **Ancona u.a.:** Massenbewegungen, lokale Verwaltungen, Schutz und Veränderung der Natur; **Labeyrie:** Kommunisten und Umweltschutz; **Sarkov/ Nozdreva:** Die demokratischen Kräfte Japans im Kampf für den Umweltschutz; **Prestipino u.a.:** Bewegungen für Umweltschutz in kapitalistischen Ländern; Kurzbibliographie.

Informationsbericht Nr. 28

Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD

Verf. B. Güther. Ca. 100 S., umfangreiches statistisches Material, DM 6,-

Aus dem Inhalt:

I. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Intelligenz 1973 – 1976 (Statistischer Teil)
II. Zur Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit der Intelligenz
III. Der antimonopolistische Kampf gegen die akademische Arbeitslosigkeit

Statistischer Anhang

Beiträge des IMSF 4

Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik

Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76.

Verfaßt von 29 Autoren, u.a. Prof. Dr. F. Deppe, Prof. Dr. D. Boris, Dr. J. Janssen, Prof. Dr. J. Huffschmid, Prof. Dr. J. Schleifstein

Redaktion: Dr. J. Goldberg, D.H. Jung

Umfang XII + 506 + 21 Seiten, brosch., 17 x 24 cm – Preis DM 28,-

Aus dem Inhalt:

1. Die Restauration des Monopolkapitalismus und Veränderung der Verwertungsbedingungen in der BRD bis zur Krise 1966/68
2. Ziele und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik zwischen 1967 und 1975/76
3. Die Einwirkungen staatlicher Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik auf die Lage der Arbeiterklasse
4. Der fünfte Nachkriegszyklus und die Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Widersprüche
5. Krise und Wirtschaftswissenschaft. Aspekte wirtschaftspolitischer Theorie
6. Krise – Monopol – Wirtschaftspolitik. Staat und Klassenkampf

Anhang: Wirtschaftspolitische Chronik 1966 – 1976

Bestellung bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei:

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Internationale Sozialismus-Diskussion:
A. Scarponi: Demokratie und Sozialismus im „italienischen Weg zum Sozialismus"
C. Almeyda: Die Demokratie in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus
R. de la Vega: Ein Revisionismus gegen Lenin?

Tagungsbericht: Internationale Sozialismus-Konferenz in Jugoslawien
Dokumentation: Anti-Niess-Gutachten von Prof. Junker – F. Niess: Kommentar
Besprechungen – Zeitschriftenschau

Einzelpreis: 9,– DM, im Abo 7,50 DM; für Schüler und Studenten 7,– DM, im Abo 6,– DM

ARGUMENT-SONDERBÄNDE **AS**

Vorschau auf das Programm für 1977:

AS 13 Kritik der Frankreichforschung. Handbuch
AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen
AS 15 Kritische Psychologie (II)
AS 16 Staat und Monopole (II).
Probleme der materialistischen Staatstheorie
AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin (II)
AS 18 GULLIVER. Deutsch-englische Jahrbücher 2
AS 19 Automationsarbeit (I): Methoden
AS 20 Argument-Register 1-100

Einzelpreis jeweils 15,50 DM, im Abo 12,– DM; für Schüler und Studenten 11,– DM, im Abo 9,– DM

Argument-Verlag / Postfach 210730 / 7500 Karlsruhe 21

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

101 Beiträge zur materialistischen Soziologie

Grußadressen zum hundertsten Argument (I):

G. Anders, W. Jens, L. Kofler, A. Mazzone, W. Mittenzwei, IMSF und viele Zeitschriften

K.H. Tjaden: Naturrevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. Zu einer gesellschaftswissenschaftlic en Entwicklungstheorie
J. Berger: Kritik der Verhaltenstheorie in der Soziologie
F. Karl: Aktionsforschung. Gesellschaftstheoretische Defizite und politische Illusionen
U. Koch: Bericht über die Soziologie in der DDR

Kongreßbericht: 18. Deutscher Soziologentag
Diskussion: Kurnitzky: Replik auf Borneman
Besprechungen – Zeitschriftenschau

102 Sozialismus-Diskussion (III)

Grußadressen zum hundertsten Argument (II):

W. Abendroth, B. Frei, G. Lozek, H. Ridder, J. Strasser, POCH (Schweiz), Materiales (Spanien) und andere Zeitschriften

H.J. Steinberg: Für die Durchsetzung sozialistischer Positionen in der SPD
J. Schleifstein: Zur Entwicklung der sozialistischen Kräfte in der BRD
W.F. Haug u. E. Wulff: Neue Aktualität von sozialistischer Demokratie und wissenschaftlichem Sozialismus

Kontroverse: Intellektuelle und Arbeiterbewegung.
C. Kievenheim: Wissenschaftlicher Sozialismus braucht innerparteiliche Demokratie

ARGUMENT-VERLAG · Postf. 210730 · 7500 Karlsruhe 21

SPENDENAUFRUF

Unterstützt den Wahlkampf der Kommunistischen Partei Spaniens

Nach 40 Jahren Faschismus finden in Spanien, der letzten europäischen Bastion der extremen Reaktion, zum erstenmal wieder Wahlen statt. Den entscheidenden Anteil daran, daß die politische Demokratie in Spanien wieder zur realen Möglichkeit geworden ist, hat ohne Zweifel die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung des Landes. Von ihrer Stärke und Einheit wird es in hohem Maße abhängen, wie stabil diese Demokratie sein und wie weit sie zur wirtschaftlichen und sozialen Demokratie werden kann. Das Ergebnis der bevorstehenden Wahlen wird für den weiteren Demokratisierungsprozeß wichtige Vorentscheidungen bringen.

Wenn wir vor diesem Hintergrund zur materiellen Unterstützung der **Kommunistischen Partei** Spaniens (PCE) aufrufen, so hat das zwei Gründe:

1. Die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) ist in weit geringerem Maße Behinderungen ausgesetzt als die PCE und kann darüber hinaus schon mit der großzügigen finanziellen Hilfe der SPD rechnen.
2. Die herrschende Klasse Spaniens versucht, die PCE von den Wahlen auszuschließen, zumindest aber ihr die Teilnahme so schwer wie möglich zu machen. Bei ungünstigeren Wahlkampfbedingungen ist die PCE also zu größeren Anstrengungen gezwungen. Sie kann sich dabei nur auf ihre Mitglieder und ihre Massenverankerung stützen. Daß Spaniens Reiche nicht dazu gehören, ist kein Geheimnis.

Daher gilt nach wie vor:
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IST NOTWENDIG

Spenden an: Postscheckkonto Bln-W 22009-109
(Sonderkonto M. Gloger)

Hans-Werner Franz
Santiago Tovar

Das System macht keine Fehler.
Es ist der Fehler.

Alf, Bär, Böll, Degenhardt, Drewitz, Engelmann, Fried, Gehrke, Grieshaber, Grosser, Hensel, Herburger, Kittner, Kroetz, Maiwald, Maya, Meier-Lenz, Mossmann, Pixa, Schütt, Staeck, Stuby, Süverkrüp, Timm, Volland, Wallraff, Wandrey, Zingerl, Zwerenz u. a.

Herausgeber: W. Beutin, Th. Metscher, B. Meyer

BERUFSVERBOT
Ein bundesdeutsches Lesebuch
216 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Verlag Atelier, 14,80 DM

DIE ZERSTÖRUNG DER DEMOKRATIE DURCH BERUFSVERBOTE
Herausgeber u. a.: H. Enderlein
320 Seiten, Broschur, PRV, 7,80 DM

Der Sammelband enthält wichtige Stellungnahmen des In- und Auslands zu den Berufsverboten in der BRD, dokumentiert neuere Beschlüsse und Materialien des Kampfes gegen die Berufsverbote, insbesondere vom internationalen Hearing am 7. Juni 1975 in Bonn-Bad Godesberg.

Wir haben Informationen über Sie...

erhältlich bei: WOHLTHAT'SCHE BUCHHANDLUNG
Rheinstr. Nr. 11 1000 Berlin 41
Tel. 851 15 09

Bitte kostenlose Buch-, Plakat- und Schallplatten-Listen anfordern !

»links« Sondernummer Gegen Repression & Dokumentation des Pfingst—kongreß' 1976

MIT DIESER "links"-SONDERNUMMER WIRD DER PFINGSTKONGRESS 1976 GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG UND ÖKONOMISCHE AUSBEUTUNG DOKUMENTIERT UND SOLLEN DIE ANTIREPRESSIONSARBEIT DES SOZIALISTISCHEN BÜROS UND DIE MIT DEM PFINGSTKONGRESS MOBILISIERTE SOZIALISTISCHE LINKE IN DER BRD NEUE IMPULSE ERHALTEN. ★ FOLGENDE THEMENBEREICHE WERDEN IN DEN BEITRÄGEN DIESER "links"-SONDERNUMMER BEHANDELT UND MIT MATERIALIEN VOM PFINGSTKONGRESS DOKUMENTIERT: ★ IM ERSTEN TEIL WIRD EINE EINSCHÄTZUNG GEGEBEN UND WERDEN VORSCHLÄGE ZUR FORTFÜHRUNG DER ANTIREPRESSIONSKAMPAGNE GEMACHT. VOR ALLEM DIE KONZEPTION ZUR ROTARBEIT UND DES SOLIDARITÄTSFONDS SIND WEITERFÜHRENDE PRAKTISCHE KONSEQUENZEN ★ IM ZWEITEN ABSCHNITT SIND FAST VOLLSTÄNDIG DIE REDEBEITRÄGE DOKUMENTIERT, DIE AUF DEN ZENTRALEN VERANSTALTUNGEN DES KONGRESSES GEHALTEN WURDEN ★ AN DRITTER STELLE SIND REFERATE, AUSZÜGE VON DISKUSSIONSBEITRÄGEN UND PROTOKOLLEN SOWIE ANALYTISCHE BEITRÄGE AUS DEN ZAHLREICHEN ARBEITSGRUPPEN, DIE AM PFINGSTSONNTAG STATTFANDEN, DOKUMENTIERT ★ IM LETZTEN TEIL SIND BEITRÄGE VERSAMMELT, DIE TEILS VON ANSÄTZEN UND AKTIONEN BERICHTEN, DIE SICH IN DER KONTINUITÄT DER ANTIREPRESSIONSPOLITIK VERSTEHEN, TEILS AKTUELLE KOMMENTARE ZUR REPRESSIONSPROBLEMATIK DARSTELLEN ★ UM AUCH DIE STIMMUNG DES PFINGSTKONGRESSES ZU DOKUMENTIEREN, WURDEN ZAHLREICHE BILDER, GEDICHTE, LIEDER AUFGENOMMEN ★ WIE SEHR DIE REPRESSIONSPROBLEMATIK DEN WIDERSPRUCH "MIT SPITZER FEDER" HERAUSFORDERT, ZEIGT EINE VIELFALT VON KARIKATUREN, COLLAGEN, PLAKATEN, DIE IN DIE SONDERNUMMER AUFGENOMMEN WURDEN ★ DIE "links"-SONDERNUMMER ENTHÄLT 104 SEITEN UND KOSTET FÜNF MARK ★ BEZUG GEGEN VORAUSZAHLUNG:

VERLAG 2000 GMBH + SOZIALISTISCHES BÜRO, 6050 OFFENBACH 4, POSTFACH 591 ★

Nov.: WAHLEN (Schweden, BRD)
SCHULE (Mende, Sellner, Zimmermann)
Dez.: SLOWENEN (Haas, Nenning)
MACHISMO (Sobota, Squerciati)
Jän./ LINKE (Borneman, Mandel, Nenning)
Feb.: ITALIEN (Dvorak, Geyrhofer, Müller)
März: KRISE (Mandel, Vigier, Ipsen, focus)
BLATTLINIENDISKUSSION (Redaktion)

1976 1977

NEUES FORVM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle das NF vom um öS 44 DM/sfr 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 320 DM/sfr 48 (Studenten öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

hü-hott! blattliniendiskussion
heinrich böll: kunst ist anarchie
ernest mandel: nächste krise 78/79
j.-p. vigier: die welt — ein carterfrühstück?
dirk ipsen: raubvögel der krise (brd 1967—76)
r. wernig: haifisch japan schwimmt sich frei
m. siegert: die spannococcen kommen!

März 1977

NEUES FORVM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM/sfr 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft
☐ 1 Jahresabo. um öS 320 DM/sfr 48 (Studenten öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

Für Arbeiterinteressen — gegen Krisenpolitik

Westberliner Wirtschaftspolitik in der Sackgasse · Jugendarbeitslosigkeit · Auswirkungen der Rationalisierung auf die Arbeiterklasse · Wissenschaftlich-technische Revolution und der soziale Fortschritt · Menschenrechte im Klassenkampf · Bürgerinitiativen

Besprechungen
Dokumentation

27
DM 3,-

Erhältlich im Buchhandel und in den Kreisbüros der SEW.
Bestellungen: SEW — Kreisvorstand Zehlendorf, Teltower Damm 23,
1 Berlin 37, Tel.: 8 11 56 14

160 Seiten — 6,50 DM

Jungsozialisten und SPD

von Chr. Butterwegge

Obwohl die Bedeutung der Jungsozialisten in den letzten Jahren spürbar gestiegen ist, blieb die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen über die sozialdemokratische Nachwuchsorganisation gering. Der Autor versucht, das Verhältnis des Verbandes zu seiner „Mutterpartei" vor dem Hintergrund der sozialökonomischen und politischen Entwicklung Westdeutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu analysieren. Das Buch enthält nicht nur wichtige Hinweise zum Verlauf der Richtungskämpfe in der SPD, sondern auch detaillierte Informationen über den Status der Jungsozialisten, ihre Aufgabenstellung, den Organisationsaufbau sowie das einem ständigen Wandlungsprozeß unterworfene Selbstverständnis dieser Arbeitsgemeinschaft. Die Studie endet mit einem Ausblick auf die Zukunft der Jungsozialisten, denen bei konsequenter Vertretung antikapitalistischer Positionen auch und gerade in Phasen einer politischen Gegenoffensive der Rechtskräfte in und außerhalb der SPD eine entscheidende Rolle hinsichtlich einer längerfristig erstrebten Veränderung der Partei zufallen kann.

SK

Das sozialistische Nachrichtenmagazin

Demokratisch — sozialistisch — offensiv

Lesen
worauf es
jetzt ankommt

ohne Tabus
Argumente
ohne Maulkorb

Qualifiziert
Fakten zählen
schonungslos
decken wir auf

Sie sollten SK kennenlernen.

Der Vormarsch der Kohl/Albrecht/Dregger/Strauß & Co. wird immer bedrohlicher. Die Monopole diktieren das Wirtschaftsgeschehen. Die Preise klettern. Der Druck auf die Gewerkschaften, auf berechtigte Lohnforderungen zu verzichten, nimmt zu.

Während Reformvorhaben auf Eis gelegt werden, wachsen die Rüstungslasten. Die Praxis der Berufsverbote, die Einschränkung der Ausbildungsmöglichkeiten für die Arbeiterjugend, die Versuche, die Hochschulen und die Bildungspolitik auf CDU-Kurs zu bringen, der Rückschritt auf vielen Gebieten erwartet die Antwort aller Sozialisten und Demokraten. Der Druck der Rechten auf alle fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratischen Bewegung nimmt zu. Maulkorberlasse und Ausschlußverfahren sollen die fortschrittlichen Kräfte zum Verstummen bringen. In dieser Situation leistet SK — das sozialistische Nachrichtenmagazin — unabhängig von solchen Repressionen — einen wichtigen Beitrag zur Formierung der fortschrittlichen Kräfte.

SK kann und will keine Tageszeitung ersetzen, sondern ergänzt die aktuelle Berichterstattung durch Informationen und Hintergrundberichte aus allen Bereichen der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung. SK leuchtet hinter die Kulissen und enthüllt die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Auswirkungen. SK bringt neben Exklusivbeiträgen prominenter Sozialisten Nachdrucke aus der internationalen sozialdemokratischen Presse.

SK ist eine unabhängige sozialistische Publikation. Es kommen die verschiedenen sozialdemokratischen und sozialistischen Tendenzen zu Wort, aber SK ist kein Tummelplatz für Sekten.

SK mißt nicht nach dem Parteibuch. Im Mittelpunkt der Berichterstattung steht das Interesse der arbeitenden Bevölkerung. In SK schreiben Sozialdemokraten, Sozialisten und sofern es von gemeinsamen Interesse der Arbeiterbewegung ist, Kommunisten.

SK informiert ausführlich über linke Plattformen und Ringen um die Durchsetzung sozialistischer Positionen in der sozialdemokratischen Bewegung.

Das macht SK lesenswert auch für diejenigen, die nicht alle in SK geäußerten Meinungen teilen.

W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 60; Postfach 606 167

das europäische buch

Nahe der TU-Charlottenburg,
1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3
Tel. 313 77 44

Nahe der FU-Dahlem,
1 Berlin 33, Thielallee 34
Tel. 832 81 86

ZENTRALBUCHHANDLUNG FÜR BÜCHER AUS DER DDR

SCHALLPLATTEN · POSTER

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin

Deutsche Demokratische Republik

Klassenkampf — Tradition — Sozialismus

Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik — Grundriß

1. Auflage, 793 Seiten,
147×215 mm, Leinen, 27,— **DM**

570 211 0 / Gesch. dt. Volkes

FINGER, O.

Philosophie der Revolution

Studie zur Herausbildung der marxistisch-leninistischen Theorie der Revolution als materialistisch-dialektischer Entwicklungstheorie und zur Kritik gegenrevolutionärer Ideologien der Gegenwart

470 Seiten, 147×215 mm, Leinen,
Auslandspreis 25,— **DM**
569 930 2 / Finger, Philo. Rev.

Die Sozialistische Internationale

Ihre Geschichte und Politik
Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von W. Kowalski und J. Glasneck

303 *Seiten, 125×200 mm, Leinen,* 15,— **DM**

570 546 9 / Sozialist. Internationale

Die vorliegende Arbeit ist die erste vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus verfaßte Darstellung der Geschichte der internationalen Dachorganisation der sozialdemokratischen Parteien.
Auf einer breiten Materialgrundlage analysieren die Autoren die Rolle, die die Sozialistische Internationale als ein Instrument zur Spaltung der Arbeiterbewegung im Interesse der Erhaltung des imperialistischen Systems seit ihrer Grüdung 1951 in der internationalen Klassenauseinandersetzung spielt, und untersuchen zugleich die sich in der sozialdemokratischen Bewegung entwickelnden Tendenzen zur antiimperialistischen Aktionseinheit mit den Kommunisten.

Mit dem größten Reise-Angebot für junge Leute in Berlin.

Reiseladen

12, Hardenbergstr. 9
☎ 313 40 31
33, Takustraße 47
☎ 832 49 88
65, Triftstraße 39
☎ 465 91 35

Kurzreisen
Sprachkurse
Sprachkurse
Ferienflugreisen
Studienreisen
Studenten- und Schülerflüge
Studienreisen

z.B. PORTUGAL 3-Wochen-Flugreise ab 472,-
z.B. GRIECHENLAND 2-Wochen-Flugreise ab 290,-
z.B. ALGERIEN 1-Woche-Flugreise ab 193,-
TÜRKEI Flugreise ab 440,-

Preisgünstige Flüge
nach USA, nach Fernost und Mittelmeer.

USA Flüge Preisgünstig!
Studenten- und Schülerflüge
Kurzreisen
Studienreisen

mit dem größten Reiseangebot für junge Leute in Berlin.